2. Jahrgang 1954 3. Heft / Juli

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

HELMUT KRAUSNICK
Legenden um Hitlers Außenpolitik

HANS KOHN
Panslawismus in und nach dem zweiten Weltkrieg

HANS G. SERAPHIM und ANDREAS HILLGRUBER
Hitlers Entschluß zum Angriff auf Rußland

HANS MEIER-WELCKER
Dünkirchen 1940

FRITZ T. EPSTEIN
Zur Quellenkunde der neuesten Geschichte

DOKUMENTATION
Briefe des Generalmajors Helmuth Stieff
Zu Hitlers Ostpolitik

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Hans Speidel,
Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann

Schriftleitung:
DR. HELMUT KRAUSNICK
München 22, Reitmorstraße 29

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Helmut Krausnick . . Legenden um Hitlers Außenpolitik 217

Hans-Günther Seraphim und Andreas Hillgruber Hitlers Entschluß zum Angriff auf Rußland 240
(mit einem Schlußwort von G. Weinberg)

Hans Kohn . . . . . Panslawismus in und nach dem zweiten Weltkrieg 255

MISZELLE

Hans Meier-Welcker . Der Entschluß zum Anhalten der deutschen Panzertruppen in Flandern 1940 274

DOKUMENTATION

Ausgewählte Briefe von Generalmajor Helmuth Stieff 291

Zu Hitlers Ostpolitik im Sommer 1943 . . 305

FORSCHUNGSBERICHTE

Fritz T. Epstein . . . Zur Quellenkunde der neuesten Geschichte 313

NOTIZEN 326

BIBLIOGRAPHIE *171*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart S, Mörikestr. 17, Tel. 748 51/52
Vertrieb und Auslieferung: Stuttgart N, Hospitalstraße 12, Telefon 91015/92352 — Preis des Einzelheftes DM 6.—; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 20.— zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich im Normalumfang von je 112 Seiten (7 Bogen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Dieser Nummer liegt ein Prospekt über das Werk „Harold Nicolson/Georg V" bei, erschienen im Verlag C. H. Beck, München.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

2. Jahrgang 1954 3. Heft / Juli

HELMUT KRAUSNICK

LEGENDEN UM HITLERS AUSSENPOLITIK

Mit einer selbstsicheren Absage an dreierlei Quellen zur Erkenntnis der Außenpolitik der jüngsten Vergangenheit beginnt ein Buch, das unter dem merkwürdigen Titel „Das Spiel um Deutschland" vor einiger Zeit erschienen ist[1]. Sein Verfasser, Dr. Fritz Hesse, verwirft in Bausch und Bogen sowohl die bisherige Memoirenliteratur, wie die Materialien der Nürnberger Prozesse, wie endlich die „vom Gegner publizierten Akten des deutschen Auswärtigen Amtes". Da Hesse die von Gegnern des Dritten Reiches zu ihrer eigenen Außenpolitik veröffentlichten Dokumente mit Stillschweigen übergeht, mißt er vermutlich auch dieser Quelle und damit dem gesamten dokumentarischen Niederschlag der internationalen Politik jener Zeit keinen besonderen Erkenntniswert bei. Hingegen meint er, Klarheit über die Motive Hitlers würden namentlich die „Geheimberichte" schaffen[2], die ihn „zum Handeln veranlaßt" hätten — die aber „fast ausnahmslos verlorengegangen" seien. Für diesen betrüblichen Tatbestand bietet der Verfasser jedoch Trost, indem er selbst in die Bresche springt. Vertreter des Deutschen Nachrichten-Büros in London und Pressebeirat an der dortigen deutschen Botschaft von 1935 bis 1939, sodann als „Englandspezialist" bis 1945 zur Umgebung Ribbentrops gehörig, glaubt er sich in der Lage, für den Sektor der deutsch-englischen Beziehungen sowie für einige der wichtigsten Entscheidungen Hitlers einen Teil des fehlenden Materials durch „eigene Beobachtungen" zu ersetzen.

Jeder, der einmal Geschichte gewordene Politik auf Grund ihrer amtlichen dokumentarischen Unterlagen darzustellen versuchte, hat wohl schmerzlich die Lücken empfunden, die ein Quellenmaterial solcher Art im Hinblick auf die letzten Motive der Verantwortlichen aufzuweisen pflegt. Staatsmänner unterschiedlichen Ranges, Bismarck nicht ausgenommen, haben gegen summarische und unkritische Verwertung diplomatischer Berichte durch den nachlebenden Historiker die ernsten Bedenken des geschäftskundigen politischen Praktikers angemeldet. Diese Bedenken bestehen zu vollem Recht, aber ebenso augenfällig ist, daß oft gerade die großen Praktiker im souveränen Nachgefühl geschichtlichen Mitgestaltens, im Vertrauen auf ihre lebendige Erinnerung, in apologetischem Bedürfnis oder gar aus Lust am

[1] Fritz Hesse, Das Spiel um Deutschland, Paul List Verlag, München, 1953, 444 S.

[2] Hesse versteht hierunter offenbar Berichte des SD, der Abwehr, Abhörberichte und Entschlüsselungen fremder Telegramme usw. (vgl. S. 18).

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fabulieren, an dem dokumentarischen Niederschlag ihres eigenen Handelns mit einer Unbekümmertheit vorbeigegangen sind, die den Erkenntniswert ihrer Aussagen aufs schwerste beeinträchtigt hat. Für den Historiker und erst recht den „Zeitgeschichtler" sind und bleiben daher die amtlichen Dokumente, bei allen von der Methode her gegebenen Bedingungen, eine wesentliche Grundlage seiner Arbeit. Die für entscheidende Perioden bereits heute reiche Dokumentation der nationalsozialistischen Außenpolitik insbesondere gibt ja keineswegs nur die „geregelte" Sprache ihrer ausführenden Organe wieder; sie enthält neben bedeutsamen Zeugnissen Dritter für Denken und Handeln Hitlers auch genügend Äußerungen von ihm selbst, die in Motive und Zielsetzung, Strategie und Taktik seiner Politik tiefen Einblick erlauben. Diese können nicht, im Hinblick auf Form oder Umstände ihrer Veröffentlichung, mit einer Handbewegung abgetan werden. Unbestreitbar bleibt allerdings, daß Wesen und Regierungspraxis totalitärer Staaten die „Lücken" der amtlichen Dokumentation vermehrt, ihre Sprache häufig „verschränkt" und damit die Notwendigkeit kritischer Behandlung noch erhöht haben[3]. Es ist daher durchaus zu begrüßen, wenn Verantwortliche, Beteiligte oder bloße Zeugen des Geschehens das „aktenmäßige" Bild der Ereignisse und ihrer Gestalter ergänzen und beleben, wenn sie vor allem das Entstehen der amtlichen Handlungen aufhellen. Hesse genügt es jedoch nicht, hierin mit „eigenen Beobachtungen" zu dienen; er steckt sich höhere Ziele. Er versucht sich an einer „Zeitbetrachtung", von der er hofft, daß sie dem Standpunkt beider Seiten gerecht wird und „vor allem die Sequenz der Ereignisse wiederherstellt". Ein derartiger Versuch erfordert nun aber unweigerlich Einordnung des „Neuen" in das bisher gewonnene Bild oder Auseinandersetzung mit seinen Grundbestandteilen, d. h. eben nicht zuletzt mit den so geringschätzig behandelten Dokumenten! Es bedeutet daher reichlichen Vorschußlorbeer, wenn im Klappentext des Buches dem Autor nachgerühmt wird, er wirke dank seinem Verzicht auf jede Schwarz-Weiß-Technik „aller Legendenbildung entgegen". „Die wichtigsten neuen Tatsachen", so heißt es weiter, „werden zusammen mit der entsprechenden ausländischen Literatur gegeben, der Leser kann also vergleichen" . . .

Er kann es in der Tat, aber gewiß nicht mit Hilfe der Kategorien und Hinweise, die ihm Fritz Hesse in seinem Buche bietet. Der mit der Materie leidlich vertraute Historiker wiederum wird nach der Lektüre der ersten 60 Seiten einen Vergleich kaum noch für nötig halten. Man kann sich indessen der Auseinandersetzung mit einem Buch, das anfangs in Teilen der Presse — auch der ausländischen — einigermaßen ernst genommen worden ist, nicht entziehen, am wenigsten wohl in einer Zeitschrift, die allerdings „aller Legendenbildung entgegen" ist.

Freilich müßte man Seiten und Seiten füllen, wollte man dem Autor die zahlreichen Unrichtigkeiten im Tatsächlichen, die ungenauen Zitate, die haltlosen

[3] Wenn Hesse freilich meint, weil Hitler, „anders als Napoleon, keine Memoiren hinterlassen" habe, würde sich „ein völlig korrektes Bild seiner Motive wohl kaum jemals gewinnen lassen", so verwickelt er sich damit in den offenbarsten Widerspruch zu seiner eigenen Memoirenkritik.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Behauptungen, die Widersprüche mit sich selbst, die vagen oder falschen Datierungen (soweit solche überhaupt vorliegen) im einzelnen nachweisen. Es seien daher nur einige wenige Beispiele dieser Art herausgegriffen. So kann der „starke Eindruck" der Reichstagsrede Hitlers vom 17. Mai 1933 nicht daraus hervorgehen, daß es „im Juni" zu dem „berühmten Vorschlag" eines Viermächtepaktes kam; denn die Verhandlungen darüber waren schon seit dem 19. März im Gange. — Niemals hat die französische Regierung Hitler zugesichert, daß ihr Pakt mit der Sowjetunion nicht ratifiziert werden würde, wie Hesse behauptet (S. 52). — Ebensowenig konnten die Franzosen nach ihren Besprechungen mit London im Januar und Februar 1936 glauben, ein Defensivabkommen mit England „fest in der Tasche zu haben" (S. 54 f.)[4]. — Keineswegs ist während der Sudetenkrise 1938 Frankreich vor der Ernennung Lord Runcimans zum Vermittler „nicht konsultiert" worden und hat sich dadurch von England „verraten" gefühlt (S. 130), wie Hesse breit ausführt. Vielmehr hat Frankreich diesem Plan am 1. Juli zugestimmt und in Prag seine Annahme befürwortet[5]. — Was Hesse anläßlich der „berühmten Pressekonferenz" vor der sogenannten „Kristallnacht" vom 9. November 1938 Goebbels zu Hitler über den geplanten Judenpogrom sagen läßt (S. 151 ff.), könnte glaubhaft erscheinen — doch hat die betreffende Konferenz erst nach der Kristallnacht, nämlich am 10. November 1938, stattgefunden[6]!

Auch mehrere seiner eigenen Berichte und Briefe gibt der Verfasser unzuverlässig wieder, indem er durch Setzung von Anführungszeichen den Eindruck wörtlichen Zitats erweckt[7]. In einem Brief an Ribbentrop vom 26. November 1938 ist dabei der bekannte, von diesem im Dezember abgestattete Besuch in Paris aus der Zukunft in die Vergangenheit gerückt worden (S. 156). — Bei der Charakterisierung Ribbentrops nimmt Hesse diesen u. a. dagegen in Schutz, in dem ihm nachgesagten Maße „hochmütig" gewesen zu sein. Wenige Zeilen vorher schreibt er indessen selbst von Hitlers Außenminister: „Meist fand er keinen Kontakt zu den ihm begegnenden Menschen, sondern ließ zwischen sich und ihnen eine Barriere eisigen Hochmuts bestehen, die jedes wirkliche gegenseitige Verstehen ausschloß" (S. 32). — Wir versagen uns, zu Hesses Version (S. 77) Stellung zu nehmen, Ribbentrop habe in London den Hitlergruß im Thronsaal nur erwiesen, um ein „Ausrutschen" zu verbergen. Das ist im besten Fall unbeabsichtigte Ironie[8]. — Ernst-

[4] Vgl. P.-E. Flandin, Politique française 1919—1939, Paris 1948, S. 195, 197.

[5] Am 20. Juli 1938 besprach Halifax in Paris den Plan nochmals mit den französischen Ministern. Documents on British Foreign Policy 1919—1939 (Edited by Ed. Woodward and Rohan Butler), Third Series (künftig zitiert: Brit. Doc.), Vol. I, London 1949, S. 528, 536; Vol. II, London 1949, S. 20. — Hesse scheint sich auf die hier überholte Darstellung J. W. Wheeler-Bennetts, Munich, Prologue to Tragedy, London 1948, S. 70 ff., zu stützen.

[6] Vgl. den „Völkischen Beobachter" (Münchener Ausg.) vom 11. 11. 1938.

[7] Vgl. außer S. 156 auch S. 172 ff. und hierzu die Wiedergabe in: „Dokumente und Materialien a. d. Vorgesch. des zweiten Weltkrieges", Moskau 1949, Bd. II, S. 79 ff.

[8] Zur Widerlegung Hesses, der den Vorgang fälschlich auf Eduard VIII. bezieht, vgl. A King's Story, The Memoirs of H. R. H. the Duke of Windsor, London 1951, S. 322; J. v. Ribbentrop, Zwischen London und Moskau, Leoni am Starnb. See 1953, S. 100; H. G. v. Studnitz, Spiel mit der Geschichte, „Außenpolitik", 4. Jahrg., November 1953, S. 722.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hafter ist die Entstellung, wenn der Autor Ribbentrop bei seiner endgültigen Abreise aus London am 13. März 1938 sagen läßt: „England ist für den Führer für immer abgeschrieben, wir werden hier nichts weiter versuchen." (S. 106.) Der „Quellenwert" dieses Zeugnisses ergibt sich aus Ribbentrops eigenem Bericht aus London vom 10. März 1938. Trotz einiger einschränkender Bemerkungen über den für England hochwichtigen „Zeitgewinn" zur Vollendung seiner Aufrüstung hat er darin die ihm von Hitler gestellte Frage, ob Chamberlains Entgegenkommen nur auf „Taktik" beruhe, eher verneint. Er hat weiter Chamberlains Politik das Ziel „einer friedlichen Verständigung der vier großen Mächte Europas unter Ausschluß der Sowjetunion" mindestens nicht abgesprochen und sogar damit geschlossen: „. . . wir sollten daher gleich Italien die Gespräche mit England weiterführen". Tags darauf meldete er, Chamberlain habe seine wiederholte Frage, ob der Premier wirklich eine aufrichtige Verständigung mit Deutschland wünsche, „in einer solchen Art" bejaht, „daß es bei aller Skepsis mir nicht möglich ist, an seiner Aufrichtigkeit zu zweifeln"[9].

Ein besonders starkes Stück mutet Hesse (S. 59 ff.) seinen Lesern mit einer Erzählung zu, die an sich schon mit den herkömmlichen Formen britischer Verfassungs- und Regierungsübung schwer vereinbar ist. Danach hätte König Eduard VIII. zur Zeit der Wiederbesetzung des Rheinlandes nach einem entsprechenden persönlichen Appell des deutschen Botschafters von Hoesch diesem telefonisch mitgeteilt, er habe dem Premierminister Baldwin gehörig seine Meinung gesagt und „diesem alten . . ." mit seiner Abdankung gedroht, „wenn er Krieg machen sollte"! Jener Schritt des deutschen Botschafters beim König und sein Erfolg hätten „den entscheidenden Wandel der Lage" herbeigeführt. Diese Darstellung ist nicht nur völlig unglaubwürdig — was eine Befragung der angeblichen Zeugen noch bestätigt hat —[10], sondern verdeckt zugleich die wirklichen Gründe für den friedlichen Ausgang der Krise.

---

[9] Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918—45, Serie D (1937—45), Bd. I, Baden-Baden 1950, S. 217, 228 (künftig zitiert: „Deutsche Dokumente"). Auch in seinem Telephongespräch aus London mit Göring vom 13. März bezeugt Ribbentrop „seinen wirklich ganz ausgezeichneten Eindruck" von Chamberlain (IMT Bd. XXXI, S. 376).

[10] Hesse gibt in seinem Buche den damaligen deutschen Botschaftsrat in London, Fürst Otto von Bismarck, als Zeugen des angeblichen Vorgangs an. Fürst Bismarck hat dem Referenten unter dem 28. 1. 1954 mitgeteilt, daß nach seiner sehr klaren Erinnerung an die damaligen Vorgänge Herr von Hoesch ihm nicht nur niemals von einer Unterredung mit dem König (wie der von Hesse geschilderten) Mitteilung gemacht habe, sondern daß nach seiner festen Überzeugung diese Unterredung überhaupt nicht stattgefunden hat. Von den übrigen durch Dr. Hesse benannten Zeugen hat sich Dr. von Fries unter dem 3. 5. 1954 dem Sinne nach übereinstimmend mit Fürst Bismarck geäußert. Legationsrat I. Kl. Dr. Weber hat unter dem 9. 3. 1954 erklärt, daß der Botschafter von Hoesch keine Veranlassung gehabt habe, ihn als Angehörigen der wirtschaftspolitischen Abteilung der Botschaft über derartige Vorgänge zu informieren, über die ihm jedenfalls nichts bekannt sei. Ministerialdirigent Dr. van Scherpenberg hat unter dem 1. 5. 1954 mitgeteilt, daß er am 11. März 1936 bereits nicht mehr an der deutschen Botschaft in London tätig gewesen sei.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei den wesentlichen Fehlern des Hesseschen Buches handelt es sich aber nicht um Vergeßlichkeit und Fahrlässigkeit, sondern weitgehend um Tendenz. Diese wird deutlich, wenn wir das Bild betrachten, das Hesse von Hitler, seinen Zielsetzungen und seiner Verantwortlichkeit bei entscheidenden Schritten der nationalsozialistischen Außenpolitik entwirft.

Der Verfasser unterstreicht (S. 20 f.) selber das „Aufrüstungsprogramm", das Hitler schon vor seiner Ernennung zum Reichskanzler vertreten habe. Gleichwohl sind für ihn Hitlers Vorschläge in der Abrüstungsfrage anfangs „durchaus ehrlich" gewesen; erst die spätere Entwicklung, die feindselige, sabotierende Haltung des Auslandes, habe den „Ansatz zu einer vernünftigen Außenpolitik zerstört" (S. 24 f.). Nach allen bereits Hesse verfügbaren Zeugnissen, die noch weiter ergänzt werden könnten, hatte jedoch Hitlers außen- wie innenpolitisches Programm die Aufrüstung zur Voraussetzung.

Zu dem Putsch des 25. Juli 1934 in Österreich bemerkt Hesse (S. 29 f.), Hitler habe „diesen Dingen durchaus ferngestanden". Dem ist immerhin das Zeugnis Görings entgegenzuhalten, wonach der damalige Landesleiter Habicht Hitler gefragt habe, ob sich die Partei einer von der österreichischen Wehrmacht geplanten Aktion anschließen solle. „Wenn die Wehrmacht so etwas unternahm", fuhr Göring fort, „so war die Auffassung des Führers, sollte sie in diesem Punkt selbstverständlich von der Partei gestützt werden"[11].

Ähnlich unhaltbar ist die These Hesses (S. 52 ff.), Hitler habe beim Rheinlandcoup, unter dem Eindruck der entschiedenen Warnungen des Auswärtigen Amtes vor kriegerischen Verwicklungen, schließlich nur noch gewünscht, „das ihm gefährlich erscheinende alte Locarno-System durch ein anders Sicherheitssystem zu ersetzen", und erst nach dem Erfolg seiner „tollkühnen Aktion" seinen Entschluß dahin „geändert, das Rheinland zu halten".

Weiterhin behauptet Hesse (S. 73), die deutsche Intervention im spanischen Bürgerkrieg sei „ohne Wissen und ohne Zustimmung Hitlers" eingeleitet worden: Die Überlassung von Transportflugzeugen an Franco sei vielmehr „auf Veranlassung des Ortsgruppenleiters der NSDAP in Spanien" (!) geschehen. Über den wahren Hergang hätte sich Hesse zunächst einmal im dritten Band der „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik" unterrichten können. Danach hat sich Hitler, auf das ihm Ende Juli 1936 von zwei Parteigenossen über die Auslandsorganisation der NSDAP nach Bayreuth zugestellte Hilfegesuch Francos hin, sogleich zu dem erbetenen Eingreifen entschlossen[12]. Dies bestätigen nunmehr auch die Aufzeichnungen des damals in Bayreuth weilenden Ribbentrop[13].

Auch dem Vierjahresplan Hitlers ist, nach Hesses These (S. 74), seine eigentliche Bedeutung gewissermaßen unwillkürlich zugefallen. Sein „ursprünglicher Sinn" sei gewesen, durch eine systematische Planung der Wirtschaft die Einführung der Brotkarte zu verhüten, die die beteiligten Ressorts mit Rücksicht auf die Devisen-

[11] IMT Bd. IX, S. 331.

[12] Deutsche Dokumente Bd. III, Baden-Baden 1951, insbes. S. 4, 11 und 15.

[13] A. a. O., S. 88.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lage bereits vorgeschlagen hätten. Erst die unumgängliche Ausdehnung jener Planung auch auf kriegswichtige Materialien habe den Vierjahresplan in das entscheidende Instrument der Aufrüstung „verwandelt". Es bedarf darüber keiner langen Erörterung; der wahre Sinn des Vierjahresplans ist von Hitler selbst in einer Denkschrift bereits im August 1936 umrissen worden. Ihre unmißverständlichen Schlußworte lauten: „I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein"[14].

Es ist nach alledem nicht überraschend, daß Hesse auch das Hoßbach-Dokument verharmlost — welches angeblich nur eine „vorübergehende Ansicht" Hitlers bezeugt (S. 102) —, daß er schließlich Hitler sogar von der Verantwortung für den Einmarsch in Österreich weitgehend entlasten möchte. Dem dient die kühne Behauptung (S. 103 f.), Ribbentrop sei als neuernannter Außenminister im März 1938 deshalb noch einmal nach London geschickt worden, um dort die Zustimmung Englands zu einer Volksabstimmung über den Anschluß zu erzielen. Nach dem Bericht Schuschniggs hat Hitler in seiner Berchtesgadener Besprechung mit ihm den Gedanken einer Abstimmung zwar beiläufig hingeworfen[15]; von einer konkreten Absicht kann aber keine Rede sein, geschweige denn von einem „Versprechen Schuschniggs, eine Volksabstimmung über den Anschluß stattfinden zu lassen", dessen Nichteinhaltung nach Hesse die Zuspitzung der Lage in Österreich herbeigeführt haben soll. Es dürfte sich durchaus erübrigen, die allbekannte, überstürzt zur Krise treibende Entwicklung des deutsch-österreichischen Verhältnisses infolge von Schuschniggs Abstimmungsprojekt näher darzulegen. Wohl war Hitlers österreichische Aktion vom 11./12. März 1938 nicht so vorausgeplant, sondern wurde improvisiert. Es entstellt jedoch den Sachverhalt, wenn Hesse behauptet, der impulsive Göring habe „über den Kopf des Führers hinweg" selbständig den Befehl zum Einmarsch gegeben. Allenfalls zutreffen dürfte Görings Bekundung, daß er in den entscheidenden Stunden stärker als Hitler selbst „das Tempo angegeben ... und sogar über Bedenken des Führers hinwegschreitend, die Dinge zur Entwicklung gebracht" habe. Immerhin: die bekannten Telefongespräche mit Wien am 11. März führte Göring in der Reichskanzlei in Gegenwart Hitlers. Nachdem infolge einer falschen Meldung von der Ernennung Seyß-Inquarts zum Bundeskanzler der von Hitler um 2 Uhr unterzeichnete Einmarschbefehl gegen 5 Uhr vorübergehend zurückgezogen worden war, wurde er angesichts des hartnäckigen Widerstandes des Bundespräsidenten Miklas gegen 8 Uhr abends von Hitler erneut gegeben und in seiner endgültigen Fassung um 8.45 Uhr vollzogen[16]. Nach einem der gemeinsam geführten Telefongespräche redete Göring, so hat der in der Reichskanzlei anwesende Generalmajor der Polizei von Grolman bezeugt, „lebhaft auf Hitler ein, und während sie zurückgingen zum Sitzungszimmer, schlug sich Hitler, der bisher nachdenklich Görings Worten zugehört hatte, plötzlich auf den Oberschenkel, warf den Kopf zurück und

[14] Nürnberg-Dok. NI—4955, ungedr. (Schacht Exh. Nr. 48).

[15] Kurt von Schuschnigg, Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot, Zürich 1946, S. 41.

[16] IMT Bd. IX, S. 353; Bd. XXVIII, S. 371 (Tagebuch Jodls); die Befehle: ebenda Bd. XXXIV, S. 356 f. und S. 774.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sagte: ‚Jetzt geht's los, voran'. Daraufhin stürmte Göring rief nach Bodenschatz wegen des Einsatzes der Luftwaffe, und von da ab überstürzten sich die Anordnungen"[17]. Hitler hat denn auch die ihm in den ersten Morgenstunden des 12. März übermittelte Bitte Seyß-Inquarts, den Einmarschbefehl angesichts des reibungslosen Verlaufs der Dinge wieder zurückzuziehen, abgelehnt[18]. Was endlich den damaligen Besuch Ribbentrops in London angeht, so sollte er nach übereinstimmendem Ausweis seiner amtlichen Berichte und seiner Erinnerungen dem Zweck seiner formgerechten Verabschiedung als Botschafter dienen[19].

Was den meisten der angeführten Entstellungen Hesses als Tendenz gemeinsam ist, nämlich den „Führer" als den jeweils von anderen Getriebenen oder von Gegnern Provozierten erscheinen zu lassen, tritt vollends in den beiden Kapiteln über die Sudetenkrise und die unmittelbare Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges hervor.

Hesse spricht sich zunächst kritisch darüber aus, daß die Geschichtsschreibung der Gegner Deutschlands (!) die Sudetenaktion Hitlers „als Teil eines systematischen Aufmarschplanes für den großen Krieg hingestellt" habe (S. 108). Immerhin hat Hitler selbst, wenigstens rückblickend, sich mit Stolz zu einer solchen Gesamtplanung bekannt[20]. Hesse behauptet weiter, daß Hitlers Vorgehen in der Sudetenfrage „weder planmäßig angelegt war noch planmäßig verlief". Es gibt jedoch schon aus dem Vorstadium der Sudetenkrise intime Zeugnisse für die planmäßige Anlage seines Vorgehens. So heißt es in einer Niederschrift geheimer Gedanken Hitlers vor seinem Staatsbesuch in Rom (2.—6. Mai 1938): „Mussolini betrachtet s(ein) Werk abgeschlossen oder nicht. a) Wenn ja, Tschechei ferne Zukunft . . . ‚Rückkehr mit leerer Tasche'. b) Wenn nicht, dann ‚Imperium' Afrika. Nicht ohne deutsche Hilfe möglich. Vorbedingung Tschechei. ‚Rückkehr mit Tschechei in der Tasche'[21]." Hesse berücksichtigt ebensowenig, daß Konrad Henlein bereits am 28. März mit Hitlers Zustimmung die für ihn geltende Direktive in die Worte zusammengefaßt hat: „Wir müssen also immer so viel fordern, daß wir nicht zufriedengestellt werden können.[22]" Die Schlußfolgerungen daraus ergeben sich von selbst.

Was nun umgekehrt die Haltung Englands angeht, so behauptet der Verfasser in völlig unzutreffender Weise, daß es „auf Grund seines Allianz-Vertrages mit Frankreich" — den es ja gar nicht gegeben hat! — zum Kriege „gezwungen" war,

[17] Nürnberg Fall XI, Keppler — Dok. Nr. 71, ungedr.; im wesentlichen übereinstimmend Franz von Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 486 f. Nach einer Mitteilung von Viktor von Koerber an den Verfasser über die ersterem durch von Grolman gegebene Darstellung hätten Hitlers Worte gelautet: „Auf geht's!"

[18] Deutsche Dokumente, Bd. I, S. 477 f.; IMT Bd. IX, S. 459; Nürnberg Fall XI, Keppler — Dok. Nr. 8 und 74, Protokoll S. 12924.

[19] Deutsche Dokumente Bd. I, S. 218; IMT Bd. XXXI, S. 373 (Telefongespräch Ribbentrops mit Göring); Ribbentrop a. a. O., S. 133, 136; insbesondere auch IMT Bd. X, S. 279.

[20] In seiner Rede vor den Oberbefehlshabern am 23. 11. 1939, vgl. IMT Bd. XXVI, S. 328 f. Übrigens mit einer allgemeinen Begründung, die dem entsprechenden Gedankengang des Hoßbach-Dokuments äußerst ähnlich ist.

[21] IMT Bd. XXV, S. 414.

[22] Deutsche Dokumente Bd. I, S. 158.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenn Frankreich und Sowjetrußland der Tschechoslowakei den vertragsmäßigen Beistand gewährten. Die „berühmte Mitteilung Chamberlains im Unterhaus" vom 24. März — Hesse spricht fälschlich vom 19. Mai — besagte dies zur Enttäuschung der Franzosen gerade nicht[23]. Keineswegs wurde es dem britischen Kabinett, wie Hesse (S. 115) sagt, erst „durch das Verhalten der Franzosen klar", daß eine Kriegsdrohung gegen Deutschland bei der militärischen Schwäche der Westmächte nur einen „Bluff" bedeuten könnte. Vielmehr ist es Daladier gewesen, der am 28./29. April 1938 in London im Interesse des Friedens der Zukunft für eine entschiedene Stellungnahme eintrat, während Chamberlain diese nach Lage der Dinge als einen gefährlichen Bluff verwarf und im übrigen Hitlers Absicht bezweifelte, die Tschechoslowakei zerstören zu wollen[24]. Schlechthin grotesk muß es aber genannt werden, daß Hesse, noch dazu unter Berufung auf die Dokumente, den „Zumutungen" und dem „taktlosen" Auftreten des britischen Botschafters in Berlin, Sir Nevile Henderson, einen erheblichen Anteil an der Verschärfung der Situation zuschreiben möchte, ja sogar behauptet, dieser sei während und nach der Wochenendkrise des 21. Mai der „felsenfesten Überzeugung" gewesen, Hitler wolle die tschechische Frage gewaltsam lösen, und habe entsprechend nach London berichtet (S. 118 ff.). In Wahrheit hat der Botschafter seiner entgegengesetzten Meinung unmißverständlichen Ausdruck gegeben[25] und von einer neuen Warnung in Berlin nach dem Vorbild des 21. Mai immer wieder abgeraten[26]. Bis über den August hinaus hielt er Hitler im Grunde für friedenswillig[27] und scheute sich nicht, Lord Halifax gegenüber kritisch von den „Anhängern der Crowe-Tradition" im Foreign Office zu sprechen[28]. Auch die britische Regierung war nach der Wochenendkrise von krie-

[23] Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1938, S. 292 ff. Sie bezeichnete es lediglich als ernste Wahrscheinlichkeit, daß England infolge der französischen Beistandsverpflichtung gegenüber Prag ebenfalls in den Krieg verwickelt werden würde, und Lord Halifax ließ am 11. April in Paris ausdrücklich davor warnen, diese „Wahrscheinlichkeit" vorschnell als eine „Gewißheit" zu betrachten. Vgl. G. Bonnet, De Washington au Quai d'Orsay, Paris 1946, S. 105 f., 115 ff., 165 f., 215 ff.; Brit. Doc., Vol. I, S. 141.

[24] Brit. Doc., Vol. I, S. 217 f., 220 ff.

[25] Er hat es in der Folgezeit bedauert, daß die damaligen Gerüchte den Anspruch der Sudetendeutschen in britischen Augen „verdunkelt" hätten. Brit. Doc., Vol. I, S. 335, 344, 349, 358 f., 580, 413 f., 533.

[26] A. a. O. I, S. 533, Vol. II (London 1949), S. 2, 58, 86, 117 f., 156, 206, 214, 239 f., 250, 283.

[27] A. a. O. II, S. 11, 60, 63, 105, 118, 243, 245, 250, 437. Ausnahmen: I, S. 580, 590; II, S. 46. Allerdings hat Henderson einmal sein Urteil unter den Vorbehalt gestellt, daß man es bei Hitler mit einem „Mystiker, Psychopathen oder Verrückten" zu tun habe. (A. a. O. I, S. 603; 20. 7. 38.)

[28] A. a. O. II, S. 131. Weiß Hesse wirklich nichts davon, daß der Botschafter schon im März der Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für die Sudetendeutschen das Wort geredet (a. a. O. I, S. 621) und von Ende Juli an — auch im Interesse einer „moralisch einwandfreien" Stellung Englands gegenüber weiteren Expansionsplänen Hitlers (I, S. 623; II, S. 12, 59, 84 f., 134) — unablässig das Plebiszit befürwortet hat? (I, S. 597 f., 617; II, S. 14 u. a. m.)

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gerischen Absichten Hitlers durchaus nicht „überzeugt", wie der Verfasser meint. Sie hat von seinem in der neuen Weisung Grün bezeugten „unabänderlichen Entschluß" vom 28./30. Mai zur Zerschlagung der Tschechoslowakei offensichtlich keine Kenntnis erlangt[29].

Es ist nicht leicht, dem weiteren, einigermaßen verwirrten Gedankengang Hesses zu folgen[30]. Nach seiner Darstellung hat der 21. Mai auf die Entwicklung der Mentalität Hitlers „entscheidenden Einfluß" geübt (S. 127). Die ungerechtfertigte Unterstellung kriegerischer Absichten habe ihn derart gekränkt und gereizt, die Londoner Gegenaktion ihn von den bösen Plänen eines einmal aufgerüsteten Englands zunächst so fest überzeugt, daß er, wie Ribbentrop Hesse erklärt haben soll, nunmehr eine friedliche Lösung ablehnte, „selbst wenn die Engländer ihm die sudetendeutschen Gebiete auf einem silbernen Tablett anbieten würden"[31]. Nach Hesses Zeugnis wäre es nun mittelbar ihm selbst gelungen, Hitler wieder zu vernünftigeren Erwägungen zurückzuführen, indem er dem verblüfften Ribbentrop vorstellte, daß man das Sudetenland mit britischer Hilfe auch ohne Krieg erhalten könne. Durch Ribbentrop von dieser Ansicht in Kenntnis gesetzt, habe Hitler zunächst zwar ausgerufen: „Das glaube ich einfach nicht, so dumm können sie einfach nicht sein!" Er habe dann aber gegen eine solche Lösung nicht mehr allzuviel eingewandt; ja, er sei, als Benesch unter dem Druck Lord Runcimans wachsende Zugeständnisse machte, zu der Überzeugung gelangt, England könne die Tschechen schließlich zur Abtretung des Sudetenlandes zwingen (S. 128 ff.). Aus diesem Grunde, so behauptet Hesse, habe Hitler den tatsächlichen Einmarsch in die Tschechei niemals befohlen und den Termin hierfür immer wieder hinausgeschoben. In Wahrheit hat Hitler den ursprünglichen Termin des 1. Oktober keineswegs „hinausgeschoben", vielmehr die eigentliche Entscheidung schon für den 28. September, 2 Uhr mittags, angesetzt[32]. Und nach seinem eigenen Bekenntnis hat „Chamberlains Vorschlag, nach Berchtesgaden zu kommen", ihn „in gewissem

---

[29] Vgl. a. a. O. II, 54. Damit wird Hesses Theorie von dem ihm angeblich bekannten „Einbau eines englischen Offiziers in den deutschen Generalstab" (S. 118 ff.), der vor dem 20. Mai von der ersten, noch bedingten „Weisung Grün" erfahren hätte, gegenstandslos.

[30] Es sei davon abgesehen, auf Hesses groteske Verzeichnung des englisch-französischen Verhältnisses auch für den weiteren Verlauf der Sudetenkrise näher einzugehen. Es ist völlig falsch, daß die kriegsabgeneigte Haltung Frankreichs Chamberlain „die bereits gezückte Pistole aus der Hand" schlug (S. 133 f.). Vielmehr versteifte sich die Haltung insbesonders Daladiers bei seinem Besuch in London nach Godesberg noch einmal erheblich, während die englischen Minister ihn (gewiß auch aus Mangel an Vertrauen in die Stärke Frankreichs) erneut von der Unmöglichkeit eines bewaffneten Eingreifens zugunsten der Tschechoslowakei zu überzeugen suchten (Brit. Doc. II, S. 522–535).

[31] Zweifellos hat der am 21. Mai erlittene „Prestigeverlust" die noch vagen Pläne Hitlers zu dem „unabänderlichen Entschluß" ihrer befristeten Durchführung verdichtet. Schwerlich aber hat der Vorgang im ganzen mehr als eine Konkretisierung und Beschleunigung seiner Aktion bewirkt.

[32] Vgl. Deutsche Dokumente II, S. 748 und 778; Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–1945, Bonn 1949, S. 409; Brit. Doc., Vol. II, S. 556 f., 564.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sinne überrumpelt"[33]. Ohne dieses ungewöhnliche Dazwischentreten hätte Hitler seinen Termin sicherlich genau eingehalten, und das Ende wäre nach seinen Vorstellungen ein lokalisierter Blitzkrieg gewesen, in den der „kriegsscheue" demokratische Westen nicht eingriff[34]. Daß Hitler, nach der grundsätzlich festgelegten Abtretung des Sudetenlandes, in Godesberg Fragen wesentlich des Verfahrens in den Vordergrund schob, daß er in ultimativer Form neue und teilweise demütigende Forderungen stellte, konnte nur einen Sinn haben: Nachdem er die Westmächte auf die schiefe Ebene der Konzessionsbereitschaft gedrängt hatte, wollte er eine für sie gerade noch tragbare friedliche Lösung durch überspannte Forderungen praktisch und moralisch unmöglich machen, um so sein Maximalprogramm einer Vernichtung der gesamten Tschechoslowakei doch noch durchführen zu können. Würde Ungarn nach Berchtesgaden ebenso wie Polen „gehandelt" und nicht „geschlafen" haben — bemerkte Hitler später mit zynischer Offenheit —, „so hätte er Chamberlain ins Gesicht lachen" und dann zum Zwecke einer totalen Lösung „die Sache als einen allgemeinen mitteleuropäischen Brand darstellen" können[35]. Hesses Meinung, Hitler habe ursprünglich nur eine Autonomie des Sudetenlandes und niemals eine Zerschlagung der Tschechoslowakei überhaupt angestrebt, ist damit als unhaltbar erwiesen[36]. Es gelang indes dem Gegenspieler Chamberlain um den Preis einer politischen Demütigung, den Abstand zwischen dem Hitler Bewilligten und dem von diesem „vor der Welt" Geforderten schließlich so sehr zu verringern, daß ihm jeder haltbare Vorwand für eine Lösung durch offene Gewalt entzogen wurde. Gleichwohl neigte Hitler am 27. September immer noch mehr zum Kriege als zum Frieden. Der offenkundige Friedenswille des eigenen Volkes, die endlich sehr ernste Haltung Englands und namentlich wohl der schwer abweisbare Rat Mussolinis bewogen ihn in letzter Stunde, sich mit der Zwischenlösung von München widerwillig abzufinden.

Welches Bild aber gibt Hesse von Godesberg? „Nachdem Hitlers Zorn verraucht war", schreibt er allen Ernstes, „tat ihm, wie häufig, seine Schärfe leid, aber es war zu spät; beide Seiten hatten anscheinend feste Positionen bezogen." Der Verfasser will damals zu der Überzeugung gekommen sein, „daß das ganze Problem irgendwie technisch falsch angepackt" worden sei und daß Prestigegesichtspunkte

[33] So Hitler am 20. 9. 1938 gegenüber dem polnischen Botschafter: „Dokumente und Materialien" I, S. 189; vgl. auch Anm. 36.

[34] In diesem Sinne mahnte er am 20. September die zögernden ungarischen Minister: „Es sei jetzt der letzte Moment für Ungarn gekommen, sich einzuschalten." Er werde (in Godesberg) „die deutschen Forderungen gegenüber Chamberlain brutal vertreten . . . Seiner Auffassung nach sei die einzig befriedigende Lösung ein militärisches Vorgehen. Es bestände aber die Gefahr, daß die Tschechen alles annehmen". (Deutsche Dokumente Bd. II, S. 689).

[35] Deutsche Dokumente V (Baden-Baden 1953), S. 302 f. (16. 1. 1939).

[36] Vgl. noch sein Bekenntnis gegenüber dem polnischen Außenminister Beck am 5. Januar 1939 (ebenda S. 129): „Durch das überraschende Verhandlungsangebot Chamberlains und Daladiers sei er . . . von der rein politischen Lösung der tschechoslowakischen Frage, die einer Liquidation der Tschechoslowakei gleichgekommen wäre, abgedrängt worden und hätte, da er von Ungarn in keiner Weise irgendwie aktiv unterstützt worden wäre, nur die ethnographische Lösung vor der Welt vertreten können . . ." Vgl. dazu Bd. II, S. 718, 736 f.!

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die „einfach zu lösende Frage" kompliziert hätten (S. 139 f.). Für den hochpolitischen Hintergrund der Verfahrensfragen, mit denen Hitler die Lösung erschwerte, scheint er kein Auge zu haben. Hingegen schreibt er sich selbst am Zustandekommen der friedlichen Regelung einen bedeutsamen Anteil zu. Vor den Dokumenten hält auch das nicht Stich. Wohl bestätigen sie, daß Chamberlains Pressechef Steward und sein Vertrauter Sir Horace Wilson Hesse sachdienliche Mitteilungen gemacht haben und daß dieser sich zu seinem Teil für die Bewahrung des Friedens verwendet hat[37]. Chamberlains persönliche Aussprache mit Hitler jedoch, deren Empfehlung durch den Autor (offenbar erst im September) ihm Wilson nach Godesberg als „schlechten Rat" vorgehalten haben soll (S. 135, 142), wurde von dem Premier bereits seit dem 30. August erwogen. Sie entsprang, trotz anderweitiger Befürwortung von deutscher Seite[38], seiner eigensten Initiative[39]. Die Idee einer etappenweisen Räumung und Übergabe des Sudetenlandes, die Hesse ebenfalls sich zuschreibt, war vom französischen Außenminister Bonnet bereits am 23. September geäußert worden; sie wurde in der Folge von verschiedenen Seiten und in mehreren Formen Hitler (bis zum 28. September vergeblich) nahegebracht[40]. Die Einschaltung Mussolinis als Vermittler endlich, die Hesse im Laufe des 27. Septembers Steward und am 28. morgens Wilson empfohlen haben will, hat bereits am 27. vormittags der britische Botschafter in Rom seiner Regierung angeraten. Am Abend erhielt er die entsprechende Weisung[41]. Schon am 22. Juli und in der Folge noch wiederholt, hatte auch Henderson diesem Gedanken Ausdruck gegeben[42]. Er lag nach den persönlichen und sachlichen Umständen, zumal den spezifischen Tendenzen der Italienpolitik Chamberlains von 1937/38, nicht allzu fern.

Hesses Darstellung der 11 Monate nach München, insbesondere sein Kapitel zum Kriegsausbruch unter dem Titel „Der letzte Versuch", steht mit dem bisherigen, dokumentarisch gesicherten Bild der Ereignisse nicht überall in so weitgehendem

---

[37] Vgl. Deutsche Dokumente II, S. 318 f., 792; IV (Baden-Baden 1951), S. 265 ff., 272.

[38] Brit. Doc. II, S. 324.

[39] A. a. O., S. 314, 325; Keith Feiling, The Life of Neville Chamberlain, London 1946, S. 357.

[40] Brit. Doc. II, S. 495; S. 530 (Daladier am 25. 9. in London); S. 545 f. (Henderson am 26. 9.), 571 (Bonnet), 572 f. (England), 584, 586, 595 f., 598. Deutsche Dokumente II, S. 789 ff. — Wenn Hesse hinzufügt (S. 141 ff.), er habe schließlich, als „direkt von Hitler" stammend, sozusagen als Patentlösung, den entgegenkommenden Vorschlag der „etappenweisen Räumung nach dem Muster von Elsaß-Lothringen" gemacht, so ist das vollends unglaubwürdig. Denn gerade unter Berufung auf die 1918 gestellten „sehr knappen Fristen" zur Räumung Elsaß-Lothringens (9 Tage einschließlich des noch besetzten französischen, belgischen und luxemburgischen Gebiets) suchten der deutsche Rundfunk und die deutsche Presse Hitlers Godesberger Fristsetzung (23. 9.—1. 10) zu rechtfertigen! S. z. B. „Völkischer Beobachter" (Münchener Ausgabe) 27. 9. 1938, Nr. 270; dazu Deutsche Dokumente II, S. 751.

[41] Brit. Dok. II, S. 561, 641 f.

[42] Brit. Dok. I, S. 614. Vgl. auch seine Anregungen: I, S. 626 (bereits vom 3. Mai); II, S. 35 f., 85, 172, 239.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Widerspruch wie seine Schilderung der Sudetenkrise. In den entscheidenden Punkten aber leistet sie ebenfalls der Legendenbildung bedenklich Vorschub. Daß Hitlers Außenpolitik nach München zunächst keine antipolnische, sondern eine antirussische Linie verfolgte, wird vom Autor (S. 158 f.) richtig gesehen. Doch dürfte „die bisherige Geschichtsschreibung" wesentlich klarer erkannt haben, daß diese Politik darauf hinauslief, Polen, nach einer deutscherseits vorerst vielleicht bescheidenen „Generalbereinigung" der alten Differenzen, schließlich als Satelliten in ein aggressiv gegen den russischen Raum gerichtetes System einzufügen[43] — und dies ohne bleibende Gewähr für schonende Behandlung. Man bedenke nur die Bemerkung Ribbentrops zum polnischen Außenminister Beck im Januar 1939 in Warschau, das Schwarze Meer sei doch „auch ein Meer"![44] Daß Hesse selbst während dieser Phase als inoffizieller Vermittler im Auftrage Ribbentrops vorübergehend einer (weitgehend wirtschaftlich basierten) deutsch-englischen Annäherung zu dienen hatte[45], widerspricht der offensiven Grundtendenz nach Osten nicht. — Vollends behandelt der Autor (S. 160 f.) Hitlers Einmarsch in Prag am 15. März 1939 mit einer erstaunlichen Vernachlässigung aller dokumentarischen Evidenz. Er will ihn wesentlich mit der Unmöglichkeit erklären, gegenüber einer anglo-franko-russischen Koalition, die als Folge von Hitlers Bemühungen um Polen angeblich kriegsdrohend am politischen Horizont aufgetaucht sei, im Herzen des deutschen Raumes „einen ständigen Unruheherd" bestehen zu lassen! Dem steht entgegen, daß gerade im März englischerseits noch ein offenbar großangelegter Versuch zur Verständigung mit Deutschland betrieben wurde[46]. Im übrigen ist Hitlers unverwandtes Streben nach Beseitigung auch der Rest-Tschechei in seinen militärischen wie politischen Direktiven mit Händen zu greifen. Es dokumentiert sich in ihnen von München an, wo er „durch seine nationalsozialistischen Prinzipien davon zurückgehalten" sein wollte, „fremdes Volkstum zu annektieren"[47], bis hin zu der „totalen Lösung", von der er schon voraussagte, daß „das ethnographische Prinzip dann überrannt würde"![48]

---

[43] Vgl. H. Holldack, Was wirklich geschah, München 1949, S. 117 f.; P. Kluke, Deutschland und Rußland zwischen den Weltkriegen, Hist. Zschr., Bd. 171, Mai 1951, S. 541 f.; W. L. Langer u. S. E. Gleason, The Challenge to Isolation, New York 1952, S. 63.

[44] Joseph Beck, Dernier Rapport, Politique polonaise 1926–1939, Neuchâtel (1951), S. 186; vgl. auch Deutsche Dokumente V, S. 133 f., 140; Ribbentrop a. a. O., S. 160.

[45] Vgl. Hesse selbst S. 156 f., insbesondere jedoch „Dokumente und Materialien" II, S. 166–171; Dirksen a. a. O., S. 238 f. — Nach dem Mißerfolg der Warschauer Reise will Ribbentrop Hitler zu Verhandlungen mit Rußland geraten haben. (Ribbentrop a. a. O., S. 160 und 170).

[46] Über das Reiseprojekt des britischen Handelsministers Stanley vgl. „Dok. und Materialien" II, S. 167 ff.; Dirksen a. a. O., S. 239 ff.

[47] Deutsche Dokumente IV, S. 168 neben seinen bekannten Erklärungen vom September 1938.

[48] Deutsche Dokumente IV, S. 184. Im übrigen und zur Planung der „blitzartigen" Lösung im Wege „absoluten Zusammenspiels" mit Ungarn und Polen „wie eine Fußballmannschaft": ebenda V, S. 304.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fritz Hesse kommt nun auf eine politisch und historisch gleichermaßen interessante Phase der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges zu sprechen. Es handelt sich um jene Wochen des Sommers 1939, in denen England nach zunächst einmal entschiedener Abkehr vom „appeasement" noch einen „letzten Versuch" umfassender friedlicher Auseinandersetzung mit Deutschland unternahm. Soweit die Londoner deutsche Vertretung in Frage kam, war dieser Versuch ein beiderseitiger. Botschafter von Dirksen ließ im Gegensatz zu der flachköpfigen Überheblichkeit Ribbentrops[49] in Berlin keinen Zweifel über die kriegsbereite Entschlossenheit Englands wie über die völlige Verfehltheit der in stereotypem Fortissimo gehaltenen deutschen Pressepolemik, und Hesse hat ihn darin erwiesenermaßen durch mutige Berichte unterstützt[50]. Dirksen warnte aber, teils persönlich, teils durch seine Mitarbeiter, „insbesondere auch" durch Hesse[51], gleichzeitig in London vor den schwerwiegenden Folgen einer zum „Selbstzweck" entartenden „Einkreisungspolitik". Für diese Warnungen war man auf britischer Seite nicht unempfänglich. Ein „erniedrigendes" und im Endergebnis noch fragwürdiges Ringen um eine vor Mißbrauch gesicherte Allianz mit dem heterogenen Sowjetpartner[52] hatte die Befürchtung vertieft, aus der ersehnten „Friedensfront" zwangsläufig in ein verabscheutes Kriegsbündnis hineinzugleiten. Um durch die notwendige „Negativität" der Blockbildung nicht die letzten Chancen einer konstruktiven Friedenspolitik zu verlieren, war daher die Regierung Chamberlain — sei es unter Inkaufnahme, sei es unter Außerachtlassung etwaiger Rückwirkungen auf die empfindliche Beziehung zu Moskau — noch immer bereit, einem zu echter Verhandlung geneigten Deutschland weit entgegenzukommen[53]. Im großen Rahmen einer Lösung, die den legitimen Wünschen Deutschlands in ihrer Gesamtheit ebenso Rechnung trug wie dem Anspruch der Gegenseite auf einen gesunden Frieden, mochte Hitler ohne zu hohen Prestigeverlust, so hoffte man, in der polnischen Frage einen Rückzug auf erfüllbare Forderungen vollziehen. Öffentlichen Ausdruck fand diese zweite Linie der britischen Konzeption in Lord Halifax' deutlichem Hinweis auf Möglichkeiten einer friedlichen Gesamtlösung am 29. Juni im Chatham House[54]. Es kam im Verfolg dieser Linie zu Gesprächen, die britische Politiker, namentlich Horace Wilson, zunächst mit Dirksen und seinen Helfern auf deren mindestens mittelbare Veranlassung hin einleiteten. Sie wurden im Juli, offenbar aus britischer Initiative heraus, fortgesetzt in vertraulichen Unterredungen Wilsons und namentlich des Überseehandelsministers Hudson mit dem zur Internationalen Walfangkonferenz nach London entsandten Mitarbeiter Görings, Ministerialdirektor Wohlthat. Der politische Ausgleichsplan wurde dabei durch ein großzügiges Programm wirtschaft-

[49] „Dokum. und Materialien" II, S. 177; Dirksen a. a. O., S. 243.

[50] „Dokum. und Materialien" II, S. 186 f. Dazu Hesse, S. 172 ff.

[51] „Dokum. und Materialien" II, S. 181.

[52] Vgl. Brit. Doc. VI, S. 422 f.

[53] „Sehr weit", Lord Halifax zufolge, nach Dirksens Bericht über die Unterredung v. 9. 8. 1939, „Dokum. und Materialien" II, S. 131, 134. Dazu Brit. Doc. VI, S. 647 f.

[54] Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1939, S. 364.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

licher Kooperation Deutschlands mit England ergänzt. Und obwohl die Regierung Chamberlain nach Indiskretionen über das Gespräch Hudson — Wohlthat sich aus innen- und außenpolitischen Rücksichten von ihm entschieden distanzierte, kam es vor Einleitung der militärischen Besprechungen der Westmächte mit den Sowjets am 3. und 9. August zu neuen bedeutsamen Unterredungen Dirksens mit Wilson und Halifax. Namentlich Wilson gab dabei der ernsten Hoffnung Ausdruck, Hitler werde im Interesse weiterer Verhandlungen die Initiative zur Entspannung der Lage ergreifen[55].

Es fällt schon nach den mit Hesses Darstellung gemachten Erfahrungen nicht leicht, seiner Angabe Glauben zu schenken, daß Horace Wilson gegen Ende Juli[56] den Verfasser in diesen „letzten Versuch" friedlicher Verständigung, und zwar als dessen eigentlichen Träger, eingeschaltet habe (S. 177 ff.). Dirksen erwähnt in seinen Berichten und Memoiren nichts davon, obwohl Hesse ihn vor und nach seinem bedeutsamen Gespräch mit Wilson von allem unterrichtet haben will, und er erinnert sich auch nicht daran[57]. Überdies ist die Notwendigkeit einer Einschaltung des Pressebeirats vom Standpunkt Wilsons schwer einzusehen, da dieser mit Dirksen in engem Kontakt stand und Chamberlains Vorschläge jedenfalls durch Dirksen und Wohlthat weitergeleitet hat. Eine konstitutive Bedeutung kann der Einschaltung Hesses daher nicht beigemessen werden. Gleichwohl ist an seiner Beteiligung, mindestens an der technischen Behandlung des englischen Fühlers, mit Rücksicht auf seine bestimmten Angaben und das in Faksimile wiedergegebene (für alles Nähere freilich wertlose) Bruchstück eines retrospektiven Berichts an Ribbentrop (S. 435), sowie an seiner Reise zu diesem nach Fuschl, kaum zu zweifeln. Was Hesse allerdings als Hauptpunkte der geheimen Vorschläge bezeichnet, trägt für jeden mit der damaligen Situation und den Überlieferungen britischer Staatskunst einigermaßen Vertrauten den Stempel bedenklicher Vergröberung. Wir lesen von Chamberlains Bereitschaft zu einem „Defensivbündnis" mit Hitler „auf die Dauer von 25 Jahren". Aber Hesse widerspricht dieser so bestimmt vorgetragenen Behauptung selbst mit der Fußnote: „Bei diesem militärischen Abkommen war es unklar, worum es sich handelte: einen Nichtangriffspakt, eine Defensivallianz oder ein Rüstungsbegrenzungsabkommen. Alle drei Möglichkeiten wurden erörtert." (S. 180.) Hesse spricht weiter von der Geneigtheit Chamberlains zu einer „Erklärung im Unterhaus" über die „sukzessive" Rückgabe der deutschen Kolonien, von Plänen einer Aufnahme Deutschlands in die „Ottawa-Handelsabmachungen des Britischen Weltreiches mit seinen Vorzugszöllen", der Anerkennung einer „speziellen Interessensphäre Deutschlands auf dem gesamten Kontinent", sowie

[55] Vgl. zu alledem „Dokumente und Materialien" II, S. 65 ff.; Dirksen a. a. O., S. 243 ff.

[56] Hesse gibt nicht das Datum dieses für ihn doch gewiß höchst bedeutsamen Vorgangs! Wohlthats Unterredung mit Hudson fand am 20. Juli statt. Hesses Unterredung mit Wilson soll „wenige Tage nach der Abreise Wohlthats" (die nach dessen Mitteilung an den Referenten am 21. Juli 1939 erfolgte) durch Mr. Steward angeregt worden sein. Hesses Angabe in dem S. 435 seines Buches faksimilierten späteren Bericht an Ribbentrop: „6 Wochen vor Ausbruch des Krieges" setzt den Termin auf jeden Fall zu früh.

[57] Auskunft des Botschafters a. D. Dr. von Dirksen vom 6. 2. 54.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer Anleihe von $4^1/_2$ Milliarden Mark[58] zur allmählichen Umstellung der deutschen Kriegsindustrie — alles dies auf der Grundlage eines deutschen Verzichts auf friedensgefährdende Aktionen ohne „ausdrückliche Zustimmung" Englands, was schon jetzt für Polen gelten sollte. Man tut gut, sich alledem gegenüber für die Klärung des Sachverhalts lediglich an die Berichte Dirksens und der auf englischer Seite Beteiligten zu halten[59]. Nicht um ein „Defensivbündnis" handelte es sich danach, auch nicht um einen Nichtangriffspakt im üblichen Sinne, sondern um einen beiderseitigen Verzicht auf „Aggression" als politische Methode. Daneben um eine „Nichteinmischungs-Abrede", die der Sache nach eine Abgrenzung der politischen und wirtschaftlichen Interessensphären („Großräume") der Hauptmächte bedeutete, z. B. englischerseits eine „Nichteinmischungs-Erklärung für Großdeutschland", offenbar einschließlich Danzigs. Weiter um eine allmähliche Beschränkung der Rüstungen und, als Substanz des Ganzen, im Sinne eines Ventils für Deutschlands Dynamik, ein umfassendes Programm wirtschaftlicher Zusammenarbeit, an der Hudson Amerika zu beteiligen hoffte[60]. Am wenigsten durchsichtig bleibt dabei erklärlicherweise, wie sich nach britischer Auffassung dies alles auf Englands Garantie für Polen und seine Paktverhandlungen mit Moskau auswirken sollte. Während Dirksens Urteil darüber schwankt, ob seine britischen Gesprächspartner solche Bindungen mit dem großen Ausgleich für schlechterdings „unvereinbar" hielten[61] oder sie dann nur als „sachlich hinfällig" betrachten wollten[62], so bezeichnete Wilson nach seinem eigenen Bericht sämtliche Bindungen Englands als „rein defensiv" und fügte lediglich hinzu, „die Politik der Garantien für potentielle Opfer" Hitlers würde durch Deutschlands Verzicht auf Aggression „ipso facto unwirksam (inoperative)"[63]. Jedenfalls ist an dem Ernst des britischen Angebots im Sinne „vollwertiger weltpolitischer Partnerschaft"[64], zumal nach Chamberlains intimem Brief vom 30. Juli 1939, kaum zu zweifeln[65].

Was der Verfasser (S. 182 ff.) über die Aufnahme dieses Angebots durch Hitler und Ribbentrop berichtet, entspricht im ganzen besser als seine sonstigen Behauptungen dem bisher geltenden oder nach den vorhandenen Indizien wahr-

[58] In dem erwähnten faksimilierten Berichtsfragment Hesses an Ribbentrop, das den Ereignissen näherliegt, sind es nur $5^1/_2$ Milliarden.

[59] Für die letzteren vgl. Brit. Doc. VI, S. 407 ff., 579 ff., 647 f.

[60] Hierzu gehörten: Eine Regelung der Kolonialfrage, weniger durch Erteilung individueller Mandate als durch gemeinschaftliche Verwaltung einer großen afrikanischen Zone; Beschaffung von Rohstoffen; gemeinsame Erschließung neuer und Pflege bestehender Märkte (Empire, Rußland, China), deutsche Vorzugsstellung in Süd-Ost-Europa; Regelung der internationalen Schulden; finanzielle Begünstigungen; Lösung von Währungsschwierigkeiten; offenbar auch eine „Abrüstungsanleihe" zur Überbrückung der Umstellungsschwierigkeiten der Kriegsindustrie.

[61] „Dokumente u. Materialien" II, S. 105; vgl. auch S. 69, 195.

[62] Ebenda S. 193; vgl. auch S. 120, 125, 127.

[63] Brit. Doc. VI, S. 580.

[64] „Dokumente u. Materialien" II, S. 195 f.

[65] Feiling, Chamberlain, S. 409. Zur Gesamtbeurteilung: „Dokum. u. Materialien" II, S. 194 ff.; Dirksen a. a. O., S. 255. Dazu Langer u. Gleason a. a. O., S. 121.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scheinlichen Bilde ihrer Politik. Dies gilt besonders für die Angabe, Ribbentrop und sein Verbindungsmann zu Hitler, der Gesandte Hewel, hätten erklärt, Hitler glaube einfach nicht, daß England „wegen Danzig" zum Kriege schreiten werde. Zunächst einmal, so hören wir, habe Hitler sich über Hesses Meldung von dem englischen Schritt außerordentlich gefreut und sie als die „großartigste Nachricht bezeichnet, die er seit Jahren bekommen habe". Er habe die Vorteile einer Verständigung mit England, selbst im Vergleich mit einem Gewinn von „Ostprovinzen", eingesehen, dann aber wieder Mißtrauen gezeigt, daß England ihn nur von der fälligen Lösung der Polenfrage abbringen wolle, und sofort „handfeste Garantien" verlangt. Schließlich soll der Bericht Dirksens über seine Unterredung mit Wilson vom 3. August auf Ribbentrop „wie eine kalte Dusche gewirkt" haben, da er nach Hesses Urteil „an den wesentlichen Punkten der Wilsonschen Konzeption vorbeiredete". Niemand, der den Bericht Dirksens im Wortlaut liest und ihn mit den offensichtlich übertreibenden Angaben Hesses vergleicht, wird diesem Urteil beipflichten können. Dennoch soll es Ribbentrop schließlich gelungen sein, Hitler für die Verständigung mit England zu gewinnen. Da aber sei am 12. August, während des Besuchs von Ciano bei Hitler, die Nachricht eingetroffen, daß die Sowjetunion einem Abschluß mit Deutschland zustimme[66]. Nunmehr habe Hitler geglaubt, den „englischen Bluff" durch diesen Schlag „überbluffen" zu können, und fest damit gerechnet, England werde Polen fallen lassen. 24 Stunden nach der Abreise Cianos, also am 14. August, habe denn auch Ribbentrop dem Verfasser erklärt, Hitler könne auf Chamberlains Angebot leider nicht eingehen. Er habe „etwas ganz anderes vor". Allerdings wolle man den britischen Vorschlag nicht ad acta legen, sondern ihn „wieder aufgreifen, wenn es an der Zeit sei". Auf keinen Fall wolle man mit England in Krieg geraten[67].

Es deckt sich mit einem Teil der letzten Angaben Hesses, wenn Dirksen Mitte August in Berlin hörte, Ribbentrop glaube nicht an ein Eingreifen Englands in einen deutsch-polnischen Krieg. Der Bericht Wohlthats über die britischen Anregungen sei an höchster Stelle „mehr als allgemeines Stimmungsbild" gewertet, und

[66] Letzteres trifft zweifellos zu, da nach der Weisung an Schulenburg aus Berlin vom 14. 8. 39 der sowjetische Geschäftsträger Astachow am „Sonnabend", d. i. der 12. 8. 39, die entscheidende Mitteilung gemacht hat. (Das ns. Deutschland und die Sowjetunion 1939–1941, Akten aus dem Archiv des Dtsch. Auswärtigen Amts, Dt. Ausg. v. E. M. Carroll u. F. Th. Epstein, Washington: Dep. of State 1948, S. 54.) Vgl. dazu L. B. Namier, Diplomatic Prelude 1938–1939, London 1948, S. 267 f., 284, jedoch denselben, Europe in Decay, London 1950, S. 268 mit Note; M. Beloff, The Foreign Policy of Soviet Russia, 1929–1941, Vol. II 1936–1941, London 1949, S. 264.

[67] Diese Absage hat Hesse nach seiner Darstellung auftragsgemäß (S. 192) in möglichst abgemilderter Form am 20. August Wilson mitgeteilt. Nach Hesses wörtlich wiedergegebenem Brief an Ribbentrop vom 22. 8. (S. 195–198) hat Wilson die Absage sehr ernst aufgenommen, nochmals den Zweck seiner Anregung erläutert und die Frage gestellt, ob man nicht doch noch nach einer Formel suchen sollte, „die gleichzeitig uns Danzig und der Gegenseite die Allgemeinlösung gewähre". Wilson soll sich sogar bereit gezeigt haben, nötigenfalls insgeheim nach Deutschland zu kommen, wenn er auch andererseits die Entschlossenheit Englands betont habe, einer Aggressivhandlung Deutschlands entgegenzutreten.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sein eigener Bericht über die Vorschläge Wilsons sei „als ein weiteres Zeichen für die Schwäche Englands aufgefaßt" worden[68]. Dieser verblendeten Beurteilung des Sachverhalts entspricht völlig die folgende Tagebuch-Eintragung des Generaloberst Halder über Ausführungen Hitlers bei einer Besprechung auf dem Obersalzberg am 14. August: „England streckt schon jetzt Fühler aus, wie sich der Führer die Weiterentwicklung nach der Erledigung Polens denkt"[69]. Hitlers freudige Reaktion auf Hesses „großartige" Meldung aus London erscheint somit, im Sinne seiner Verkennung der englischen Haltung verstanden, nicht unglaubwürdig. Ribbentrops angebliche Zusage aber, den englischen Vorschlag zu gegebener Zeit „wieder aufzugreifen", ließe sich mit der weiteren, im Halder-Tagebuch festgehaltenen Äußerung Hitlers vereinbaren: „Den Engländern angedeutet, daß er nach Erledigung der polnischen Frage nochmals mit einem Angebot an England herangehen wird[70]." Und es vollendet nur das Gesamtbild der zynisch betriebenen Entfesselung des Krieges, wenn wir schon jetzt, am 14. August, ganz im Geiste der acht Tage später getanen berüchtigten Äußerung Hitlers, bei Halder schließlich lesen: „Führer hat Sorge, daß England ihm den endgültigen Abschluß im letzten Augenblick durch Angebote erschwert"[71].

Dieses Gesamtbild kann auch durch zwei weitere seltsame Bekundungen Fritz Hesses nicht in Frage gestellt werden. Er behauptet (S. 202 ff.), am 25. August habe Hitler endlich erkannt, daß ein deutsch-polnischer Konflikt zu einem Weltkrieg führen würde. So habe er denn den Krieg gegen Polen „abgeblasen" und, wie Hewel später bestätigt hätte, statt der „großen Lösung" die „kleine Lösung" gewählt: „Statt Westpreußen und Posen wollte er nunmehr nur noch Danzig und die Straße durch den Korridor haben", um damit sein Gesicht wahren zu können . . .

---

[68] „Dokum. u. Materialien" II, S. 197; Dirksen a. a. O., S. 256.

[69] Es heißt weiter: „Daher Überzeugung, daß England vielleicht sehr laute Töne machen wird, vielleicht Gesandten abberufen, vielleicht Handelsverkehr ganz drosseln, aber nicht bewaffnet in den Konflikt eingreifen."

[70] Vgl. dazu auch Hitlers Äußerungen in seiner Unterredung mit Carl Burckhardt am 11. 8. 1939. Brit. Doc. VI, S. 595f.

[71] In der in Nürnberg als Dok. PS-798 vorgelegten Niederschrift der „Ansprache" vor den Oberbefehlshabern vom 22. 8. 1939 heißt es (IMT Bd. XXVI, S. 343) bekanntlich: „Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt." Der übereinstimmende Sinn beider Äußerungen ist evident. Strittig in der Äußerung Hitlers vom 22. 8. 1939 bleibt allenfalls das Wort „Schweinehund". In einer Aufzeichnung des Generals a. D. Liebmann aus dem November 1939 (Abschrift im Besitz des Instituts für Zeitgeschichte München) erscheint die betreffende Äußerung, ebenfalls dem Sinne nach übereinstimmend, in der Form: „Er habe volles Vertrauen zum Gelingen seiner Pläne und fürchte nur eins, daß ihm im letzten Augenblick noch irgendein Kerl mit einem Vermittlungsvorschlag in die Quere käme." General Liebmann hat dazu dem Referenten unter dem 31. 1. 1954 geschrieben: „Ich erinnere mich mit aller Deutlichkeit, daß H. nach ‚irgendein' eine kleine Pause machte, auf die dann die wegwerfende Bezeichnung folgte. Es war der Punkt in H.s Rede, der es klar machte, daß keinerlei Nachgiebigkeit der Polen den Frieden retten würde." Die Nürnberger Fassung PS-798 stammt nach Auskunft von Generallt. a. D. Engel vom 4. 6. 54 von dem Wehrmachtsadjutanten Hitlers, Oberst Schmundt.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für die immerhin auffällige Tatsache, daß es trotz so weiser Bescheidung eine Woche später doch zum Kriege gekommen ist, soll der damalige Ministerialdirigent im Propagandaministerium, Alfred Ingemar Berndt, Hesse die Erklärung geliefert haben: Statt der, schon weit übertriebenen, Zahl von 30 000 durch die Polen getöteten Volksdeutschen habe er Hitler „300 000" gemeldet und ihn durch diesen „kleinen Schubs" dahin gebracht, Keitel sofort telefonisch den zweiten, endgültigen Befehl zum Einmarsch in Polen zu erteilen! Der halbwegs vernünftige Hitler wäre also wieder einmal das Opfer seiner bösen Umgebung geworden. Freilich, daß Hitler Ribbentrop schon vorher untersagt hat, seinen großzügigen „Kompromißvorschlag" der 16 Punkte, die eine Rückkehr Danzigs zum Reich und eine Abstimmung im Korridor vorsahen, dem britischen Botschafter im Wortlaut zu übergeben, paßt schlecht in dieses Bild. Doch Hesse beruft sich zur Erklärung auf eine Mitteilung Ribbentrops an ihn selbst, wonach Hitler an dem bewußten Dokument im letzten Augenblick noch Änderungen habe vornehmen wollen! Das sei bei Hitler ja fast mit allen Erklärungen, Reden oder diplomatischen Dokumenten üblich gewesen. Selber guten Willens, habe Ribbentrop daher die Vorschläge Henderson so langsam und so deutlich wie möglich vorgelesen. Um aber die ihm befohlene Nichtaushändigung motivieren zu können, habe Ribbentrop dem Botschafter eröffnet, „daß dieses ganze Dokument ja leider wertlos geworden sei, da die Polen nicht zur Verhandlung erschienen seien"!

Es fällt schwer, sich mit dieser „These" überhaupt ernstlich auseinanderzusetzen. Hitler hat bekanntlich unter dem Eindruck der Unterzeichnung des britisch-polnischen Bündnisvertrages und der Absage Italiens am 25. August den Einmarschbefehl widerrufen, um noch einmal Verhandlungen einzuleiten. Ihr Ziel war nach seiner Bemerkung zu Göring, „die englische Einmischung auszuschalten"[72]. Zu diesem Zwecke hatte er vorsorglich bereits in den Mittagsstunden des 25. August, als der Marschbefehl gegen Polen dicht vor der Auslösung stand, England seinen dilettantischen Bündnisvorschlag gemacht. Es wäre, wenn Hesse recht hätte, für Hitler nun wohl das Nächstliegende gewesen, seine „bescheidenen" Forderungen in London mitzuteilen und Englands oder auch Mussolinis gute Dienste in Anspruch zu nehmen. Statt dessen liefen seine Absichten offenkundig darauf hinaus, England von Polen zu trennen. Großbritannien, bemerkte er zu Henderson am Abend des 28. August, könne Polen nicht zur Vernunft bringen. Entgegen Hesses These ließ er keinen Zweifel darüber, daß er sich auf seine ursprünglichen Forderungen an Polen (Danzig und Autostraße durch den Korridor) nach der erhaltenen Ablehnung nicht mehr beschränken werde. Vielmehr verlangte er jetzt die Rückgabe Danzigs und des Korridors sowie Grenzberichtigungen in Oberschlesien[73]. Demgegenüber verwies ihn der Botschafter im Interesse der britischen Freundschaft auftragsgemäß auf direkte Verhandlungen mit Polen. Hitler wich zunächst aus

[72] IMT Bd. XXXIX, S. 107; III, S. 280. – Vgl. zum folgenden auch Walther Hofer, Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte München. Stuttgart 1954.

[73] Brit. Blaubuch, London 1939, Nr. 75.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und behielt sich die Antwort vor. Dennoch wahrte er der Unterredung im ganzen einen gemäßigten Charakter.

Als Henderson am Abend des 29. August wiederum vorsprach, hatte sich die Haltung Hitlers schon in der Form wesentlich versteift[74]. War der Schock vom 25. August überwunden? Ribbentrop, der uns in seinen nachgelassenen Aufzeichnungen die interessante Tatsache überliefert, daß Hitler nach jenen politischen „Hiobsposten" drei Tage lang gegen ihn eine deutliche Verstimmung zeigte, wurde jetzt wieder an den Verhandlungen beteiligt: Weizsäcker, der ihn aus nächster Nähe erlebte, hat den unbedingten Willen des Außenministers zum Kriege bezeugt[75]. Wie dem auch sei, Hitler verlangte am 29. August erneut die Rückgabe Danzigs und des Korridors sowie Sicherung des Lebens der Volksdeutschen in den Polen verbleibenden Gebieten. Er konnte zwar nicht mehr umhin, direkten Verhandlungen mit Polen zuzustimmen, knüpfte daran aber bekanntlich die Erwartung, daß ein mit allen Vollmachten versehener polnischer Unterhändler bereits am folgenden Tage, dem 30. August, in Berlin erscheine. Es hieße nun Hitler erheblich unterschätzen, wollte man annehmen, daß nicht auch er diese Forderung unter den gegebenen Umständen — wie die britische Regierung es gelinde ausdrückte — als „unvernünftig" erkannt hätte. Er konnte schlechterdings nicht im Zweifel darüber sein, daß in der damaligen Gesamtsituation und im besonderen Polen gegenüber andere Voraussetzungen galten als elf Monate zuvor. Und doch glich seine Taktik ihrem Charakter nach genau derjenigen von Godesberg im September 1938. Hitler bestritt zwar, daß er ein Ultimatum stellte, handelte aber in der Folge ganz und gar so, als ob er eines gestellt hätte. Offenbar erst jetzt hat er, mit stärkstem Unbehagen[76], die Ausarbeitung der erwähnten 16 Punkte vornehmen lassen. Seine weiteren Handlungen aber sprechen deutlich genug. Ribbentrop hat sowohl in Nürnberg als auch in seinen Erinnerungen bezeugt, daß Hitler ihm, vor der nächtlichen Unterredung mit Henderson am 30. August, „ausdrücklich verboten" habe, die deutschen Vorschläge dem britischen Botschafter zu übergeben[77]. Er sollte sie lediglich „kurz inhaltlich" mitteilen. Wenn nun Ribbentrop, Hesse zufolge, mit gutem Grunde annehmen durfte, daß Hitler lediglich um formaler Änderungen willen, also aus technischen Rücksichten, noch keine Aushändigung des bewußten Dokuments wünschte, wenn er vor allem, wiederum Hesse zufolge, davon auszugehen hatte, daß Hitler auf eine friedliche Lösung noch

---

[74] Zum folgenden: Brit. Blaubuch Nr. 79 u. 80; „Dokum. zur Vorgesch. des Krieges" (Dt. Weißbuch Nr. 2), Nr. 464, Berlin 1939.

[75] E. von Weizsäcker, Erinnerungen, München 1950, S. 258ff.

[76] Den unartikulierten Schrei, den Hitler während der Beratung über die Vorschläge ausstieß, führt Hesse unter Hinweis auf Erich Kordt („Wahn und Wirklichkeit", Stuttg. 1948, S. 207/208; „Nicht aus den Akten", Stuttg. 1950, S. 330/331) auf Meldungen über polnische Greueltaten zurück, während ihn Kordt selbst im Hinblick auf die näheren Umstände ausdrücklich mit Hitlers Abneigung gegen eine Lösung des Konflikts im Wege entsprechender Verhandlungen mit Polen motiviert. Erich Kordt hat dies dem Referenten auf Grund von Mitteilungen des damaligen Sachbearbeiters des Polenreferats ausdrücklich bestätigt.

[77] IMT Bd. X, S. 311f.; Ribbentrop a. a. O., S. 196f.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wert legte, wenn er, ebenfalls Hesse zufolge, diese obendrein selber anstrebte — so stellt es eine Zumutung dar, annehmen zu sollen, er hätte dann für die Nichtaushändigung keine andere als die bedenklichste politische Motivierung gewählt, die es nach Lage der Dinge überhaupt geben konnte: nämlich der ganze Vorschlag sei, wegen Ausbleibens des polnischen Delegierten, „nicht länger aktuell"! Nur die offenkundige Böswilligkeit von Hitlers Befehl der Nichtaushändigung hat denn auch Ribbentrop wohl veranlaßt, vor dem Nürnberger Gericht und in seinen Memoiren seine angeblich ausführliche mündliche Mitteilung der Vorschläge an Henderson als eine eigenmächtige, „nicht unbeträchtliche Überschreitung" seines Auftrages im Interesse der Erhaltung des Friedens herauszustellen[78]. Ja, dieser „Außenminister" hat sich schon in seiner letzten Unterredung mit dem Botschafter am 1. September gegenüber dessen Kritik in ebenso auffallender wie kläglicher Weise und nebenbei höchst undiplomatisch hinter die ihm von Hitler versagte „Ermächtigung" zur Übergabe des Textes zurückgezogen[79].

Der rein taktische Zweck des gewählten Verfahrens geht vollends aus dem Nachspiel hervor: Man hatte den Kompromißvorschlag zunächst unzweideutig als abgetan bezeichnet und ihm damit jeden politischen Kurswert entzogen. Und etwas später, aber erst nach der Entfesselung des Krieges, erklärte man, man habe noch einen „ganzen weiteren Tag" gewartet, in der Hoffnung, daß „wenigstens nachträglich" ein polnischer Bevollmächtigter erscheinen werde[80]. Dabei war es über die Frage, ob der polnische Botschafter am 31. August überhaupt noch empfangen werden sollte, zu einer heftigen Szene zwischen Weizsäcker und Ribbentrop gekommen[81]. Nein, man hatte es so eingerichtet, daß der „großzügige Vorschlag" allenfalls seinem Zweck einer Täuschung der Welt und namentlich des eigenen Volkes dienen konnte, aber nicht, wie elf Monate zuvor, in Gefahr geriet, etwa angenommen zu werden[82]. Wer wirklich durch maßvolle Forderungen dem Frieden dienen wollte, konnte nur ein Interesse haben, nämlich sie wortgetreu an den Partner heranzutragen, nicht aber sie ihm vorzuenthalten und sie bei der ersten mündlichen Wiedergabe bereits für überholt zu erklären. Hitler hat die Annahme seines Vorschlages nicht gewünscht, sondern nur gefürchtet[83].

[78] IMT Bd. X, S. 311 f. (Vor Gericht sprach sich Ribbentrop noch nicht so stark aus wie in seinen Memoiren: „Ich habe etwas mehr getan . . ."); Ribbentrop a. a. O., S. 196. R. bemerkt hier S. 197, er habe Hitler am 31. August empfohlen, Henderson die deutschen Vorschläge „auch noch schriftlich zu übergeben", Hitler habe dies jedoch abgelehnt.

[79] Dt. Weißbuch Nr. 2, S. 451. Er sprach es tatsächlich aus: „Er sei nicht ermächtigt gewesen, ihm das Dokument auszuhändigen . . ."

[80] Ebenda, S. 437, 451.

[81] Weizsäcker a. a. O., S. 260.

[82] Wie Hesse sich für seine Version auf eine „übereinstimmende Schilderung" des Chef-Dolmetschers Dr. Paul Schmidt berufen kann, ist um so unerfindlicher, als Schmidt in der mitternächtlichen Unterredung am 30. August nach eigenem Zeugnis „plötzlich das Spiel erkannte, das hier von Hitler und Ribbentrop getrieben wurde", und sogar Hitler eine spätere Äußerung zuschreibt, er habe den „großzügigen Vorschlag" unumwunden als „ein Alibi, vor allem gegenüber dem deutschen Volke" bezeichnet. Schmidt a. a. O., S. 459 f.

[83] Vgl. auch die Aussagen von General Bodenschatz in Nürnberg, IMT Bd. IX, S. 44ff.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Er war denn auch, nach seiner von Meißner bezeugten Äußerung am Abend des 31. August, „heilfroh", daß Polen sein Angebot nicht angenommen hatte[84]. Nach einer von Hassell in seinem Tagebuch festgehaltenen Mitteilung Weizsäckers hat Ribbentrop an diesem Tage seinem Staatssekretär ausdrücklich verboten, „mit Henderson Verbindung aufzunehmen", da Hitler angeordnet habe, alles „abzuwimmeln"[85]. Bereits nach dem Ausbleiben des polnischen Delegierten und nach der mitternächtlichen Unterredung Ribbentrop — Henderson, also in den ersten Stunden des 31. August, hatte Hitler nach dem Bericht Weizsäckers an Hassell erklärt: „Nun habe sich die andere Seite eklatant ins Unrecht gesetzt, es könne also heute nachmittag losgehen"[86]. Nach einem Zeugnis des Generals von Vormann, damals „Verbindungsoffizier des Heeres beim Führer und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht", hat denn auch Hitler bereits um 0.[30] Uhr morgens, d. h. eine halbe Stunde nach Ablauf der von ihm gestellten Frist, die Auslösung von „Fall Weiß" befohlen: „14 Stunden früher als es technisch notwendig gewesen wäre", wie Vormann ausdrücklich hinzufügt[87]. Vieles spricht dafür, daß über gewisse Schwankungen hinweg bei Hitler wieder der Gedanke die Oberhand gewonnen hatte, England und Frankreich würden nicht marschieren oder doch nur einen Scheinkrieg führen[88]. So wehrte er auch eine Vermittlungsaktion Mussolinis am Abend des 31. August ab[89].

Wir kommen zur letzten der sensationellen Enthüllungen, mit denen Hesse nicht nur sich in Szene setzt, sondern den „Friedenswillen" Hitlers zu retten sucht. Nachdem der Angriff auf Polen schon anderthalb Tage im Rollen war, will Hesse (S. 209 ff.) dem Gesandten Hewel am Nachmittag des 2. September fernmündlich eröffnet haben, die einzige Chance, den Krieg mit England noch zu vermeiden, bestehe darin, „daß wir sofort aus Polen wieder herausgehen und Reparationen für den angerichteten Schaden anbieten". Tatsächlich habe noch am gleichen Abend um 7 Uhr Ribbentrop persönlich Hesse ermächtigt, im Auftrage Hitlers selbst Sir Horace Wilson zu erklären: „Der Führer ist bereit, aus Polen wieder herauszugehen und Schadenersatz für den bereits angerichteten Schaden anzubieten unter der Voraussetzung, daß wir Danzig und die Straße durch den Korridor erhalten." Er, Hesse selbst, solle die entsprechenden Verhandlungen führen. In einer seiten-

[84] O. Meißner, Staatssekretär unter Ebert—Hindenburg—Hitler, Hamburg 1950, S. 518.

[85] U. von Hassell, Vom andern Deutschland, Zürich 1940, S. 84.

[86] Ebenda S. 81.

[87] Aufzeichnungen des Generals von Vormann (Fotokopie im Institut für Zeitgeschichte München), S. 49. Die schriftliche Ausfertigung des Befehls erfolgte um 12.40 Uhr (IMT XXXIV, S. 456), sechs Stunden vor der letzten Unterredung des polnischen Botschafters mit Ribbentrop.

[88] Vormann berichtet von den ersten Stunden des 31. August: „Ich erfuhr nur, daß er wiedermal seiner festen Überzeugung Ausdruck verliehen habe, England und Frankreich würden nie gegen uns marschieren, schlimmstenfalls so machen, als ob sie Krieg führen wollten, bis der Vertragspartner Polen beseitigt sei." Hitler habe ferner geäußert: „In 4 Wochen ist Polen vernichtet und der ganze Spuk ist aus" (Aufzeichnungen S. 49 u. 51).

[89] Bericht des italienischen Botschafters Attolico, I Documenti Diplomatici Italiani, Ottava-Serie: 1935—39; Vol. XIII, Roma 1953, D 507; vgl. Hofer a. a. O., S. 157.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lang beschriebenen Unterredung mit Wilson hat dieser jedoch nach der Erzählung des Verfassers erklärt, unter allen nunmehr gegebenen Umständen könne Chamberlain nicht mehr zurück: namentlich nicht nach dem in „ultimativer" Form ausgeübten und nunmehr endlich erfolgreichen britischen Druck auf Frankreich, das „sich in allen Krisen der letzten Jahre geweigert" habe, „an der Seite Englands zu marschieren" (!). Jetzt gestatte es die Lage, Seite an Seite mit Frankreich gegen Hitler in den von diesem verschuldeten Krieg zu gehen. — Allein das, was Hesse hier Horace Wilson über das englisch-französische Verhältnis sagen läßt, muß als innerlich derart unwahrscheinlich, ja ungeheuerlich bezeichnet werden, daß man schon deshalb seinem gesamten Bericht mit dem größten Mißtrauen begegnen wird, so sehr andererseits die Ablehnung des seltsamen „Angebots" begreiflich wäre. Wir glauben es uns erst recht nach unserer Auseinandersetzung mit Hauptstücken seiner „Zeitbetrachtung" wie mit einigen Zeugnissen aus seinem Gedächtnis ersparen zu können, ausführlich darzulegen, weshalb dieser sonst unbeglaubigte Vorgang dem dokumentarisch begründeten Gesamtbild der damaligen Ereignisse strikt zuwiderläuft oder doch höchstens als ein plumper taktischer Schachzug sich einordnen läßt. Nicht nur hat Hitler am 1. September Mussolini erneut von einer Vermittlung als „vergeblich" abgeraten[90]. Auch das dennoch vom Duce betriebene Konferenzprojekt sagte ihm wenig zu, obwohl danach die deutschen Truppen in den von ihnen eroberten Stellungen verbleiben sollten[91]. Nachdem Mussolini seinen Plan sofort aufgegeben hatte, als die Westmächte vor einer Konferenz die Räumung Polens verlangten, hat Hitler, post festum also, am 3. September dem Duce erklärt: Er „wäre bereit gewesen, anzunehmen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sich eine Möglichkeit hätte finden lassen, mir gewisse Garantien zu geben für einen erfolgreichen Verlauf der Konferenz". Denn die deutschen Truppen befänden sich „in einem teilweise außerordentlich schnellen Vormarsch", und „es wäre unmöglich gewesen, die dabei gebrachten Blutopfer sich durch diplomatische Ränke wieder entwerten zu lassen". Der Friede, so bemerkte er schließlich sehr offenherzig, hätte doch nicht „länger als ein halbes oder sagen wir ein Jahr . . . aufrechterhalten werden können" (!). Er sei sich daher bewußt gewesen, „daß man mit eisiger Überlegung den Augenblick des Widerstandes (!) so wählen muß, daß die Wahrscheinlichkeit des Erfolges gewährleistet ist"[92]. Es kann sich daher bei Hesses sensationellem „Auftrag" im besten Fall um ein aufgebauschtes Täuschungsmanöver handeln, ja man wird ihn so lange ins Reich der Fabel verweisen müssen, als sich nicht bessere Zeugen für seine Glaubwürdigkeit finden.

Und damit verzichten wir darauf, die Auseinandersetzung mit der Darstellung Fritz Hesses weiterzuführen, obwohl sich ebenso etwa am Komplex des 20. Juli zeigen ließe, wie der Verfasser wieder einmal prätendiert, „im Zentrum der Vor-

[90] IMT Bd. XXVIII, S. 545 ff. Auch zum folgenden. Dazu Hofer a. a. O., S. 161 ff.

[91] Keineswegs „entspricht" also Hesses „Auftrag" dem Vorschlag Mussolinis, wie der Verfasser S. 210, Note, bemerkt.

[92] Vgl. Anm. 90.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gänge" gesessen zu haben, und sich darob verpflichtet fühlt, vermeintlich weltfremden Darstellern Zensuren zu erteilen, um sodann über dem Dunkel des Geschehens sein patentiertes Blitzlicht zu entzünden. Das Ergebnis ist freilich ein wahres Zerrbild des deutschen Widerstandes und seiner Aktionen: Da ist im Herbst 1938 die Kriegsgefahr bereits vorbeigezogen, als die schimmerlose Opposition an England herantritt; da gibt es in den erfolgreichen ersten Kriegsjahren „bis auf wenige, völlig in Haß aufgehende Persönlichkeiten keinen aktiven Widerstand im Heer"; da ist die Entscheidung über den Attentatsplan Stauffenbergs erst am 18. Juli durch ein Telefongespräch Schulenburgs mit diesem über die angeblich drohende Verständigung Hitler – Stalin gefallen! Genug davon. Der Verfasser hat sich anheischig gemacht, kein bloßes Memoirenwerk zu liefern, vielmehr darstellend „den Hauptlinien der geschichtlichen Wahrheit näher zu kommen" als andere vor ihm und ein korrektes Bild zu geben. Schon im Memoirenhaften ist das Buch ungewöhnlich schwach; als Darstellung aber kann es sich um so weniger der Prüfung entziehen, ob seine Deutungen im Spiegel der Dokumente ein Minimum von Stichhaltigkeit und Solidität, ja bloßer Quellenkenntnis erfüllen. Auch wenn man versucht, den Verfasser so „sachlich" wie möglich zu nehmen, ist das Ergebnis weitgehend negativ. Zugleich enthüllt sich bei dieser Prüfung der einheitliche Grundzug vieler Deutungen Hesses um so klarer. Einer „Schwarz-Weiß-Malerei" der Vorkriegsgeschichte haben sie sich allerdings „enthalten". Statt dessen bemühen sie sich überwiegend um eine billige Weißwäsche, um den mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt betriebenen Versuch einer Verharmlosung Hitlers, der weit entfernt von jeder extremen Zielsetzung in der Regel friedlich beginnt, dann jeweils provoziert wird, und schließlich ab irato handelt. Ansätze zu besserer Einsicht, die Fritz Hesse für seine Londoner Tätigkeit nicht abgesprochen werden sollen, scheinen ihm, allem seitdem verfügbaren Beweismaterial zum Trotz, inzwischen abhanden gekommen zu sein. Man möchte fast sagen: so, wie einst die Richtung Hugenberg den Nationalsozialismus regierungsfähig machen wollte, liegt hier in geistesverwandter Haltung ein Bestreben vor, die Versionen und Parolen Hitlers nachträglich geschichtsfähig zu machen. Man könnte über die schlecht fundierten Thesen des Autors hinweggehen, wenn sie sich nicht mit dem Schein intimen Eingeweihtseins umkleideten und wenn sie nur beiläufige Entgleisungen wären. Indes hat Hesse auch eine als Beitrag zur „politischen Bildung" gedachte Kurzdarstellung der „deutschen Politik von Brüning bis Adenauer" veröffentlicht[93], in der es u. a. heißt: „der Rächer, den sich Stresemann in seiner Todesstunde gewünscht" hätte (!), sei „schließlich in Hitler entstanden". Hier greift die Verfälschung vom Einzelnen aufs Ganze über. Die deutsche zeitgeschichtliche Forschung muß im Sinne ihres Anliegens gegen solche Legendenbildung entschiedenen Einspruch erheben, sie muß gegenüber „Zeitbetrachtungen" wie diesen einen scharfen Trennungsstrich ziehen, wenn anders sie ihre Aufgabe ernst nehmen will.

[93] Fritz Hesse, Deutsche Politik von Brüning bis Adenauer, „Politische Bildung", Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften München, Heft 35, München 1953.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS-GÜNTHER SERAPHIM UND ANDREAS HILLGRUBER

HITLERS ENTSCHLUSS ZUM ANGRIFF AUF RUSSLAND

(Eine Entgegnung)

Vorbemerkung des Herausgebers: Es ist nicht unnatürlich und auch keineswegs unerwünscht, daß sich gegen Aufsätze, die in dieser Zeitschrift erscheinen, gelegentlich Widerspruch erhebt. Nicht immer wird es möglich sein, ihn ausdrücklich zu Wort kommen zu lassen; aber im Einzelfall, insbesondere wenn es sich um methodisch und inhaltlich so bedeutsame Fragen handelt, wie die von Gerhard L. Weinberg im 1. Jahrg., H. 4 angeschnittenen, soll das durchaus geschehen. Wir bringen also gern die im folgenden abgedruckte Entgegnung, zusammen mit dem Schlußwort, das naturgemäß dem Autor zusteht. Das abwägende Urteil mag dem Leser überlassen bleiben.

Nur einige Punkte sind hier vorweg zu berühren. Einer betrifft die Vorbemerkungen des Herausg. zu dem Artikel in I, 4, S. 303. Es war darin der Umfang der benutzten Quellen und ihre so noch nicht erreichte systematische Durcharbeitung hervorgehoben worden. Es sei ausdrücklich gesagt, daß damit in keiner Weise eine Herabsetzung der Sammler- und Forschertätigkeit anderer – also etwa des Göttinger Instituts – beabsichtigt war. Tatsächlich trifft es indessen zu – wie eine Rückfrage bei den Verfassern der Entgegnung ergab –, daß ihnen mindestens eine für Weinbergs Beweisführung wichtige Quellengruppe, die sogenannten Interrogation Summaries, nicht verfügbar war. Vor allem aber lag der Nachdruck der Vorbemerkung nicht auf der Verfügbarkeit an sich, sondern auf dem Grad der Durcharbeitung eines höchst vielschichtigen Materials. Insbesondere in dieser Beziehung kann nur voll aufrechterhalten werden, was damals gesagt wurde. So wird denn auch die genaue Darlegung der militärischen Organisationspläne (von der „Friedensarmee" zum Ostaufmarsch) wie vor allem die konkrete Herleitung des Entschlusses vom 31. Juli aus den Erwägungen über die Form der Bekämpfung Englands in der Entgegnung in keiner Weise angetastet. Auch das Schlußwort von Weinberg bringt wieder wertvolle Quellennachweise, vor allem ein Zeugnis in Gestalt einer schriftlichen Weisung Hitlers, das die nur relative Bedeutung des Molotow-Besuchs und der politischen Besprechungen („Gleichgültig welches Ergebnis" sie haben) gegenüber den „mündlich befohlenen" Vorbereitungen für den Ostfeldzug endgültig dartun sollte. – Das führt auf die methodischen Fragen, um die es in der Polemik offenbar geht, die Frage insbesondere, wo man den „eigentlichen" Hitler dieser kritischen Monate (wie auch in anderen Phasen seiner Laufbahn) greift, in den militärischen Anordnungen, seien es mündliche „Führerbesprechungen" oder schriftliche Weisungen, oder im Feld diplomatisch-taktischer Aktionen und ihrer Deutung durch andere. – Damit tritt dann zugleich das inhaltlich Bedeutsame der Kontroverse heraus. Man mag es als eines ihrer positiven Ergebnisse buchen, daß Seraphim auf die früher von ihm vertretene Ansicht vom Angriff gegen Rußland als einem Präventivkrieg auch nicht in Andeutungen mehr zurückkommt. Aber es erscheint ihm offenbar zweifelhaft, daß Hitler so frühzeitig eines „Entschlusses" – selbstverständlich nicht eines dogmatisch feststehenden, aber eines sehr folgenreichen Entschlusses – wie überhaupt so konsequenten Handelns fähig gewesen; ihm scheint er vielmehr mit dem Nichterreichen des Friedens im Westen den Boden unter den Füßen zu verlieren und schließlich – vielleicht auf Grund selbstgeschaffener Schwierigkeiten – in etwas hineinzustolpern, was er eigentlich nicht gewollt hat. Auch eine solche

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ansicht unterscheidet sich vorteilhaft von Hesses These des immer von anderen getriebenen Hitler, mit der in diesem Heft abgerechnet wird. Aber ob sie Hitler „ernsthaft" genug nimmt? Wir möchten in der Antwort darauf über alle Einzelheiten hinaus ein wesentliches Ergebnis der hier auszutragenden Kontroverse sehen. H. R.

In seinem Aufsatz „Der deutsche Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion" (V. f. Z. I, 4) stellt Gerhard L. Weinberg die These auf, Hitlers Entscheidung habe bereits am 31. Juli 1940 festgestanden, im Frühjahr 1941 Rußland anzugreifen. Von diesem Entschluß seien die weitere deutsche Kriegführung und auch die deutsche Außenpolitik weitgehend bestimmt gewesen.

Die Quellen lassen keinen Zweifel darüber, daß die Frage „England—Rußland" mehr als jedes andere Problem Hitler im Hochsommer 1940 beschäftigt hat. Glaubte er doch, in Rußland die letzte Hoffnung Englands sehen zu müssen. Und so ist die zweite Hälfte des Jahres 1940 erfüllt von Hitlers Bemühung, mit dieser Problematik fertig zu werden. Es kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß Hitler im Zuge dieser Überlegungen sich schon im Juli 1940 sehr ernsthaft mit dem Gedanken an einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion beschäftigt hat. Dagegen scheint die These, Hitler habe sich bereits Ende Juli 1940 endgültig zum militärischen Angriff entschlossen, nicht haltbar und von W. nicht bewiesen. Hierzu ist folgendes zu sagen.

I.

Hitlers Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion ist doch nicht so sehr eine militärische als vielmehr eine politische Entscheidung. Man muß also seine politische Auffassung zu erforschen versuchen. Es genügt nicht, wie W. es getan hat, aus der Entwicklung zwei Monate herauszuschneiden, sie zu untersuchen und sich dabei in erster Reihe auf das zu berufen, was Hitler in diesem Zeitraum seinen militärischen Mitarbeitern gesagt hat. Denn es ist eine Tatsache, daß Hitler in allen Besprechungen „ad personam" geredet hat und man sich auf die Verbindlichkeit seiner Äußerungen nur dann verlassen kann, wenn es sich um Befehle und Weisungen handelte. Man darf sie also nicht unbesehen hinnehmen oder gar in ihrer Bedeutung pressen.

Vielmehr muß man, um die Bedeutung der Eintragungen im Haldertagebuch, auf die W. sich vorwiegend stützt, richtig zu bewerten, die Frage stellen, ob denn Hitlers Politik nach dem 31. Juli 1940 zielbewußt und ausschließlich auf die Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen die Sowjetunion als einzig möglichen Ausweg aus der politischen Situation abgestellt gewesen ist[1].

Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Vielmehr hat Hitler versucht, die kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland durch eine Regelung der Beziehungen auf politischem Wege zu vermeiden. Er tat dies unter Wiederaufnahme seines alten

[1] Diese Untersuchung ist deshalb nicht zu umgehen, weil es nicht darauf ankommt, festzustellen, was Hitler gesagt, sondern was er – wie sein Handeln zeigt – wirklich gewollt hat. Hierauf verzichten, die Untersuchung auf Hitlers Äußerungen, noch dazu während eines kurzen Zeitabschnittes beschränken, hieße der geschichtlichen Wahrheit Gewalt antun.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Planes, einen Kontinentalblock zu schaffen. Diesem Zweck diente die Begründung des Dreimächtepaktes, der durch Einbeziehung der Sowjetunion zu einem Viermächtepakt ausgestaltet werden sollte und die Teilung der Welt unter die vier Partner zum Ziel hatte. Als wichtigste Etappe auf diesem Wege erschien der Besuch Molotows in Berlin. Sollten doch bei dieser Gelegenheit die vorbereiteten Vertragsentwürfe vorgelegt und unterzeichnet werden. Sie sind in der auch von W. zitierten Veröffentlichung des State Department „Nazi-Soviet-Relations" publiziert worden.

Wenn wirklich, wie W. vermutet, der „unabänderliche Entschluß" — um Hitlers Terminologie zu gebrauchen — am 31. Juli 1940 bereits feststand, im Frühjahr 1941 Rußland anzugreifen, — was sollte diese politische Aktivität dann bedeuten? Handelt es sich hierbei nach Weinbergs Ansicht etwa nur um Tarnmaßnahmen größten Stils? Ohne Beantwortung dieser Frage bleiben alle Deduktionen auf Grund des Haldertagebuches und anderer Quellen über Hitlers Äußerungen im Juli 1940 naturnotwendig Theorien im luftleeren Raum.

W. hat in seinem Aufsatz sehr viele Quellen — die übrigens ausnahmslos auch in Deutschland vorhanden sind — erwähnt. Für die Beantwortung dieser Frage hätte er aber ein Dokument heranziehen müssen, das einen sehr wichtigen Hinweis auf die Bedeutung der Hitlerschen Politik nach dem 31. Juli 1940 enthält, das handschriftliche Tagebuch von Alfred Rosenberg (Nürnberg-Dokument PS-1749). Dort heißt es in einer Eintragung vom 24. September 1939 auf Seite 34 des handschriftlichen Originals:

> „Gestern besuchte mich Darré und teilte mir seine Auffassung der Lage mit . . . Er fand u. a., die Engländer hätten durch die Tatsache, daß wir dank der Demarkationslinie keine Grenze mit Rumänien hätten, das erreicht, was eines ihrer wichtigsten Ziele wäre, uns vom Schwarzen Meer fernzuhalten. Ribbentrop hätte Anspruch auf einen Sitz im Oberhause. Die Eisenbahn nach Rumänien sei in sowjetrussischer Hand! Würden die Russen jetzt noch ins Baltikum einmarschieren, so sei auch die Ostsee für uns strategisch verloren, Moskau mächtiger als je — und jederzeit ein Zusammengehen mit dem Westen gegen uns möglich.
>
> Alles richtig.
>
> Ich verwies auch auf die bearbeitete Hoffnung des Kontinentalblocks: Rom, Berlin, Moskau, Tokio. Käme er, dann müßte England schnell Frieden machen, sonst ginge das brit. Weltreich hoch. An dieser Möglichkeit hängt jetzt viel, vielleicht alles."

Und am 10. Oktober 1939 (Seite 42/43 des Originals) heißt es:

> „Ich habe dem Führer manche Aktennotiz übersandt, zu einer eingehenden Aussprache aber trotz vieler Versuche keine Möglichkeit gehabt. In der gegebenen Lage war der Entschluß (Paktabschluß) um einen Rückzug zu vermeiden verständlich, ja vielleicht notwendig. Eines ist jedoch klar: Moskau ist strategisch ungeheuer vorgerückt und wird sich im Baltikum festsetzen. Zunächst in „Stützpunkten", dann vollständig. Damit ist die Ostsee kein Germanisches Meer, sondern kann im Norden von Moskau bedroht, ja beherrscht werden. Im Süden: keine gemeinsame Grenze mit Rumänien und wenn auch die bessarabische Frage zurückgestellt ist, auch sie wird in Zukunft angeschnitten werden."

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So weit das Zitat aus dem Rosenberg-Tagebuch. Hier erscheint — ein Jahr vor der tatsächlich versuchten Ausführung — die Konzeption des Viermächtepaktes als Mittel, um England schnell zum Frieden zu zwingen. Und sie taucht auf in dem Tagebuch eines Mannes, der — wie sich bei der Planung des Norwegenunternehmens gezeigt hat — bei Hitler durchaus Gehör und in diesen Fragen auch Einfluß hatte. War aber der Gedanke des „Kontinentalblocks" — wie das Zitat ergibt — ein alter Gedanke der nationalsozialistischen Außenpolitik, dann darf man das politische Vorgehen Hitlers im Herbst 1940 nicht als Bluff und Tarnung betrachten. Ganz abgesehen davon gibt es auch sonst keinen Hinweis, daß Hitlers Bestrebungen in dieser Zeit nicht ernst zu nehmen gewesen wären.

Diese Überlegung führt hin zu Warlimonts Aussage im sogenannten OKW-Prozeß am 23. Juni 1948, in der er seine früheren Bekundungen ausdrücklich bestätigte:

> „Hitler sei entschlossen . . . (Punkte im Protokoll) oder Hitler sei der Ansicht gewesen, daß eine kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland in absehbarer Zeit unvermeidlich sei. Jodl verwies dabei zunächst auf die angeblich unüberbrückbaren weltanschaulichen Gegensätze zwischen dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus. Weiterhin sprach er von dem immer bedrohlicheren russischen Aufmarsch an der neuen deutsch-russischen Demarkationslinie im ehemaligen Polen. Dieser Aufmarsch verdichtet sich ganz besonders im Süden Rumänien gegenüber und bedeutet immer mehr eine unmittelbare Gefährdung des Ölgebietes. Jodl fuhr fort, daß Hitler versuchen würde, eine Klärung auf diplomatischem Wege mit Rußland herbeizuführen. Sollte diese aber fehlschlagen und damit der Wille Rußlands deutlich werden, seine Politik Deutschland gegenüber zu ändern, so sei Hitler entschlossen, den unvermeidlichen Konflikt mit Rußland eher im Zuge dieses Krieges durchzuschlagen, als sich in einigen Jahren nötigen zu lassen, erneut einen Krieg zu beginnen und diese Frage zu lösen."

Legt man diese Mitteilung, die Hitlers nächster Mitarbeiter auf dem militärischen Sektor, Generaloberst Jodl, Ende Juli 1940 Warlimont gemacht hat, sowie den tatsächlichen politischen Ablauf zugrunde und kombiniert sie mit den anderen Quellen, so kommt man zu der These, daß Hitler im Sommer 1940 sich entschlossen hatte, in jedem Fall eine endgültige Regelung der deutsch-russischen Beziehungen herbeizuführen, wobei diese Regelung primär auf politischem Wege gesucht werden sollte. Bei Fehlschlagen dieser Absicht allerdings schien ihm der Krieg als die dann zwangsläufig sich ergebende Lösung.

II.

Einige Einzelfeststellungen Weinbergs bedürfen der Klarstellung. Es soll daher versucht werden, dies im folgenden zu tun.

a) W. spricht die Ansicht aus, das Vorgehen der Russen gegen Rumänien sei von den zuständigen deutschen Dienststellen „damals nicht als große Überraschung empfunden" worden. Diese Auffassung scheint im Widerspruch zu stehen mit den Eintragungen in Halders Tagebuch. Er schreibt am 25. Juni:

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Rußland will Bessarabien. Wir sind an Bessarabien desinteressiert. Die von den Russen in die Debatte geworfene Frage der Bukowina ist neu und geht über die Abmachungen hinaus, die zwischen Rußland und uns getroffen sind. Wir haben aber großes Interesse daran, daß es in den Balkanländern nicht zum Kriege kommt."

Beschränkt sich Halder hier darauf, das Überschreiten der vereinbarten Grenzziehung durch die Russen festzustellen, so schreibt er am 30. Juni bereits:

„11.00 Unterredung mit Weizsäcker:
a) Wir können die Erfolge dieses Feldzuges nur mit den Kräften erhalten, mit denen sie errungen wurden, also mit militärischer Gewalt.
b) Für Friedensbildung noch keine handgreiflichen Unterlagen.
c) Augen stark nach dem Osten gerichtet.
d) England wird voraussichtlich noch einer Demonstration unserer militärischen Gewalt bedürfen, ehe es nachgibt und uns den Rücken frei läßt für den Osten.
Im Ganzen Zufriedenheit mit Rußlands Beschränkung, mit der Waffenniederlegung in den frz. Kolonien.
Die Schwierigkeiten liegen weniger in der augenblicklichen Lage als in der künftigen Entwicklung. Denn die Erhaltung unseres Erfolges durch militärische Machtmittel muß zur Überanstrengung führen."

Sollte es ein Zufall sein, daß wenige Tage nach dem russischen Vorgehen gegen Rumänien, das den getroffenen Abmachungen nicht entsprach und das, wie in einer Note an Moskau ausdrücklich ausgeführt worden war, in gewaltsamer Form von Deutschland nicht erwartet worden war, Weizsäcker und Halder daran denken, daß es notwendig werden könnte, sich durch einen Schlag gegen England einen freien Rücken für ein Vorgehen gegen Osten zu verschaffen? Sollte es ein Zufall sein, daß sich Halder am 4. Juli zum erstenmal „über die Truppenverteilung Rußland" durch den zuständigen Abteilungschef Vortrag halten läßt? (Tagebuch 4. Juli).

W. führt ferner als Beweis für die ruhige und nicht alarmierte deutsche Haltung die Fortsetzung der deutschen Mobilmachungsplanung auch nach dem russischen Vorgehen gegen Rumänien an. Wie erklärt er sich aber folgende Eintragung Halders vom 13. Juli:

„Es erscheint zweckmäßig, von den 35 in der Heimat zur Auflösung abgestellten Divn. etwa 20 nicht aufzulösen, sondern nur durch Beurlaubung die Arbeitskräfte der Heimat zuzuführen, um die Div. sofort wieder greifbar zu haben."

Warum stoppt Halder die Auflösung von Divisionen? Es bleibt doch nur der Schluß übrig, daß im Gegensatz zu Weinbergs Auffassung die deutsche militärische Leitung, jedenfalls der Chef des Generalstabes des Heeres, durch das russische Vorgehen durchaus veranlaßt war, den Blick sehr scharf nach dem Osten zu richten, was vorher nicht geschehen war. Wird doch am 9. Juli die russische Haltung von Halder im Zusammenhang mit Rumänien als „unklar" bezeichnet.

b) In seinem Aufsatz bestreitet W., daß in Deutschland die Mitteilung der Russen über das Stalin-Cripps-Gespräch als Warnung aufgefaßt worden sei, und zitiert in diesem Zusammenhang ausführlich Eintragungen aus dem Halder-Tagebuch vom 22. Juli. Es mag befremden, daß Weinberg etwa die Worte „Stalin koket-

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tiert mit England" usw. (Absatz 7) in seinem Sinne aufzufassen scheint, obschon auch in ihnen ein gewisses Mißtrauen mitzuschwingen scheint. Es muß aber wesentlich mehr befremden, daß er die Stelle aus der Eintragung in das Halder-Tagebuch vom gleichen Tage, in der die offizielle und die wirkliche Haltung der Sowjetunion (nach deutscher Auffassung) einander gegenübergestellt werden, nicht zitiert und nicht erwähnt. Sie lautet:

> „Rußland: – England: Beide wollen zueinander. Russen haben Angst, sich uns gegenüber zu kompromittieren, wollen keinen Krieg. Besprechungen Stalin — Cripps lassen offiziell eine erfreuliche Ablehnung Stalins gegen England erkennen. Rußland lehnt „Gleichgewichts"-Politik Englands ab, lehnt engl. Bedingungen für Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern ab. Es will nicht die Führung und Zusammenfassung auf dem Balkan in Anspruch nehmen, weil ein solcher Anspruch keine Macht ergeben könne. Die wirkliche Stimmung in Rußland kommt aber bei anderen Gelegenheiten (Gespräch Calinin mit jugoslawischen Gesandten) zum Ausdruck. Hier wird zum Kampf gegen Deutschland aufgefordert. „In einem Block zusammenschließen." (Seite 110 des Originals.)

In dieser Eintragung, die aus einem Gespräch Halders mit dem Vertreter des Auswärtigen Amtes beim OKH, v. Etzdorf, stammt, findet W. die klare Gegenüberstellung offizieller und wirklicher Auffassung in Moskau, wie sie Halder und von Etzdorf sahen. Sie scheint wichtiger als die Feststellungen Churchills und anderer Ausländer, auf die sich W. als Gewährsmänner für innerdeutsche Fragen beruft.

Ganz abgesehen von allem anderen mußte es aber in Berlin auffallen, daß Herr Cripps von Stalin überhaupt empfangen worden war, nachdem dies noch Ende Mai ausdrücklich abgelehnt worden war. (Nürnberg Dokument C-170, Nr. 53 vom 29. Mai 1940).

c) W. führt als Grundpfeiler seiner These Halders Aufzeichnungen über die Besprechung am 31. Juli bei Hitler auf dem Berghof an. Er nimmt aber nicht Stellung zu Halders Aussage (obschon er sie als Quelle angibt), in der er sich vor dem Nürnberger Tribunal im Wilhelmstraßenprozeß unter Eid über die Bedeutung dieser Besprechung geäußert hat. Dort heißt es:

> F.: Wann waren Sie nun persönlich das erste Mal bei Hitler in dieser Angelegenheit?
>
> A.: Am 31. Juli 1940 war der Oberbefehlshaber des Heeres von Brauchitsch und ich in seiner Begleitung zu Hitler befohlen. Dabei brachte Hitler u. a. auch den Gedanken zum Ausdruck, daß er im Frühjahr 1941 mit der Möglichkeit rechne, Rußland angreifen zu müssen und gab einige operative Gesichtspunkte, wie er sich die Führung eines solchen Krieges denke." (Fall XI, deutsches Protokoll, S. 20526 f.)

Als Halder am 9. September 1948 diese Aussage machte, hatte er sein Merkbuch (denn ein solches ist das sogenannte Tagebuch) in Händen. Es entfällt also die Möglichkeit, gegen seine Bekundungen den Einwand zu erheben, er habe sich nicht mehr recht an die Bedeutung der Besprechung bei Hitler erinnern können.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aus dem Tagebuch geht übrigens an einer anderen Stelle sehr klar hervor, wie Halder und Brauchitsch Hitlers Ausführungen bei solchen Gelegenheiten bewerteten. Am 27. August 1940 schreibt Halder:

> „09.00 Besprechung mit ObdH: Sie ergibt nachträglich Anhaltspunkte über die letzte Aussprache mit dem Führer. Anscheinend war es wieder das politische Kaleidoskop, das man kennt.
>
> Uferlosigkeiten: Man will Spanien einspannen, ohne die wirtschaftlichen Folgen zu kennen; man rechnet mit Nordafrika als einem Kriegsschauplatz gegen England (Ägypten, Vorderasien; Abdrängen der Engländer von Cypern und Haifa?!). Man will sich Rumänien sichern, ohne aber jetzt schon den Russen zu sehr zu reizen. Man will im Norden (Petsamo) bereit sein, wenn der Russe Finnland angreift.
>
> Das Heer soll für alles bereit sein, ohne daß eine klare Auftragserteilung erfolgt."

„Ohne daß eine klare Auftragserteilung erfolgt." Könnte Halder dies wirklich schreiben, könnte er sich über die Aufgaben des Heeres den Kopf zerbrechen müssen, wenn wirklich vier Wochen vorher ihm der Entschluß mitgeteilt worden wäre, der endgültige Angriffsentschluß auf Rußland? Nein, in Wirklichkeit war zu diesem Zeitpunkt noch alles im Fluß, überstürzten sich und überkreuzten sich Hitlers Planungen. Fest stand nur die Grundkonzeption: Lösung möglichst mit Rußland gemeinsam auf politischem Wege. Sollte das unmöglich sein, mit Gewalt gegen Rußland.

Es ließe sich noch manches zu dem Aufsatz von W. sagen. Etwa, daß der Befehl „Aufbau Ost", dem er so viel Gewicht beilegt, nur eine Wiederholung eines bereits im Herbst 1939 nach der Besetzung Polens herausgegebenen Befehles ist. Man könnte darauf verweisen, daß die Verlegung deutscher Divisionen nach dem Osten am 27. August mit einem künftigen Angriff auf Rußland nichts zu tun hat. Dies ergibt sich aus dem auch von Weinberg zitierten Dokument C-170. Er bezieht sich offensichtlich auf die Eintragung Nr. 79:

> „Im August 1940 Beginn der deutschen Truppenverschiebungen an die Ostgrenze (nach dem Aufruf des Führers vom 22. 6. 41 – T. P. vom 23. 6. 41)."

Offensichtlich hat W. übersehen, daß diese Stelle durch ein besonderes, nachträglich eingelegtes Blatt ausdrücklich berichtigt worden ist:

> „Zu Nr. 79 vgl. Weisung des OKW vom 27. 8. 40 in Akte ‚Seelöwe' Weisungen des OKW I, Bd. 1. Bl. 26; Verschiebung von 10 Divisionen und 2 Pz.-Divisionen in das Generalgouvernement für eventuell notwendiges schnelles Eingreifen zum Schutz des rumänischen Ölgebietes."

Diese Berichtigung ist, wie das Datum ergibt, erst nach Beginn des Ostfeldzuges erfolgt, als die gesamten Weisungen und Aufmarschpläne vorlagen. Sie beweist, daß jene Truppenverlegung mit dem russisch-rumänischen Konflikt, der sich Ende August erneut anzuzeichnen schien, zusammenhing. Bekanntlich hat die deutsche Stellungnahme zu einem sehr scharfen Notenwechsel zwischen Moskau und Berlin geführt.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III.

Diese Ausführungen leiten hinüber zu der notwendigen Auseinandersetzung mit dem letzten Abschnitt von Weinbergs Aufsatz, der sich auf das deutsch-rumänische Verhältnis bezieht und ebenfalls nicht unwidersprochen bleiben kann. Im Gegensatz zu Weinbergs These muß betont werden, daß die Annexion Bessarabiens und der Nordbukowina, die für die deutsche Führung bezüglich der Bukowina durchaus überraschend erfolgte, als das Moment betrachtet werden muß, das die weitere Entwicklung in Südosteuropa auslöste. Unmittelbare Auswirkungen des sowjetischen Vorgehens waren:

a) Anfang Juli[2] rief König Carol den deutschen Gesandten Fabricius zu sich und bat ihn, Hitler mitzuteilen, daß er nun Hitler um eine Garantie der rumänischen Grenzen und um die Entsendung einer deutschen Militärmission nach Rumänien bitte, nachdem er dem deutschen Rat auf Räumung Bessarabiens ohne Widerstand gefolgt sei. Am 15. Juli erklärte Hitler in einem Brief an König Carol, daß er den Wünschen des Königs erst dann entsprechen könne, wenn die Revisionsforderungen Ungarns und Bulgariens erfüllt seien. Er rege daher direkte rumänisch-ungarische und rumänisch-bulgarische Verhandlungen an. Nach Regelung dieser Fragen werde er auf den Wunsch des Königs zurückkommen. Die Garantie der Grenzen Rumäniens stand demnach im Prinzip schon am 15. Juli 1940 fest.

b) Nach der Annexion Bessarabiens und der Nordbukowina verstärkten sich die Revisionsforderungen Ungarns und Bulgariens auf Siebenbürgen und die Süddobrudscha. Hitler hatte bisher nicht nur jede Unterstützung der ungarischen Forderungen abgelehnt, sondern den Staatsmännern Ungarns wiederholt deutlich zu verstehen gegeben, daß Deutschland in Südosteuropa nur das eine Interesse habe, unter allen Umständen die Ruhe in diesem Gebiet aufrechtzuerhalten[3]. Kurz vor dem 10. Juli[4] änderte Hitler seine Stellungnahme, nachdem deutlich geworden war, daß die Sowjetregierung die Forderungen Ungarns und Bulgariens zumindest propagandistisch unterstützte[5].

Er stimmte am 10. Juli 1940 während der Konferenz mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Teleki in München den Revisionsforderungen grundsätzlich zu, vorausgesetzt, daß die Einigung auf friedlichem Weg zustande komme. Am 26. Juli wiederholte Hitler dem rumänischen Ministerpräsidenten Gigurtu auf dem Obersalzberg seine in dem Brief an König Carol ausgesprochene Anregung, mit Ungarn und Bulgarien in direkte Verhandlungen einzutreten. Am 27. Juli empfing er die bulgarischen Staatsmänner, denen er die gleichen Vorschläge unterbreitete.

[2] Genaues Datum auf Grund des in Deutschland zur Zeit zugänglichen Aktenmaterials nicht festzustellen. Terminus post quem: 28. Juni, Terminus ante quem: 9. Juli 1940.

[3] Zuletzt noch Ende Mai 1940. Vgl. Halder-Tagebuch, 21. und 26. Mai 1940.

[4] Noch am 7. Juli 1940 zeigte sich Hitler den ungarischen Forderungen gegenüber gleichgültig. Vgl. Dok. PS—2766, Aufzeichnung des Gesandten Schmidt über die Besprechung Hitler — Ciano, 7. Juli 1940.

[5] Hierzu: Tagebuch Halder, 5. Mai 1940; Das Nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion 1939—1941 (Department of State 1949) S. 180, Dok. 152: Schulenburg an das Auswärtige Amt, 26. Juni 1940.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 16. August begannen die ungarisch-rumänischen Verhandlungen in Turnu-Severin, am 19. August die rumänisch-bulgarischen Besprechungen in Craiova. Während diese bereits am 21. August zu einer prinzipiellen Einigung führten, wurden die ungarisch-rumänischen Besprechungen am 23. August ergebnislos abgebrochen. Nun wandten sich die rumänische und die ungarische Regierung an die Reichsregierung mit der Bitte um einen Schiedsspruch. Gleichzeitig verschärften sich die Spannungen durch ungarische Truppenkonzentrationen an der siebenbürgischen Grenze. Der Schritt der beiden Regierungen kam daher dem Bestreben Hitlers entgegen, die inzwischen bedrohlich gewordene allgemeine Situation in diesem Raum zu klären.

Die am 25. und 26. August auf dem Berghof einlaufenden Nachrichten über sowjetische Truppenaufmärsche an der neuen sowjetisch-rumänischen Grenze lösten den Entschluß Hitlers aus, sich in den Streit um Siebenbürgen einzuschalten und durch einen Schiedsspruch die verfahrene Lage zu retten[6]. Also erst am 26. August, nicht schon am 31. Juli, entschloß sich Hitler, die rumänisch-ungarische Streitfrage selbst zu regeln. Um sich für den Fall eines Scheiterns der Vermittlungsaktion vor Überraschungen von seiten Rußlands zu sichern, befahl er am 28. August die Zusammenziehung von Heeres- und Luftwaffenkräften im Raum um Wien, die, wenn erforderlich, im raschen Einsatz in das rumänische Erdölgebiet geworfen werden sollten. Doch wurde die vom Wehrmachtführungsstab ausgearbeitete „Weisung zur Besetzung des rumänischen Erdölgebietes" nicht ausgegeben. Am 10. September wurde die „Sofortbereitschaft" der für den Einsatz bestimmten Truppen wieder aufgehoben.

c) Die Behauptung Weinbergs auf Grund einer mißverstandenen Notiz Halders, daß schon Mitte August „Vorbereitungen für eine deutsche Besetzung Rumäniens" im Gange waren, ist nicht aufrechtzuerhalten. Erst am 2. September beschloß Hitler angesichts der weiterhin unsicheren Lage im sowjetisch-rumänischen Grenzgebiet, auf den Wunsch König Carols nach Entsendung einer deutschen Militärmission nach Rumänien zurückzukommen. Auf den Bericht des Oberquartiermeisters IV, Generalleutnant v. Tippelskirch, hin, der in Bukarest die Wünsche des neuen rumänischen Ministerpräsidenten Antonescu entgegennahm, entschied sich Hitler am 19. September „endgültig" dafür, eine Heeres- und Luftwaffenmission nach Rumänien zu entsenden. Die Aufgaben der zu entsendenden (nicht wie Weinberg sagt „der entsandten") Militärmission sollten sein:

„1. das Ölgebiet vom Zugriff einer dritten Macht und vor Zerstörung zu schützen,
2. die rumänische Wehrmacht nach einem straffen, auf die deutschen Interessen ausgerichteten Plan zur Lösung bestimmter Aufgaben zu befähigen,
3. für den Fall eines uns aufgezwungenen Krieges mit Sowjetrußland den Einsatz deutscher und rumänischer Kräfte von Rumänien aus vorzubereiten."

[6] Eine Darstellung der bisher noch wenig bekannten Vorgänge, die zu dem Wiener Schiedsspruch führten, sowie zu der unglückseligen Grenzziehung kann in diesem Zusammenhang nicht geboten werden. Vgl. hierzu: Andreas Hillgruber „Hitler, König Carol und Marschall Antonescu", Wiesbaden 1954.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weinberg erwähnt in seinem Aufsatz nur den dritten Punkt.

Die Chefs der Militärmission trafen am 12. Oktober in Bukarest ein, nachdem die rumänische Regierung am 30. September von dem deutschen Entschluß in Kenntnis gesetzt worden war. Die „Lehrtruppen" (13. mot. Division) waren erst Mitte November in Rumänien versammelt.

Am Rande ist hier zu bemerken, daß es eine „deutsche Besetzung" Rumäniens im zweiten Weltkrieg nicht gegeben hat. Abgesehen von den „Lehrtruppen", um die Rumänien selbst gebeten hatte und für deren Unterhalt die rumänische Regierung sorgte, wurde die Finanzierung und Versorgung der in der Folge für kürzere oder längere Zeit auf rumänischem Boden befindlichen deutschen Divisionen durch deutsch-rumänische Wirtschaftsabmachungen im Rahmen des Clearing-Verkehrs geregelt.

d) Völlig unverständlich ist der Zusammenhang der von W. angeführten Vorgänge um die Inseln im Kilia-Arm der Donau mit der Besprechung vom 31. Juli 1940. Die Besetzung der Inseln erfolgte von sowjetischer Seite gerade zu einem Zeitpunkt (Ende Oktober), als die Reichsregierung eine doppelte Anstrengung unternahm, um mit der Sowjetunion zu einem Ausgleich zu kommen. Am 13. Oktober schlug Ribbentrop in einem Brief an Stalin einen Besuch Molotows in Berlin vor, und am 29. Oktober — drei Tage nach der Besetzung der Inseln — begann in Bukarest die sogenannte See-Donau-Konferenz, auf der ein neues Regime für die Donaustrecke von Braila bis zum Schwarzen Meer von den Delegierten Deutschlands, Italiens, der Sowjetunion und Rumäniens ausgearbeitet werden sollte. Um sich für diese Verhandlungen eine günstige Position zu verschaffen, schritt die Sowjetregierung zur Besetzung der Inseln. Wenn sich „Berlin nicht rührte", so geschah es — zumindest auch, wenn nicht sogar in erster Linie —, um die bevorstehenden Verhandlungen in Bukarest und in Berlin nicht unnötig im voraus zu belasten. Ein Protest — und nur um einen solchen konnte es sich handeln — hätte faktisch keine Bedeutung gewonnen. Die Bemerkungen Gafencus, auf die sich Weinberg stützt, müssen als Polemik verstanden werden, die im historischen Zusammenhang keine Bedeutung haben.

Faßt man zusammen, was in diesem kurzen Abriß als Antwort auf die Ausführungen von Weinberg gesagt werden konnte, so will uns die in jenem Aufsatz aufgestellte These nicht überzeugend erscheinen. Man wird daher mit Spannung der angekündigten Gesamtdarstellung der deutsch-russischen Beziehungen jener Jahre entgegensehen, in der W. zu dem ganzen Problemkreis Stellung nehmen muß, auch etwa zu Hitlers Politik nach dem 31. Juli 1940.

SCHLUSSWORT

Auf die vorstehende Entgegnung ist zunächst zu erwidern, daß sie mir Behauptungen unterlegt, die ich nicht gemacht habe. Weder findet sich in meinem Artikel die Behauptung, daß „Hitlers Politik nach dem 31. Juli 1940 zielbewußt und ausschließlich auf die Vorbereitung eines Angriffskriegs gegen die Sowjetunion . . . gestellt

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewesen ist", noch habe ich einen „unabänderlichen Entschluß" vermutet. Das Wort unabänderlich ist weder meine Vermutung noch — für den 31. Juli 1940 — „Hitlers Terminologie". Diese zugespitzte Formulierung stammt einzig und allein von S. und H. Ich habe lediglich zu beweisen gesucht, daß Hitler sich am 31. Juli 1940 zu einem Angriff auf die Sowjetunion im Frühjahr 1941 entschloß, daß dieser Entschluß sofortige durchgreifende Auswirkungen auf die deutsche Militär- und Außenpolitik hatte, und daß diese Auswirkungen weitere Entwicklungen auslösten, welche Hitler in seinem Entschluß bestätigten (aber kaum als Gründe für den Entschluß selbst angeführt werden können).

Demgegenüber versuchen S. und H. zu beweisen, daß Hitler in der betreffenden Zeit einen Angriff auf die Sowjetunion nur erwog für den Fall, daß Rußland nicht auf seine politischen Vorschläge eingehen würde. Sie zitieren Auszüge aus dem Tagebuch Rosenbergs, die auf Absichten Hitlers, einen „Kontinentalblock" zu errichten, deuten sollen. Daß Rosenberg im Herbst 1939 irgendwelchen Einfluß auf die deutsche Politik gegenüber Rußland hatte, wird die meisten Kenner der Verhältnisse im Dritten Reich überraschen. Abgesehen von seiner Rolle im Norwegen-Unternehmen und einigen anderen außenpolitischen Schritten war Rosenbergs Einfluß auf die deutsche Außenpolitik sehr gering. Die zitierten Tagebuchauszüge beweisen lediglich, daß Hitler sich Rosenbergs Ausführungen „trotz vieler Versuche" gar nicht anhören wollte. Die in diesem Zusammenhang wiedergegebene Aussage Warlimonts im OKW-Prozeß bedarf eingehender Untersuchung. In der Anmerkung 43 zu meinem Artikel sind zehn Hinweise zu Warlimonts verschiedenen Aussagen zur Konferenz mit Jodl am 29. Juli 1940 enthalten. Neun davon sagen nichts über eine primär politische Lösung. Warlimont hat solche Möglichkeiten in seinen ersten schriftlichen Ausführungen nie erwähnt[7]. Die in derselben Anmerkung angeführten Aussagen Jodls zu diesem Thema bringen ebenfalls keinen Hinweis auf irgendwelche Absichten Hitlers, erst den politischen Weg zu versuchen. Von den drei Offizieren der Wehrmachtteile — Loßberg (Heer), Junge (Marine) und Falkenstein (Luftwaffe) — die der Besprechung am 29. Juli beiwohnten, sind Nachkriegsaussagen der beiden ersten bekannt und in der Anmerkung zitiert. Beide berichten auch nichts über diplomatische Versuche. Wenn S. und H. behaupten, daß die oben angeführte Aussage Warlimonts, die im klaren Widerspruch zu seinen übrigen

[7] Vgl. z. B. seine auf englisch geschriebene Erklärung vom 21. November 1945: „On 29 July 1940, I, as head of the defense department of the OKW Operations Staff, together with a number of other officers of the defence department, attended a conference at Bad Reichenhall called by General Jodl. At this conference Jodl announced that Hitler intended to attack the U. S. S. R. in the Spring of 1941. Some time previous to this meeting Hitler had told Keitel that he wanted to launch the attack against the U. S. S. R. during the Fall of 1940. Keitel argued that it would be impossible to launch such a campaign that Fall because of the purely military difficulties . . . Keitel's arguments prevailed, and by the time of the 29 July conference, mentioned above, the date for the intended attack had been moved up to the Spring of 1941." Nürnberg-Dokument PS-5032. Die von S. und H. vorgebrachte „Kontinentalblock"-Idee ist mit Hitlers Wunsch, Rußland noch im Herbst 1940 anzugreifen, recht schwer in Einklang zu bringen.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aussagen und deren Jodls und anderer Anwesender steht, „seine früheren Bekundungen ausdrücklich bestätigte", kann man ihnen nur zu größerer Vorsicht in dem Umgang mit Prozeßaussagen raten.

Die Bedeutung der Konferenz des 31. Juli 1940 liegt darin, daß Hitler in ihr seinen Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion darlegte. Hitler sprach hier vor seinen unmittelbaren militärischen Ratgebern. Das war keine Rede von der Reichstagstribüne oder vor einem Nürnberger Parteitag mit vielen leicht zu brechenden Versprechungen. Hier wurden wichtige militärische Entscheidungen über „Seelöwe" und andere Unternehmungen getroffen. Hitler versuchte es nicht, die Anwesenden irrezuführen. Obwohl er die Abneigung seiner Berater gegen einen Ostfeldzug kannte, machte er keinen Versuch, russische Angriffsabsichten oder große Truppenkonzentrationen als Begründung für einen deutschen Angriff anzuführen. Was Etzdorf und Weizsäcker über diese Dinge dachten, und was Halder an kritischen Bemerkungen in sein Tagebuch eintrug, ist in diesem Zusammenhang belanglos. Hitler allein traf diese Entscheidungen, und die anderen, soweit unmittelbar eingeweiht, führten sie aus. Die Tendenz von S. und H., Hitlers Ausführungen zu bagatellisieren und statt dessen die Ansichten untergeordneter Personen in den Vordergrund zu stellen, tut der Wirklichkeit Gewalt an.

Daß Hitler seinen Entschluß unter keinen Umständen geändert hätte, habe ich, wie oben gesagt, nicht behauptet. Die weitere Entwicklung der deutschen Politik nach dem Herbst 1940 ist in meinem Buch ausführlich behandelt. Hier ist nur etwas zu der von S. und H. angeschnittenen Frage des Molotow-Besuches zu sagen. Trotz der Wichtigkeit, die sie Hitlers schriftlichen Befehlen beimessen, haben sie Hitlers eigene Worte hierzu nicht herangezogen. In der am Morgen von Molotows Ankunft verteilten und schon mehrere Tage vorher angefertigten Weisung Hitlers heißt es:

> Weisung Nr. 18
>
> . . .
>
> 5. Rußland
>
> Politische Besprechungen mit dem Ziel, die Haltung Rußlands für die nächste Zeit zu klären, sind eingeleitet. Gleichgültig, welches Ergebnis diese Besprechungen haben werden, sind alle schon mündlich befohlenen Vorbereitungen für den Osten fortzuführen.
>
> Weisungen darüber werden folgen, sobald die Grundzüge des Operationsplanes des Heeres mir vorgetragen und von mir gebilligt sind[8].

Dieser Absatz zeigt recht klar, was Hitler von dem Molotow-Besuch erwartete. Hier können S. und H. auch die Antwort auf ihre Frage nach vor dem Molotow-Besuch ausgegebenen Befehlen Hitlers finden. Diese waren „mündlich" erfolgt. Hitler hatte es ja nicht nötig, alles schriftlich niederzulegen und seinen militärischen Beratern gegen Empfangsbestätigung zu übergeben[9]. Ferner dürfte diese

[8] Nürnberg-Dokument PS-444. Siehe auch den Hinweis auf den Entwurf der Weisung vom 7. November in Heinz Holldack, Was wirklich geschah, S. 425.

[9] Siehe auch die eidesstattliche Erklärung Ernst Köstrings vom 20. November 1945: „Im August 1940 waren die deutschen Militärattachés . . . zu ihrer jährlichen Beratung

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weisung Hitlers auch zeigen, daß der Entschluß, den Operationsbefehl herauszugeben, bereits feststand; nur die Einzelheiten mußten noch festgelegt werden.

In Zusammenhang mit dieser Frage steht das Problem der deutschen Truppenverlegungen. Wenn S. und H. glauben, mit der Berichtigung des Dokuments C-170 eine Entdeckung gemacht zu haben, so müssen sie die fragliche Anmerkung meines Aufsatzes (Nr. 53) noch einmal lesen. Der teilweise Zusammenhang der Truppenverlegungen mit dem rumänischen Problem ist dort ausdrücklich erwähnt. S. und H. übergehen aber dabei die anderen und viel wichtigeren Truppenverlegungen, die in Brauchitschs Befehl vom 6. September 1940 zusammenfassend angeordnet sind. Die darin vorgesehene Verlegung einer Heeresgruppe ist anscheinend nicht wert, auch nur erwähnt zu werden.

Die Ausführungen von S. und H. zur rumänischen Frage sind nicht mit dem wirklichen Verlauf der Dinge in Einklang zu bringen. Es hat wenig Zweck, die Rückwirkungen der Annexion Bessarabiens und der Nordbukowina hin und her zu debattieren. Zwei Tatsachen stehen fest. Erstens, „das Moment . . ., das die weitere Entwicklung in Südosteuropa auslöste", war nicht die Annexion, sondern das geheime Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt vom 23. August 1939. S. und H. werden kaum behaupten, daß die territorialen Forderungen Ungarns und Bulgariens ausgeblieben wären, wenn Rußland sich auf das ihm im Protokoll ausdrücklich zugesprochene Bessarabien beschränkt hätte. Zweitens haben wir zwei seinerzeit schriftlich niedergelegte Ausführungen Hitlers zu diesem Problem, die seine damalige Reaktion zum russischen Schritt widerspiegeln. Seinen militärischen Beratern sagte er, daß das Vorgehen Rußlands Italien unbequem sei (Halders Tagebuch, 3. Juli 1940). Dem italienischen Botschafter gegenüber bezeichnete er die russische Aktion als „eine gerechte Strafe" für das „schwer kompromittierte Rumänien"[10].

Ohne Beweise dafür zu liefern, behaupten S. und H., daß Hitler sich erst am 25. oder 26. August entschloß, den Streit zwischen Ungarn und Rumänien selbst zu regeln. Hitlers Ausführungen hierüber am 31. Juli interessieren sie anscheinend nicht. Ferner behaupten sie, wiederum ohne Beleg, ich hätte Halders Notiz vom 15. August mißverstanden. Diese Notiz berichtet über eine Unterredung zwischen Halder und General von Greiffenberg, Chef der Operationsabteilung. Thema: „Möglichkeiten des Einsatzes deutscher Truppen in Rumänien". Es folgt dann eine Liste von Divisionen, die für diesen Einsatz „verfügbar" sind, mit Kalkulationen über die notwendige Zeit, um sie marschbereit zu machen, die notwendige Zeit für den

---

mit dem OKH versammelt. Ich war dort in meiner Eigenschaft als Militärattaché in Moskau. Ungefähr am 6. oder 8. jenes Monats wurde ich von General Halder, dem Chef des Generalstabes der Armee, vorgeladen, welcher mir sagte, er habe vom Führer einen Befehl erhalten, Vorbereitungsmaßnahmen für Operationen gegen die U. S. S. R. zu treffen. Infolgedessen sagte General Halder, er würde mir bald viele Fragen stellen müssen . . " (Nürnberg Dokument PS-3014). Ein Hinweis auf Fragen, die Halder Köstring stellen wollte, ist im Halder-Tagebuch unter dem Datum 15. August 1940 zu finden.

[10] Alfieris Bericht vom 1. Juli 1940, zitiert in Mario Toscano, Una mancata intesa italo-sovietica nel 1940 e 1941, Florenz 1953, S. 48, Anm. 72.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Durchmarsch durch Ungarn" usw. Offensichtlich liegt das Mißverständnis auf der Seite von S. und H. Es scheint mir klar zu sein, daß Hitler sich bereits am 31. Juli entschloß, den Streit zu regeln und Rumänien eine Garantie zu geben, und daß darauf die Vorbereitungen für eine Besetzung Rumäniens folgten, diese aber aufgeschoben wurden, weil Hitler warten wollte, bis die Situation heranreifte. (Hätte er wirklich an ein unmittelbar bevorstehendes militärisches Eingreifen Ungarns oder Rußlands geglaubt, dann wäre wohl ein schnelleres deutsches Vorgehen erfolgt. Die von S. und H. vorgetragene These über Hitlers langes Zögern steht in völligem Widerspruch zu ihrer anderen These über Hitlers Sorgen vor einem Einmarsch in Rumänien.) Die rumänische Bitte um eine Heeresmission kam Hitler sehr genehm — er hatte nichts dagegen, wenn ein Land, das er sowieso besetzen wollte, eine Einladung schickte. Daß die Wünsche Rumäniens nur einen willkommenen Vorwand lieferten, zeigt Keitels Schreiben vom 20. September, das Entscheidungen Hitlers über die Militärmissionen enthält: „Ihre Aufgabe nach außen hin ist, das befreundete Rumänien bei der Organisation und Ausbildung seiner Wehrmacht anzuleiten. Die wirklichen Aufgaben, die weder den Rumänen noch der eigenen Truppe gegenüber in Erscheinung treten dürfen", waren die drei Aufgaben, von denen ich eine zitierte. Ein anderes Dokument vom selben Tag enthält weitere schriftliche Angaben über Hitlers Entscheidungen, welche S. und H. wiederum nicht zitieren.

Geheime Kommandosache

Abschrift
Oberkommando der Wehrmacht
Abt. Ausland — Berlin, den 20. September 1940
Nr. 00104 g. Kdos. Ausl. III E
An den
Staatssekretär im Auswärtigen Amt
Freiherr von Weizsäcker — über VAA
Betr.: Deutsche Militärmission in Bukarest

Im Anschluß an die Rücksprache mit Generalleutnant von Tippelskirch vom 19. 9. darf folgendes ergebenst zur Kenntnis gebracht werden:

1.) Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat auf Vortrag des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht am 19. 9. nachmittags wie folgt entschieden:
   a) Entgegen den rumänischen Vorschlägen soll in erster Linie, und zwar möglichst bald, die deutsche Truppe in Stärke von etwa 1 Division nach Rumänien verlegt werden.
   b) Eine Abgabe von deutschem Kriegsgerät an Rumänien kommt während des Krieges nicht in Frage.
   c) Die übrigen Vorschläge der Rumänen werden vom Wehrmacht-Führungsstab im Benehmen mit Heer und Luftwaffe geprüft werden.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Im Auftrage
(gez.) Canaris[11]

[11] Nürnberg-Dokument NG-4649.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die rumänischen Wünsche kamen also zur rechten Zeit und waren sehr interessant, hatten aber wenig mit den deutschen Schritten und Absichten zu tun.

Genau wie dieses Dokument beweisen die Vorgänge um die Inseln im Kilia-Arm der Donau, daß das deutsche Vorgehen in Rumänien mit den Angriffsabsichten gegen Rußland in Zusammenhang stand, denn sie beleuchten den Charakter der deutschen Garantie Rumäniens. Die Ausführungen von S. und H. zu diesem Punkte beweisen genau, was ich selbst zeigen wollte — die Garantie war ein rein taktischer Schachzug der deutschen Politik, der Deutschlands Handlungsfreiheit in Rumänien und nicht das Territorium Rumäniens garantieren sollte.

Es fehlen noch immer viele Quellen zur endgültigen Aufklärung der deutschen Entschlüsse im Sommer 1940. Meine Arbeit sollte eine These aufstellen, die weitere Untersuchung fordert und fördert. Die von S. und H. in ihrer Entgegnung angewandten Methoden scheinen mir dazu jedoch höchst ungeeignet zu sein. Ihre Kronzeugnisse sind nichtssagende Eintragungen in Rosenbergs Tagebuch und eine durch mehrere andere Aussagen Warlimonts hinreichend widerlegte Prozeßaussage. Was Hitler in engstem Kreise als seine eigene Ansicht darlegte, soll man nicht glauben. Statt dessen werden Hitler Ideen Rosenbergs unterschoben, von denen er nichts wissen wollte; Meinungen von Etzdorf, Weizsäcker und Halder werden als maßgebend hingestellt. Alles, was nicht in die Theorie von S. und H. paßt — z. B. die Umgruppierung der deutschen Armee und der Umschwung der deutschen Politik gegenüber Finnland — wird übergangen. Vom Einfluß der Erwägungen über die indirekte Bekämpfung Englands ist kaum die Rede. Eine Eintragung im Halder-Tagebuch, welche S. und H. nicht gefällt, ist von mir „mißverstanden" worden. Die von Churchill, Hull und Langer angeführten Berichte der englischen und amerikanischen Botschafter in Moskau werden mit einer Bemerkung beiseite geschoben, die nicht als sachlich anerkannt werden kann. Deutschlands stillschweigendes Zuschauen bei der sowjetischen Besetzung von garantierten rumänischen Gebietsteilen wird als „Gafencus . . . Polemik" abgetan. Auf diesem Wege wird man der geschichtlichen Wahrheit kaum näher kommen.

Gerhard L. Weinberg

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS KOHN

PANSLAWISMUS IN UND NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Vorbemerkung des Herausgebers: Das Buch von Hans Kohn „Panslavism, Its History and Ideology", das 1953 bei Notre Dame University Press, New York, erschienen ist, liegt in einer deutschen Übersetzung durch Frau Dr. Helge Proß als Manuskript vor. Der letzte Hauptabschnitt, von dem wir hier den größten Teil zum Abdruck bringen, trägt den Titel: „Der Triumph der Ostslawen nach dem zweiten Weltkrieg". Der Autor, Professor der Geschichte am City College, New York, und vor allem durch seine Studien zum Phänomen des Nationalismus bekannt, leitet das Schlußkapitel seines jüngsten Buches durch die Feststellung ein, daß mit dem 22. Juni 1941 eine neue Situation entstanden sei, die vollkommen anders war als die von 1914: „Damals trat das Russische Reich, zumindest teilweise, zur Verteidigung eines kleinen slawischen Volkes in den Krieg ein. Dennoch machte es in seiner offiziellen Propaganda keinen Gebrauch vom Panslawismus. Diesmal jedoch hatte Stalin alles mögliche getan, um die guten Beziehungen mit Hitlers Deutschland aufrechtzuerhalten, trotz des nazistischen Angriffs und der Barbarei in Polen, Böhmen und Serbien; erst als seine Bemühungen fehlschlugen, appellierte Stalin an den Panslawismus in einer Weise, wie keine frühere russische Regierung es jemals getan hatte. So kam es, daß im zweiten Weltkrieg – obgleich wieder einige slawische Völker, Bulgaren, Kroaten und Slowaken, auf deutscher Seite kämpften – der Panslawismus erstmalig von Moskau aus als offizielle Doktrin propagiert worden ist. Der zweite Weltkrieg endete, zumindest in Ostmitteleuropa, in unvorhergesehener Weise: er hob dort die Ergebnisse des ersten Weltkriegs und den Sieg der Westslawen vollkommen auf; die panslawistischen Träume des Moskauer Kongresses von 1867 und von Danilewskij schienen 1945 realisiert zu sein, als die Ostslawen, die Russen, als Sieger über die Deutschen und über die Westslawen dastanden und der russische Einfluß sich genau über die Linie von Stettin nach Triest erstreckte, von der die russischen Nationalisten in den späten sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts geträumt hatten."

Der Verfasser geht dann in einem ersten Abschnitt des Schlußkapitels auf die Phase vom August 1939 bis Juni 1941 näher ein, die er von der Sowjetunion gesehen als eine definitiv „russische", d. h. weder „antifaschistische" noch „panslawistische" Politik charakterisiert; ebenso auf das Überwiegen des „russischen Vaterlandes" über das „sowjetische Vaterland" und die rassisch-nationalistischen Exzesse in den Kriegsjahren. Er berührt sich hier weitgehend mit Ergebnissen und Auffassungen, die auch sonst vertreten werden und für Teilfragen in den Artikeln von G. L. Weinberg und W. Markert in dieser Zeitschrift (I, 4 u. II, 1) dargelegt worden sind. Deshalb und auch aus Raumgründen beginnen wir den Abdruck mit dem Zeitpunkt der formellen Wiedererstehung des Panslawismus, auf dessen Entwicklung in und namentlich nach dem zweiten Weltkrieg wir das Thema konzentrieren möchten. Der Text ist gegenüber der Originalübersetzung in einzelnen Abschnitten gekürzt und im ganzen durchredigiert worden, ohne irgendwie an den Gedankengang des Verfassers zu rühren. H. R.

Weniger als zwei Monate nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion wurde in Moskau ein panslawistisches Komitee gebildet, das am 10. August 1941 unter dem Vorsitz von General Alexander Semenowitsch Gundorow seine erste

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Versammlung abhielt. Obgleich keine offiziellen Sowjetführer teilnahmen, war die russische kommunistische Intellegentsia mit einigen der besten Namen gut vertreten, unter ihnen die Autoren Nikolaj Semenowitsch Tichonow, der erste Schriftsteller, der den Orden des patriotischen Krieges erster Klasse erhielt, Alexander Alexandrowitsch Fadejew und Alexej Tolstoj und der Komponist Dmitrij Schostakowitsch. Für die Polen erschienen Wanda Wassilewska, die Frau des ukrainischen Dramatikers Alexander Kornejtschuk; für die Tschechen Zdeněk Nejedlý, Professor der Musikwissenschaft an der Universität Prag und Biograph von Smetana und Masaryk, und Jan Šverma, ein Kommunist, der 1945 während des Kampfes in der Slowakei starb. In seinen Eröffnungsworten lehnte Tolstoj „die alte Ideologie des Panslawismus" als reaktionär und dem Prinzip der Gleichberechtigung der Völker widersprechend ab. „Slawen, wir wollen uns vereinen, damit jedes slawische Volk frei und friedlich leben kann, auf daß die Kultur unserer Völker ohne Einschränkung blühen möge." Das Schwergewicht der Versammlung lag auf dem Kampf gegen den deutschen Feind, einem Appell an alle Slawen, bewaffnete Kräfte aufzustellen und die Anstrengungen des Feindes zu sabotieren.

Wesentlich repräsentativer und viel sorgfältiger vorbereitet war das zweite Treffen der Slawen in Moskau am 4. und 5. April 1942. Schostakowitsch erließ einen Aufruf zu den Waffen: „Ich bin stolz darauf, ein Russe zu sein, ich rühme mich, ein Slawe zu sein . . . Mögen alle geistigen Kräfte, alle Intellektuellen der herrlichen Familie der slawischen Völker furchtlos die große Mission erfüllen, die die Geschichte ihnen anvertraut hat!" Und Tolstoj faßte die revidierte slawophile Geschichtsinterpretation in einem Artikel in der Prawda zusammen: „Wir müssen die ganze Geschichte der slawischen Völker revidieren . . . Tausend Jahre lang hat unser junges Blut das altersschwache Byzanz belebt. Dank den Slawen hat Byzanz seine alte Kultur bewahrt und sie dem feudalen Europa vermittelt. Die slawischen Völker, die hart arbeiteten und die Freiheit, Frieden und Kultur lieben, hatten im Osten nomadische Reiche als Nachbarn, die immer den utopischen Wunsch nach Welteroberung hegten, und im Westen die mittelalterlichen Kaiser, deren imposante Kavalkaden ebenso vergeblich waren. Die Aggressionen aus dem Osten und dem Westen zerbrachen an dem furchtlosen Widerstand der slawischen Welt. Die Rolle der slawischen Völker in der Bildung des europäischen Humanismus ist noch nicht wirklich in ihrem wahren Wert eingeschätzt worden[1]."

Was kein früherer slawischer Kongreß erreicht hatte, wurde jetzt dank der offiziellen Regierungsunterstützung realisiert. Ab Januar 1943 erschien in Moskau eine Monatsschrift Slawjane (Die Slawen). Besondere Komitees für die slawische Jugend, für slawische Wissenschaftler und slawische Frauen wurden gegründet. Die panslawistische Propaganda verbreitete sich vor allem nach Britannien, Kanada, Lateinamerika und in die Vereinigten Staaten. Sie wandte sich überall, wie schon

[1] Eine gute Erörterung der slawischen Völker in und nach dem zweiten Weltkrieg ist in Albert Mousset, „The World of the Slavs" (London: Stevens & Sons, 1950) enthalten, einer revidierten Ausgabe des französischen Originals, das 1946 erschien.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hitler es für die Deutschen getan hatte, an die rassische Gemeinschaft aller Bürger slawischer Abstammung. Am 25. Mai 1944 trat in London unter der Führung von R. W. Seton-Watson ein Kongreß der slawischen Völker zusammen, der größtenteils von den Slawen besucht wurde, die in England vorübergehend im Exil lebten. Von größerer Bedeutung war der amerikanische slawische Kongreß am 25. und 26. April 1942 in Detroit. Er machte sich den Kriegsenthusiasmus für „den russischen Alliierten" zunutze und versuchte, die zehn Millionen Amerikaner slawischer Herkunft für die Gegenwart zur Unterstützung des gemeinsamen amerikanisch-russischen Kampfes gegen Hitler und auf die Dauer für die Unterstützung der Sowjetunion und ihrer Politik zu organisieren[2]. Die offizielle Anerkennung der russisch-orthodoxen Kirche im September 1943 durch die Sowjetregierung und die Erhebung des Metropoliten Sergej von Moskau zum Patriarchen von ganz Rußland wurde, wie bei den Panslawisten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ein Instrument der imperialistischen russischen Politik. Der Patriarch Alexej, seit Mai 1944 der Nachfolger von Sergej, pries Stalin als „einen weisen Führer, den Gott über unser großes Volk gestellt hat". Alle Kirchen wurden angewiesen, „für die Gesundheit und das Wohlergehen des gottgesandten Führers der Völker unserer christliebenden Nation" zu beten. Wie im 19. Jahrhundert mußten sich panorthodoxe Bestrebungen dem Panslawismus unterordnen. Überall wurden die orthodoxen Kirchen unter Moskaus Führung vereint. Der Patriarch Alexej, an dessen Krönung die Patriarchen von Alexandria, Antiochien und Georgien teilnahmen, besuchte 1945 den Nahen Osten, um die Bande zu erneuern, die zur Zeit des zaristischen Rußland bestanden hatten. Die orthodoxen Kirchen in Europa und Amerika, die sich vom Moskauer Patriarchat abgespaltet hatten, wurden zum Wiedereintritt aufgefordert. Im gleichen Jahr hielten die römischen Katholiken in der Tschechoslowakei eine Konferenz in Velehrad in Mähren ab (dem Ort, wo Kyrill und Method im 9. Jahrhundert für die Christianisierung der Slawen gewirkt und wo der panslawistische Überschwang des 19. Jahrhunderts zu zahlreichen Kundgebungen für die slawische Geistesgemeinschaft ge-

[2] Richter Blair F. Gunther vom Court of Common Pleas, Pittsburg, klagte vor dem House Committee on Un-American Activities den amerikanischen Slawischen Kongreß an, er sei „die gefährlichste fünfte Kolonne, die unter unserer slawischen Bevölkerung agitiert. Sein Hauptziel ist es, die Millionen von slawischen Amerikanern, die in unseren Grundindustrien arbeiten, aufzuwiegeln, um unseren nationalen Verteidigungsapparat zu lähmen. Es gibt jeden Beweis der Leitung und Kontrolle durch Moskau." Am 21. September 1948 wurde der Kongreß vom Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten als umstürzlerisch aufgeführt. Am 25. Juni 1949 fand der Untersuchungsausschuß gegen unamerikanische Umtriebe, daß der Kongreß seine Haltung am Ende des zweiten Weltkrieges „von einem Super-Patriotismus zu offenem Verrat" geändert habe. Das Komitee behauptete, die Gesandtschaften der UdSSR und der slawischen Staaten würden aktiv mit dem amerikanischen slawischen Kongreß zusammenarbeiten. Er werde hauptsächlich von Gruppen in Pittsburg, Detroit, Chicago, Cleveland und New York unterstützt. Unter seinen Hauptführern nannte man Leo Krzycki, George Pirinsky und Louis Adamic. Von anderen Organisationen amerikanischer Slawen, vor allem dem polnisch-amerikanischen Kongreß und der slowakischen Liga von Amerika wurde gesagt, sie seien dem Kongreß feindlich und den Vereinigten Staaten loyal gesinnt.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

führt hatte), die alle katholischen Theologen slawischer Abkunft aufforderte, sich „der allgemeinen Ostorientierung des Landes" anzuschließen.

Die sowjetischen Siege in den Jahren 1944 und 1945 auf dem Balkan, in der Donauebene und entlang der Weichsel veränderten vollständig die bisherige historische und politische Gestaltung Mittel- und Osteuropas. Die russische Armee rückte in Königsberg, die Wiege der preußischen Monarchie, in Berlin, Budapest und in Wien ein, der Kreml beanspruchte das Erbe der Habsburger und der Hohenzollern. Obgleich die Sowjetunion durchaus nicht aus irgendwelchen „Befreiungs"-Absichten in den Krieg eingetreten war, verlangte sie als „Befreier" dennoch die Dankbarkeit der Slawen. König Peter von Jugoslawien erklärte am 11. Januar 1945 aus London: „Die brüderliche Einheit mit Rußland ist eines der am tiefsten verwurzelten Gefühle bei allen slawischen Völkern." Klarer deutete ein bulgarischer Schriftsteller die neue Situation: „150 Jahre lang hat die slawische Idee den Privatinteressen von zwei Parasitenklassen, den Grundbesitzern und der Bourgeoisie, gedient, d. h. sie wurde zum Schaden der slawischen Völker selbst ausgenutzt. Durch die Gunst des Augenblicks lebt die Slawenheit heute zum ersten Male seit 1300 Jahren so, daß ihre Sicherheit für immer befestigt ist. Die deutsche Gefahr ist verschwunden. Die Regierungen, die den Haß unter den slawischen Völkern entfachten, sind beseitigt worden. Jetzt können die Slawen an den Aufbau ihrer eigenen Gesellschaft gehen. Was soll ihr Programm sein? Die Slawen bilden eine rassische, sprachliche und kulturelle Gruppe mit gemeinsamem Charakter. Sie bilden einen geopolitischen und ökonomischen Block, der ein wichtiger Faktor in der Erhaltung des europäischen Friedens werden kann. Die slawischen Nationen müssen, um sich von dem deutschen Kapitalismus zu befreien, technisch vollkommene Volkswirtschaften aufbauen und damit ihre Unabhängigkeit sichern. Innenpolitisch müssen sie demokratisch, freiheitsliebend und sozial gerecht sein. Sie sollten ein politisches System panslawischer Kooperation ausarbeiten, dessen Prinzip die volle Gleichberechtigung der kleinen und großen Völker sein muß. Die UdSSR müßten diese slawische Gesellschaft organisieren und führen[3]."

Tatsächlich kontrollierte ja seit 1946 die Sowjetunion den ganzen europäischen Osten. Hinter der Linie Stettin—Triest befanden sich nicht nur alle slawischen Völker, sondern auch, wie Danilewskij und andere Panslawisten gefordert hatten, die Magyaren, Rumänen und Albanier. Daß die Griechen und Konstantinopel nicht Danilewskijs Erwartungen entsprechend innerhalb des sowjetischen Machtbereiches lebten, war nicht nur ihrem eigenen Widerstandswillen, sondern auch der staatsmännischen Weitsicht von Winston Churchill und Ernest Bevin zu verdanken. Aber Königsberg war Kaliningrad geworden; Potsdam stand unter kommunistischer Herrschaft; die beiden westslawischen Nationen, Polen und die Tschechoslowakei, gingen mit erheblich verringertem Gebiet aus dem Krieg hervor und wiesen unter kommunistischer Inspiration auf rein rassischer Basis die

[3] Christo Gandev in „Slavjansko bratstvo", sbornik (Slawische Bruderschaft. Eine Symposion) Biblioteka Izvori (Quellen) Nr. 2 (Sofia: Veröffentlichungen des Propagandaministeriums, 1945).

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschen und andere völkische Minderheiten aus. Moskau übte jetzt das Recht — das 1919 den westlichen Demokratien und 1939 Hitler-Deutschland gehört hatte — der Regelung aller territorialen und anderen Streitigkeiten in diesem Raum aus; und durch die Annektierung der Karpatho-Ukraine wurde Rußland der unmittelbare Nachbar der Tschechoslowakei und Ungarns. Es befehligte von einem strategischen Stützpunkt in der Donauebene südlich der Karpathen aus und legte dort und entlang der Oder-Neiße-Linie die Grenzen fest, die an die rassische Vergangenheit, die seit vielen Jahrhunderten vorbei war, erinnerten, so wie die faschistischen Diktaturen es tun zu können gehofft hatten.

Von allen slawischen Völkern erhoben nur die Polen im Ausland und die polnische Regierung in London leidenschaftlichen Protest. Wie so oft in den letzten 200 Jahren mußten die polnischen nationalen Traditionen und Hoffnungen im Exil weiterleben. In der Heimat betonten slawische Sprecher den „demokratischen" und „friedliebenden" Charakter der Slawen. Dies war keine neue Melodie. Die Romantiker unter ihnen haben sie seit Herders Zeiten gesungen. Sie war der ständige Gesang der Slawophilen gewesen. Ihre Substanz blieb unverändert, als man sie jetzt kommunistisch variierte. Alle Völker durften hoffen, an dieser „demokratischen" und „friedliebenden" Gemeinschaft der Nationen teilzunehmen, wenn sie, wie die Slawen, ihre unsterbliche Dankbarkeit und die unauflösliche Anhänglichkeit an den großen Führer der slawischen Welt und der fortschrittlichen Menschheit, an Sowjetrußland unter Stalin bezeugen würden.

In dieser Atmosphäre trat am 8. Dezember 1946 ein fünftägiger panslawistischer Kongreß in Belgrad zusammen. Er ist der dritte große Kongreß in der Geschichte der panslawistischen Idee: der erste in Prag vertrat die westlich-demokratische Tendenz von 1848; der zweite in Moskau drückte den russischen Nationalismus der sechziger Jahre aus; der dritte in der jugoslawischen Hauptstadt war die triumphierende Bestätigung von Moskaus Einfluß über die slawische Welt. Von allen Teilnehmern erhielten die Jugoslawen und ihr Führer, der alte und vertrauenswürdige kommunistische Kämpfer und Organisator, Marschall Tito, die höchsten Auszeichnungen, die nur denen von Rußland und Marschall Stalin nachstanden. Nicht zufällig war Belgrad zum Sitz des panslawistischen Kongresses gewählt worden. Die Stadt war das Zentrum der neuen panslawistischen Bewegung[4]. Die Jugoslawen galten als das zweitbedeutendste slawische Volk. Diese Stellung wurde durch den Kongreß weiter befestigt. Sein Programm enthielt drei Punkte: die slawischen Völker im Weltkampf für Frieden und Demokratie; der Beitrag der slawischen Völker zur Weltkultur; organisatorische Probleme slawischer Kooperation. Zum ersten Male in der Geschichte des Panslawismus war der Kongreß eine offizielle und nicht eine bloß private Kundgebung, und erstmalig auch hatte er Weltweite. Es kamen slawische Delegierte aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Südamerika, Australien, Neuseeland, also Auslandsslawen, ähnlich wie es die

[4] Im September 1947 wurde sie auch Sitz des neuerrichteten Kominform (Kommunistisches Informationsbüro) und seines offiziellen Organs, dessen erste Ausgabe dort am 15. November 1947 erschien.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auslandsdeutschen zu Hitlers Zeiten getan hatten. Interessanterweise organisierten sich die slawischen Vertreter nicht auf nationaler, sondern auf staatlicher Basis. Es gab eine Vertretung der Sowjetunion (einschließlich der Ukrainer und Weißrussen). Ebenso waren vertreten: Jugoslawien (Serben, Kroaten, Slowenen und Mazedonier), Polen, die Tschechoslowakei (die Tschechen und Slowaken umfaßte) und Bulgarien. Das offizielle Staatskonzept ersetzte das früher vorherrschende nationale.

Marschall Tito eröffnete den Kongreß und wurde, nach einem amtlichen Bericht, mit „langanhaltendem Beifall" empfangen. „Ebenso begeistert" war die Aufnahme von Marschall Fedor Iwanowitsch Tolbuchin, der als Befehlshaber der siegreichen Sowjetarmeen in Rumänien, Bulgarien, Belgrad und Wien eingerückt war und damit die Südslawen „befreit" hatte. In seiner Eröffnungsansprache sagte Marschall Tito: „Was wäre geschehen, wenn es die glorreiche Rote Armee nicht gegeben hätte? Was wäre geschehen, wenn dort nicht dieser Staat von Arbeitern und Bauern mit dem Genius Stalin an seiner Spitze gewesen wäre, der wie ein Wall gegen die faschistische Aggression stand und mit ungezählten Opfern und Strömen von Blut auch unsere slawischen Völker in anderen Ländern befreite? Für dieses große Opfer, das unsere Brüder in der großen Sowjetunion gebracht haben, danken wir anderen Slawen ihnen . . ." Er beendete seine Rede mit einem dreifachen Toast auf die slawische Wechselseitigkeit (er gebrauchte dies von Kollár geprägte Wort), „auf unseren größten slawischen Bruder, die Sowjetunion" (wobei er vergaß, daß die Sowjetunion nicht slawisch, sondern suprarassisch war), „und auf ihren genialen Führer Stalin". Es folgten als Hauptredner der Jugoslawe Milovan Djilas, der über den Kampf der Slawen für Frieden und Demokratie sprach, und Professor Boris D. Grekow von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, der eine lange Namensliste als „slawische Beiträge zur Weltkultur" verlas. Der abgedroschene Wortschwall und der Mangel an Ideen in diesen vorgelesenen Schriften unterschied den Belgrader Kongreß von den panslawistischen Kongressen des 19. Jahrhunderts ebenso wie die harmonische Einstimmigkeit in allen Diskussionen und Entscheidungen. Am Ende wurde ein panslawistisches Komitee gewählt, in dem jeder der fünf Staaten durch fünf Mitglieder vertreten war. Ein Jugoslawe, Generalmajor Boshidar Maslarić, wurde sein Präsident, ein Russe, Pole, ein Tscheche und ein Bulgare die gewählten Vizepräsidenten, Belgrad und nicht länger Moskau wurde zum Sitz des zentralen panslawistischen Komitees bestimmt[5].

Mit dem Kongreß in Belgrad erreichte die panslawistische Flut nach dem zweiten Weltkrieg ihren Höhepunkt. Die Realisierung seiner Resolutionen, Pläne und

[5] Das frühere panslawistische Komitee in Moskau reorganisierte sich im März 1947 als slawisches Komitee der UdSSR mit General A. S. Gundorov als Vorsitzendem und drei Vizepräsidenten, Alexander A. Voznesenskij, Rektor der Universität Leningrad, Alexander Vladimirovitsch Palladin, Präsident der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften, und Jakub Kolas, einem weißrussischen Dichter und Vizepräsidenten der weißrussischen Akademie der Wissenschaften. Die Monatsschrift „Slavjane", die bis jetzt als Organ des panslawistischen Komitees in Moskau erschienen war, wurde 1947 das Sprachrohr des slawischen Komitees der UdSSR.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hoffnungen war, wie bei allen vorangegangenen früheren Kongressen, gleich Null. Merkwürdigerweise aber konnte der Moskauer Panslawismus bei den Tschechen am ehesten einen Erfolg registrieren, die mit Recht immer als das realistischste und politisch reifste Volk unter den Slawen gegolten hatten. Böhmen und Mähren, die tschechischen Teile der Tschechoslowakei, waren das einzige Land in Europa, in dem die Kommunisten in freien Wahlen — am 26. Mai 1946 — 40,17% der Stimmen erhielten. Weite Kreise erwarteten ein Zurückgehen der kommunistischen Wählerzahl in den darauffolgenden Wahlen vom Mai 1948. Es mag die Furcht vor einer solchen Niederlage gewesen sein, die die kommunistische Führung im Februar 1948 dazu trieb, die totale Kontrolle über das Land zu ergreifen. Die Tatsache, daß die Regierung von Dr. Beneš den Kommunisten die leitenden Stellungen in der Verwaltung eingeräumt und sie in gefährlicher Zweideutigkeit als eine „demokratische" Partei anerkannt hatte, während sie gleichzeitig die „faschistischen" Parteien ächtete, erleichterte diesen Staatsstreich. Jetzt wurde die Tschechoslowakei ein integraler Bestandteil des von Moskau dirigierten panslawischen Reiches und paßte sich schnell und vollkommen dem vom Kreml gegebenen geistigen, moralischen und politischen Vorbild an. Aber dieser Erfolg bei den am stärksten westlich orientierten Slawen wurde mehr als ausgeglichen durch das Ereignis vom 28. Juni 1948, das die Welt überraschte und einen offenen und sich rasch erweiternden Riß zwischen Moskau und Belgrad, zwischen Marschall Stalin und Marschall Tito, den beiden prominentesten Führern des neuen Panslawismus, offenbarte.

Der jugoslawische Abfall schuf in der slawischen „Völkerfamilie" eine ähnliche Situation, wie sie zwischen 1830 und 1945 aus der Feindschaft zwischen Polen und Russen gefolgt war. Wie damals Polen, so galt jetzt Jugoslawien als der „Judas" und „Verräter" an der slawischen Sache und als „Werkzeug" der „westlichen Intrigen" gegen die slawische Welt, die die Russen damals wie jetzt großzügig mit Moskau identifizierten. Die Ähnlichkeit selbst zwischen den Worten, die in den Schmähschriften von Katkow und seiner Generation und denen, die jetzt von Stalins Sprechern gebraucht wurden, war erstaunlich. Während die polnischen Kommunisten anerkannten, daß Polen nur dank Moskau das „feudale" Zeitalter beenden konnte und daß seine Befreiung von der deutschen Besatzung nur der Roten Armee zu verdanken war — wobei sie vergaßen, daß Sowjetrußlands Zusammenarbeit von 1939 die Unterjochung Polens durch Hitler so leicht gemacht hatte —, konnten die Serben auf eine lange Tradition bäuerlichen Eigentumsrechtes und auf ihren mutigen Unabhängigkeitskampf hinweisen, den sie, ohne russische Hilfe, gegen Türken und Deutsche geführt hatten. Die kommunistische Führung in Belgrad weigerte sich zuzugeben, daß ihr Land seine Freiheit und seine neue „sozial gerechte" Ordnung nur, oder vor allem, Rußlands Unterstützung und Führung verdankte. Sie leugnete die von Moskau propagierte Behauptung, die slawischen Völker könnten ihre Unabhängigkeit nur mit russischer Protektion bewahren, und war durchaus nicht bereit, die wirtschaftliche Modernisierung ihres Staates den Bedürfnissen des „Mutterlandes" aller Slawen und der sozialistischen Weltrevolution unterzuordnen.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So fand der neue Panslawismus, der 1941 in Moskau entstanden war und 1946 in Belgrad anscheinend triumphiert hatte, sein Ende. Titos Abfall wirkte auch auf den panslawischen Kongreß in den Vereinigten Staaten; einige seiner aktivsten Führer, wie Louis Adamić, traten auf die Seite der dissentierenden Kommunisten. Die wachsende Feindschaft des Kremls gegen die Demokratien machte zudem dem amerikanischen Volk immer mehr bewußt, was für eine Bedrohung Theorie und Taten Moskaus für den Westen bedeuteten. Moskau war das Zentrum der jetzt eng verschmolzenen Bewegungen des Panslawismus und des Weltkommunismus. Infolgedessen stellte der amerikanische panslawische Kongreß den größten Teil seiner Tätigkeit ein. Die Ära des Panslawismus in seiner dritten, kommunistischen, panrussischen Form ging zu Ende. Aber selbst in seiner Blütezeit konnte er trotz totalitären Drucks und totalitärer Gleichschaltung die alten Probleme, den alten Streit zwischen den slawischen Völkern nicht lösen, wie z. B. den um die Kontrolle von Teschen zwischen Tschechen und Polen, den um die Zugehörigkeit Mazedoniens zu Jugoslawien oder Bulgarien und den Wunsch des ukrainischen Volkes nach Unabhängigkeit von den Großrussen.

*

Der Panslawismus der Kriegsjahre, der die Gleichberechtigung aller slawischen Völker versprach, wurde nach 1947 offen durch einen Panrussismus ersetzt, der zunächst den slawischen Völkern, dann aber auch den Magyaren und Rumänen, den Uzbeken und Kaukasiern die russische Vorherrschaft und Führung aufzwang. Der neue Sowjetpatriotismus unterschied kaum zwischen „russisch" und „sowjetisch"[6]. Die sowjetische Geschichtsschreibung mußte sich dieser Strömung an-

[6] Weitverbreitete, für diesen Sowjetpatriotismus charakteristische Schriften waren: P. Moskatov, „Geroičeskij rabočij klass našej rodiny" (Die Heroische Arbeiterklasse unseres Vaterlandes) 2. Aufl. (Moskau: Gossud. izdat. polit. liter., 1946); S. G. Kolesnikova, „O sovetskom patriotizme" (Über den Sowjetpatriotismus) (Moskau: Gossud. izdat. polit. liter., 1947); von L. A. Leont'ev, „Proischoždenie i charakter vtoroj mirovoj vojny" (Ursprünge und Wesen des zweiten Weltkrieges) erschien in einer Auflage von 100000 Exemplaren (Moskau: Pravda, 1947); I. Mints (der bekannte Historiker), „Velikaja otečestvennaja vojna sovetskogo sojuza" (Der Große Vaterländische Krieg der Sowjetunion) in einer Auflage von 50000 Exemplaren (Moskau: Gossud. izdat. polit. liter., 1947). Leont'ev zitiert auf S. 7 Stalins Aufsatz „Über den Artikel von Engels ‚Die Außenpolitik des russischen Zarismus' ", den er im „Bol'ševik", 1941, Nr. 9 veröffentlichte; darin kritisiert er Engels heftig, er habe die viel schlechtere und gefährlichere Außenpolitik des britischen Imperialismus übersehen, deren Konflikt mit dem deutschen Imperialismus hauptsächlich für den ersten Weltkrieg verantwortlich sei. Frau Kolesnikova beginnt ihre Broschüre mit einem Leninzitat („Sočinenija", Bd. XXIII, S. 290), daß der Patriotismus „eines der tiefsten menschlichen Gefühle, in Jahrhunderten und Jahrtausenden individualisierter (oder isolierter) Vaterländer gestärkt" ist, und schließt mit einem Vers aus der Nationalhymne des Sowjetvolkes: „Durch Stürme schien die Sonne der Freiheit für uns / und der große Lenin erhellt für uns den Weg / Stalin läßt uns wachsen — in Ergebenheit zu unserem Volk / er hat uns zur Arbeit und zu heroischen Taten entflammt." Vgl. auch P. Vyšinskij, „Sovetskij patriotizm i ego velikaja sila" (Der Sowjetpatriotismus und seine große Stärke) „Bol'ševik", 1947, Nr. 18, S. 28–29, und G. F. Aleksandrov, „Kosmopolitizm-ideologija imperialističeskoj buržuazii" (Kosmopolitismus, die Ideologie der imperialistischen Bourgeoisie), „Voprosy Filosofii" 1948, Nr. 3, S. 174ff.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

passen; Bücher, die noch 1941 geschrieben und gelobt worden waren, wurden 1947 als zu unpatriotisch abgelehnt. Der Kiewer Staat erschien nicht länger als der erste Staat der Ostslawen auf russischem Boden; er war aus einer hohen ostslawischen Kultur entstanden, die die ihrer Nachbarn weit übertraf; der multinationale und doch zentralisierte russische Staat wurde um viele Jahrhunderte, noch vor das 16. Jahrhundert, zurückdatiert, den Großrussen als dem kulturell überlegenen und führenden Element gehuldigt. Das großrussische Volk hieß jetzt allgemein das große russische Volk. Immer mehr betonte man die Tatsache, daß die Russen ihre ganze Entwicklung der eigenen schöpferischen Ursprünglichkeit und Initiative verdanken. „Der sowjetische Reichsgedanke eines Imperiums der ‚sozialistischen' Völker sättigte, wie man mit Recht gesagt hat[7], seine etwas dünn gewordene geistige Substanz durch eine Aufnahme des altrussischen Staatsgedankens mit all seinen expansionistischen und zentralistischen Tendenzen in seine Gesamtkonzeption. Daß das russische Volk nunmehr . . . zum eigentlichen Träger der weltrevolutionären Aufgaben des Marxismus geworden ist, muß den anderen Völkern der Sowjetunion auf jede Weise plausibel gemacht werden. Der ‚große Bruder' steht vor ihnen als Führer auf dem Wege des Fortschritts und der Freiheit. Das ‚geringere Übel' der Unterjochung durch Rußland ist kein Übel mehr, sondern eitel Glück und Segen." In der Tat heißt es 1951 im amtlichen Organ der sowjetischen Historiker, Voprosy Istorii, daß die Eroberung der Kolonialvölker durch das zaristische Rußland nicht nur „das kleinere Übel" war, verglichen mit der Eroberung durch Britannien oder die Türkei (der sie sonst erlegen wären, wie die offizielle Theorie seit 1934 lautete), sondern etwas durchaus Positives. Die Einbeziehung in das Russische Reich hatte den Ukrainern, Georgiern, Armeniern oder Uzbeken in ihrem wirtschaftlichen Fortschritt aktiv geholfen. Der Zarismus unterdrückte die Völker, vor allem das russische, „den älteren Bruder aller Völker des Sowjetlandes". Der Kampf des russischen Volkes gegen den gemeinsamen Feind, den Zarismus, schuf die Grundlage der Brüderlichkeit aller Nationen, die sich dem gemeinsamen Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaft widmeten. Es war eine der großen Aufgaben der sowjetischen Historiographie, diese neuen und profunden Gesichtspunkte für die Annektierung der nichtrussischen Völker durch das russische Reich zu erhellen[8]. Man könnte diese Wendung zur national-russischen Verherrlichung in der Sowjetgeschichtsschreibung mit vielen Einzelbeispielen illustrieren. So wird etwa die „kosmopolitische" Meinung der

[7] Georg von Rauch, „Die Sowjetische Geschichtsforschung heute", „Die Welt als Geschichte", 1951, Nr. 4 (S. 249–262), S. 258.

[8] Frau Nečkinas Artikel „K voprosu o formule najmenšee zlo" (Über die Frage des kleinsten Übels) „Voprosy Istorii", 1951, Nr. 4, S. 44–48 war in Form eines Briefes an den Herausgeber geschrieben und vom Herausgeber besonders empfohlen worden. Doch ihr Band in der „Istorija SSSR", 2 Bde., 2. Aufl. (Moskau: Goss. sots.-ekon. izdat. 1947–1949) wurde in der „Voprosy Istorii", 1950, Nr. 7 wegen seines mangelhaften Verständnisses für die zaristische Kolonialpolitik getadelt, weil sie den reaktionären, probritischen und protürkischen Charakter der Unabhängigkeitsbewegung der kaukasischen Völker unter Samyl' gegen den Zarismus nicht erkannt habe.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„bourgeoisen Historiker" abgelehnt, Peter I. habe das russische Heer nach deutschem Vorbild organisiert. Im Gegenteil: Rußland besaß im 18. Jahrhundert die besten Waffen in Europa und erfand viele Neuerungen auf dem Gebiet der Artillerie; das russische Heer wurde nach einem nationalen System, dem fortschrittlichsten in Europa, ausgebildet, die führenden Offiziere waren Russen und nicht Ausländer[9]. Ausdrückliches Lob erteilte dieselbe Ausgabe der Voprosy Istorii einem Symposion über den „progressiven Einfluß der großen russischen Nation auf die Entwicklung der Jakuten". „Durch ihre Einbeziehung in den zentralisierten russischen Staat konnten die Jakuten an der fortschrittlichsten Kultur ihrer Zeit teilnehmen und so den Prozeß ihrer sozialökonomischen und kulturellen Entwicklung beschleunigen. Die konkrete Erhellung dieser Frage ist gegenwärtig außer ihrem rein wissenschaftlichen Interesse auch von großer politischer Bedeutung. Die Erforschung der geschichtlichen Entwicklung der Nationalitäten im Lichte ihrer historischen Wechselwirkung ist eines der wichtigsten Momente in der Erziehung der Arbeiter unseres Landes zum Sowjetpatriotismus[10]."

Daß die Historiker dabei in der vordersten Front stehen müssen, war keine neue Losung. Es entsprach vollkommen Lenins Auffassung. Der Unterschied lag in dem, was sie bekämpften. Die Bolschaja Sowjetskaja Enziklopedija, die große Verwahrerin der kommunistischen Wissenschaft, widmete dem Panslawismus 1939 einen kurzen Artikel von weniger als einer Spalte. Dort zitiert sie Marx und Engels, die darauf hingewiesen hätten, daß „die Schaffung eines slawischen Reiches vom Erzgebirge und den Karpaten bis zum Schwarzen, Ägäischen und Adriatischen Meer unter Rußlands Herrschaft das unmittelbare Ziel des Panslawismus zu sein scheint". Der Artikel unterstrich den reaktionären und expansionistischen Charakter des Panslawismus; von Marx und Engels heißt es, daß sie mit Schrecken seine Folgen sahen, die allen Slawen „das furchtbare Schicksal des polnischen Volkes" zuteil werden lassen würden[11]. Marx und die kommunistische Enzyklopädie schienen jetzt in der Tat mit ihrer Charakteristik, der Panslawismus sei gleichbedeutend mit dem russischen Imperialismus, der die anderen Slawen unterjochen würde wie die Polen zu Marx' Lebzeiten, recht zu haben. Wie in der schlimmsten Zeit des zaristischen Nationalismus wurde das Anrecht auf nationale Eigenart allein für die Russen beansprucht und ihnen vorbehalten; die anderen slawischen Völker, Polen und Ukrainer, hatten sich dem russischen Nationalismus anzupassen. Dies wurde im Falle der Polen auf dem 7. Kongreß der polnischen Historiker, der vom 19. bis 22. September 1948 in Breslau zusammentrat, klar ausgedrückt. Man kritisierte eine Geschichtsschreibung, „die russische und polnische Kultur kontrastierte, statt ihre fundamentalen Ähnlichkeiten zu verglei-

[9] „Voprosy Istorii", 1951, Nr. 1, S. 155–156.

[10] Zeitschrift für Progressivnoe vlijanie velikoj russkoj natsii narazvitie jakutskogo naroda, Teil 1, hrsg. von A. I. Novgorod (Jakutsk: Jakutskoe Goss. izdat., 1950) in „Voprosy Istorii", 1951, Nr. 1, S. 140.

[11] Artikel „Panslawismus" in „Bol'šaja Sovetskaja Entsiklopedija", Bd. 44 (Moskau: Ogiz, 1939) Spalte 68f. Der Referent bezieht sich auf Marx und Engels in „Socinenija", VII, 277.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen"[12]. Selbst die Polen, die nach 1945 den neuen Panslawismus propagiert hatten, erfuhren scharfe Kritik. H. Batowski, Herausgeber der panslawistischen Zeitschrift Życie Słowiańskie (die seit Januar 1946 erschien) und Verfasser der Historia Wspolpracy Słowiańskie (Geschichte der slawischen Zusammenarbeit), wurde als bourgeoiser Nationalist gebrandmarkt, weil er Polens Rolle in der slawischen Welt zu stark betont und vergangene Beispiele slawischer Kooperation auf Kosten der Gegenwart verherrlicht hatte[13].

Hatte Stalin die Warnung vergessen, die er in seinem „Bericht über nationale Faktoren" vor dem 12. Kongreß der Russischen Kommunistischen Partei am 23. April 1923 ausgesprochen hatte? Damals sah er im großrussischen Chauvinismus „eine Kraft, die an Stärke gewinnt", und hielt sie für einen Faktor, der die Amalgamierung der sowjetischen Völker verhinderte, das Vertrauen der „früher unterdrückten Völker" in das russische Proletariat schwächte. „Dies ist unser gefährlichster Feind, den wir überwältigen müssen: diesmal werden wir ihn beseitigen, wie wir bereits neun Zehntel des Nationalismus beseitigt haben, der überlebte und sich in einigen Republiken entwickelte."[14] In der Diskussion ging Bucharin noch weiter: „Als ein früher großes und mächtiges Volk müssen wir die nationalistischen Ambitionen bekämpfen und uns in eine Stellung der Ungleichheit versetzen in dem Sinn, daß wir den nationalen Tendenzen der anderen Völker noch größere Konzessionen machen. Nur durch diese Politik ... durch die wir uns künstlich in eine, verglichen mit anderen, inferiore Position bringen, nur um diesen Preis können wir das wirkliche Vertrauen der früher unterdrückten Nationen erkaufen." Dem widersprach Stalin: „Wir dürfen in der Politik nicht über das Ziel hinausschießen, genau so wenig, wie wir zu kurz schießen dürfen." Dreißig Jahre später schien es, daß Stalin immer mehr am Ziel vorbeischoß. Trotz aller

[12] Anatole G. Mazour und Herman E. Bateman, „Journal of Modern History", XXIV (März 1952), S. 64.

[13] Vgl. die Rezension in „Slavjane", August 1947, S. 51 f., und allgemein Elizabeth Valkenier, „Soviet Impact on Polish Post-War Historiography, 1946–1950", „Journal of Central European Affairs, Bd. XI (Januar 1952), S. 372–396. V. Korol'nik, J. Miller und M. Misko, „Pol'skaja istoričeskaja nauka na VII Vrotslavskom s'ezde 1948 goda", „Voprosy Istorii", 1949, Nr. 21, S. 108–127; und Roman Werfel, „Konferenz polnischer Historiker", „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie" (Das amtliche Kominformorgan, Bukarest, 6. März 1952). Nach den Worten dieses marxistischen polnischen Historikers erkannten seine Kollegen auf dem Kongreß „die tiefe Schicksalsgemeinschaft, die das polnische Volk in Vergangenheit und Gegenwart auf vielen Gebieten mit den russischen, ukrainischen und belorussischen, den tschechischen und slowakischen Völkern und mit den Völkern des Donaubeckens verbindet". Der richtige Geist wurde in der Monatsschrift „Bolgarskaja Kulturnaja Chronika" (Sofia, Dezember 1951) ausgedrückt, der einen Artikel „Pod sol'ntsem sovetskoj kultury" (Unter der Sonne der Sowjetkultur) so begann: „Die Sowjetkultur ist die ideenreichste, die demokratischste und die humanste in der Welt ... Immer glänzender erleuchtet die Sonne der Sowjetkultur den ganzen Globus. Auch die Kultur der Volksdemokratien entwickelt sich unter ihrem mächtigen Einfluß."

[14] Joseph Stalin, „Marxismus und die nationale und koloniale Frage", übers. von der russ. Ausgabe, vorbereitet vom Marx-Engels-Lenin-Institut (New York: International Publishers, ohne Datum, 1935), S. 167, 168, 301.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

totalitären Kontrolle und der ständig weiter reichenden Säuberungen von „lokalen Nationalisten" hat der großrussische Chauvinismus offensichtlich die Opposition der slawischen und der nichtslawischen Völker, die Moskau untertan sind, erweckt und bestärkt[15].

Der Sowjetpatriotismus — der am häufigsten gebrauchte offizielle Terminus — wurde mehr und mehr slawophil-allrussisch gefärbt. *Iswestija* veröffentlichte am 13. August 1947 einen Vortrag von S. Kowalew über den Nationalstolz der sowjetischen Völker. „In dem Prozeß des sozialistischen Aufbaus in unserem Land", hieß es da, „haben die sowjetischen Völker eine Weltanschauung herausgearbeitet, die nur ihnen eigentümlich ist. Einer der wichtigsten Züge ist der Sowjetpatriotismus, ein Gefühl der tiefsten Liebe für und Hingabe an das sozialistische Vaterland. Eine der wichtigsten Eigentümlichkeiten des Sowjetpatriotismus ist die profunde Erkenntnis von der Überlegenheit des sowjetischen Systems über das bourgeoise und alle anderen Klassensysteme . . . Diese Besonderheit charakterisiert vor allem den Sowjetpatriotismus als einen Patriotismus der höchsten Art . . ." Wie die Slawophilen griff er Peter I. wegen seiner westlichen Reformen und die Westler des 19. Jahrhunderts wegen ihrer „Verehrung des Westens" an. „Groß sind die Leistungen unseres Volkes in der Geschichte. Wiederholt hat es Europa vor der Vernichtung durch die Barbaren gerettet . . . Das großrussische Volk ist, wie die anderen Völker Rußlands, in seinem Kampf für Fortschritt, für die Entfaltung von Wissenschaft, Literatur und Kunst auch in der Vergangenheit niemals von anderen Völkern abhängig gewesen." „Kowalew", so fährt der amtliche Bericht fort, „schwelgte in Einzelheiten über Rußlands unschätzbaren Beitrag zur Zivilisation der Welt in allen Bereichen der Kultur."[16] Am gleichen Tag erklärte die

[15] Die zukünftige nationalistische Tendenz von Lenins Revolution ist von einigen russischen Nationalisten vorhergesehen worden, die 1921 in Prag das Symposion „Smena vech" (Wachablösung) herausgaben. Vgl. besonders Nikolaj Vasil'evič Ustrjalov, „Pod znakom revoljutsii" (Unter dem Zeichen der Revolution), 1. Aufl. (Charbin: Russkaja Zhizn , 1925) 2. vermehrte Aufl. (Charbin: Poligraf, 1927). Ustrjalov schreibt dort in der Einführung, S. V.: „Kein Zweifel, das Vaterland wird wieder aufgebaut und erhebt sich aufs neue." Die Artikel waren zwischen 1921 und 1926 geschrieben worden. Sie sind in zwei Abteilungen geteilt: Natsional'-bol'sevizm, politische Aufsätze, und Russkie dumy, Skizzen zur Philosophie unserer Zeit. Einige Aufsätze sind bemerkenswert für das Studium des russischen Nationalismus im 20. Jahrhundert, besonders „Nationalbolschewismus", S. 47–53 (erstmalig am 18. Sept. 1921 erschienen); „Über das zukünftige Rußland", S. 152–135; „Die Rationalisierung vom Oktober", S. 212 bis 218; „Rußland und Blok's Dichtung", S. 346–356; und „Über das russische Volk", S. 374 bis 395, als Original geschrieben für ein „Vseslavjanskij Sbornik", ein allslawisches Sammelwerk, hrsg. von der Union der Slawischen Komitees in Zagreb zum 1000. Jahrestag des Königreiches Kroatien.

[16] Die Vorlesung von Kovalev wurde für so wichtig gehalten, daß sie von „Soviet Monitor" in englisch veröffentlicht wurde, hrsg. von der Tass-Nachrichtenagentur, London, Nr. 8815, 13. August 1947. Vladimir Jermolov pries die Größe der nationalen russischen Vergangenheit, „Velikij russkij narod" (Das große russische Volk), „Slavjane", 1945, Nr. 10, S. 6–10: „Die Geschichte des russischen Volkes ist die Geschichte der legendären heroischen Taten in den Epen. Die heldenhaften Schlachten des russischen Volkes für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Mutterlandes waren gleichzeitig Schlachten für die Freiheit und Unabhängigkeit

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Prawda in einem Leitartikel: „Seit Jahrhunderten ergingen sich russische Intellektuelle in Servilität und knechtischer Unterwürfigkeit vor allem Ausländischen Jahrhundertelang war ihr Bewußtsein von absurden Vorurteilen vergiftet, die die Führung in Wissenschaft, Technik und Kultur dem Westen zusprachen . . . Dieses schädlichste Überbleibsel aus der Vergangenheit kann noch bei einem bestimmten Teil unserer Intellektuellen gefunden werden. Die bolschewistische Propaganda muß diese Überreste gänzlich zerstören. Unsere Intellektuellen müssen täglich aufs neue erzogen und im sowjetischen Nationalstolz bestärkt werden."

Trotz aller erzieherischen Anstrengungen begingen indessen sowjetische Intellektuelle auch weiterhin die Sünde des „Kosmopolitismus". So schrieb denn L. Knipper einen langen Artikel „Gegen Kosmopolitismus für einen nationalen russischen Stil" (Sowjetskaja Musyka, Sowjetische Musik, Moskau 1951, Nr. 2), worin er fragte: „Ist es möglich, daß russische Musik nicht länger russische Musik ist, weil sie sowjetische Musik wurde? Die russische Nation, die sich in den letzten 33 Jahren in vieler Hinsicht gewandelt hat, hat keineswegs aufgehört, russisch zu sein, indem sie sowjetisch wurde . . . denn es gibt keine reine Kunst ohne nationale Verwurzelung . . . Wir besitzen den Schatz der wahrhaft volkstümlichen Kunst unserer großen russischen Klassiker. Nur wenn wir auf diese großartigen Traditionen zurückgreifen, können wir neue Wege für die Entwicklung des russischen Liedes in der sowjetischen Ära finden . . . In der brüderlichen Familie der Sowjetrepubliken ist die russische Kultur die erste unter Gleichberechtigten. Die nationalen Kulturen nicht nur der Sowjetrepubliken, sondern auch der Volksdemokratien orientieren sich nach der russischen Kultur und gewinnen von ihr ihre Kraft." Im gleichen Sinn sollten Stalins berühmte Direktiven über den Marxismus und die Sprachwissenschaft von 1950 deutlich machen, daß die „internationale" Sprache des Sozialismus russisch sein würde[17]. Ihm folgend hieß es in einem Artikel „Die große Sprache unserer Epoche" in der Literaturnaja Gaseta vom 1. Januar 1950: „Die russische Sprache ist die erste Weltsprache von internationaler Bedeutung, die die Zerstörung des Nationalcharakters durch den Kosmopolitismus scharf ablehnt . . . Keiner ist im vollen und ursprünglichen Sinn des Wortes ge-

anderer Völker." Der Autor bezieht sich weiter auf die Kriege von Alexander Nevskij und Ivan dem Schrecklichen, von 1812 und 1877, und weist darauf hin, daß das russische Volk anderen Völkern niemals Unterdrückung, sondern nur Freiheit brachte. „Das sind die nationalen russischen Traditionen."

[17] Der Kampf gegen den Kosmopolitismus begann mit einem Artikel in der „Pravda" am 28. Jan. 1949, „Ob odnoj antipatrioticheskoj gruppe teatral'nich kritikov" (Über eine antipatriotische Gruppe von Theaterkritikern) und in „Kultura i žizn" vom 30. Jan. 1949, „Na cushdich pozitsiach" (Über ausländische Positionen). Von der Zeit an wurde jeder heftig attackiert, der nicht die einzigartige Originalität und die absolute Priorität alles Russischen verkündete. Die verschiedenen, wichtigen Artikel von Stalin über die Sprachwissenschaften erschienen seit dem 26. Juni 1950 als Beiträge zu einer Diskussion, die am 9. Mai 1950 von der „Pravda" begonnen worden war. „Pravda" schrieb über die Theorien von Nikolaj Jakovlevič Marr (1864–1934), einem Georgier wie Stalin, den Stalin als offiziellen und führenden marxistischen Philologen anerkannt hatte und der jetzt von demselben Stalin gänzlich verworfen wurde.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bildet, der nicht Russisch versteht und die Schöpfungen des russischen Geistes nicht im Original lesen kann."

Selbst der russische Nationalismus der Panslawisten des 19. Jahrhunderts hatte, wenn er im Namen der großrussischen Nation und im Namen Moskaus, des dritten Rom, sprach, niemals derart kompromißlose Ansprüche gestellt. Auch hatten selbst die Rußland freundlich gesinnten Slawen niemals die russischen Führungsansprüche gedeckt. Auf dem panslawistischen Kongreß in Moskau von 1867 riefen viel gemäßigtere Prätentionen starke Opposition bei den tschechischen Sprechern hervor. Jetzt jedoch brachte das Organ der Kommunisten in Prag, Rudé Právo, am 4. März 1952 die lange Rede des Erziehungsministers Václav Kopecký vor einer Lehrerkonferenz, worin er sagte: „Wir wissen, daß der Kosmopolitismus eine der Hauptwaffen in Amerikas ideologischem Kampf ist, der die Bande zum Vaterland und zum Volk zerstört ... Der Fall des abscheulichen Verräters Slánský ... hat gezeigt, wie die bösartigen Agenten des westlichen Imperialismus ... den Kosmopolitismus in seiner trotzkistisch-zionistischen Form anzuwenden suchten. Deshalb müssen wir den Kosmopolitismus energisch ausrotten, dieses ideologische Ungeheuer, das heute in den Dienst der amerikanischen Kriegsbarbarei gestellt wird. Wir wissen auch, daß die westlichen imperialistischen Feinde in ihren Vorbereitungen für einen verbrecherischen Krieg außer dem Kosmopolitismus eine andere ideologische Waffe benutzen, den Nationalismus ... Der Judasverrat der Titoclique in Jugoslawien ... und der Fall Clementis ... beweisen, daß der amerikanische Imperialismus ... auf diese Art die enge Verbindung der Volksdemokratien mit der Sowjetunion zu lösen versucht ... Für die Arbeiter der Welt erhebt sich heute die Frage nach einem gerechten und einem ungerechten Krieg und die Frage des Patriotismus in dem Sinn, daß jedes Vorgehen gegen die Sowjetunion ungerecht ist, aber daß jede Tat der Sowjetunion mit dem Siegel erhabener Gerechtigkeit gestempelt ist, weil ihr Ziel das Wohlergehen der Arbeiter, der ganzen arbeitenden Bevölkerung der Welt, das Wohl aller Völker und der ganzen Menschheit ist ..."[18]

*

Nach 1950 sah sich die kommunistische Dialektik vor der schwierigen Aufgabe, Rußlands nationale Einzigartigkeit und die Verherrlichung seiner Vergangenheit mit der Verdammung des leisesten Hinweises auf die nationale Ursprünglichkeit bei anderen Völkern in Einklang zu bringen. Dies mag die Heftigkeit der Be-

[18] Kopecký betonte besonders die erhabene Liebe aller Arbeiter zur Sowjetunion: „Wo immer sich die Frage erhebt, ob das arbeitende Volk das Land, in dem es lebt, in dem es aber der Klassenausbeutung, wachsendem Elend und der Unterdrückung ausgeliefert ist, vorzieht, oder die Sowjetunion, so wird es sich stets für die Sowjetunion entscheiden, auch wenn es sich dadurch dem größten Terror der kapitalistischen und pseudo-sozialistischen Patrioten aussetzt. Die arbeitenden Massen von Frankreich, Italien und anderen kapitalistischen Ländern haben diese Entscheidung gefällt. Sie erklären, daß sie niemals gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien die Waffen erheben und daß sie die Sowjetarmee als Befreier begrüßen werden, wenn sie dem Aggressor widerstehen sollte. Ja! eines Volkes, das so einen Krieg führt, mit dem Siegel eines heiligen Patriotismus."

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schimpfungen erklären, die, selbst in der kommunistischen Sprache ungewöhnlich, gegen alle die gebraucht wurden, die die neue Linie verletzten und die die Unsicherheit der Sowjetpolitik vermehrten. Für die Westslawen erhob sich die Gefahr einer deutsch-russischen Wiederannäherung, die sie Moskaus Interessen opfern würde. Diese Möglichkeit wurde bereits in Stalins Telegramm vom 13. Oktober 1949 an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl anläßlich der Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik angedeutet: „Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Krieg die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker in Europa die größten Potenzen zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen." In ihrer Antwort anerkannten die beiden deutschen Kommunistenführer im Namen des deutschen Volkes seine historische Schuld, die es durch den Angriff auf die Sowjetunion auf sich genommen habe. So wurde wieder eine positive und eine negative Schicksalsgemeinschaft zwischen beiden Völkern begründet: sie waren 1945 wie 1918 die Hauptopfer des Weltkrieges gewesen, und Deutschland war weder durch den Einmarsch in Prag noch durch die Zerstückelung und Unterjochung Polens (mit Hilfe der Sowjetunion), sondern nur durch seine Aggression vom 22. Juni 1941 schuldig geworden. Die kleinen slawischen Brüder mußten ihre Abhängigkeit von der egozentrischen Politik des älteren Bruders erkennen, mit dem Jugoslawien gebrochen hatte, weil es sich als Kolonie behandelt fühlte und seine kommunistische Partei als Werkzeug für die Ausbeutung des Landes im wirtschaftlichen, militärischen und politischen Interesse Moskaus ausgenutzt wurde. Etwa 1950 wurde der Panslawismus im sowjetischen Bereich kaum noch erwähnt. Moskaus Politik gegenüber Polen und der Tschechoslowakei unterschied sich so wenig von der gegenüber Ungarn oder Rumänien, wie seine Einstellung zur Ukraine von der zu seinen mohammedanischen Nationalitäten abwich.

Im Juni 1951 wurde in Moskau eine „Dekade" der ukrainischen Kunst gefeiert, 15 Jahre nach der „Dekade" von 1936, die die schreckliche, 1929 begonnene Verfolgung der ukrainischen Bauernschaft und Intelligenz beenden sollte. Die jetzige Dekade gipfelte in der Verherrlichung Stalins, des Sowjetpatriotismus und des Rates von Perejaslawl von 1654, der über die Einheit der Ukraine mit Moskau entschieden hatte. Sie fiel mit einem neuen Angriff auf die ukrainischen Schriftsteller und die ukrainische kommunistische Partei wegen „nationalistischer Abweichungen" zusammen. Wolodimir Sosjura, einer der geachtetsten älteren Arbeiterdichter der Ukraine, hatte 1944 ein Gedicht „Liebe die Ukraine" geschrieben, sentimental und patriotisch, wie tausend russische Gedichte zu jener Zeit:

In den Liedern, die wir singen,
In den Sternen, in den Weiden am Ufer
Und im Schlag unseres Herzens ist sie lebendig.
Wie kann man andere Völker lieben,
Wenn man nicht sie liebt, unsere Ukraine.
Ein Nichts sind wir ohne sie, ein Korn, ein Rauch,
Ewig vom Winde getrieben.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In den folgenden sieben Jahren war das Gedicht viele Male in der Ukraine gedruckt, allenthalben gelobt und sogar zweimal ins Russische übersetzt worden. Im Juli 1951 jedoch entdeckte die Prawda „nationalistische Abweichung" darin und griff den Verfasser heftig an. Man klagte das Gedicht an, es habe versäumt, die sozialistische Verwandlung der Ukraine unter der Führung Stalins zu preisen. „Es ist die Pflicht von Sowjetschriftstellern", schrieb die Prawda, „unversöhnlich gegen alle Formen von Nationalismus zu kämpfen ... und in ihren Werken die heroischen Taten unseres großen Vaterlandes, das den Kommunismus aufbaute, zu besingen." Prawda sagte nicht, wie der unversöhnliche Kampf gegen alle Formen des Nationalismus mit der Glorifizierung des großen und einmaligen russischen Volkes und seiner Vergangenheit zu vereinbaren sei. Ihr Artikel eröffnete eine Serie von Angriffen auf den „ukrainischen Nationalismus"[19]. Ein ukrainischer Literaturkritiker, Leonid Nowitschenko, faßte die Anklagen gegen Sosjura dahingehend zusammen, „er hat sich nicht von den Einflüssen der feindlichen bourgeoisen nationalistischen Ideologie befreit, die sich in dem korrupten Gedicht ‚Liebe die Ukraine' spiegelt ... Er stellt die Ukraine dar, als stände sie allein da ... ohne Verbindung mit dem großrussischen Volk und den anderen Völkern der Sowjetunion. Er will nicht sehen, daß an der Schlacht zur Befreiung der Ukraine die Söhne aller Völker der Sowjetunion und in erster Linie die Söhne von Großrußland teilgenommen haben; roh und beleidigend schweigt er über sie ... Während er eine gewisse Besonderheit der ukrainischen Sprache rühmt, hielt er es nicht einmal für nötig, die russische Sprache zu erwähnen, die für jeden Ukrainer ebenso eine eingeborene Sprache ist wie das Ukrainische selbst."[20]

Der letzte Satz ist aufschlußreich für die neue Richtung. Als Professor Alexander Wladimirovitsch Palladin, Präsident der ukrainischen Akademie der Wissenschaften und ukrainischer Vertreter in dem sowjetischen panslawistischen Komitee, 1947 vom internationalen Kongreß für Physiologie in England zurückkehrte, berichtete er in der Literaturnaja Gaseta, wie er einen nationalistischen Triumph davontrug. Obwohl er gut Französisch und Englisch sprach, weigerte er sich, eine dieser offiziellen Sprachen zu benutzen. „Wir lehnten alle Argumente mit Bestimmtheit ab und sagten, daß wir solch eine demütigende Behandlung der sowjetischen Wissenschaft und der russischen Sprache nicht akzeptieren könnten.

[19] „Protiv ideologičeskich izvraščenij v literature" (Gegen ideologische Entstellungen in der Literatur), „Pravda", 2. Juli 1951, und „Op opere Bogdan Chmelnitskij" (Über die Oper Bogdan Chmelnicky), ibid. 20. Juli 1951. Am 10. Juli druckte die „Pravda" eine Apologie von Sosjura: „Ich halte (Ihre) Kritik für vollkommen berechtigt. Ich habe erkannt, daß die Sowjetukraine, losgelöst von dem machtvollen Wachstum unseres aus so vielen Nationalitäten bestehenden Staates, undenkbar ist; denn die Ukraine gewann ihr Glück dank der brüderlichen Hilfe des großrussischen Volkes und der anderen Völker unseres Mutterlandes."

[20] In „Pravda Ukrainy", 15. Juli 1951. Das gleiche Blatt berichtete am 22. Juli, die Ukrainische Gesellschaft für die Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse beklage sich, daß „zu wenig Vorlesungen über die ewige Freundschaft des russischen mit dem ukrainischen Volk und über den Kampf gegen den ukrainischen bourgeoisen Nationalismus und Kosmopolitismus gehalten werden".

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese, sagten wir, war die Sprache einer großen siegreichen Nation und der Nation, die die größte und fortschrittlichste Form des Staates in der Welt geschaffen hatte, und diese Sprache muß ihren legitimen Platz in der Arbeit des Kongresses erhalten. Wir kamen auf unsere Rechnung. Wir verlasen unsere Referate in unserer eigenen Sprache." Was an dieser Feststellung frappiert, ist nicht nur der nationalistische Hochmut und die Intransigenz, die auf einer internationalen wissenschaftlichen Zusammenkunft zur Schau getragen wird, sondern die Tatsache, daß der Präsident der ukrainischen Akademie der Wissenschaften ein anerkannter Nationalist, kein ukrainischer, sondern ein russischer Nationalist ist, der Russisch für „unsere" Sprache hält[21].

Eine ähnliche Umwertung ihrer Geschichte und Kultur wurde den nichtslawischen Sowjetvölkern von Moskau aufgezwungen. Erst kürzlich noch waren Schamyl, der berühmte Führer im Abhängigkeitskampf des Nordkaukasus von 1834 bis 1859, und Kenesary Kasymow, der den kasachischen Aufstand gegen die russische Eroberung von 1837 bis 1846 geführt hatte, als Helden der Freiheit verehrt worden. Die sowjetrussischen Historiker stimmten mit der neuen kasachischen und daghestanischen kommunistischen Intelligenz im Lob des „antikolonialen" und „progressiven" Charakters dieser Unabhängigkeitskriege überein. 1950 jedoch fand man heraus, daß jene Nationalhelden keine Befreier waren; „objektiv kommt Rußland die Rolle als Befreier der kaukasischen Völker von der grausamen und willkürlichen Tyrannei der iranischen und türkischen Banditen zu". Es war nur natürlich, daß die neue Sowjetwissenschaft plötzlich entdeckte, „die Sehnsucht des fortschrittlichen Volkes im Kaukasus nach einer Union mit Rußland spiegelte die Gefühle der breiten Masse", und daß „Schamyl gezwungen war, den hartnäckigen Widerstand des Volkes zu brechen, der sich in der Sympathie mit Rußland, dem Erlöser der Daghestanen von den östlichen Scheusalen, ausdrückte"[22].

Keine geringere Instanz als das „Präsidium" der Akademie der Wissenschaften der UdSSR nahm im November 1950 eine Resolution an, in der führende russische

---

[21] Vgl. den Bericht im „Manchester Guardian" von Alexander Werth aus Moskau, 26. Okt. 1947.

[22] Vgl. Solomon M. Schwarz, „Revising the History of Russian Colonialism", „Foreign Affairs", April 1952, S. 488–493; Mark Alexander, „Tensions in Soviet Central Asia", „The Twentieth Century", Sept. 1951, S. 192–200; und besonders M. H. Ertuerk, „Was geht in Turkestan vor?", „Ost-Probleme", 1950, S. 1010–1016.

[23] „Ob antimarksistskoj otsenke dviženija mjuridizma i Šamilja v trudach naučnych sotrudnikov Akademii" (Über die antimarxistische Bewertung des Mjuridismus und Šamils in den Werken der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Akademie), „Vestnik Akademii Nauk SSSR" Nr. 11, Nov. 1950; E. Adamov und L. Kutakov, „Iz istorii proiskov inostrannoj agentury vo vremja kavkaskich vojn" (Aus der Geschichte der Intrigen ausländischer Agenten zur Zeit der kaukasischen Kriege), „Voprosy Istorii, Nr. 11, Nov. 1950. Am schärfsten wurde das Buch von R. Magomedov kritisiert, „Bor'ba gortsev za nezavisimost' pod rukovodstvom Šamilja" (Der Kampf der Bergbewohner um die Unabhängigkeit unter Šamils Führung) (Machach-Kala: Daghestanische Abteilung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, 1939). Der Verfasser wurde besonders für die „erschreckende Behauptung" getadelt, dieser Unabhängigkeitskrieg sei ein Teil der internationalen revolutionären Bewegung gewesen.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Historiker, unter ihnen das Akademiemitglied Anna Michajlowna Pankratowa, beschuldigt wurden, sie hätten den „Befreiungskrieg" des kaukasischen Gebirgsvolkes unter Schamyls Führung idealisiert und falsch dargestellt[23]. Darin sah man ein Überbleibsel der „unmarxistischen" Schule von Pokrowskij, der die Bedeutung des Schwarzen Meeres und des Kaukasus für die Sicherheit des (zaristischen) Rußland nicht erkannt hatte. Diese Unabhängigkeitsbewegungen der mohammedanischen Völker gegen die russische Kontrolle waren nicht fortschrittlich, denn sie arbeiteten angeblich in die Hände des Panturanismus und des britischen Imperialismus, der düsteren Feinde der Menschheit.

Zu Anfang der sowjetischen Herrschaft war die neue kommunistische Intelligentsia bei den Nichtrussen ermutigt worden, die Vergangenheit und besonders die Volkslieder und Epen ihres Volkes zu erforschen[24]. Aber während man die Russen nach 1934 ermahnte, stolz zu sein auf die einzigartige Schönheit des „Liedes von der Heerfahrt Igors" und der Bylinen, wurden die Epen anderer Völker nach 1949 als reaktionär entlarvt[25]. Auch die Historiker der mohammedanischen Völker, die auf den Einfluß der arabischen, iranischen und türkischen Zivilisationen hinwiesen, wurden als „Kosmopoliten" angeklagt. Nach der neuen Theorie hatten sich die Uzbeken und Kasachen, die Tadshiken und Turkmenen bis zum 19. Jahrhundert unabhängig entwickelt, bis sie dann unter den segensreichen Einfluß zwar nicht des russischen Zaren, so doch unter den des russischen Volkes und der russischen Kultur kamen. Die kasakischen kommunistischen Historiker, die den Kampf ihres Volkes um Unabhängigkeit von Rußland als eine Schule für die politische Erziehung der Massen angesehen hatten, wurden streng getadelt, weil „sie versäumten, die tiefe progressive Bedeutung der Einheit von Kasakstan mit Rußland zu erkennen . . . Die Tätigkeit der Kasymous (die Führer der Unabhängigkeitsbewegung), die die Union verhindern wollten, stand in scharfem Gegensatz zu den Wünschen des fortschrittlichen Teils der kasachischen Gesellschaft."[26]

*

In 150 Jahren war der Panslawismus einen langen und qualvollen Weg von Herder bis Stalin gegangen. Im Jahr 1800 bot die slawische, von den Großrussen getrennte Welt den Anblick von Unterworfensein und vielfältiger Zersplitterung. 1950 war sie, außer den Jugoslawen, unter der Kontrolle des großrussischen Volkes vereint. 1800 waren ihre Literatur und ihre kulturelle Tätigkeit mit der Ausnahme Polens noch unentwickelt. 1900 hatten diese begabten Völker Europa große kulturelle Werke geschenkt, unter denen der russische Roman und die russische Dich-

[24] Die verschiedenen Staatsverlage und Akademien der Wissenschaften der nationalen Republiken hatten derartige Epen und Heldenlieder herausgegeben und verherrlicht; so Alpamysch (uzbekisch), Dede-Korkut (Azerbajdshan), Korkut-Ata (Turkmenistan) und Gesser Khan (Burjat-Mongolei).

[25] Vgl. „Ob epose Alpamyš" (Über das Epos A.) „Literaturnaja Gazeta", 14. Februar 1952; und „O reaktsionnoj suščestnosti eposa Gesser Khan" (Über die reaktionäre Natur des Epos G. K.), „Kulturna i Žizn'", 11. Januar 1951.

[26] „Za marksistko-leninskoe osveščenie voprosy istorii Kazachstana" (Für die marxistisch-leninistische Aufklärung der Fragen der Geschichte von K.), „Pravda", 26. Dezember 1950.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tung an erster Stelle rangierten. 1950 litt ihr kulturelles Leben an der Einschränkung in die Zwangsjacke enger Gleichförmigkeit. Das Wort Panslawismus war 1826 zum erstenmal gebraucht worden. Wie ähnliche Worte — Nationalismus, Sozialismus usw. — verdankte es seinen Ursprung und seine Verbreitung dem frühen 19. Jahrhundert. Aber bis jetzt ist das panslawistische Programm der Vereinigung aller Slawen zu einem machtvollen Ganzen, das die politischen und kulturellen Schicksale der Menschheit bestimmt, der Verwirklichung niemals nahegekommen, außer in der kurzen Zeitspanne von 1945 bis 1948, als es zum erstenmal in der Geschichte Teil der offiziellen Ideologie einer mächtigen Regierung wurde. Sonst scheiterten die panslawistischen Aspirationen an den nationalen Verschiedenheiten der einzelnen slawischen Völker, ihren divergierenden Traditionen und Interessen. Die nur ungenau umrissene Bewegung erweckte Hoffnungen bei den einen, Befürchtungen bei den anderen, sie war politisch, wirtschaftlich oder kulturell kaum eine wirksame Kraft.

Die Zukunft des Panslawismus ist ungewiß. 1930 schien er tot zu sein. Der zweite Weltkrieg brachte eine unerwartete Wiederbelebung von nie dagewesener Breite und Intensität. Es bestand einige Hoffnung auf einen auf der Gleichberechtigung und der freien Entwicklung der verschiedenen slawischen Völker basierenden Panslawismus: Dr. Beneš und Jan Masaryk glaubten anscheinend an diese Möglichkeit. Was entstand, war ein Panrussismus von der Art, wie er von den extremen Panslawisten des 19. Jahrhunderts gepredigt, aber niemals von der russischen Regierung akzeptiert und immer von liberalen und humanitären Strömungen bei den Russen selbst und vom Nationalismus der Ukrainer und Polen, Tschechen und Serben bekämpft worden war. Jetzt jedoch wurde der exklusiven und allumfassenden Staatsreligion der Sowjetunion eine neue Dimension hinzugefügt. Vor dem zweiten Weltkrieg mußten die Sowjetbürger die Partei von Lenin und Stalin und den großen Stalin selbst verehren. Nach dem Kriege wurde von allen „jüngeren" Brüdern eine knechtische Ehrerbietigkeit vor dem „großen" russischen Volk erzwungen. Alle Nichtslawen mußten zu dieser Kategorie der „jüngeren" Brüder gehören. In dieser Hinsicht wurde der panslawistische Rahmen erweitert. Alle Völker des Sowjetreiches, ob weiß oder farbig, Slawe oder Türke, Christ oder Mohammedaner, müssen dem russischen Volk und sogar der russischen Vergangenheit ihre tiefe Achtung beweisen.

Doch es gibt Anzeichen — im Titoismus, in den immer wiederholten offiziellen Beschuldigungen Moskaus gegen polnische und ukrainische, uzbekische und kaukasische Schriftsteller und Historiker —, daß die nichtrussischen Völker, Slawen wie Nichtslawen, es nicht sonderlich schätzen, ständig an die tiefe Dankbarkeit erinnert zu werden, die sie dem „großrussischen Volk" schulden, an die unveränderliche Abhängigkeit von der Führung des russischen Volkes. Es ist nicht unmöglich, daß diese erzwungene Konformität und Loyalität sich als schwächender Faktor in dem großen Moskauer Reich erweisen und helfen könnte, dort eines Tages die Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Vielfalt zu restaurieren, auf denen die panslawistische Bewegung 1848 bestand.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

HANS MEIER-WELCKER

DER ENTSCHLUSS ZUM ANHALTEN DER DEUTSCHEN PANZERTRUPPEN IN FLANDERN 1940[1]

Die deutsche Heeresmitte hatte im Angriff seit dem 10. Mai 1940 die französische Front bei Sedan durchbrochen und mit Panzerkräften im Stoß nach Westen am 20. 5. abends Abbeville erreicht. In den folgenden Tagen gewannen deutsche Panzerverbände den Küstenabschnitt von der Sommemündung bis Boulogne und drehten nach Norden und Nordosten ein. Gegen die rechte Flanke dieser dem Armeeoberkommando 4 (A.O.K. 4) unterstellten Kräfte führten Engländer und Franzosen am 21. 5. nachmittags bei Arras stärkere Panzerangriffe. Indessen kamen die deutschen Infanteriedivisionen in langen Märschen heran und lösten, von Osten her beginnend, an den folgenden Tagen in den beiden tiefen Flanken der Armee die dort zur Sicherung eingesetzten Panzer- und motorisierten Verbände ab, so daß zunehmend schnelle Verbände für die Aufgaben in Flandern frei wurden. In der Südflanke von St. Quentin bis zum Meer waren Brückenköpfe über die Somme bei Péronne, Amiens und Abbeville gebildet worden, in die allmählich Infanteriedivisionen einrückten.

Am 23. 5. gewann die Gruppe Hoth mit dem linken Flügel die Gegend südwestlich Béthune—Lillers—Aire. Links davon überschritt die Gruppe v. Kleist den Kanal südostwärts St. Omer, kam mit vordersten Teilen auf 8 km an Calais heran und kämpfte in Boulogne. Im Süden unternahmen die Franzosen erstmalig einen Angriff gegen den Brückenkopf von Amiens.

Für die Operationsführung der Heeresgruppe A war zu dieser Zeit der in der Nacht vom 22./23. 5. ergangene Heeresbefehl maßgebend, der „die Vollendung der Einschließung des Feindes in Nordbelgien und -frankreich" anstrebte. „Der Heeresgruppe A fällt dabei die Aufgabe zu, die Einkesselung von Süden her (Valenciennes-Arras) zu verengen, mit den schnellen Kräften über die Linie Béthune—St. Omer—Calais gegen die Linie Armentières-Ypern-Ostende einzu-

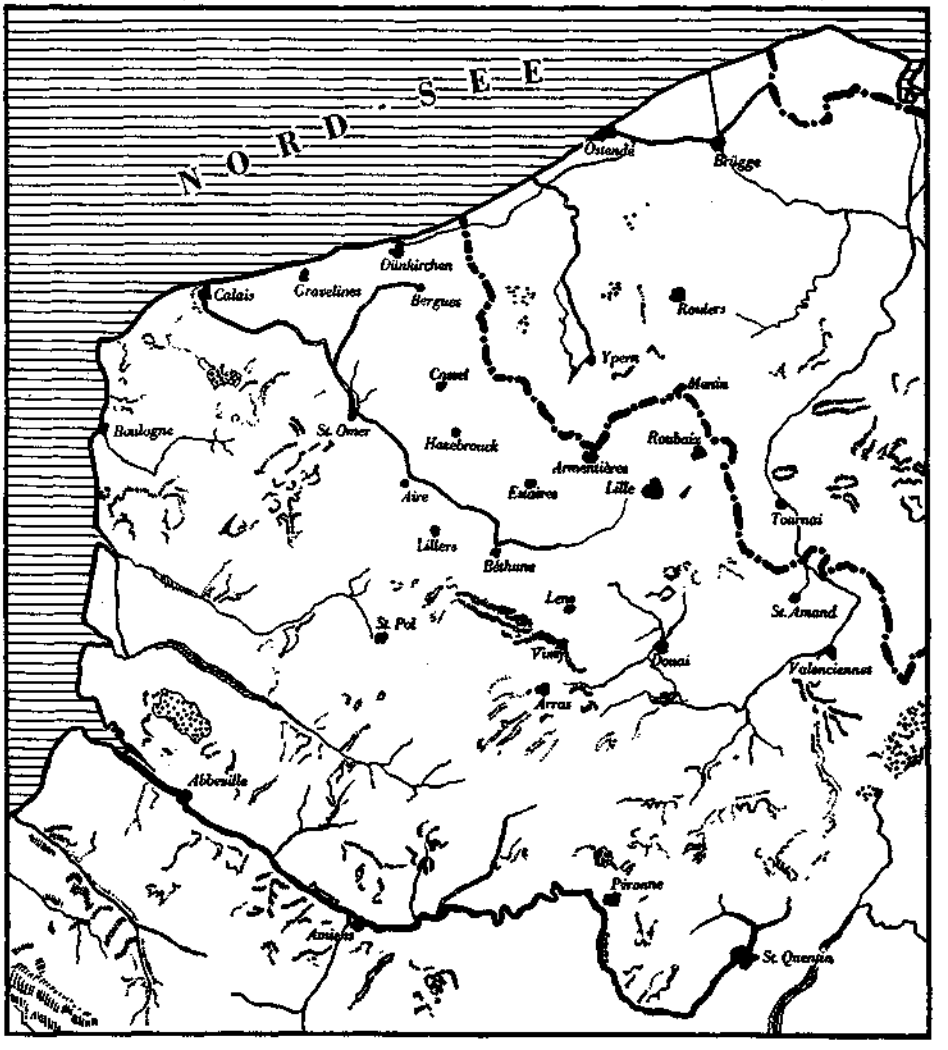
[1] Nachdem schon Winston S. Churchill in The second World War, Vol. II, S. 69 f., einige von den deutschen Erinnerungsbüchern und der allgemeinen Meinung abweichende Angaben über die Vorgänge um Dünkirchen 1940 gemacht hatte, erschließt das im Januar 1954 erschienene amtliche englische Werk, bearbeitet von Major L. F. Ellis (The War in France and Flanders 1939–1940, London 1953, hier kurz unter Ellis zitiert), wesentliche deutsche Quellen. Es ist deshalb an der Zeit, unter Hinzunahme der wenigen noch in Deutschland vorhandenen Quellen und nach Befragen der wichtigsten Zeugen die Entstehung des Entschlusses zum Anhalten der Panzerkräfte zu untersuchen und hiermit zugleich zu der englischen Veröffentlichung Stellung zu nehmen.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schwenken und die Höhenstufe Lens-St. Omer möglichst bald mit infanteristischen Kräften in die Hand zu nehmen."[2] Für die Angriffsaufgabe nach Norden standen zwischen Béthune und der Küste zunächst nur drei Panzer- und zwei motorisierte Divisionen in der Front zur Verfügung. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A, Generaloberst von Rundstedt, „hat das Vorstoßen einzelner Panzerspitzen damals stets mit Sorge beobachtet und war ständig bestrebt, die Panzerverbände immer



wieder in sich aufschließen zu lassen, bevor sie weiter angriffen"[3]. Es waren daher,

[2] Nach dem Kriegstagebuch (K.T.B.) der Heeresgruppe A vom 23. 5., angef. bei Ellis, S. 397.

[3] Mitteilung des Chefs des Generalstabes der Heeresgruppe A, General d. Inf. a. D. Georg v. Sodenstern, vom 1. 5. 1954 an den Verfasser.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie auch schon vom Oberkommando der Wehrmacht (O.K.W.) — so am 17. 5. — befohlen, wiederholt kurze Halte zum Aufschließen angeordnet worden. Der Chef des Generalstabes des Heeres vermerkt deshalb am 22. 5. in seinem Tagebuch: „HGr. A hat die gestern von uns in Richtung Calais befohlene Panzerbewegung vorübergehend angehalten in der Linie St. Pol—Etaples und will sie erst wieder loslassen, wenn die Lage bei Arras geklärt."[4] Weiter heißt es an dieser Stelle in einer kurzen Lagebeurteilung: „Panzer müssen westlich Arras wieder losgelassen werden, sobald Lage Arras gefestigt. Alles kommt darauf an, rasch mit Inf. nach Arras und westl. vorzukommen."

Das Oberkommando des Heeres (O.K.H.) drängte auf rasche Bewegungen und kühne Führung. Am 23. 5. morgens vermerkt Halder kritisch: „Aus den Erfahrungen der letzten Tage ergibt sich, daß HGr. A in der Führung der großen Masse von 71 Divn. doch erhebliche Schwierigkeiten findet. Ob sie mit ihrem Stab beweglich und rührig genug ist, erscheint mir fraglich[5]". Bezeichnend ist auch die Tagebuchnotiz von 17^{30} Uhr des gleichen Tages: „v. Gyldenfeldt bringt die Besorgnisse Kleist zum Ausdruck. Er fühlt sich der Aufgabe nicht voll gewachsen, solange Krisis Arras nicht bereinigt. Ausfälle der Panzer bis zu 50%. Ich weise darauf hin, daß Krisis in 48 Stunden überwunden sein wird. Ich kenne die Größe der gestellten Aufgabe. Durchhalten muß verlangt werden. An der Somme keine Gefahr."[6]

Etwa zur gleichen Zeit (23. 5. 16^{40} Uhr) gab der Oberbefehlshaber der 4. Armee, Generaloberst v. Kluge, dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe am Fernsprecher eine Lageschilderung, die in die Frage überging: „Für morgen ist zu entscheiden, ob es nördlich Arras weitergehen soll oder ostwärts Arras. Die Truppe würde es begrüßen, wenn morgen mehr aufgeschlossen würde, so daß er, der O.B., für morgen also vorschlage, Arras zu bereinigen, die mot. Verbände aufschließen zu lassen . . . Mit diesem Vorschlag erklärt sich Generaloberst v. Rundstedt einverstanden. Es soll also der rechte Flügel und die Mitte vorgetrieben, im übrigen aufgeschlossen, Inf.Divisionen vorgeschoben werden . . .[7]" Gegen 18 Uhr gab das Heeresgruppenkommando A in diesem Sinne eine Weisung an das A.O.K. 4[8].

---

[4] Halder-Tagebuch vom 22. 5. 1940. Siehe auch das K.T.B. der Heeresgruppe A vom 22. 5. 1940, wo es heißt: „. . . O. B. Heeresgruppe entscheidet, erst die Lage bei Arras zu bereinigen und dann erst mit Gruppe von Kleist auf Calais-Boulogne vorzustoßen". Angef. bei Ellis, S. 383.

[5] Ebenda 23. 5. 1940.

[6] Ebenda 23. 5. 1940. Obstlt. v. Gyldenfeldt war Verb.Offz. des O.K.H. bei der Panzergruppe v. Kleist. — Die Panzerausfälle waren tatsächlich viel geringer. In einer Mitteilung von Generallt. a. D. v. Gyldenfeldt vom 25. 5. 54 an den Verf. heißt es: Die Zahlen wurden bei der Panzergruppe tatsächlich als zutreffend angesehen, wobei wohl übersehen wurde, daß ein großer Teil der Panzer nach kurzer Zeit nach erfolgter Instandsetzung wieder zur Truppe floß, eine Tatsache, für die damals vielleicht noch nicht genügend Erfahrungen vorlagen."

[7] K.T.B. der 4. Armee vom 23. 5. 1940, angef. bei Ellis, S. 398.

[8] Ebenda.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kluge unterrichtete um 18[10] Uhr persönlich am Fernsprecher den Chef des Generalstabes der Gruppe Hoth, daß die 4. Armee am 24. 5. im wesentlichen stehenbleiben werde, „auch nach Weisung des Generaloberst v. Rundstedt". Die Weisung lautete weiter: „Es muß morgen aufgeschlossen und Ordnung geschaffen, die gegenwärtige Linie unbedingt gehalten werden . . .[9]" Um 22[65] Uhr orientierte Kluge ebenfalls persönlich den Chef des Generalstabes der Gruppe v. Kleist: „. . . Im großen soll Gruppe Hoth morgen halten, Gruppe v. Kleist auch halten, dabei die Lage klären und aufschließen."[10]

In diesen Äußerungen zur Lage und Weisungen für den 24. 5. tritt nicht die Befürchtung einer ernsten Flankenbedrohung für die 4. Armee hervor. „Die Truppe würde es begrüßen", aufschließen zu können, wie der O.B. der 4. Armee sich ausdrückte, heißt, daß „die Truppe", in diesem Falle die taktische Führung, eine Atempause und das Ordnen und Aufschließen der Verbände zur Erhöhung der Angriffskraft begrüßen würde. Diese Maßnahme sollte also der Fortführung der befohlenen operativen Aufgabe dienen. Daß „die Truppe" das Aufschließen tatsächlich „begrüßt" hat, ist nach den Kriegstagebüchern nicht anzunehmen. Beim XXXXI. Korps in der Gruppe v. Kleist waren die beiden Panzerdivisionen (6. u. 8.) in den am 23. 5. vormittags gewonnenen Kanalbrückenköpfen zum Angriff nach Osten bereitgestellt worden. Das für den Nachmittag vorgesehene Vorgehen unterblieb jedoch auf Befehl der Gruppe v. Kleist wegen der nicht gesicherten Lage bei Boulogne sur Mer und Calais. Dabei vermerkt das Tagebuch des XXXXI. A.K. unter dem 23. 5.: „Es besteht für das Gen.Kdo. kein Zweifel darüber, daß das Korps auch im weiteren Vorgehen nach Osten ebenso erfolgreich sein wird wie bisher, wenn es den Feind scharf anpackt und mit dem gleichen Schwung angreift, wie in den vergangenen Tagen . . . Der Kommand. General und der Chef des Genst. des Korps machen die Gruppe v. Kleist nachdrücklichst darauf aufmerksam, daß ein längeres Verbleiben des Korps in den derzeitigen Stellungen nur dem Gegner zugute kommt."[11] Im K.T.B. der 6. Panzerdivision, die Brückenköpfe bei St. Omer gewonnen hatte, heißt es für die Zeit um 22 Uhr des 23. 5.: „Eine begreifliche Enttäuschung ruft . . . eine fernmündliche Orientierung durch den Chef des Stabes des XXXXI. A.K. hervor, wonach die Div. voraussichtlich erst am 25. 5. den Angriff nach Osten fortsetzen soll. Im Gegensatz zu den bisherigen Kampfhandlungen ist das von operativen Gesichtspunkten diktierte Tempo des Vorgehens langsamer geworden, als es die taktischen Verhältnisse zugelassen hätten. Die Div.

[9] Nach Ellis, S. 138, wo aber die Weisung nicht belegt ist.

[10] K.T.B. der 4. Armee vom 23. 5. 1940, angef. bei Ellis, S. 385.

[11] Der Komm. Gen. des XXXXI. A.K. berichtet dazu aus der Erinnerung: „Wir selbst haben niemals bei unserem Run Angst gehabt, fühlten uns so überlegen – auch in unserer Beweglichkeit –, daß wir uns befähigt fühlten, alles leisten zu können, noch dazu in dem Bewußtsein, daß ja hinter uns eine große Anzahl von Inf.Divisionen folgte." Mitteilung des Generaloberst a. D. Reinhardt vom 2. 5. 1954 an den Verf. – Das K.T.B. des XXXXI. A.K. wurde auf Grund der täglichen Aufzeichnungen erst unmittelbar nach der ersten Operationsphase fertiggestellt.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hätte am 24. 5. mit Hellwerden mit voller Kraft gegen einen unterlegenen Gegner aus dem gewonnenen Brückenkopf heraus nach Osten angreifen können."[12]

Beim Heeresgruppenkommando A und A.O.K. 4 hatte man gewiß die Gefahr für die Südflanke im Auge und mußte mit dem Zusammenwirken zwischen den getrennten feindlichen Streitkräften rechnen, wie es tatsächlich zu dieser Zeit nach den Befehlen von General Weygand noch angestrebt wurde[13]. Auch waren Calais und Boulogne, wo weitere britische Kräfte gelandet worden waren, noch nicht genommen. Es liegen aber keine Anzeichen dafür vor, daß der Vorschlag von Kluge zum Anhalten für ein Aufschließen und die Zustimmung Rundstedts am Spätnachmittag des 23. 5. ein dauerndes Anhalten der Panzerkräfte der 4. Armee (Gruppen Hoth und v. Kleist) entgegen dem Befehl des O.K.H. angestrebt hätten[14]. Bei den einwandfreien Nachrichtenverbindungen zur obersten Führung konnte eine Entscheidung von solcher Tragweite an dieser Stelle auch gar nicht getroffen werden. Die Klarstellung dieses Vorgangs ist von wesentlicher Bedeutung für die Beurteilung dessen, was sich am 24. 5. im Hauptquartier der Heeresgruppe A ereignete.

Hitler suchte am Vormittag dieses Tages das Heeresgruppenkommando A auf. Darüber heißt es im Tagebuch Jodls unter dem 24. 5.: „Führer fliegt mit mir und Schmundt z. H.Gr. A nach Charleville. Ist sehr erfreut über die Maßnahmen der H.Gr., die sich ganz mit seinen Gedanken decken."[15] Von den „Gedanken" Hitlers ist in Jodls Tagebuch vorher nichts gesagt. Was Hitler wollte, geht aber aus dem K.T.B. der Heeresgruppe A unter dem 24. 5. hervor: „Um 11^{30} Uhr trifft der Führer ein und läßt sich durch O.B. der Heeresgruppe über die Lage unterrichten. Der Auffassung, daß ostw. Arras von der Infanterie angegriffen werden müsse, die schnellen Truppen dagegen an der erreichten Linie Lens—Béthune—Aire—St. Omer—Gravelines angehalten werden können, um den von Heeresgruppe B gedrängten Feind ‚aufzufangen', stimmt er voll und ganz zu. Er unterstreicht sie durch die Betonung, daß es überhaupt notwendig sei, die Panzerkräfte für die kommenden Operationen zu schonen, und daß eine weitere Einengung des Einschließungsraumes nur eine höchst unerwünschte Einschränkung der Tätigkeit der Luftwaffe zur Folge haben würde."[16] Hitler traf mit seinen

---

[12] 6. Pz.Div. Kriegstagebuch Nr. 2, S. 36. Auch das K.T.B. der 6. Pz.Div. wurde in der vorliegenden Fassung erst in der Operationspause vom 30. 5. bis 3. 6. bearbeitet.

[13] „. . . Rundstedt hatte eine sehr hohe und berechtigte Meinung von der französischen Führung. Er konnte nicht recht glauben, daß die Franzosen diese lange und dünne Flanke nicht zu einem Vorstoß nach Norden ausnützten." Mitteilung von General a. D. Blumentritt, seinerzeit Ia der Heeresgruppe, vom 4. 3. 1954 an den Verf.

[14] Ellis, S. 138f., geht zu weit damit, daß er die Quellen dahin interpretiert, Rundstedt habe schon mit seiner Weisung vom 23. 5. am Spätnachmittag den Angriff der Panzerkräfte nach Nordosten anhalten wollen. Hierzu schreibt auch General a. D. v. Sodenstern in einer Mitteilung an den Verf. vom 1. 3. 1954: „Sicher scheint mir, daß der Heeresgruppenbefehl v. 23. 5. nicht ein ‚Anhalte'-, sondern nur ein ‚Aufschließungsbefehl' war."

[15] IMT, Bd. XXVIII, S. 433 (Dok. 1809–PS).

[16] Angef. bei Ellis, S. 383.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gedankengängen in Charleville auf die bei der Heeresgruppe entwickelte Auffassung, daß die Panzer- und motorisierten Kräfte an der erreichten Linie angehalten werden könnten, um die von der Heeresgruppe B auf den Raum nordwestlich Valenciennes, um Lille und Brügge zurückgedrängten französischen, englischen und belgischen Kräfte „aufzufangen".[17]

Indem Hitler diese seiner Absicht entgegenkommende Auffassung guthieß, setzte er sich in Gegensatz zu der Heeresführung durch Brauchitsch und den Chef des Generalstabes des Heeres, die beide von den Gedanken Hitlers noch nichts wußten. Der Gegensatz wurde verschärft dadurch, daß Hitler in Charleville zu seiner Überraschung erfuhr, daß nach Brauchitschs Befehl vom 23. 5. abends die Trennungslinie zwischen den Heeresgruppen B und A so verlegt werden sollte, daß die 4. Armee und mehrere rückwärts folgende Divisionen der Heeresgruppe B unterstellt wurden. Der Befehl sollte am 24. 5. um 20^{00} Uhr in Kraft treten. Für Rundstedt bedeutete diese Maßnahme, daß er zur Führung der Schlacht in Flandern beim Besuch Hitlers nur noch seine Ansicht äußern konnte, aber nicht mehr einen eigenen Führungswillen zum Ausdruck zu bringen hatte. In Jodls Tagebuch heißt es zur Verlegung der Trennungslinie: „Führer ist sehr unwillig und hält diese Regelung nicht nur militärisch, sondern auch psychologisch für falsch. Ob. d. H. wird bestellt und Verlegung der Trennungslinie rückgängig gemacht. Neue Vertrauenskrise, zumal Generalfeldm. (Göring) vorher noch mitteilt, daß ein Befehl des O.K.H. die H.Gr. B in keiner Weise antreibt, sondern ihr sogar die Aufforderung gibt, entbehrliche Reserven zur Verfügung zu stellen."[18]

Brauchitschs Absicht bei der Verlegung der Trennungslinie war, die Führung bei der Einkreisung der feindlichen Nordgruppe in eine Hand zu legen, eine Maßnahme, mit der Halder nicht einverstanden war, da er darin — neben anderen Nachteilen — „ein Ausweichen vor der Verantwortung" sah. Er wollte die Einheitlichkeit der Führung durch das O.K.H. gewährleistet haben[19]. Wie der Chef des Generalstabes des Heeres zur gleichen Zeit dachte, als die Aussprache zwischen Hitler und Rundstedt in Charleville im Gange war, zeigt die Entsendung eines Generals des O.K.H., über die Halder in seinem Tagebuch unter dem 24. 5. vermerkt: „$11.^{00}$ Gen. Mieth. Zur 4. Armee mit folgenden Gedanken: a) Klärung der Lage bei Béthune. Wenn Höhenblock fest in unserer Hand, soll weiteres Vortreiben der Panzer über die Linie Estaires—Cassel auf Ypern erwogen werden, um dem von 6. Armee über die Lys in Richtung Roulers vorgetriebenen Keil die Hand zu geben."[20]

Dagegen gab die Heeresgruppe A, nachdem Hitler sie verlassen hatte, am Nach-

[17] Gen. a. D. v. Sodenstern bemerkt hierzu in einer im Sommer 1945 angefertigten privaten Niederschrift: „Adolf Hitler . . . entschloß sich am 24. 5. vormittags während eines persönlichen Besuches im Hauptquartier einer Heeresgruppe der dort um diese Zeit noch vertretenen Auffassung an, man könne die motorisierten Kräfte in der erreichten Linie Lens—Béthune—Aire—St. Omer—Gravelines anhalten, um dort den von der nördlichen Heeresgruppe gedrängten Feind ‚aufzufangen'". Mitteilung an den Verf. vom 1. 5. 1954.

[18] Siehe Anm. 15.

[19] Halder-Tagebuch vom 23. 5.

[20] Ebenda 24. 5.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mittag des 24. 5. die Weisung heraus: „Auf Befehl des Führers . . . ist nordwestlich Arras die allgemeine Linie Lens–Béthune–Aire–St. Omer–Gravelines (Kanallinie) nicht zu überschreiten . . .“ Die Panzerdivisionen sollten an den Kanal heran aufschließen und den Tag, soweit angängig, für Reparaturen und Wartung benutzen.[21] Bei Halder heißt es am Abend des Tages in seinen Aufzeichnungen: „20.00 ObdH kommt vom O.K.W. Anscheinend wieder recht unerfreuliche Aussprache mit Führer. 20.20 Befehl, welcher den gestrigen Befehl aufhebt und Einkreisung im Raum Dünkirchen—Estaires—Lille—Roubaix—Ostende anordnet. Der schnelle linke Flügel, der keinen Feind vor sich hat, wird dabei auf ausdrücklichen Wunsch des Führers angehalten! In dem genannten Raum soll die Luftwaffe das Schicksal der eingekesselten Armee vollenden!!.“[22]

Am 24. 5. abends standen sechs deutsche Panzer- und motorisierte Divisionen zwischen Béthune und Gravelines an und unmittelbar hinter der Kanallinie. Weitere schnelle Kräfte waren dahinter versammelt. Calais war von einer Panzerdivision eingeschlossen, in Boulogne wurde gekämpft. Eine französische Division hielt in breiter Front nach Ablösung britischer Sicherungen das Ostufer des Kanals von Gravelines bis St. Omer. Nach Südosten anschließend standen schwächere britische Kräfte. Dahinter waren in einer zweiten Linie schwache britische Kampfgruppen im Zuge der Straße Dünkirchen—Bergues—Cassel und bei Hazebrouck eingesetzt. Die Masse des britischen Heeres befand sich noch weiter ostwärts im Raum um Lille, die französische 1. Armee noch weiter südostwärts in einem zusammengedrängten Frontbogen um Douai—Valenciennes—St. Amand und südwestlich Tournai. Drei an der östlichen Front frei gemachte britische Divisionen wurden zur Abwehr an die Kanallinie herangeführt. Gegenüber den im ganzen am 24. 5. noch schwachen französisch-britischen Kräften an der Kanallinie, meistens nur Sicherungen, gelang es den deutschen schnellen Verbänden, entsprechend dem Befehl der Gruppe v. Kleist vom 22. 5. abends[23], an mehreren Stellen, besonders ausgedehnt südostwärts St. Omer und ostwärts Aire, Brückenköpfe zu bilden. In Richtung Hazebrouck vorgegangene Kräfte mußten nach dem Anhaltebefehl zurückgenommen werden. Es kann nach dem Kräfteverhältnis kein Zweifel bestehen, daß bei Fortführung des Angriffs zunächst wenigstens Hazebrouck und Cassel zu gewinnen waren. Von dort beträgt die Entfernung bis Menin, wohin der Angriff der Heeresgruppe B mit der 6. Armee am 24. 5. gelangt war, nur 42 km. Südlich der Linie Hazebrouck—Menin befand sich auch noch am 25. 5. die Masse des britischen Heeres und der 1. französischen Armee. Deren Einschließung bot sich also noch weit landeinwärts an, wie vom O.K.H. beabsichtigt. Die Krise von Arras war überwunden, im Nachstoßen von Süden erreichten die deutschen Kräfte bis zum Abend des 24. 5. den Raum südwestlich Lens (Vimy-Höhen).

Die Vorgänge beim Heeresgruppenkommando A am 25. 5. sind kaum mehr aufzuhellen. Von Mithandelnden aus der Erinnerung gemachte Angaben lassen sich

[21] Angef. bei Ellis, S. 139 und 383.

[22] Vgl. auch Jodls Tagebuch nach Anm. 15.

[23] Abgedruckt bei Heinz Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951, S. 450.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch Quellen nicht belegen. Im K.T.B. der Heeresgruppe heißt es am 25. 5.: „. . . der O.B., dem der Führer ausdrücklich die Art der Durchführung der Kämpfe der 4. Armee überlassen hat, hält es für dringend geboten, die mot. Gruppen erst einmal in sich aufschließen zu lassen, wenn man sie überhaupt weiter vorgehen lassen will . . .".[24] Diese Bemerkung wurde auf Veranlassung des Chef des Generalstabes der Heeresgruppe in das K.T.B. aufgenommen, um „in möglichst schonender Form" festzuhalten, daß zwischen dem O.B. und seinem Generalstab „keine volle Übereinstimmung" bestand[25]. Hitlers Befehl zum Anhalten an der Kanallinie wurde am 25. 5. vormittags über das O.K.H. anscheinend wiederholt[26]. Jedenfalls gab die Heeresgruppe A um 11[45] Uhr an A.O.K. 4 fernmündlich durch: „Auf Befehl des Führers hat der Ostflügel der 4. Armee mit VIII. u. II. A.K. in nordwestlicher Richtung anzugreifen, der Nordwestflügel (Gruppe Hoth und Kleist) dagegen die günstige Abwehrlinie Lens–Béthune–Aire–St. Omer–Gravelines zu halten und den Feind anrennen zu lassen. Ein Überschreiten dieser Linie darf nur auf ausdrücklichen Befehl der H.Gr. erfolgen. Es kommt jetzt darauf an, die Pz.-Verbände für spätere größere Aufgaben zu schonen, daher sind Boulogne und Calais lediglich einzuschließen, falls der Kampf um beide Städte zu größeren Ausfällen bei der Pz.-Waffe führen würde. H.Gr. A Ia."[27]

---

[24] Angef. bei Ellis, S. 384.

[25] Mitteilung des Generals a. D. v. Sodenstern vom 1. 3. 1954 an den Verfasser.

In der privaten Niederschrift des Gen. v. Sodenstern vom Sommer 1943 (siehe Anm. 15) heißt es, daß die im Laufe des 24. 5. eingegangenen Feindnachrichten „schon am Nachmittag des gleichen Tages zu einer anderen Beurteilung der Lage" geführt haben und daß sich das Heeresgruppenkommando entschlossen habe, „die schnellen Truppen am 25. 5. zum Angriff nach Nordosten zu gruppieren". In der Mitteilung gibt Gen. v. Sodenstern an, daß die Luftaufklärung schon am Nachmittag des 24. 5. „Süd-Nord bzw. Süd-Nordostbewegungen im Kessel" gemeldet habe. „Das veranlaßte den Generalstab der Heeresgruppe zu neuer Lagenbeurteilung, die dem O.B. vorgetragen wurde. Soweit mir erinnerlich, faßte Rundstedt auf Grund dieses Vortrages den Entschluß, den Panzerangriff doch fortzusetzen, und ließ das meines Wissens auch gleich an O.K.H. melden." Hierfür gibt es aber kein Zeugnis in den uns zur Verfügung stehenden Quellen. Das K.T.B. der Heeresgruppe enthält keinen Eintrag in diesem Sinne oder auch nur Bedenken gegen den Haltbefehl (vgl. Ellis, S. 351).

Unverständlich ist in der Erzählung von Ellis (S. 150), daß die Heeresgruppe A am 25. 5. sehr früh von der Operationsabteilung des O.K.H. eine neue Weisung erhalten habe, den Angriff an der Kanalfront wieder aufzunehmen. Das Halder-Tagebuch enthält davon nichts. Es kann sich in diesem Zeitpunkt nur um eine durch den Befehl Hitlers zum Anhalten überholte vorherige Weisung des O.K.H. handeln oder um eine neue vorbereitende Weisung. Ellis berichtet, daß quer über diese Weisung vom Ia der Heeresgruppe, Oberst Blumentritt, die Worte stehen: „Auf Befehl des Herrn O.B. u. Chefs nicht an A.O.K. 4 weitergegeben, da der Führer die Befehlsführung dem O.B. der Heeresgruppe überlassen hat. Bl." Die Ausführungen von Major Ellis hierzu können nicht überzeugen.

[26] Vgl. Ellis, S. 150. Nach Angaben des damaligen Oberst Blumentritt erregte die Wiederholung des Haltbefehls weder bei Rundstedt noch seinem Generalstabschef „großen Unwillen oder Aufregung". B. H. Liddell Hart, Jetzt dürfen sie reden, Stuttgart 1950, S. 242.

[27] Aus Unterlagen des Verfassers. Ellis (S. 384) hat diesen Befehl nicht vollständig zitiert, so daß nicht ersichtlich ist, daß die Forderung nach Schonen der Panzerverbände hier auf Boulogne und Calais bezogen ist. — Merkwürdig ist die Vorstellung von einem zu erwarten-

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dementsprechend befahl das A.O.K. 4 am 25. 5. um 21.00 den Gruppen Hoth und v. Kleist für den 26. 5. das Halten der Kanallinie mit dem Zusatz: „Die Panzerverbände sind so bereitzustellen, daß sie sich technisch auffrischen und bei Bedarf eingreifen können".[28] Nur für den rechten Flügel (VIII. und II. Korps), dessen Angriff am 25. 5. gegen zähen Widerstand kaum Gelände gewonnen hatte, wurde die Fortsetzung des Angriffs befohlen.

Daß die beim Anhalten der Panzergruppen beteiligten Kommandobehörden dem Befehl widersprochen haben, läßt sich beim XXXXI. A.K. belegen. Der Komm. Gen. dieses Korps hatte am 24. 5. vormittags den Standpunkt vertreten, „daß das Korps durch sein Verhalten am Canal d'Aire mit schwächeren Kräften auf dem Ostufer weder der Eigenart der Panzerwaffe noch dem derzeitigen Verhalten des Feindes gerecht" werde. Das K.T.B. des Korps berichtet, daß sich General v. Kleist, der gegen 10.15 auf dem Gefechtsstand des Korps eintraf, der Ansicht des Korps angeschlossen und das erneute Vorgehen genehmigt habe, das vom XXXXI. A.K. um 12.30 Uhr für 15.00 Uhr befohlen wurde. „Zur Durchführung des Angriffes kommt es nicht", heißt es weiter im K.T.B. des Korps, „da um 13.10 Uhr fernmündlich die Weisung des Führers eingeht, den Canal d'Aire à la Bassée mit stärkeren Kräften nicht zu überschreiten." Unter dem 25. 5. ist im K.T.B. des Korps eingetragen: „Etwa 9.30 Uhr setzt sich der Chef des Genst. des Korps mit dem Chef des Genst. der Gruppe fernmündlich in Verbindung und regt auf Anordnung des Komm. Generals nochmals an, das Korps nicht in der Abwehr am Canal d'Aire à la Bassée zu belassen, sondern zum Angriff in ostw.-nordostw. Richtung mit dem Ziel ‚Höhengelände um Kemmel' anzusetzen ... Die Gruppe ist auf Grund des Befehles des Führers vom 24. 5., der noch voll gültig ist, nicht in der Lage, dem Vorschlage zuzustimmen, es hat also bei der Abwehr am Kanal zu bleiben." Unter dem 26. 5. gegen 9.00 Uhr heißt es: „Der Antrag der Gruppe v. Kleist, den Angriff zunächst mit begrenztem Ziel bis zur belg.-franz. Grenze fortzusetzen, ist vom A.O.K. abgelehnt worden." Aus dem Bereich der 4. Armee und von seiten des A.O.K. selbst scheint mit dem zunehmenden Zeitverlust der Widerspruch immer deutlicher geworden zu sein[29].

---

den „Anrennen" des Feindes gegen die Kanalfront, weil man anscheinend damit rechnete, daß der Feind unter dem Angriffsdruck von Osten genötigt sein würde, seine Küstenbasis mit wichtigen Häfen nach Südwesten zu erweitern.

[28] Armeebefehl Nr. 5, Unterlagen des Verf.

[29] Der Komm. Gen. des XIX. Pz.K. in der Gruppe v. Kleist, Guderian, berichtete später, daß er wiederholt protestiert habe. Siehe Liddell Hart a. a. O. S. 230. Nach einer Mitteilung von Gen. a. D. Blumentritt wandten sich Generaloberst v. Kluge und General Guderian „ziemlich scharf" gegen den Haltbefehl. Zuschrift an den Verf. vom 4. 3. 1954. Vgl. auch Liddell Hart a. a. O. S. 242. – Nach Mitteilung von Gen. a. D. Brennecke, seinerzeit Chef des Genst. der 4. Armee, vom 15. 4. 1954 an den Verf. habe Gen. Brennecke sofort, und danach auch Generaloberst v. Kluge, Vorstellungen bei der Heeresgruppe erhoben. Die Heeresgruppe habe die bekannten Argumente entgegengehalten, verbunden mit dem Hinweis, daß die Fortführung des Angriffs nicht nötig sei im Hinblick auf den entgegenkommenden Angriff der 6. Armee. – In einer Mitteilung von Generallt. a. D. Engel, seinerzeit Heeresadjutant bei Hitler, vom 21. 5. 54 an den Verf. heißt es: „Ich selbst war am 25. 5. bei Kluge, welcher,

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beim O.K.H. trug der Chef des Generalstabes am 25. 5. vormittags in sein Tagebuch ein: „Der Tag beginnt wieder mit unerfreulichen Auseinandersetzungen zwischen von Br. und dem Führer über die Weiterführung der Einkreisungsschlacht. Ich hatte die Schlacht so angelegt, daß die frontal gegenüber einem sich planmäßig absetzenden Feind zu schwerem Angriff antretende H.Gr. B den Feind lediglich binden, die H.Gr. A, die einen geschlagenen Feind trifft und auf den Rücken des Feindes losgeht, die Entscheidung bringen sollte. Das Mittel dazu waren die schnellen Truppen . . . Ich wollte A zum Hammer, B zum Amboß machen. Nun macht man B zum Hammer, A zum Amboß. Da B eine fest gefügte Front sich gegenüber hat, wird das nur sehr viel Blut kosten und sehr lange dauern. Denn die Luftwaffe, auf die man hoffte, ist vom Wetter abhängig. Es entsteht aus dieser Verschiedenheit der Auffassung ein Geziehe hin und her, das mehr Nerven verbraucht als die ganze Führungsaufgabe. Wir werden die Schlacht trotzdem gewinnen."[30] Im Tagebuch Jodls heißt es am 25. 5.: „Vorm. kommt Ob. d. H. und will Genehmigung, daß Panzer und mot. Divisionen vom Höhengelände Vimy—St. Omer—Gravelines in das Niederungsgelände nach Westen[31] vorstoßen. Führer ist dagegen, überläßt Entscheidung der Heeresgruppe A. Diese lehnt es vorerst ab, da Panzer sich erholen sollen, um für Aufgaben im Süden bereit zu sein."[32] Die Bemerkung, der Führer habe die Entscheidung der H.Gr. A überlassen, ist unverständlich, da Hitler am 24. 5. abends angeordnet hatte, daß die schnellen Truppen bei der 4. Armee anzuhalten seien[33]. Ob die H.Gr. A es tatsächlich auch am 25. 5. abgelehnt hat, die schnellen Truppen wieder angreifen zu lassen, ist nicht feststellbar. Jodls diesbezügliche Bemerkung könnte sich auch nur auf die Besprechung in Charleville am Vortage beziehen.

Der 26. 5. brachte bei Hitler eine, wenn auch nicht vollständige, Änderung in seiner Auffassung. Noch am Vormittag notierte General Halder: „Die Panzer und mot. Verbände stehen nach allerhöchstem Befehl wie angewurzelt auf den Höhen zwischen Béthune und St. Omer und dürfen nicht angreifen. Auf diese Weise kann das Aufräumen des Einkreisungskessels noch wochenlang dauern . . . Im Laufe des Vormittags ausgesprochene Nervosität des Oberbefehlshabers. Sie ist zu verstehen, denn das Anrennen gegen eine sorgfältig zurückgeführte, also kampfkräftig ge-

---

wütend über das Anhalten, die Dinge so sah, wie sie sich dann auch tatsächlich entwickelten, und ich habe in derselben Form, wie es mir Kluge auftrug, Hitler am Abend darüber vorgetragen". Oberstleutnant v. Gyldenfeldt (vgl. Anm. 6) hat in seinem persönlichen Tagebuch unter dem 25. 5. vermerkt: „Der heutige Tag bringt gewisse Spannungen! Die Gruppe wird auf besonderen Befehl des Führers an der Aa angehalten, während die Ansicht der 4. Armee und zu diesem Zeitpunkt auch des General v. Kleist ist, daß es richtig sei, weiter vorzugehen."

[30] Halder-Tagebuch vom 25. 5. 1940.

[31] Es muß heißen: Osten.

[32] Siehe Anm. 15, S. 434.

[33] Vgl. Halder-Tagebuch vom 24. 5. 1940. — Nach einer Mitteilung von Generalleutnant a. D. Heusinger an den Verf. war dieses Verhalten Hitlers typisch, da er in solchen schwierigen Fällen sich gerne durch Unwahrheit der Verantwortung entzog.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bliebene Front und das Stehenbleiben auf höheren Befehl an einer Stelle, an der der Rücken des Feindes durch Zugriff offen liegt, ist völlig unverständlich. v. Rundstedt hält es offenbar auch nicht mehr aus und ist vorgefahren zu Hoth und Kleist, um die Verhältnisse zu klären für weiteres Vorgehen der schnellen Verbände." Weiter heißt es: „Etwa um Mittag kommt fernmündlich die Nachricht, der Führer sei damit einverstanden, daß man am linken Flügel bis auf Schußweite an Dünkirchen herangehe, um die ständig weiterlaufenden Transportbewegungen (Ab- und Antransporte) von der Landseite her abzudrosseln."[34] General Jodl schrieb darüber in seinem Tagebuch: „Vorm. Führer läßt sich Ob. d. H. kommen und genehmigt nunmehr, da 18. und 6. Armee nur langsam vorwärtskommen und auch der Widerstand im Süden vor II. A.K. sehr zäh, daß Panzergruppen und Inf.Div. von Westen her in Richtung Tournai, Cassel und Dünkirchen vorstoßen, zumal Feind auch seinerseits nicht gegen die Höhenstellung anläuft, sondern sich in Verteid.-Stellungen festkrallt und sie organisiert."[35] Der Chef des Generalstabes des Heeres notierte am frühen Nachmittag: „15^{30} Uhr Ob. d. H. beim Führer (gerufen): Er kommt 14^{30} Uhr ganz beglückt zurück. Der Führer hat nunmehr Vorgehen auf Dünkirchen freigegeben, um hier den Abtransport des Feindes zu stoppen." Es folgen im Tagebuch Halders weitere Angaben über den Ansatz der Kräfte, der mit den Panzerverbänden auf einen Durchbruch nach Osten zielte, um noch die Masse der feindlichen Kräfte abzuschneiden und der H.Gr. B „die Hand zu reichen".[36]

Schon kurz vorher hatte das O.K.W. eine dahingehende Weisung Hitlers herausgegeben, die der Ia der Heeresgruppe A, Oberst Blumentritt, um 13^{40} Uhr im Wortlaut an das A.O.K. 4 fernmündlich weitergab: „Um den Abtransport weiterer englischer Kräfte aus Dünkirchen und den flandrischen Häfen einzuschränken, hat der Führer das weitere Vorgehen der Gruppe v. Kleist nach Osten am Nordflügel bis auf Artillerieschußweite an Dünkirchen heran freigegeben. Die Brechung des Widerstandes in der Stadt selbst ist dann zunächst der Artillerie und der Luftwaffe zu überlassen. Keitel. — Bemerkung des Führers: Ob bei Gruppe v. Kleist nicht 15-cm-Kanonen verfügbar?"[37]

In den Aufzeichnungen eines Generalstabsoffiziers des A.O.K. 4 ist die Wendung in der Befehlsgebung bei dieser Armee am 26. 5. dargestellt: „Ich bin mit dem Angriff des VIII. A.K. schon seit zwei Tagen nicht einverstanden. Der Angriff des inneren Flügels ist eine ganz kleine Lösung, die unnötige Opfer kostet. Die Hauptschuld daran hat gewiß der Befehl des Führers, mit Panzern nicht über den La-Bassée-Kanal und die Aa weiter anzugreifen. Dadurch ist uns zunächst einmal die Chance verlorengegangen, mit der Gruppe v. Kleist ohne ernste Kämpfe bis Cassel zu kommen. Desgleichen hätten wir mit der Gruppe Hoth über Béthune hinaus Boden gewinnen können . . . gegen 1 Uhr kam vom O.K.H. die Mitteilung,

[34] Halder-Tagebuch vom 26. 5. 1940.
[35] Siehe Anm. 15, S. 434.
[36] Halder-Tagebuch vom 26. 5.
[37] Aus Unterlagen des Verfassers.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß der Führer Panzerverwendung in Richtung Lille freigegeben habe! — ... Von der Südfront haben wir die Nachricht, daß der Franzose zwischen Chauny und Amiens mit zwölf Divisionen aufmarschiert. Ob es wirklich seinerseits zu einem Angriff über die Somme kommt, um die Verbindung mit den im Norden eingeschlossenen Kräften zu erreichen? Ich bezweifele es. — 15[30] Uhr. Eben bekommen wir die Meldung, daß der Feind sich aus dem Sack von Lille herauszieht. Da haben wir die Bescherung! Und nun kommt vom O.K.W. auch die Mitteilung, daß der linke Flügel der Gruppe v. Kleist auf Dünkirchen vorgehen darf, um den weiteren Abtransport der Engländer einzuschränken. Das hätten wir alles früher haben können."[38]

Auf der Seite der eingeschlossenen Alliierten wurden in der Nacht vom 24. auf 25. 5. durch die im Gange befindliche Umgruppierung die Kampfgruppen rückwärts der Kanallinie aufgelöst und durch die Führung von Divisionen ersetzt. Aber noch immer war dann in der Linie Bergues—Hazebrouck nur eine (nicht vollständige) Inf.Div. eingesetzt. Mehrere englische Verbände wurden weiter südlich zusammen mit französischen Kräften zum Gegenangriff nach Süden für den 26. 5. bereitgestellt, zu dem General Weygand immer noch drängte.

Erst am 25. 5. abends gab die alliierte Führung im Kessel diese Absicht auf und entschloß sich, ihre Kräfte nach rückwärts zusammenzufassen unter weiterer Verstärkung der Kanalfront, woran sich dann der britische Entschluß zum Rückzug und zur Räumung des Festlandes anschloß[39]. Damit änderten sich die Bedingungen für einen deutschen Angriff über die „Kanallinie" endgültig. Engländer und Franzosen gaben nunmehr den Raum um Lille auf und traten hinter einem sich verstärkenden Flankenschutz im Westen den Rückzug zur Küste an. Als Hitler den Angriff an der Kanalfront für den 27. 5. freigab, traf er auf einen voll abwehrbereiten, starken Feind.

Das Verspielen der Chance in Flandern ist für militärisches Denken so unglaubhaft, daß man nach anderen als militärischen Gründen gesucht hat, in denen man die Erklärung für den Entschluß zum Anhalten der schnellen Kräfte finden wollte. Erstmalig gab General Halder in seinem Tagebuch unter dem 25. 5. einer solchen Vermutung Ausdruck: „Nun bildet sich die politische Führung ein, die letzte Entscheidungsschlacht nicht in das Gebiet der Vlamen legen zu wollen, sondern nach Nordfrankreich. Um dieses politische Ziel zu bemänteln, wird erklärt, das flandrische Gelände sei mit seinem vielen Wasser pp. für Panzer ungeeignet." Für ein solches politisches Motiv gibt es keinen Anhalt. Es ist auch später nie mehr davon die Rede gewesen. Flandern mußte Schlachtfeld werden, auch wenn die 4. Armee stehenblieb und die Heeresgruppe B von Osten her den Angriff bis zur Küste durchführte.

Nach dem Kriege ist die Meinung ausgesprochen worden, Hitler habe durch seinen Anhaltebefehl England schonen, der britischen Armee „goldene Brücken"

---

[38] Persönliches Tagebuch des Id (Gehilfe des Ia) des A.O.K. 4.

[39] Vgl. Ellis, S. 148f.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bauen wollen[40]. Dafür gibt es in den Quellen keinen Hinweis[41]. Hitler selbst hat nie eine dahingehende Andeutung gemacht. Worin sollten in seiner Vorstellung die „goldenen Brücken" bestanden haben, wenn er den Angriff zur Vernichtung der Engländer durch die Heeresgruppe B fortsetzen ließ und der Luftwaffe befahl, die Einschiffungen zu zerschlagen[42]? Aus Hitlers Umgebung wird vielmehr berichtet, daß er die Engländer vernichten wollte, um England „friedensbereiter zu machen. Dies hat er häufig in diesen Tagen geäußert"[43]. Als Hitler seinen operativen Fehler erkannte, hat er auch den Angriff von Westen wiederaufnehmen lassen. Der Entschluß hierzu zeigt, daß Hitler die militärischen Erwägungen nicht einem politischen Gedanken unterordnete. Bezeichnend ist auch, daß er für das Niederkämpfen der Engländer besonderen Wert auf die Mitwirkung von SS-Verbänden legte, die am Angriff von Westen teilnahmen[44].

Die Quellen und Erinnerungen von guter Warte zeigen klar die Gründe auf, die zu dem folgenschweren Haltbefehl führten. Ein Generalstabsoffizier des O.K.W., der gegenüber Jodl nach der Befehlserteilung Hitlers an den Oberbefehlshaber des Heeres zum Anhalten der schnellen Truppen Vorstellungen erhob, berichtet in seinen Erinnerungen: „Jodl wies alle meine Gründe mit den mir unvergeßlichen Sätzen zurück: ‚Der Krieg ist gewonnen, er braucht nur noch beendet zu werden. Es lohnt sich nicht, einen einzigen Panzer zu opfern, wenn wir es durch die Luftwaffe viel billiger haben können.'" Auch Keitel habe es abgelehnt, bei Hitler eine Änderung seines Entschlusses herbeizuführen, und habe hinzugefügt, „er könne Hitler bei seinem Entschluß nur rechtgeben. Er kenne das Gelände von Dünkirchen genau, da er im Weltkrieg Generalstabsoffizier des Marinekorps in Flandern gewesen sei. Der Boden sei sumpfig, die Panzer würden nur stecken-

[40] Siehe Kurt Assmann, Deutsche Schicksalsjahre, Wiesbaden 1951, S. 169 f., und Liddell Hart a. a. O., S. 247 ff.

[41] Es ist ein Irrtum von Assmann und Liddell Hart, anzunehmen, die angeführten Äußerungen von Hitler über England seien bei seinem Besuch am 24. 5. in Charleville gefallen. Hitler hat diese Bemerkungen bei einem späteren Besuch bei der Heeresgruppe A gemacht. Dies geht aus dem Inhalt der Äußerungen selbst hervor, die zu einem so frühen Zeitpunkt nicht getan werden konnten, und wird von den Zeugen des Gesprächs, den Generalen a. D. v. Sodenstern und Blumentritt, bestätigt. Mitteilungen an den Verf. vom 9. 4. 54 bezw. 4. 3. 54.

[42] Assmann bleibt den Beleg für seine Angabe schuldig, auch die Luftflotte 3 habe von Hitler den Befehl erhalten, „mit ihren Angriffen gegen Dünkirchen zurückzuhalten". Deutsche Schicksalsjahre, S. 169. Für die über dem Einschließungsraum eingesetzte Luftflotte 2 lauteten die Befehle jedenfalls anders. Vgl. Albert Kesselring, Soldat bis zum letzten Tag, Bonn 1953, S. 57 f.

[43] Mitteilung von Hitlers Heeresadjutant, Generallt. a. D. Engel, an den Verf. vom 21. 5. 54.

[44] Wahrscheinlich am 25. 5. abends „machte Hitler längere Ausführungen über die Notwendigkeit, SS-Verbände an der endgültigen Vernichtung teilnehmen zu lassen. Gerade den rassisch so überheblichen Engländern müsse etwas Gleichwertiges entgegengesetzt werden, und dazu sei ‚seine SS' gerade das richtige". Mitteilung von Generallt. a. D. Engel an den Verf. vom 21. 5. 54. Es ist sogar die Vermutung ausgesprochen worden, Hitler habe die Wiederaufnahme des Angriffs über die Kanallinie verzögert, um abzuwarten, bis auch die SS Leibstandarte Adolf Hitler am Kanal in Front war, deren Führer Sepp Dietrich ausdrücklich Hitler gebeten hatte, daß sein Verband bei der Vernichtungsschlacht eingesetzt werde. Ebenda.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bleiben. Göring würde die Sache schon allein machen."[45] Dieser Erzählung eines Zeugen aus der nahen Umgebung Hitlers kommt eine besondere Bedeutung zu, weil durch die Quellen und zahlreiche andere Erinnerungen bestätigt wird, daß die hier genannten Gründe Hitler zu seinem Entschluß bewogen haben[46]. Er fürchtete — wenn auch 1940 unzutreffend —, daß der Angriff im flandrischen Gelände zu hohen Panzerverlusten führen würde, die er im Hinblick auf die Fortführung der Operationen nach Süden scheute, zumal er infolge unzutreffender Meldungen in jenen Tagen die Vorstellung hatte, daß die Panzerwaffe bereits starke Ausfälle habe. Schon seit etwa dem 17. 5. waren im O.K.H. und beim O.K.W. eingehende Besprechungen über die Durchführung der zweiten Phase des Feldzuges in Frankreich im Gange[47]. Die siegreiche Beendigung der Schlacht in Nordfrankreich und Flandern wurde im O.K.W. als so sicher angesehen, daß die Wehrmachtführung für die Endphase der Schlacht nicht mehr an Kräften verwenden wollte, als unbedingt nötig erschein. Hitler unterschätzte auch den Kriegswillen Englands und dessen militärische Möglichkeiten[48]. So glaubte Hitler es sich leisten zu können, die Panzerkräfte zu schonen. Daß er sich bestimmte Vorstellungen über ihre taktischen Verwendungsmöglichkeiten gebildet hatte, an denen er in eigenwilliger Weise festhielt, geht aus mehreren Zeugnissen hervor[49]. So beharrte er dabei, in der Auseinandersetzung mit dem O.K.H. mit scheinbar guten Gründen die besseren zu widerlegen. Zweifellos kam ihm dabei die Möglichkeit sehr gelegen, mit der Luftwaffe die Einkreisung der alliierten Heeresgruppe an der Küste gewissermaßen zu vollenden, zumal Hitler so wenig wie zunächst die Engländer selbst mit der Möglichkeit einer Einschiffung an der offenen Küste rechnete. Es ist dabei bemerkenswert, „daß weder in Charleville noch (beim O.K.W.) bis zum 27. 5. die Möglichkeit der englischen Einschiffung . . . diskutiert wurde, sondern, bei Hitler angefangen und auch bei Jodl, die feste Überzeugung bestand, die Engländer würden bis zur letzten Patrone auf dem Festland kämpfen und sich nicht auf die Insel retten"[50]. Anscheinend hat Göring bei dem Gedanken der Vernichtung durch die Luftwaffe Hitler zugesprochen, angeblich entgegen dem Rat des Chefs des Generalstabes der Luftwaffe. Hierüber berichtet Kesselring, in dieser Zeit Oberbefehlshaber der Luftflotte 2: „Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe mußte die

[45] Bernhard v. Loßberg, Im Wehrmachtführungsstab, Hamburg 1950, S. 81 f.

[46] Gen. Warlimont, Abt.Chef im Wehrmachtführungsamt, hat die gleichen Gründe genannt. Siehe Liddell Hart a. a. O., S. 244.

[47] Siehe Halder-Tagebuch vom 20. 5. und Jodl-Tagebuch vom 20. 5.

[48] Vgl. Liddell Hart a. a. O., S. 231.

[49] Vgl. Ellis, S. 599. — Gen. a. D. Blumentritt hat dem Verf. am 4. 3. 54 Mitteilung gemacht von einem Besuch Hitlers mit Mussolini im Jahre 1941 in Brest-Litowsk, wobei Feldmarschall v. Kluge einen Vortrag gehalten habe, in dem er auch auf die Vorgänge um Dünkirchen zu sprechen kam. Hitler habe dabei wieder von der Notwendigkeit der Schonung der Panzerwaffe als Grund für sein Handeln gesprochen. „Die kostbaren Panzer hätten schon bei der Einnahme von Warschau 1939 ernste Verluste beim Kampf um die Vorstädte erlitten. Das sei ihm eine Warnung gewesen. Deshalb habe er auch den Angriff der Panzer vor Leningrad angehalten, weil er zu große Ausfälle befürchtete."

[50] Mitteilung von Generallt. a. D. Engel an den Verf. vom 21. 5. 1954.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auswirkung der fast dreiwöchigen pausenlosen Feindeinsätze meiner Flieger gut genug kennen, um nicht Einsätze zu befehlen, die kaum mit frischen Kräften zu lösen waren. Ich brachte dies Göring gegenüber auch sehr deutlich zum Ausdruck und bezeichnete die Aufgabe, selbst mit Unterstützung durch das VIII. Fliegerkorps, als nicht lösbar. Generaloberst Jeschonnek sagte mir, daß er genau so denke, daß aber Göring aus unverständlichen, überheblichen Gründen sich dem Führer anheischig gemacht habe, die Engländer durch seine Luftwaffe zu zerschlagen."[51] Die Wirkung aus der Luft war in jenen Tagen beeinträchtigt durch zeitweise ungünstiges Wetter. Der Einsatz der Luftwaffe wurde zunehmend verlustreich durch das Auftreten eines neuen Spitfire-Jägertyps[52].

Als Hitler am 24. 5. zu der entscheidenden Besprechung bei der Heeresgruppe A eintraf, brachte er bestimmte Vorstellungen über die Weiterführung der Schlacht mit. Ob er bereits entschlossen war, die schnellen Truppen anzuhalten, läßt sich nicht mehr klären[53]. Auch der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A war 1914 in Flandern gewesen und hatte ähnliche Bedenken wie Hitler gegen die Panzerverwendung jenseits der Kanallinie[54], obwohl etwa das Höhengelände um Cassel überhaupt keine Hindernisse bot. Entscheidend bei der gegenüber Hitler zustimmenden Beurteilung der Lage war aber beim Heeresgruppenkommando die Auffassung,

---

[51] Soldat bis zum letzten Tag, Bonn 1953, S. 77. Die Rolle Görings wird von Generallt. a. D Engel bestätigt. Dagegen habe nach dessen Kenntnis Jeschonnek damals nicht widersprochen. Er habe zwar nicht „die bombastische Zusicherung" wie sein Oberbefehlshaber gegeben, aber er habe auch „die Möglichkeiten der Luftstreitkräfte erheblich überschätzt und klar zum Ausdruck gebracht, daß nur unwesentliche Teile, unter dem Schutz der Nacht, entkommen könnten". Mitteilung an den Verf. vom 21. 5. 1954. – Gen. a. D. Blumentritt berichtet: „General Koller, der damalige Ia der Luftflotte 3, hat mir nach dem Feldzug mit Unmut öfter erzählt, daß die Luftwaffe von Göring bestimmt gewesen sei, die eingeschlossenen Engländer zur Kapitulation zu zwingen. Diese Absicht aber sei undurchführbar gewesen, weil die Luftflotten 2 und 3 mit Splitterbomben gegen Ziele auf See unzureichend ausgerüstet gewesen seien." Mitteilung an den Verf. vom 4. 3. 54.

[52] Im Tagebuch des Id des A.O.K. 4 heißt es unter dem 25. 5. 1940: „Seit 2 Tagen hat der Feind bei der Gruppe v. Kleist und teilweise auch bei der Gruppe Hoth die Luftüberlegenheit. Das ist für uns etwas Neues in diesem Feldzug und kommt daher, daß die Luftbasis der Engländer in England selbst und also jetzt recht nahe liegt, während unsere Verbände im wesentlichen noch auf den deutschen Flugplätzen basieren."

Unter dem 30. 5. ist vermerkt: „Ich höre heute, daß das Fliegerkorps I, mit dem wir zusammenarbeiten, bisher 45 Prozent Verluste vor dem Feind gehabt hat."

[53] In einer Mitteilung vom 1. 3. 1954 an den Verf. sagt Gen. a. D. v. Sodenstern, daß für jeden, der an der Besprechung teilgenommen habe, kein Zweifel darüber bestehen könne, „daß Hitler mit der festen Absicht zur Heeresgruppe kam, die Panzer anzuhalten". Ein anderer Teilnehmer dieser Besprechung, Gen. a. D. Blumentritt, bestätigt diese Auffassung. Mitteilung an den Verf. vom 4. 3. 54. Dagegen berichtet ein anderer Zeuge, der Hitler begleitende Heeresadjutant, daß Hitler „nicht mit der festen Absicht" nach Charleville gekommen sei, „die Bewegungen der motorisierten Verbände und der Panzer anzuhalten". Er habe allerdings bei der Lagebesprechung am Abend zuvor von der Frage des Anhaltens gesprochen. Dabei sei von dem ungünstigen Gelände in Flandern die Rede gewesen. Mitteilung von Generallt. a. D. Engel an den Verf. vom 21. 5. 1954.

[54] Mitteilung des Gen. a. D. v. Sodenstern vom 1. 3. 1954.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß der Schlachterfolg gesichert sei durch die zügige Fortführung des Angriffs des linken Flügels der Heeresgruppe B, der die englisch-französischen Kräfte auf die 4. deutsche Armee werfen würde, die den Feind nur „aufzufangen" habe. Diese Auffassung ging von einer nicht zutreffenden Beurteilung der Lage bei der benachbarten Heeresgruppe aus. Psychologisch kann es eine Rolle gespielt haben, daß durch die angekündigte Abgabe der 4. Armee an die Heeresgruppe B die an der Südfront führende Heeresgruppe A zunehmend ihre Aufmerksamkeit nach Süden richtete und dabei ihr Interesse zunahm, die schnellen Verbände möglichst bald und ungeschwächt für den Angriff nach Süden zur Verfügung zu bekommen. Im K.T.B. der Heeresgruppe A heißt es am Abend des 25. 5. im Hinblick auf die im Gange befindliche Schlacht: „Der Auftrag der Heeresgruppe A kann im großen als erfüllt angesehen werden."[55]

Als der Widerspruch gegen den Anhaltebefehl aus dem Bereich der 4. Armee gerade von Befehlshabern von Panzerverbänden kam, mag die Möglichkeit eines Eintretens für diese Auffassung beim Heeresgruppenkommando jedoch auch dadurch zurückgedrängt worden sein, daß der Befehl zur Verlegung der Trennungslinie durch Hitler kurz zuvor aufgehoben worden war. Denn nun war der Heeresgruppe A gerade durch Hitler die Beteiligung an der Führung in der Schlacht in Flandern belassen worden. Es ist denkbar, daß man sich scheute, nach diesem Vorgang in Gegensatz zu Hitler zu treten. Wesentlich für den Verlauf ist aber die Haltung der Heeresgruppe seit dem 25. 5. nicht mehr gewesen. Denn das O.K.H. stand mit seinem maßgeblichen Rat eindeutig Hitlers Auffassung entgegen. Hätte Hitler den Haltbefehl nicht aus seiner eigenen Überzeugung gegeben, so hätte sich der wachsende Widerspruch aus dem Bereich der 4. Armee gegen das Anhalten beim Heeresgruppenkommando aller Wahrscheinlichkeit nach durchgesetzt, wenn es dann überhaupt dessen bedurfte. Es drängt sich der Eindruck auf, daß Rundstedt in dieser Frage keinen ausgeprägten Führungswillen gezeigt hat. Eine gewisse Passivität in der Führung der Heeresgruppe A, vermehrt durch das Hin und Her der sich widersprechenden Befehlsgebung an das Heeresgruppenkommando, macht die Vorgänge bei dieser Kommandobehörde so schwer durchschaubar. Andererseits legte Hitler anscheinend Wert darauf, als militärischer Führer aufzutreten[56].

Sicher ist, daß man beim A.O.K. 4 und den unterstellten Truppen den Anhaltebefehl vom 24. 5. nur auf Hitler zurückgeführt hat[57]. Auch beim O.K.H. wußte man nichts von der jedenfalls zunächst zustimmenden Einstellung des General-

[55] Angef. bei Ellis, S. 151. – Bezeichnend ist wohl auch die von einem Ordonnanzoffizier des Heeresgruppenkommandos berichtete Äußerung Rundstedts aus diesen Tagen, „daß er es im Augenblick viel interessanter finden würde, an Stelle von Gamelin die Führung zu haben".

[56] Hierzu schreibt Generallt. a. D. Engel in einer Mitteilung vom 21. 5. 1954 an den Verf., daß manche Entschlüsse und Entscheidungen Hitlers „mit sachlichen Argumenten nichts zu tun hatten, sondern lediglich dem Ob.d.H. gegenüber zum Ausdruck bringen sollten, daß er führe und niemand anders".

[57] Im Tagebuch des Id des A.O.K. 4 heißt es unter dem 27. 5. 13,50 Uhr: „Die Meldungen häufen sich, daß der Feind intensiv in Dünkirchen einschifft. Es ist also klar, daß wir durch den Befehl des O.K.W. (Führer) 2 Tage verloren haben."

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

obersten v. Rundstedt. Das Tagebuch des Chefs des Generalstabes des Heeres enthält keine Bemerkung darüber und auch nicht über verschiedene Auffassungen innerhalb des Generalstabes der Heeresgruppe A[58]. Somit hat die Heeresgruppe anscheinend niemals die Auffassung Hitlers gegenüber dem O.K.H. vertreten. Andererseits hat Hitler nach dem offensichtlichen Mißerfolg seines Eingriffs in die Führung des O.K.H. niemals die Schuld für das Zustandekommen des Entschlusses Rundstedt zugeschoben. Die Feststellung des englischen Kriegswerkes[59], daß Hitler am 24. 5. 1940 lediglich den Anhaltebefehl der Heeresgruppe A vom Vortage bestätigt habe, trifft nicht das Wesen der Sache. Vielmehr hat Hitler den Befehl zum Anhalten der Panzertruppen aus seiner Auffassung von der Lage und in eigener Verantwortung gegeben, wobei er allerdings durch die Lagebeurteilung bei der Heeresgruppe in seinen Gedankengängen bestärkt wurde. Hitler stand auch später zu seiner Entscheidung, vermutlich, weil er uneingeschränkt als der „Feldherr" des Westfeldzuges erscheinen wollte.

[58] Genlt. a. D. Heusinger, seinerzeit Ia der Operationsabt. des O.K.H., hat dem Verf. am 5. 3. 54 mitgeteilt, daß ihm nichts bekannt gewesen sei von einem Eintreten beim Heeresgruppenkdo. A für das Anhalten oder von unterschiedlichen Auffassungen darüber. Der Ia/op der Heeresgruppe, Oberstlt. v. Tresckow, habe jedenfalls die gleiche Auffassung gehabt wie er, d. h. das O.K.H., wie er aus den täglichen Ferngesprächen wisse. Generallt. v. Gyldenfeldt berichtet: „Ich habe später mit meinem Freunde Tresckow öfters über das uns unverständliche Anhalten der Panzer gesprochen; er hat mir niemals eine Andeutung darüber gemacht, daß dieser Befehl von seinem Oberbefehlshaber Rundstedt gestammt habe, immer war nur von dem Eingreifen Hitlers die Rede". Mitteilung an den Verf. vom 25. 5. 1954.

[59] Ellis, S. 350.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

AUSGEWÄHLTE BRIEFE VON GENERALMAJOR HELMUTH STIEFF

(hingerichtet am 8. August 1944)

Vorbemerkung des Herausgebers

Unter dem Titel „Das Gewissen steht auf" sind als Erinnerungsmal zur 10. Wiederkehr des 20. Juli „64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–45" veröffentlicht worden[1]. Es handelt sich dabei um eine Art Kurzbiographien, unterstützt durch Zitate, die Briefen und anderen Dokumenten entstammen, sowie vor allem durch höchst eindrückliche photographische Porträts. Mit Recht liegt hier der Nachdruck auf dem einzelnen Menschen, ohne Rücksicht auf Klasse oder Beruf, Altersgruppe oder Landschaft, denen er zugehören mag. Es geht um die Frage nach dem, was das Individuum im Zeitalter der modernen totalen Diktatur bedeutet, aus welchen Motiven persönlicher Art es die Auseinandersetzung mit einem solchen System auf alle Konsequenzen hin wagt. Man wird dies Buch nur aufs wärmste begrüßen dürfen und ihm weite Verbreitung wünschen. Es können gar nicht genug Schächte in einen solchen Grundbereich des Menschlichen getrieben werden.

Man wird daher gleichfalls mit großer Erwartung einer anderen, in bestimmter Richtung vielleicht noch tiefer grabenden Sammlung von Zeugnissen des Widerstands entgegensehen, die von Käthe Kuhn, Helmut Gollwitzer und Reinhold Schneider unter dem Titel „Das Vermächtnis" vorbereitet wird und im Herbst (beim Chr.-Kaiser-Verlag, München) erscheinen soll. Wie schon die Namen der Herausgeber nahelegen, wird es sich dabei vor allem um Tagebücher, Aufzeichnungen, Gedichte und Briefe handeln, die im Grundsätzlichen aller Widerstandsmotive (übrigens nicht nur aus dem deutschen Bereich) das Hereinbrechen des Überzeitlichen in unsere Epoche bezeugen. Eine besondere Rolle spielen bei dieser Fragestellung naturgemäß die Zeugnisse aus dem Gefängnis und insbesondere die Abschiedsbriefe angesichts des Todes, von denen einige höchst bedeutsame ja schon lange bekannt sind, deren Zahl sich aber noch erheblich vermehren läßt.

Die hier folgende „Dokumentation" hat es nicht mit Zeugnissen zu tun, die derart ans Transzendente rühren und damit nicht selten auch rein schriftstellerisch eine ungewöhnliche Kraft der Verdichtung und der gültigen Aussage erreichen. Es handelt sich hier um eine lockere Folge von Briefen, die über einen Zeitraum von mehr als 12 Jahren verstreut sind — mit dem Schwerpunkt in den ersten 16 Monaten des Rußlandfeldzuges —, um Briefe, die absichtslos, jedenfalls ohne Zeugnischarakter geschrieben wurden. Auch diese Briefe sind gewiß sehr persönlich, wie sich schon aus der Adresse an Braut und Gattin ergibt, auch sie könnten unter

[1] Herausgegeben von Annedore Leber, in Zusammenarbeit mit Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher. Mosaik Verlag, Berlin-Frankfurt a. M. 1954, 237 S.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Motto stehen: „Das Gewissen steht auf." Aber sie haben zugleich eine gewisse Typik im Sinn der Erkenntnis gruppenmäßigen Verhaltens, indem sie den „politischen" Entwicklungsgang eines rasch aufsteigenden Offiziers und Generalstäblers beleuchten und damit zur Anschauung des für den deutschen Widerstand so zentralen Problems „Armee und Nationalsozialismus" wesentlich beitragen. Ihr Verfasser war 1901 in Deutsch-Eylau als Sohn eines aktiven Offiziers geboren; im letzten Jahr des ersten Weltkriegs diente er an der Front als Freiwilliger und Fahnenjunker. Im Hunderttausend-Mann-Heer war er Artillerieoffizier und nahm am dreijährigen Kursus der Kriegsakademie teil. 1935 kam er als Generalstabsoffizier zur Elbinger Division. Nach einem kurzen Jahr als Batteriechef wurde Helmuth Stieff im November 1938 zur Operationsabteilung des Generalstabs versetzt; bei Kriegsbeginn wurde er Leiter der Gruppe III dieser Abteilung. Er kam dann im September 1941 in den Osten — als Ia zur 4. Armee; im Oktober 1942 wurde er Chef der Organisationsabteilung des Generalstabs des Heeres, deren Stabschef damals und bis Ende Februar 1943 Stauffenberg war. Diese Stelle bekleidete Stieff — zuletzt als Generalmajor — bis zum 20. Juli 1944.

Es steht außer Frage, daß diese rasche Laufbahn und die frühe Betrauung mit wichtigen Posten nicht auf irgendwelcher Anpassungsfähigkeit, sondern auf hervorragender fachlicher Begabung beruhten. Stieff galt in der Armee, trotz ungewöhnlich kleiner Statur, als eindrucksvolle Persönlichkeit von klarem Verstand und rascher Auffassung, dazu als offener Charakter, den eine Verbindung von Heiterkeit und Ernst sowie eine verbindliche Liebenswürdigkeit allgemein beliebt machten[2]. Er war gewiß alles andere eher als ein „Widerständler" von Hause aus. In der Tat zeigen die ersten der hier abgedruckten Briefe (Nr. 1—3) manche typische Züge der unpolitisch-militärischen Beurteilungsweise. So etwa in der Stellungnahme zum Leipziger Prozeß, der die beiden jungen Ulmer Offiziere Scheringer und Ludin wegen nationalsozialistischer Propaganda in der Armee öffentlich zur

[2] Es muß an dieser Stelle ein Wort der Abwehr gegen das Buch von John W. Wheeler-Bennett (The Nemesis of Power — The German Army in Politics 1918—1945, London 1954) gesagt werden. Es beruht ohne Zweifel auf sehr reichem Material und ist glänzend geschrieben, aber es gibt eingewurzelten Vorurteilen wie auch der Neigung zu darstellerischer Pointierung in bedenklicher Weise nach. — So macht der Autor aus dem an Figur kleinen Stieff einen „buckligen Zwerg" (p. 585: „youthful humpbacked Major-General"; p. 589: „little hunchback"), wogegen schon die einfachste kritische Überlegung gewarnt haben sollte. Er behauptet ferner, Stieffs scharfe (ein andermal „vitriolic") Zunge hätte ihm den Spitznamen „Giftzwerg" eingetragen. Ohne ersichtlichen Grund oder irgendeine sachliche Notwendigkeit wird das nicht weniger als dreimal wiederholt (p. 587: „Poisoned Dwarf"; p. 635: „Poison-Dwarf"; p. 681 — mit besonderem Mangel an fairness bei der Schilderung der Szene vor dem Volksgerichtshof —: „The hunchbacked Poison Dwarf"!). — Es muß bei diesem „Spitznamen" sich entweder um eine Personenverwechslung handeln oder aber — was belastender wäre — der Autor hat diesen Ausdruck unbesehen von niemand anderem übernommen als von — Himmler, der in seiner Rede über den 20. Juli in der Tat von sich aus Stieff einen „kleinen Giftzwerg" nennt. Die Übernahme aus dieser Quelle würde nicht schlecht zu der Tatsache passen, daß Wh.-Be. in beträchtlichem Maße noch immer auf die deutsche militärische Opposition mit den Augen der nationalsozialistischen Machthaber blickt.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verantwortung zog. Der damalige Oberleutnant Stieff hätte, wie übrigens zunächst auch der Reichswehrminister Groener und wie der Ulmer Regimentskommandeur, der spätere Chef des Generalstabes Beck, die Angelegenheit mit Ausstoßung aus der Armee im Disziplinarweg erledigt zu sehen gewünscht. Denn „wir selbst legen auf Reinlichkeit in unseren Reihen Wert". Man wird dieses moralische Motiv in den Briefen immer wieder anklingen hören. Die Nationalsozialisten sah Stieff damals noch, indem er die Ableugnung illegaler Absichten für bare Münze nahm, im Zeichen der „Wehrwilligkeit". Auch im zweiten der abgedruckten Briefe hofft er noch, daß sie „vernünftig bleiben", gibt aber zugleich der Überzeugung Ausdruck (21. 8. 32), daß Polizei und Reichswehr absolut in der Lage sein werden, mit ihnen fertig zu werden. Und wenn er nach dem Tod von Hindenburg zwar „staatspolitisch" die Vermeidung eines „Interregnum" für absolut notwendig hält, so ist doch (12. 8. 34) nach den Ereignissen der zweiten Revolution (30. Juni) und angesichts des Agitatorischen der großen Worte sein Vertrauen in die neue Führung „schwer erschüttert".

Es fehlt fast ganz an brieflichen Zeugnissen aus den Jahren vom August 34 bis September 39, da die Korrespondenten offenbar während dieser Zeit nicht getrennt waren. Man kann daher höchstens Vermutungen darüber anstellen, ob und inwieweit bei Stieff die Ablehnung des Regimes sich verschärfte, und zwar nicht nur wegen der — mindestens seit Ende 37 erkennbaren — Frivolität des außenpolitischen Kurses, sondern auch wegen des immer klarer heraustretenden verbrecherischen Charakters des herrschenden Systems überhaupt. Um so elementarer wird moralische Empörung und Absetzung des militärisch „Anständigen" vom „Untermenschentum" als Leitmotiv des ersten Kriegsbriefs (21. 11. 39) deutlich, der mit einigen Auslassungen als Nr. 4 zum Abdruck gelangt.

Im Zusammenhang damit mögen ein paar Worte über die Gesichtspunkte der Auswahl und der Auslassung gesagt werden. Der Grundstock der Briefe — etwa 50 in den nächsten vier Jahren — ist rein militärischen, teils erzählenden, teils kommentierenden Inhalts. Sie sind — mindestens einige von ihnen — sehr umfangreich, und ein Abdruck kam daher schon aus Raumgründen nicht in Frage. Zudem liegt ihr Interesse, das besonders für den Winter 41/42 sehr erheblich sein dürfte[3], in anderer Richtung als der, auf die es bei dieser Dokumentation ankommt. Das gleiche gilt von den übrigens seltener und kürzer werdenden Briefen nach dem Oktober 1942, als Stieff die Organisationsabteilung übernommen hatte.

[3] Seit 21. September 1941 war Stieff in der Heeresgruppe Mitte 1. Generalstabsoffizier der Stoßarmee auf Moskau. Beim Abschied schenkte ihm der Chef der Operationsabteilung, Heusinger, Caulaincourts „Mit Napoleon in Rußland". Die Erfahrungen, über die Stieffs Briefe in erschütternden Einzelheiten berichten, bezeichnen nicht weniger den Anfang vom Ende, als das von dem historischen Vorbild gilt. — Da Stieff praktisch im Dezember infolge Ausfallens sowohl des Oberbefehlshabers wie des Chefs des Stabes die Armee führte, dürften die Briefe auch operationsgeschichtlich von Interesse sein. Der neu eintreffende Oberbefehlshaber, General Heinrici, überreichte ihm am 20. 2. 42 für seine Tätigkeit während der kritischen Weihnachtstage das Deutsche Kreuz in Gold, das nur für hervorragende Tapferkeit vor dem Feind oder für selbständige Führerentschlüsse verliehen wurde.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sie haben mit einigen Ausnahmen wesentlich seine berufliche Tätigkeit zum Gegenstand und mußten insoweit hier fortbleiben. Aber auch in den Briefen, die gedruckt wurden, sind alle rein militärischen Beobachtungen, Reisenotizen, Personalien usw. ausgelassen worden. Die Lücken sind jeweils durch kurzes Regest in Klammern angezeigt. Sonst wurden nur offenbare Schreibfehler des Originals verbessert, hingegen ist von jeder sprachlichen Glättung der oft eilig geschriebenen Briefe selbstverständlich abgesehen worden.

Die als Nr. 4—11 folgenden Stücke der Korrespondenz aus dem Felde werden eines Kommentars nicht bedürfen. Hervorzuheben wäre etwa, daß bei Stieff, wie übrigens auch bei anderen — so bei dem ihm nahe befreundeten Generalmajor v. Tresckow —, die scharfe Wendung gegen das Regime nicht während der Tätigkeit an einer zentralen Bürostelle erfolgte, sondern an der Front, und zwar gerade an der russischen, von der sonst gesagt werden kann, daß sie wegen der unmittelbaren Bedrohung von Osten, d. h. durch ein totalitäres Regime von außen, den Widerstandswillen gegen das eigene im Innern eher lähmte. Wie sehr auch Stieff bei aller endlich errungenen Entschlossenheit zur Teilnahme an der Verschwörung in der Anschauung der „Gefahr des Ostens" lebte, zeigt der letzte der hier abgedruckten Briefe (Nr. 13). Aber die Entschlossenheit erwuchs allerdings zu einem Teil aus der Empörung eben über das unverantwortbare militärische Handeln im Osten und aus der Pflicht, dem entgegenzutreten. Das ist die eine Linie, die sich durch die Feldbriefe zieht, die Auflehnung gegen den „blutigen Dilettantismus", gegen den „größenwahnsinnig gewordenen Proleten" — bis zur Erkenntnis, daß der Gehorsam seine Grenzen hat (28. 8. 1942, Nr. 12). Das ist eine ja auch sonst reichlich bezeugte Entwicklungslinie vom militärischen Protest und der Verantwortung des Fachmanns her. Die zweite Linie ist ebenso klar und, aufs Allgemeine gesehen, die bedeutsamere, es ist die moralische Empörung über die geschehenden Greuel — im Osten wie auch im Inland —, über die sittliche Verderbtheit des Regimes und seiner Vertreter, dazu das Bewußtsein der Mitschuld und der Notwendigkeit der Sühne für die Besudelung des deutschen Namens. Das Gefühl der Scham und der Anruf zur Verantwortung sind die Grundmotive des Widerstands gegen „das absolut Böse", vom ersten Feldbrief an bis zu dem letzten der hier abgedruckten Dokumente (6. 8. 43, Nr. 13), in dem der Anschluß an die Verschwörung angedeutet wird als Übernahme dessen, was „einem das Schicksal abfordert".

Über die äußere Tätigkeit Stieffs im Rahmen der Verschwörung werden noch einige Worte anzufügen sein. Er war es, an den das Paket mit den „zwei Kognakflaschen" gerichtet war, das Tresckow und Schlabrendorff am 13. März 1943 als Zeitbombe in Hitlers Flugzeug hineinpraktizierten. Stieff selbst war damals in das Komplott noch nicht eingeweiht[4]. Aber offenbar gehörte er zum Kreise derer, auf die man nach der „Initialzündung" sicher rechnete. Nach Angabe seiner Frau unterrichtete ihn Tresckow über das mißglückte Attentat am 8. September 1943.

[4] Vgl. Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S. 80; ebenso Eberhard Zeller, Geist der Freiheit, S. 124. — Nach Angabe von Frau Stieff war man am 28. Februar 1943 zuerst an ihn herangetreten, ohne ihn zunächst zu überzeugen.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aber, wie erwähnt, geht schon aus dem Brief vom 6. August 1943 ganz klar hervor, daß er sich zum Entschluß aktiven Einsatzes durchgerungen hatte. Er wurde dann mit Generaloberst Beck in Verbindung gebracht. Es fiel ihm und seinen Mitarbeitern in der Abteilung zu, den für das Attentat benötigten Sprengstoff aufzubewahren und das Unternehmen technisch vorzubereiten. Auf Einzelheiten, wie die Vergrabung des Sprengstoffs im Hauptquartier, seine Entdeckung, die Abschirmung durch Oberstleutnant Schrader und die verschiedenen Attentatsversuche, braucht hier nicht eingegangen zu werden. Stieff lieferte schließlich die Zeitbombe für Stauffenberg und flog mit ihm am frühen Morgen des 20. Juli zum Führerhauptquartier. Um die Sprengstoffaffäre geht es immer wieder in der Vernehmung von Stieff durch Freisler vor dem Volksgerichtshof am 7. August 1944[5].

In seiner Aussage vor diesem Tribunal hat Stieff sich auf die „historische Pflicht des Generalstabsoffiziers" in bestimmten Lagen berufen. Er hat schriftlich freilich auch betont, daß das „Gottesurteil" des mißglückten Anschlags seine „Gedankengänge als falsch und irrig" erwiesen habe. Man wird das nicht ohne weiteres als Ausfluß von Mißhandlung oder seelischer Zermürbung oder als bloße Schutzbehauptung — an denen es im Prozeß gewiß nicht fehlt — anzusprechen haben. Deutlicher heißt es in dem Abschiedsbrief an die Gattin vom 8. 8. 1944: „Es war falsch, Gott in seinem Wirken als kleiner Mensch hochmütig in den Arm fallen zu wollen[6]." Wenn etwas aus diesem Zeugnis, das in seinem Bekenntnisgehalt einfach hinzunehmen ist, herausgelesen werden kann, so ist es die Einheitlichkeit des religiösen Motivs, das Gewissensbedenken sowohl wie Gewissenstriebkraft des aktiven Widerstands sein konnte und gewesen ist. So mögen die Dokumente, die hier folgen, ein weiterer Beitrag zur Kenntnis des Weges sein, den Männer von stärkster Gebundenheit an Glauben, Berufsethos und Vaterlandsliebe zu gehen hatten, — auch dies ein Beitrag zum 10. Jahrestag des 20. Juli. H. R.

1.

Jüterbog, 10. 10. 1930.

. . . eben kommt Dein lieber Brief von gestern an, den ich gleich beantworten will. Zunächst, was Du über das Geschimpfe und das Mißtrauen der sogenannten republikanischen Parteien (nicht nur die Sozi!) schreibst. Du mußt doch verstehen, daß die Angriffe gegen die Industriellen auf einer ganz anderen Basis stehen als die gegen das Heer, weil die Einstellung der ersteren zum Staat, ich möchte mal sagen, eine privatrechtliche ist, während die unsere öffentlich-rechtlich ist. Kein Arbeitgeber wird öffentlich seine Arbeitnehmer als Lumpen und Gauner bezeichnen. Aber der Arbeitgeber Staat läßt es zu, daß die ihn stützenden Parteien ihren wichtigsten Arbeitnehmer, das Heer, ihr eigenes Machtinstrument, durch die törichtsten Hinterstellungen herabsetzt. Wir alle sind wirklich guten Willens, das weißt Du. Aber auf diese Weise wirbt man nicht für das jetzige System, und daß es zu so bedauerlichen Auswüchsen kommen mußte, ist allein Schuld der Parteien, die dies System der Verärgerung stützen. Unsere obere Führung aber trifft der harte Vorwurf, daß sie aus

[5] Dok. 3881-PS, IMT, XXXIII, S. 505ff.

[6] Dazu auch ein Brief des katholischen Gefängnisgeistlichen P. Buchholz an Frau Stieff vom 14. Februar 1947.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bequemlichkeit nicht für Abhilfe Sorge trug (warum gilt z. B. das Republikschutzgesetz nicht für den wahren Träger der Staatsgewalt, das Heer, ebenso wie für die Herren Minister?) . . , und die ganze Sache vor ein öffentliches Tribunal zog[7]. Diese Angelegenheit gehörte vor einen Ehrenrat wegen nachgewiesener Unglaubwürdigkeit der betreffenden Offiziere und die Sache wäre auf kaltem Wege, d. h. Verabschiedung erledigt worden. Denn wir selbst legen auf Reinlichkeit in unseren Reihen Wert. Da war der Schaden ohne großes Aufsehen erledigt. So aber ist die ganze schmutzige Wäsche vor der Öffentlichkeit gewaschen worden und hat uns nach allen Himmelsrichtungen in ein schiefes Licht gerückt. Von Hochverrat kann aber schließlich keine Spur sein. Die NSDAP hat doch jeden illegalen Weg auch Sch[eringer] und L[udin] gegenüber abgeleugnet. Daß wir mit dem Reichsbanner zusammen einen Grenzschutz nicht organisieren können, . . . ist doch auch Dir klar. Wir selbst sind zu schwach und müssen den Anschluß an wehrwillige Kreise haben. Denn eine Kriegsgefahr ist im Osten bestimmt als gegeben anzusehen, weil die innere polnische Krise einen Ausbruch nach außen in absehbarer Zeit suchen muß, wenn durch sie nicht Polen so zugrunde gehen soll. Darum brauchen wir uns nicht diesen Kreisen in die Arme zu werfen. Das wäre falsch, sondern die Bewegung muß, wie Seeckt 1923 zu uns sagte, von uns getragen werden. Also müssen auch wir, jeder einzelne von uns, vaterländisch und national eingestellt sein. Und Gott sei Dank ist das noch in der Masse der Fall. Wenn dann der eine oder andere über das Maß hinausschießt und das Ziel, daß wir die Träger sind, gefährdet, so muß er natürlich stillschweigend entfernt werden. Da gibt es keinen Zweifel auch bei uns. Diese Entgleisung aus zu gutem Willen heraus aber zum Anlaß zu nehmen, unser aller guten Willen dem Hohn und Gespött der Menge auszusetzen, im Grunde genommen vaterländische Begeisterung zum Hochverrat zu erklären, ist infam und distanziert von selbst die Leute von uns, die zu diesem Mittel greifen. Da mag man mir mit Einwendungen diplomatischer und taktischer Natur kommen, wie man will. Jeder Rationalismus, jede kühle Berechnung hat einmal ein Ende und wird leblos. Das lehrt uns die Geschichte doch eindringlich genug. Ausschlaggebend bleibt immer das pulsierende Leben, das Herz. Und da darf man nicht dran rühren. Du wirst verstehen, was ich meine. Ratio, Vernunft, ist gut, solange das Leben dabei sein Recht behält, solange sie nur Mittel zum Zweck ist. Wird sie Selbstzweck, wirkt sie lebenstötend. Und so muß auch eine politische und Heeresführung Rücksicht nehmen auf das Lebenselixier des Soldaten, seine uneigennützige Vaterlandsliebe. Sieht er die angetastet, so bäumt er sich dagegen auf, wenn er noch Lebensgeist genug in sich hat. Oder er erliegt, hat keine Vaterlandsliebe mehr – dann ist er halt Landsknecht um des Soldes willen. Was willst Du haben? Das letztere lehnen wir vorläufig noch ab. Und bleiben hoffentlich auch für die Folge noch stark genug dazu. – Da hast Du kurz einen Niederschlag dessen, wie verheerend bei uns dies alles wirkt. Es ist wahr, darüber müssen wir noch mündlich sprechen. Man kann nicht alles zu Papier bringen. Bereite Dich recht darauf vor, dadurch, daß Du mal Deinen privatrechtlichen Standpunkt verläßt und Dich noch mehr in unsere Lage hineinversetzt. Ich weiß, wie schwer das ist und auch daraus ist das Leipziger Urteil zu erklären. (Schlußformel)

2.

Truppenübungsplatz Ohrdruf, 21. 8. 1932.

(Mitteilungen des Oberst Blaskowitz – des späteren Generalfeldmarschalls – über die militärische und innerpolitische Lage)

. . . Man hofft, daß die Nazi vernünftig bleiben. Ob sie es aber tun werden, ist zweifelhaft, und das Verhältnis zwischen Regierung und Nazi ist sehr gespannt. Falls

[7] Vgl. dazu die voranstehenden Bemerkungen zum Leipziger Hochverratsprozeß.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Nazi aber Dummheiten machen, wird ihnen mit aller Gewalt entgegengetreten werden, und man wird selbst vor blutigsten Auseinandersetzungen nicht zurückschrecken. Insbesondere glaubt man, daß Polizei und Reichswehr absolut in der Lage sein werden, allein mit den Brüdern fertig zu werden. Der Sinn der Politik des Reichswehrministeriums bzw. Schleichers geht einem immer mehr auf u. wurde folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: Die Parteien sind das Unglück Deutschlands. Sie verhindern durch ihre Eigenbrötelei jegliche stabile und nützliche Regierungsarbeit, die heute mehr denn je erforderlich ist, um uns aus dem Elend herauszuführen. Deswegen muß die Regierung von den Fesseln des Parlamentarismus befreit werden, um unabhängig arbeiten zu können, gestützt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten und die Macht der Reichswehr. Beide Machtfaktoren verkörpern in sinnbildlichster Weise den Gedanken der Reichseinheit und sind infolge ihrer überparteilichen Stellung besonders geeignet, allein für das Staatswohl arbeitend, ausgleichend zu wirken und somit die einzige Basis für eine Regierung, wie wir sie jetzt brauchen, abzugeben. Brüning hat dem Reichspräsidenten auf diesem von ihm schon lange beabsichtigten Wege nicht in vollem Maße folgen können, und er hat sich schließlich mehr oder weniger wieder von den Parteien abhängig gemacht. Deshalb mußte er gehen. Die NSDAP hat zweifellos der Schleicherschen Politik durch vieles die Wege geebnet. Ihre Forderung nach einseitiger Macht ihrerseits steht aber dem Erfordernis nach einer überparteilichen Regierungsgewalt entgegen. Deswegen wird man nun die NSDAP genau so als Parteiübel behandeln wie die anderen. Ich glaube, daß wir noch mit der Zeit überraschende Dinge erleben werden und daß wir in bezug auf die Struktur des Reiches an einem ebenso entscheidenden Wendepunkt stehen, wie es der 18. 1. 71 und der 9. 11. 18 waren. Ich habe die unbedingte Zuversicht, daß sich der zwölfjährige Ausbau der Reichswehr zu einem überparteilichen Instrument jetzt bald zum Wohle unseres Vaterlandes auswirken wird. Und ich bin stolz und glücklich, daß ich diesem Instrument, von dem unser ganzes Wohl und Wehe der Zukunft abhängen wird, angehören darf. –

3.

Stuttgart, 12. 8. 1934.

In bezug auf Hindenburgs Heimgang und seine Beisetzung haben wir beide das gleiche zur selben Stunde empfunden. Es ist ein ganz unersetzlicher Verlust. Und Du hast recht, wir Zurückgebliebenen sind an ein Schicksal gekettet, von dem man nicht weiß, wohin es führen wird. Auch ich denke viel über all das Kommende nach, u. Du kannst Dir denken, daß mir dabei als verantwortungsbewußtem und gläubigem Menschen oft schwer ums Herz wird. Und da war Dir wie mir, wie ich schon schrieb, die Ansprache des Feldbischofs ein großer Trost . . . es ist ja alles so schwer! Aber sollen wir da nun verzagen u. den Kopf hängen lassen? Schließlich hat Gott uns ja auf unsern Platz gestellt, damit wir, so gut es immer geht, unsere Pflicht erfüllen. Und um dies zu können, muß man wirklich nach jedem Fünkchen Hoffnung greifen. Leicht wird es einem bei Gott nicht gemacht. Und mein Vertrauen in die heutige Führung ist schwer erschüttert. Aber ohne Hoffnung im Herzen könnte man ja vollends verzweifeln. Und nur aus diesem Grunde heiße ich die sofortige Vereidigung von uns gut. Ich klammere mich dabei an den einen Hoffnungsstrohhalm, daß damit ein sehr verpflichtendes Gegengewicht gegen den Wahnsinn der Einpartei-Herrschaft geschaffen wird. Meine großen Bedenken in bezug auf die Herauslassung der Begriffe „Volk u. Vaterland" sind damit aber nicht beseitigt. Es ist, wie gesagt, nur eine Hoffnung, ohne die man überhaupt nicht weiterkäme. Vielleicht ist es auch ein Selbstbetrug. Aber schließlich sind wir, die Wehrmacht, seit 15 Jahren unseren Weg so gerade

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegangen, begleitet oft von Enttäuschungen u. fehlgeschlagenen Hoffnungen, die wir uns eingeredet hatten, daß ich nicht daran zweifeln möchte, daß wir auch weiterhin unseren Weg finden werden. – Die sofortige Regelung der Nachfolge halte ich aus staatspolitischen Gründen für absolut zwingend notwendig. Es durfte keine Minute zweifelhaft bleiben, wer das neue Staatsoberhaupt ist. Unser gesamtes Staatswesen steht z. Zt. auf so schwachen Füßen, daß jede Unklarheit u. jedes Interregnum von gefährlichster Bedeutung hätte werden können. Dazu lag der 30. Juni noch viel zu dicht heran. Wie ich überhaupt glaube, daß die endgültige Auseinandersetzung im Innern mit dem 30. 6. noch keineswegs abgeschlossen ist. Da brodelt noch vieles im Untergrunde, u. das bricht auch noch mal heraus. Wohl ist jetzt die Entwaffnung der SA gelungen. Aber die starke Verminderung derselben um $^2/_3$ wird noch mancherlei Kopfzerbrechen machen u. Unzufriedenheiten schaffen. Der liebe Gott möge uns bei all dem wenigstens noch vor außenpolitischen Abenteuern bewahren. Militärisch befinden wir uns augenblicklich im Zustand völliger Desorganisation, die günstigstenfalls im Frühjahr überwunden ist. Damit mußte man ja rechnen. Aber hier tritt jetzt erschwerend hinzu, daß der 30. 6. dem Ausland eine ungeheure innere Schwäche offenbart hat, die geradezu den Anreiz zum Handeln bietet. Als erste Folge ist ja da der Umfall der Engländer u. Italiener zu buchen[8]. – Und in diesem Zusammenhang bleibt einem manchmal der Verstand glatt stehen, wenn man den deutschen Rundfunk hört bzw. die N.S. Presse liest in ihrer uns nur die gefährlichsten Schwierigkeiten bringenden Polemik außenpolitischer Vorgänge, siehe Österreich. Wir sind in genau denselben oft geschmähten Fehler der Vorkriegszeit gefallen, mit großen Worten Ansprüche anzumelden, die durchzufechten uns jegliche Mittel fehlen. Im Gegenteil, es ist eigentlich noch viel schlimmer. Vor dem Krieg waren wir ein militärisch u. wirtschaftlich beachtlicher Machtkörper, bei dem nur den führenden Männern die Stärke, zu ihren Worten zu stehen, fehlte. Heute ist es umgekehrt. Die Männer möchten schon zu ihren starken Worten stehen. Dann kommt aber das Schicksal, das uns klein, schwach u. arm werden ließ, so daß sie nicht zu ihren Worten stehen können. Es ist weiß Gott eine Tragik für uns Deutsche, daß unsern Führern immer das Maß des Möglichen verloren geht. Wie töricht, als man im Vorjahr das Wort Bismarcks „Politik ist die Kunst des Möglichen" lästern zu können glaubte. – Doch nun genug von diesen garstigen Dingen. Man mag schon gar nicht mehr darüber nachdenken. –

4.

H.Qu., 21. 11. 1939.

(Anrede) . . . Zu Deinem Namenstag sende ich Dir meine allerherzlichsten Wünsche. Leider werden sie zu spät kommen, da ich von unterwegs keine Gelegenheit zum Schreiben hatte. Sie sind nicht weniger herzlich, wenn sie erst heute auf den Weg kommen. Gleichzeitig erhältst Du ein Päckchen mit zwei Stück Roger u. Gallet-Seife aus Lodz und 1 Paar echten Seidenstrümpfen aus Warschau. Letztere waren recht teuer. Ich mochte aber in den Trümmern eines Geschäftes mit wirklich netten Besitzern nicht feilschen. Vielleicht leben sie mit den paar Pfennigen mehr, mit denen sie mich sicher übervorteilt haben, einige Tage länger! Und somit komme ich gleich auf meine Reise. Sie verlief äußerlich reibungslos bei leidlichem Wetter, brachte mich mit sehr viel Bekannten zusammen und hat viel tiefere Eindrücke

[8] Gemeint sind wohl die gemeinsamen Erklärungen von Frankreich, England und Italien (17. 2. 1934) zur Integrität Österreichs und die Reaktionen auf die Dollfuß-Ermordung (25. 7. 1934).

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hinterlassen, als ich es mir in der Theorie gedacht hatte. (Folgen einige Reisenotizen.) . . .

Allein der Blick aus der Luft ist aufschlußreich. Die Prov[inz] Posen trägt noch alle Merkmale eines kultivierten Landes und unterscheidet sich aus der Luft in nichts vom Reich. Hinter der Warthe beginnt urplötzlich ein anderes Land. Kein Fluß- und Bachlauf reguliert, keine Dränage. Von oben sieht Kongreßpolen jetzt im November wie eine Wasserwüste aus. Die Niederungen der Flüsse kilometerweit überschwemmt, in den Ackerfurchen auch der höher gelegenen Felder steht das Wasser, die Dörfer furchtbare Katen, entweder Einzelgehöfte oder ewiglange Straßendörfer. Unter dem Krieg haben sie wenig gelitten. Nur in den Kampfzonen an der Bzura findet man größere Zerstörungen. Sonst sieht man nur vereinzelt mal abgebrannte Häuser. Sehenswert ist der „Flugplatz" von Lodz, immerhin der zweitgrößten Stadt Polens. 2 kümmerliche Holzhallen, 1 Bretterbude als „Fluggastraum, Abfertigung und Flugleitung" und ein Rollfeld, das man als solches kaum ansprechen kann. Infolge dieses sagenhaften Zustandes ist der Platz von unserer Luftwaffe wohl auch nicht als solcher erkannt und demnach nicht angegriffen worden. Anders der Flugplatz Okecie bei Warschau, ihr „Tempelhof". Große moderne Bauten, von denen ein Teil in Trümmern liegt, während das Empfangsgebäude außer den Fensterscheiben heil geblieben ist. Warschau selbst macht einen trostlosen Anblick. Kaum ein Haus, das unberührt geblieben ist. Ganze Stadtviertel liegen in Trümmern oder sind ausgebrannt. Die bewohnbaren Häuser (etwa 50%) tragen mehr oder weniger alle Spuren der Beschießung in Gestalt von mit Brettern oder Pappe vernagelten Fensterhöhlen, Splitterwirkung von Bomben oder Artillerieeinschlägen. Ich wohnte am Pilsudski-Platz im Hotel Europieski, das ebenso wie das gegenüberliegende Hotel Bristol für uns beschlagnahmt ist. D. h. Licht, Zentralheizung, Warmwasser und der Restaurantbetrieb funktionieren wieder. Beide Hotels haben aber eine Reihe von Bomben- u. Artillerietreffern, so daß ganze Teile zwischendurch unbewohnbar sind und Mauern und Decken starke Risse aufweisen. In der Trennungsmauer zwischen meinem Schlafzimmer und meinem Badezimmer war durchs Fenster anscheinend ein Sprengstück durchgeschlagen, das ein Loch reingerissen hatte, daß ich von meinem Bett in die Badewanne sehen konnte. Diese aber bereits wieder benutzbar. Es ist das vielleicht das eigentümlichste Gefühl, daß man in Ruinen mit allen Schikanen der Neuzeit lebt, und zwar natürlich nur die Besatzung. Die Masse der Millionenbevölkerung der Stadt vegetiert irgendwo und irgendwie, man kann nicht sagen wovon. Es ist eine unsagbare Tragödie, die sich dort abspielt. Man sieht auch gar nicht, wie das weiter werden soll. Selbst ein reiches Volk u. ein reicher Staat würden Mühe haben, all das wieder aufzubauen, was jahrelanger Arbeit doch eines ganzen Volkes bedurft hat, um es entstehen zu lassen. Der Staat dieser Hauptstadt ist vernichtet, Verdienstmöglichkeiten bestehen nicht mehr, weil die Erzeugungsstätten zerstört sind. Das noch vorhandene Geld und Kapital reicht gerade noch dazu, daß die Bewohner es jetzt aufessen. Kreditgeber zum Aufbau sind nicht vorhanden, denn auch bei gutem Willen würde das unsere Kraft übersteigen. Eine öffentliche Fürsorge fehlt, denn wer soll die Mittel dafür aufbringen? Wer hat das Geld, um neue Fensterscheiben einzusetzen, die Lichtleitungen in den Häusern zu reparieren, die Dächer instandzusetzen? Niemand! Es ist eine Stadt und eine Bevölkerung, die dem Untergang geweiht ist. Es ist so grausam, daß man keinen Augenblick seines Lebens froh ist, wenn man in dieser Stadt weilt, – daß es einen bedrückt, wenn man in einem prächtigen Hotelsaal Gänsebraten futtert und zugleich danach sieht, wie Damen, die vielleicht noch vor 3 Monaten eine glänzende Rolle spielten, sich für ein Kommißbrot an unsere Landser verkaufen, um noch etwas länger vegetieren zu können. Der Krieg in dieser Auswirkung ist etwas Furchtbares, und auch der letzte Krieg hat solche Auswirkungen nicht zur Folge gehabt. Damals wußte

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

man, daß nachher irgendwie eine Aufbauarbeit einsetzt, weil irgendwer, neuer oder alter Staat, am Aufbau ein Interesse hat oder über die Mittel dazu verfügt. Dies Gefühl fehlt vollkommen, wenn man die Ruine Warschau erlebt hat. Man bewegt sich dort nicht als Sieger, sondern als Schuldbewußter! Mir geht es nicht allein so, – die Herren, die dort leben müssen, empfinden dasselbe. Dazu kommt noch all das Unglaubliche, was dort am Rande passiert und wo wir mit verschränkten Armen zusehen müssen! Die blühendste Phantasie einer Greuelpropaganda ist arm gegen die Dinge, die eine organisierte Mörder-, Räuber- und Plündererbande unter angeblich höchster Duldung dort verbricht. Da kann man nicht mehr von „berechtigter Empörung über an Volksdeutschen begangene Verbrechen" sprechen. Diese Ausrottung ganzer Geschlechter mit Frauen und Kindern ist nur von einem Untermenschentum möglich, das den Namen Deutsch nicht mehr verdient.

Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein![9] Diese Minderheit, die durch Morden, Plündern und Sengen den deutschen Namen besudelt, wird das Unglück des ganzen deutschen Volkes werden, wenn wir ihnen nicht bald das Handwerk legen. Denn solche Dinge, wie sie mir von kompetentester Seite an Ort u. Stelle geschildert und bewiesen wurden, müssen die rächende Nemesis wachrufen. Oder dies Gesindel geht gegen uns Anständige eines Tages ebenso vor und terrorisiert mit seinen pathologischen Leidenschaften auch das eigene Volk. – (Folgen Mitteilungen über persönliche Bekannte und über Besichtigungen.)

. . . Am nächsten Morgen war ich noch fast $^{3}/_{4}$ Std. allein bei ihm[10], wo er mir alle möglichen kleinen Sorgen mit auf den Weg gab und dann sein Herz über die Zustände im Bereich Ob.-Ost ausschüttete mit der Weisung, hier davon Gebrauch zu machen, was geschieht. – (Folgen Reisenotizen.)

5.

Samstag, 2. 8. 1941.

(Betrachtungen über die Operationen und die Fehlgriffe des Rußlandfeldzuges.)

. . . Ein Ausfluß dieser Nervosität an oberster Stelle ist auch unsere Art der Berichterstattung. Sie ist für meinen Begriff schlimm. Die Wehrmachtsberichte sind nichts weiter mehr als Mittel der politischen Propaganda, werden von ihm[11] nur noch persönlich abgefaßt ohne Rücksicht auf die ihm oft vorgetragene Rückwirkung auf die Stimmung und die Erwartung der kämpfenden Truppe, für die sie das einzige Unterrichtungsmittel über den großen Verlauf der Kämpfe darstellen. Außerdem bauschen sie angebliche Erfolge in einer geradezu abstoßenden Form auf und sind alles andere als nüchterne Tatsachenberichte. Mit Fug und Recht kann man ihren Wahrheitsgehalt anzweifeln. Es ist schade, daß nunmehr auch das letzte Bollwerk des Anstandes in diesem Staat auf dem Altar eines von korrupten oder irrsinnigen Menschen geleiteten Systems geopfert wird. Ich bin sehr verbittert wie noch nie in diesem Kriege und bestimmt wie noch nie im Verlauf eines Feldzuges.

Daß die Umbauten des Herrn von Ribbentrop in dieser Zeit vordringlich sind, ist mir neulich auch zur Kenntnis gekommen, indem ich vom Auswärtigen Amt einen Uk-Stellungsantrag für einen bei mir beschäftigten Zeichner erhielt mit der Begründung, daß der Führer den sofortigen Umbau der Villa des Herrn von Ribbentrop in Dahlem

[9] Im Original unterstrichen.

[10] Generaloberst Blaskowitz, damals Oberbefehlshaber Ost. Seine Opposition gegen die Greueltaten der SS in Polen ist auch anderweit bezeugt. Vgl. Rothfels, Deutsche Opposition gegen Hitler, S. 221, Anm. 39.

[11] D. h. Hitler.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

befohlen habe. Meine Antwort war unmißverständlich, – das wirst Du Dir vorstellen können – und selbstverständlich bleibt der Mann hier. – Was dieser Kerl aber für ein Parvenu ist, dafür folgendes Beispiel: Herr von Ribbentrop ist hier in unserer Nähe auf Schloß Steinort des Grafen L.[12] untergebracht, der selbst als Ordonnanzoffizier des Feldmarschalls von Bock im Felde steht, – eine der besten Familien von ganz Ostpreußen. Da ist diesem hergelaufenen Weinreisenden die Unterbringung anscheinend nicht fein genug, und so läßt er zur Freude der Gräfin die für ihn bestimmten 7 Zimmer völlig neu herrichten, tapezieren, Badezimmer und Küche pp. einbauen. Sie war ganz fassungslos und er ebenfalls, wie er neulich mal hier war. – Man versteht einfach nicht, wie sich ein Mensch aus angeblich guter Familie als Gast einfach so aufführen kann. Aber unter diesen Umständen wundert es mich nicht, wenn auch das Schloß Fuschl nicht standesgemäß ist und der Spitzhacke anheimfallen muß! – Wenn man bedenkt, daß man diesen Kerlen ein Lebenlang ausgeliefert ist, wünschte man fast, daß dieser Orlog entsprechend ausgeht. Nur um des so rührend dumm-anständigen deutschen Volkes willen kann man beten, daß wir vor einer erneuten Niederlage bewahrt bleiben mögen. Aber die Überzeugung hat sich in mir immer tiefer festgesetzt, daß die Völker am besten regiert und geführt werden, wo die Regierungsgewalt alte traditionsgebundene Schichten in den Händen haben und nicht Emporkömmlinge und hemmungslose Autokraten.

Ich habe meinem Herzen mal Luft machen müssen. Zeige diesen Brief aber um Gottes willen keinem Menschen. Er ist nur für Dich bestimmt . . . (Folgen Frontreiseberichte.)

6.

Samstag, 23. 8. 1941.

. . . Ich bin manchmal ganz verzweifelt über alles und trage in mir einen gesunden Haß gegen vielerlei, was man brieflich nicht in Worten ausdrücken kann. Man ist so hilflos einem Geschick ausgeliefert, von dem man übersieht, daß es entwicklungsmäßig unbedingt ein Absinken aller Werte zur Folge haben muß! – Was Du mir sagtest, daß es für mich gut wäre, alles mal von einer anderen Stelle aus anzusehen, hatte ich mir selbst schon vorgenommen. Ich werde daher Anfang September für einige Zeit – 2–3 Wochen – zu einem Panzerkorps gehen. Heusingers[13] Einverständnis habe ich schon. Ob es wirklich etwas nutzt, erscheint mir zweifelhaft. Denn die Hauptsache, die gerade da vorne ausschlaggebend ist, nämlich der Glaube an die Sache und die bedingungslose Einsatzbereitschaft bis zum Letzten für diese Sache, sind mir geschwunden, so traurig das klingen mag. – Aber es vergeht ja jetzt hier kein Tag, an dem man nicht in der Ablehnung dieses größenwahnsinnig gewordenen Proleten bestärkt wird. Gerade gestern erst wieder haben wir eine schriftliche Kostprobe davon bekommen, die so unerhört in ihrem Ton vorbeigegriffen war, daß man nur sagen kann, wer sich das gefallen läßt, der verdient es nicht anders. Und die andere Seite muß ja davon mit der Zeit überzeugt werden, daß sie sich alles erlauben kann, wenn alle sich alles widerspruchslos einstecken. Meine Achtung vor bestimmten Leuten ist jedenfalls tief gesunken . . . – es ist einfach ekelhaft und unwürdig!! . . . (Folgen kritische Betrachtungen über die Operationen und den „blutigen Dilettantismus" Hitlers.)

[12] Heinrich Graf von Lehndorff-Steinort, der ein aktives Mitglied der Widerstandsbewegung war.

[13] Generalleutnant A. Heusinger, damals Chef der Operationsabteilung.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

7.

Freitag, 5. 9. 1941.

(Ostfeldzug und Luftlage im Westen)

... Es ist kein Vergnügen, solche Entwicklungen mit übersehen zu müssen. Manchmal ist es mir fast zu viel, – das wirst Du verstehen, denn ich schätze auch noch anderes, als nur für „kommende Generationen" als heroisches Geschlecht zu gelten! Und wenn dann noch Belastungen dazu kommen, die in dem System begründet sind, so daß man sich seines anständigen Deutschtums schämen muß (Polen war gar nichts dagegen, – für Leningrad hat man trotz aller Vorstellungen die Aushungerung ohne Rücksicht auf Kapitulationsangebote – das wären ja doch nur Finten – mit allen Einwohnern befohlen, – auf ausbrechende Frauen u. Kinder ist zu schießen!!), – wenn ein wahrer Teufel in Menschengestalt so etwas erfindet, wovor ein Dschingis Khan vor Neid erblassen würde, – dann allerdings verliert man den Glauben und die Zuversicht an der Gerechtigkeit der Sache, für die man kämpfen und arbeiten soll! – Dies ist aber bitte alles nur für Dich bestimmt, und nimm den Brief bloß nicht in die Slowakei mit! Wie wir während Deines Aufenthaltes dort überhaupt korrespondieren können, ist mir unklar. Ich kann direkt nicht hinschreiben, – ich will es über den mir bekannten Mil. Attaché in Preßburg Obstlt. Becker, versuchen. – ... (Folgen Betrachtungen zur militärischen Lage.)

8.

Mittwoch, 5. November 1941.

(Militärisches und Persönliches)

... Alle ... Hoffnungen auf ein baldiges Ende sind trügerisch, solange ein ganzer Erdteil dem verbrecherischen Willen und krankhaften Ehrgeiz eines Wahnsinnigen ausgeliefert ist. Mir tut es nur immer um diese anständigen Menschen leid, die hier vorne so Unsägliches deswegen erleiden müssen. Gerade aber ihretwegen kann man das Ende dieser Tyrannei gar nicht früh genug herbeisehnen. Denn es wird uns sonst zu demselben Elend bringen, das wir hier täglich vor Augen sehen. – Ich bin von einem abgrundtiefen Haß erfüllt! Meine Kenntnis aus meiner bisherigen Verwendung[14] in Verbindung mit dem seit sechs Wochen Erlebten[15] hat ihn tief fundiert! Denn hier ist man hilflos einem unmenschlichen Schicksal preisgegeben. Seit dem 2. 10. haben sich unsere Div[isionen] fast mehr verblutet als in den Monaten vorher, weil man dauernd von falschen Voraussetzungen des Gegners ausgegangen ist. Aber das führt keineswegs zu irgendeiner Einsicht, – im Gegenteil, die Anforderungen werden immer maßloser. Sie werden in der Wirkung zur Selbstvernichtung führen! Es ist entsetzlich, das mit wachen Sinnen ansehen zu müssen, denn an Wunder glaube ich nicht mehr. (Grußformel)

9.

Mittwoch, 19. 11. 1941.

(Einleitendes zur militärischen Lage)

... Die Bahneinschränkungen haben mit uns nichts zu tun, sondern nur mit der jammervollen Bahnlage zu Hause – siehe den Anfang dieses Briefes. Aber dafür

[14] Als Gruppenleiter III der Operationsabteilung Generalstab des Heeres.

[15] Als Ia der 4. Armee.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reicht die Bahn noch aus, jeden 2. Tag einen Zug mit Juden aus dem Reich nach Minsk zu fahren und sie dann dort ihrem Schicksal preiszugeben. Das ist, ebenso wie der Judenstern in Berlin, wie ich ihn im Sept[ember] dort sah, eines angeblichen Kulturvolkes unwürdig! Es muß sich ja das alles mal an uns rächen, – und mit Recht! Es ist schamlos, daß um einiger Halunken willen ein so braves Volk ins Unglück gestürzt wird. Es ist alles noch viel schlimmer geworden als vor zwei Jahren in Polen. . . .

10.

Montag, 24. 11. 1941.

(Anrede) Genau 2 Monate sitze ich heute hier in diesem verrückten Land. 5 Monate dauert nun schon der Feldzug, u. viele Monate werden sich noch anschließen. Du bist nun inzwischen nach Berlin heimgekehrt und hast hoffentlich die Wohnung wohl angetroffen. . .

. . . ich erlebe hier . . . weiß Gott nichts, was mir Spaß macht. Denn den Spaß an meinem Beruf habe ich längst verloren. Und insofern möge Dir diese Antwort genug sein auf das, was Du hinsichtlich des Wechsels der Stellung bei mir voraussetztest. Ich tue meine Pflicht ohne jede Passion! Denn wenn man die letztere auch noch dabei empfindet, ist man kein Mensch mehr, sondern ein Stück Vieh! Ich fühle mich nur gezwungenermaßen, keineswegs freiwillig oder gar freudig als Werkzeug eines despotischen Vernichtungswillens, der alle Regeln der Menschlichkeit und des einfachsten Anstandes außer acht läßt, sich aber gleichermaßen gegen Fremde wie gegen die eigenen Leute richtet. Ich bin so maßlos verbittert geworden! Daran ändert auch nichts, wenn die Lage sich z. Zt. entspannt hat und wir auf dem Nordflügel zum erfolgreichen Angriff übergehen konnten. Ob das nun hier zwei Wochen früher oder später 50 km weiter oder weniger weit zu Ende geht, ist ja so belanglos! Trotzdem haben wir das jahrelange „Vergnügen" eines Krieges gegen Gott u. die ganze Welt eines Tollhäuslers wegen! Ich will nicht mehr davon sprechen –! . . .

11.

Samstag, 10. 1. 1942.

(Anrede) Das Tempo der Tage vergeht so atemberaubend, weil man dauernd im Druck sitzt, daß es mir gar nicht recht bewußt ist, wie lange ich Dir nicht geschrieben habe. Es war wohl zuletzt aus Batischtschewo, als ich mit einer Angina auf der Nase lag. Die ist Gott sei Dank schnell vergangen. Am 2. Tag mußten wir dort Hals über Kopf fort, weil uns in unserer tiefen Armeeflanke die russ. Kavallerie fast ausgehoben hatte. Die Autofahrt hat mich fieberfrei und gesund gemacht. Seit mehreren Tagen sitzen wir wieder in Spass Djemenskoje, – unserm 1. Sprung nach dem Durchbruch der Desna-Stellung. Es ist niederziehend, wie man den Weg des Sieges unter diesen Umständen wiedererleben muß. Und wie ein Magnet ziehen wir die russ. Kav[allerie] immer hinter uns her. Seit gestern wimmelt die Gesellschaft wieder ostw[ärts] von uns rum. Der operative Durchbruch ist jetzt so tief geworden, daß nun auch mein Latein restlos zu Ende ist. Wie das noch werden soll, ist mir restlos schleierhaft. Mit dem Nachäffen des geistlosen Stalinschen Rezeptes (ist diese Übereinstimmung der Geistlosigkeit ein Wunder?): „Stehen bleiben, ganz gleichgültig, was rechts, links oder hinter dir passiert", geht es jedenfalls nicht. Aber auch für Bewegungen ist es jetzt zu spät, denn die unbeschreiblichen Schneestürme der letzten Tage haben alle Wege außer der Rollbahn völlig unpassierbar gemacht. Nur der Russe mit seiner Winterbeweglichkeit auf Ski u. Schlitten kommt von

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Stelle. Wenn kein Wunder passiert, muß sich langsam aber sicher unser Schicksal vollziehen. Unsere Haupteisenbahn – die letzte – bei Kirow ist seit heute abend in russ Hand, die Rollbahn hier hinten bei Spass bedroht. Die Masse der Armee zwischen Medyn und Kaluga wird demnächst nicht mehr zu versorgen sein. Es kommt alles so – oder noch viel schlimmer –, wie wir es seit vier Wochen vorausgesehen haben. Damals war durch einen richtigen Entschluß noch was zu retten – heute ist es mal wieder „zu spät". – Man selbst wird langsam mürbe und resigniert. Hoepner[16] ist jetzt auch abgesägt, weil er selbständig einen Entschluß gefaßt hat, um das früher uns gehörige XX. A[rmee] K[orps] vor der sicheren Vernichtung zu retten. – Wen Gott strafen will, den schlägt er mit Blindheit! Wir alle haben so viele Schuld auf uns geladen – denn wir sind ja mitverantwortlich, daß ich in diesem einbrechenden Strafgericht nur eine gerechte Sühne für alle die Schandtaten sehe, die wir Deutschen in den letzten Jahren begangen bzw. geduldet haben. Im Grunde genommen befriedigt es mich zu sehen, daß es doch noch eine ausgleichende Gerechtigkeit auf der Welt gibt! Und wenn ich ihr selbst zum Opfer fallen sollte. Ich bin dieses Schreckens ohne Ende müde. (Schlußformel.)

12.

Freitag, 28. 8. 1942.

(Anrede) Habe vielen herzlichen Dank für Deinen Luftpostbrief aus Thalgau. Ich werde auf all Deine Erlebnisse eingehen, wenn ich den Kopf freier habe. Augenblicklich überwiegen die Sorgen. Um uns herum brennt die Welt. Wir selbst sind tatenlose Zuschauer, – geschwächt wie noch nie. Die Hoffnung, von der ich im letzten Brief sprach, ist auch zuschanden geworden . . . in der Nachbarschaft bricht es an allen Ecken und Kanten. Und wir selbst harren nun der Stunde, wo wir drankommen und es ein Fiasko geben muß! Im Süden liegen die Dinge keineswegs so rosig, wie sie unsere augenpulverstreuende Propaganda darstellt. – Insgesamt ist die Lage, besonders hier in der Mitte, viel schwieriger als im Winter. Denn wir haben ja einen neuen Winter vor der Tür, ohne daß im jetzigen Sommer auch nur annähernd das gesteckte operative Ziel erreicht wurde. Dabei werden wir immer blutärmer hier ohne die Aussicht, daß dieser Blutarmut gesteuert werden kann. Ich fange ernstlich an, am Ausgang zu zweifeln! – Aber das ist alles kein Wunder, denn wenn jemand größenwahnsinnig wird und auf keinen Rat mehr hört, dann muß er eben verdorben werden. Nur schade, daß so viele unschuldige anständige Menschen darunter leiden müssen. Und um dieser Menschen wegen muß man seine Pflicht erfüllen, – auch gegen einen Wahnsinn! Denn jeder Gehorsam hat bestimmte Grenzen. Und ich habe durchaus die Absicht, auf der Seite der Vernunft zu bleiben. So weit sind wir schon gekommen, – Du wirst verstehen, was ich meine. Schließlich hat man ja auch vor Gott Pflichten, der einen auf seinen Platz gestellt hat und einem die Gaben mitgegeben hat, über die man verfügt. Mit dem tatenlosen Zuschauen bzw. blind vertrauenden Ausführen irrsinniger Weisungen muß nun mal Schluß sein, – es geht um mehr als um den Starrsinn! Denn so nenne ich das (– und andere sehr „kluge" Leute auch[17] –) und nicht „Charakterstärke", wie das Teppichrollern und Oberkellnern vorkommen mag . . . – ich bin so verbittert wie noch nie! (Schlußformel.)

[16] Generaloberst Erich Hoepner, der schon an der Vorbereitung des Staatsstreichs im September 1938 beteiligt war, wurde aus dem oben angegebenen Grunde ohne Kriegsgerichtsurteil aus der Armee ausgestoßen. Er wurde mit Stieff zusammen hingerichtet.

[17] Eine offenbare Anspielung auf den Generalfeldmarschall von Kluge.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

13.

Berlin, Freitag, 6. 8. 1943.

(Anrede) Ich bin heute kurzfristig und überraschend für einen Tag in Berlin. Der Tag war von 9³⁰ Uhr ab ausgefüllt mit ernsten Besprechungen. Jetzt sitze ich um 18 Uhr in der Wohnung, habe mir einen Tee gebraut und mache geistig Inventur über alles, was mich in den letzten Tagen und heute erfüllt hat. Und ich stelle fest, daß meine Auffassung, zu der ich mich in den letzten Tagen durchgerungen habe, die richtige ist, nämlich, daß man sich keiner Verantwortung, die einem das Schicksal abfordert, entziehen darf. Diese Feststellung wird Dir genügen[18]. Und ich müßte mich meines eigenen Werdegangs vor mir schämen, wenn ich nicht in dem Augenblick, wo es not tut, meine wahre Pflicht erfülle. Ich werde mich dabei nicht beflecken, – darüber kannst Du beruhigt sein.

Im übrigen ist in mir alles klar und ruhig, wie nach dem Aufsitzen vor dem Start auf ein ausgezeichnetes Pferd. Du hast diesen Vergleich ja oft von mir gehört. –

Dein lieber langer Brief vom 30. hat mich mit den Stimmungsschilderungen sehr interessiert. Sie ergänzten gut das Bild, das sich mir bietet. Und auch Deine Haltung ist richtig. Wir dürfen um Gottes willen nicht einer Stimmung zutreiben, die völlig sinnlos und in restloser Verkennung der Dinge einer Friedenssehnsucht um jeden Preis nachhängt. Die Gefahr des Ostens ist sonst nicht zu bannen.

Völlig verrückt gemacht ist ja Berlin durch den „zackigen" wohldurchdachten und geplanten Aufruf zur Evakuierung Berlins. Es ist so ungefähr das schönste Stück von Organisationskunst, das ich bisher erlebt habe. Typisch kleines Karlchen!

... Meine nächsten Tage werden mit einigen Reisen ausgefüllt sein, insbesondere will ich zur Mitte[19]. An einen demnächstigen Besuch in Mittelsteine ist unter den obwaltenden Umständen natürlich nicht zu denken, so leid mir das selbst tut. (Schlußformel.)

ZU HITLERS OSTPOLITIK IM SOMMER 1943

Vorbemerkung

Die folgenden, bisher unveröffentlichten Ausführungen Hitlers sind Teil einer Ansprache vor höheren Führern des Ostheeres. Hitler hielt diese am Abend des 1. Juli 1943, fünf Monate nach der Katastrophe von Stalingrad, vier Tage vor Beginn der letzten großen deutschen Offensive im Osten — des gescheiterten Unternehmens „Zitadelle" gegen den russischen Frontvorsprung im Raum von Kursk. Nur das hier wiedergegebene, knapp 4½ Schreibmaschinenseiten umfassende Teilstück der Rede (S. 55–61 des Originals) ist unseres Wissens überliefert. Wie sich aus dem vorliegenden Begleitschreiben ergibt, übersandte „der Beauftragte des Führers für die militärische Geschichtsschreibung", der damalige Oberst Scherff, am 5. Juli 1943 dieses Teilstück dem Major d. G. Rohrbeck im Wehrmachtfüh-

[18] Am 28. Februar 1943 hatte Generalmajor Stieff seiner Frau davon Mitteilung gemacht, daß man an ihn herangetreten war, um ihn zur Teilnahme an einem Attentat gegen Hitler zu bewegen. Stieff schwankte längere Zeit. Obenstehende Bemerkung bedeutet die Mitteilung an seine Gattin, daß er sich zur Teilnahme entschlossen habe.

[19] Zu Generalfeldmarschall von Kluge.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungsstab/Qu auf dessen Wunsch, und zwar mit der „schon telephonisch" geäußerten Bitte, „die Angelegenheit im Sinne einer Chefsache streng vertraulich und nur im eigenen Ressort zu behandeln". Offenbar mit den Akten des Wehrmachtführungsstabes erbeutet, ist dieser Teil der Rede als Dokument 739-PS in die Materialien des Nürnberger Hauptprozesses eingereiht, jedoch, da für die eigentlichen Prozeßfragen ohne Belang, nicht als Beweisstück verwendet worden.

Sowohl die allgemeinen Voraussetzungen als auch die unmittelbaren Anlässe für die Ausführungen Hitlers sind bekannt. Es ging damals um Art und Ausmaß einer selbständigen und geschlossenen Beteiligung russischer Freiwilliger an der Bekämpfung des bolschewistischen Staates und damit auch um die Frage der politischen Zielsetzung im Osten. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, die verwickelten sachlichen und persönlichen Zusammenhänge der deutschen Ostpolitik während des zweiten Weltkrieges darzulegen, die im Sinne Hitlers allein auf Behauptung und Ausbeutung der eroberten Gebiete als Kolonie unter absoluter Dienstbarmachung ihrer „minderwertigen Bevölkerung" für diesen Zweck gerichtet sein sollte. Mit der zunehmenden Versteifung des russischen Widerstandes und den eintretenden militärischen Rückschlägen verstärkten sich indes gewisse an sich schon vorhandene Tendenzen zu einer grundlegenden Änderung der Ostpolitik. Namentlich — wenn auch keineswegs ausschließlich — eine Gruppe von Offizieren[1], deren Aktionsbasis die „Abteilung Ostpropaganda" des OKW unter dem Hauptmann Strik-Strikfeldt darstellte, sympathisierte aus politischer und sittlicher Überzeugung mit den Bestrebungen zur Schaffung eines „Freien Rußland". Diese Bestrebungen verknüpften sich bekanntlich mit Namen und Programm des Generals Wlassow und fanden in der durch die genannte Abteilung angebahnten Gründung eines „Russischen Nationalkomitees" unter diesem General sowie in der Planung einer „Russischen Befreiungsarmee" Ausdruck[2]. Es kam, so hören wir, auf Betreiben jener Offiziersgruppe zum Abwurf von Flugblättern mit der Proklamation des Russischen Nationalkomitees nicht nur über den sowjetischen Linien, sondern, gegen Wunsch und Willen Hitlers, auch über den deutsch-besetzten Gebieten. Andererseits wurde im Frühjahr 1943 endlich die Veröffentlichung des sogenannten „Smolensker Manifests" zugelassen, in dem Wlassow und seine Mitarbeiter die Bildung des „Russischen Nationalkomitees" bekanntgaben und zum Eintritt in die „Russische Befreiungsarmee" aufriefen — die indes niemals volle Wirklichkeit wer-

[1] Zum folgenden vgl. George Fischer, Der Fall Wlassow, in: „Der Monat", Heft 33, 34, 35, 1951 (auch Sonderdruck); ders., Soviet Opposition to Stalin. A Case Study in World War II, Cambridge / USA, 1952.

[2] Schon seit längerer Zeit wurden die — 1943 nach Hunderttausenden zählenden — nationalrussischen Freiwilligen, die zunächst nur einzeln als „Hilfswillige" im Hinterland verwendet worden waren, auch in geschlossenen, von deutschen Offizieren befehligten „Ostbataillonen" hier und da an der Front eingesetzt. Der Generalstabschef des Heeres, General Zeitzler, teilte in der weiter unten erwähnten Besprechung vom 8. 6. 1943 auf dem Obersalzberg (s. Anm. 4) mit: „Wir haben im ganzen 78 Bataillone, 1 Regiment und 122 Kompanien." Beruhigend fügte er hinzu, vorn seien „eigentlich nicht viel, und die sind alle sehr zerkleckert." Dazu kamen noch 60000 Wachmannschaften und 220000 Hilfswillige.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

13.

Berlin, Freitag, 6. 8. 1943.

(Anrede) Ich bin heute kurzfristig und überraschend für einen Tag in Berlin. Der Tag war von 9^{30} Uhr ab ausgefüllt mit ernsten Besprechungen. Jetzt sitze ich um 18 Uhr in der Wohnung, habe mir einen Tee gebraut und mache geistig Inventur über alles, was mich in den letzten Tagen und heute erfüllt hat. Und ich stelle fest, daß meine Auffassung, zu der ich mich in den letzten Tagen durchgerungen habe, die richtige ist, nämlich, daß man sich keiner Verantwortung, die einem das Schicksal abfordert, entziehen darf. Diese Feststellung wird Dir genügen[18]. Und ich müßte mich meines eigenen Werdegangs vor mir schämen, wenn ich nicht in dem Augenblick, wo es not tut, meine wahre Pflicht erfülle. Ich werde mich dabei nicht beflecken, – darüber kannst Du beruhigt sein.

Im übrigen ist in mir alles klar und ruhig, wie nach dem Aufsitzen vor dem Start auf ein ausgezeichnetes Pferd. Du hast diesen Vergleich ja oft von mir gehört. –

Dein lieber langer Brief vom 30. hat mich mit den Stimmungsschilderungen sehr interessiert. Sie ergänzten gut das Bild, das sich mir bietet. Und auch Deine Haltung ist richtig. Wir dürfen um Gottes willen nicht einer Stimmung zutreiben, die völlig sinnlos und in restloser Verkennung der Dinge einer Friedenssehnsucht um jeden Preis nachhängt. Die Gefahr des Ostens ist sonst nicht zu bannen.

Völlig verrückt gemacht ist ja Berlin durch den „zackigen" wohldurchdachten und geplanten Aufruf zur Evakuierung Berlins. Es ist so ungefähr das schönste Stück von Organisationskunst, das ich bisher erlebt habe. Typisch kleines Karlchen!

... Meine nächsten Tage werden mit einigen Reisen ausgefüllt sein, insbesondere will ich zur Mitte[19]. An einen demnächstigen Besuch in Mittelsteine ist unter den obwaltenden Umständen natürlich nicht zu denken, so leid mir das selbst tut. (Schlußformel.)

ZU HITLERS OSTPOLITIK IM SOMMER 1943

Vorbemerkung

Die folgenden, bisher unveröffentlichten Ausführungen Hitlers sind Teil einer Ansprache vor höheren Führern des Ostheeres. Hitler hielt diese am Abend des 1. Juli 1943, fünf Monate nach der Katastrophe von Stalingrad, vier Tage vor Beginn der letzten großen deutschen Offensive im Osten — des gescheiterten Unternehmens „Zitadelle" gegen den russischen Frontvorsprung im Raum von Kursk. Nur das hier wiedergegebene, knapp $4^1/_2$ Schreibmaschinenseiten umfassende Teilstück der Rede (S. 55—61 des Originals) ist unseres Wissens überliefert. Wie sich aus dem vorliegenden Begleitschreiben ergibt, übersandte „der Beauftragte des Führers für die militärische Geschichtsschreibung", der damalige Oberst Scherff, am 5. Juli 1943 dieses Teilstück dem Major d. G. Rohrbeck im Wehrmachtfüh-

[18] Am 28. Februar 1943 hatte Generalmajor Stieff seiner Frau davon Mitteilung gemacht, daß man an ihn herangetreten war, um ihn zur Teilnahme an einem Attentat gegen Hitler zu bewegen. Stieff schwankte längere Zeit. Obenstehende Bemerkung bedeutet die Mitteilung an seine Gattin, daß er sich zur Teilnahme entschlossen habe.

[19] Zu Generalfeldmarschall von Kluge.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungsstab/Qu auf dessen Wunsch, und zwar mit der „schon telephonisch" geäußerten Bitte, „die Angelegenheit im Sinne einer Chefsache streng vertraulich und nur im eigenen Ressort zu behandeln". Offenbar mit den Akten des Wehrmachtführungsstabes erbeutet, ist dieser Teil der Rede als Dokument 739-PS in die Materialien des Nürnberger Hauptprozesses eingereiht, jedoch, da für die eigentlichen Prozeßfragen ohne Belang, nicht als Beweisstück verwendet worden.

Sowohl die allgemeinen Voraussetzungen als auch die unmittelbaren Anlässe für die Ausführungen Hitlers sind bekannt. Es ging damals um Art und Ausmaß einer selbständigen und geschlossenen Beteiligung russischer Freiwilliger an der Bekämpfung des bolschewistischen Staates und damit auch um die Frage der politischen Zielsetzung im Osten. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, die verwickelten sachlichen und persönlichen Zusammenhänge der deutschen Ostpolitik während des zweiten Weltkrieges darzulegen, die im Sinne Hitlers allein auf Behauptung und Ausbeutung der eroberten Gebiete als Kolonie unter absoluter Dienstbarmachung ihrer „minderwertigen Bevölkerung" für diesen Zweck gerichtet sein sollte. Mit der zunehmenden Versteifung des russischen Widerstandes und den eintretenden militärischen Rückschlägen verstärkten sich indes gewisse an sich schon vorhandene Tendenzen zu einer grundlegenden Änderung der Ostpolitik. Namentlich — wenn auch keineswegs ausschließlich — eine Gruppe von Offizieren[1], deren Aktionsbasis die „Abteilung Ostpropaganda" des OKW unter dem Hauptmann Strik-Strikfeldt darstellte, sympathisierte aus politischer und sittlicher Überzeugung mit den Bestrebungen zur Schaffung eines „Freien Rußland". Diese Bestrebungen verknüpften sich bekanntlich mit Namen und Programm des Generals Wlassow und fanden in der durch die genannte Abteilung angebahnten Gründung eines „Russischen Nationalkomitees" unter diesem General sowie in der Planung einer „Russischen Befreiungsarmee" Ausdruck[2]. Es kam, so hören wir, auf Betreiben jener Offiziersgruppe zum Abwurf von Flugblättern mit der Proklamation des Russischen Nationalkomitees nicht nur über den sowjetischen Linien, sondern, gegen Wunsch und Willen Hitlers, auch über den deutsch-besetzten Gebieten. Andererseits wurde im Frühjahr 1943 endlich die Veröffentlichung des sogenannten „Smolensker Manifests" zugelassen, in dem Wlassow und seine Mitarbeiter die Bildung des „Russischen Nationalkomitees" bekanntgaben und zum Eintritt in die „Russische Befreiungsarmee" aufriefen — die indes niemals volle Wirklichkeit wer-

[1] Zum folgenden vgl. George Fischer, Der Fall Wlassow, in: „Der Monat", Heft 33, 34, 35, 1951 (auch Sonderdruck); ders., Soviet Opposition to Stalin. A Case Study in World War II, Cambridge / USA, 1952.

[2] Schon seit längerer Zeit wurden die — 1943 nach Hunderttausenden zählenden — nationalrussischen Freiwilligen, die zunächst nur einzeln als „Hilfswillige" im Hinterland verwendet worden waren, auch in geschlossenen, von deutschen Offizieren befehligten „Ostbataillonen" hier und da an der Front eingesetzt. Der Generalstabschef des Heeres, General Zeitzler, teilte in der weiter unten erwähnten Besprechung vom 8. 6. 1943 auf dem Obersalzberg (s. Anm. 4) mit: „Wir haben im ganzen 78 Bataillone, 1 Regiment und 122 Kompanien." Beruhigend fügte er hinzu, vorn seien „eigentlich nicht viel, und die sind alle sehr zerkleckert." Dazu kamen noch 60000 Wachmannschaften und 220000 Hilfswillige.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den sollte[3]. Bald darauf konnte sich Wlassow zum zweitenmal mit einem Aufruf an die Bevölkerung des besetzten Rußlands wenden. Dann aber erfolgte eine scharfe Reaktion Hitlers. Keitel berief Wlassow von der Front ab und beorderte ihn nach Berlin zurück. Hitler selbst verbot die Wlassow-Propaganda in allen von deutschen Truppen besetzten sowjetischen Gebieten.

In einer Besprechung mit Keitel und dem Generalstabschef Zeitzler auf dem Obersalzberg am 8. Juni 1943, welcher der Wehrmachtsadjutant Generalleutnant Schmundt und der erwähnte Oberst Scherff beiwohnten, nahm Hitler zu der Gesamtfrage grundsätzlich Stellung[4]. Der Sinn seiner eingehenden, wie immer monologartigen Ausführungen war: Die Propaganda, die man jenseits der Front unter den sowjetischen Truppen mit dem Versprechen einer „russischen Befreiungsarmee" treibe, dürfe nicht die Klarheit über die eigene politische Konzeption beeinträchtigen oder gar ihre Verwirklichung gefährden, kurz, das taktische Mittel dürfe nicht über das politische Ziel dominieren. Die Vorstellung, daß man mit Nutzen für Deutschland eine russische Armee aufbauen könnte, tat er als „ein Phantom ersten Ranges" ab. Und da „wieder wie 1916 die Militärs" kamen und eine andere Meinung vertraten, berief er sich als geschichtlichen Beleg für die Richtigkeit seiner These ausgiebig auf die verfehlten Spekulationen Ludendorffs im ersten Weltkrieg, der im Jahre 1916 den widerstrebenden Bethmann Hollweg in der Hoffnung auf die Gewinnung einer polnischen Armee zur Proklamation des polnischen Königreichs drängte[5]. Was für Hitler jedoch entscheidend war, zeigt seine Bemerkung: „Ich kann keine Zukunftszielsetzung machen, die mir hier unabhängige Staaten, autonome Staaten aufbaut." Es gab für ihn im Osten keine „Kompromißlösung" dieser Art. Nur „als ein rein propagandistisches Mittel"[6] zur Zersetzung der sowjetischen Wehrkraft, um die nationalsozialistische Terminologie anzuwenden, sollte daher Wlassows Flugblattaktion dienen. „Wir können hinüber Propaganda machen, wie wir wollen . . ., da kann man alles machen", erklärte er zynisch, „aber unter der einen Voraussetzung . . ., daß nicht die geringsten Konsequenzen praktisch daraus gezogen werden." Sowjetische Soldaten, die im Vertrauen auf die „Russische Befreiungsarmee" überliefen, waren für Hitler „Kriegsgefangene"[7], die in erster Linie als Arbeitskräfte in Deutschland zu verwerten seien. Darüber hinaus sollten sie als Wachmannschaften oder Hilfs-

[3] Erst in der letzten Phase des Krieges, nach einem gewissen Umschwung in der Haltung Himmlers, tatsächlich aktiviert, wurde diese Armee, abgesehen von Stäben, Reserven und Sonderabteilungen, trotz der dem Wlassow-Unternehmen gegebenen Publizität auf eine einzige kriegsstarke Division beschränkt gehalten. Vgl. Fischer, „Der Monat", 1951, S. 406.

[4] Siehe den in deutscher Sprache wiedergegebenen Wortlaut des höchst aufschlußreichen Protokolls (Nürnberg-Dok. 1384-PS) auf Grund des Stenogramms bei G. Fischer, Vlasow and Hitler, Journal of Modern History, Vol. XXIII, 1951, S. 63–71. Einige Teilstücke gedruckt in Nazi Conspiracy and Aggression, Vol. III, Washington 1946, S. 959 f.

[5] Vgl. E. Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen 1914–1918, 5. Aufl., Berlin 1920, S. 513 ff.; dazu ders., Kriegführung und Politik, Berlin 1922, S. 180 ff.; Th. von Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg II, Berlin 1924, S. 93 ff.

[6] So Keitel, zusammenfassend a. a. O. (Anm. 4).

[7] Vgl. a. a. O. S. 70, Sp. 2.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

willige eingesetzt, in „landeseigenen Verbänden" jedoch höchstens zu Bataillonen zusammengefaßt und auch dann nicht an der Front verwendet werden. Hitlers militärische Gesprächspartner stimmten seiner Auffassung willig und kritiklos zu. Auf Anregung Zeitzlers und den Hinweis Keitels, daß einige Oberbefehlshaber — es fielen die Namen von Küchler und von Kluge — sich von der Aufstellung landeseigener Verbände eine willkommene Entlastung versprächen, äußerte Hitler schließlich den Gedanken, „den wesentlichen Offizieren, vor allem den Generalen und Feldmarschällen", seine Auffassung noch einmal persönlich darzulegen. „Das wäre wunderbar", meinte Schmundt, „das wäre sehr gut", sekundierte Keitel.

So kam es zu den Ausführungen Hitlers vom 1. Juli. Sie bilden ein sinngemäßes Gegenstück seiner Leitsätze vom 8. Juni, mit leichten Abwandlungen und Verschleierungen, wie sie sich vor diesem Zuhörerkreis empfehlen mochten. Offenbar hatte Hitler in dem nicht bekannten vorausgehenden Teil seiner Ansprache nachdrücklich die Notwendigkeit eines Erfolges der bevorstehenden Offensive betont, den er nach den Niederlagen von Stalingrad und Tunis, der Wendung im Luftkrieg und angesichts der zunehmenden Schwäche seiner Verbündeten so dringend brauchte. Denn er begründet diese Notwendigkeit zu Beginn seiner vorliegenden Ausführungen „auch" mit der „psychologischen" Anfälligkeit der „unterworfenen" Ostvölker, denen gegenüber man sich nach seiner Auffassung in der Rolle des „Tierbändigers" befand. Damit ist er beim Thema. Wiederum unterstreicht er stark die „Illusion" Ludendorffs hinsichtlich einer polnischen Armee im Jahre 1916, entgegen dem „fortgesetzten Warnen" selbst eines Bethmann Hollweg — wovon er sich auf seine militärischen Zuhörer offenbar eine besondere Wirkung versprach. Dann aber führt er ein neues Argument gegen eine Änderung der Ostpolitik ins Treffen: ein erklärter Verzicht auf „positive Kriegsziele" — d. h. auf nackte Eroberungspolitik — würde den deutschen Soldaten enttäuschen, den „kleinen Mann" demoralisieren, der noch „den gesunden, primitiven Naturinstinkts des animalischen Wesens" besitze. Gegenüber Hitlers Ausführungen vom 8. Juni tritt, zugunsten von Argumentationen wie diesen, sein zynisches Bekenntnis zum Eroberungsziel und vor allem zu bedenkenloser Ausbeutung des Wlassow-Unternehmens als unverbindliches Propagandamittel jenseits der Front jetzt eher etwas zurück. Einige Stellen seiner Rede finden sich auch schon in anderem Zusammenhang: So hatte er von jenem Arbeiter am Atlantikwall, der „nicht umsonst" daran gebaut haben wollte, bereits ein Jahr zuvor bei Tisch erzählt, und auch sein Wort von der Welt als „Wanderpokal", den die Vorsehung dem jeweils Stärksten verleihe, fiel schon zur gleichen Zeit und im gleichen Rahmen[8]. Sein Ceterum censeo aber ist wieder die Beseitigung des Mangels an „Lebensraum", den er sechs Jahre zuvor einmal „die absolut trostlose Generallinie" genannt hatte[9].

---

[8] Vgl. Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–42, Bonn 1951, S. 80 f. (13. und 8. 5. 42).

[9] In der aufschlußreichen Rede „vor dem politischen Führernachwuchs" auf der Ordensburg Sonthofen am 23. 11. 1937, 18 Tage nach der durch das Hoßbach-Dokument bekanntgewordenen Sitzung. Siehe Hitlers Tischgespräche, S. 447.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als das erstaunlichste aber erscheint dem rückschauenden Betrachter, daß Hitler selbst in diesem kritischen Stadium, am 1. Juli 1943, fünf Monate nach Stalingrad, jeden Gedanken an eine Änderung der Ostpolitik im Bunde mit den russischen Gegnern Stalins von sich weist. Starr ist sein Geist auf ein Ziel gerichtet, das schon in unerreichbarer Ferne entschwindet. Bliebe nur noch darauf hinzuweisen, daß Hitler auch in der Schlußphase des Krieges, trotz eines äußeren Kurswechsels gegenüber dem Wlassow-Unternehmen, nicht anders gedacht hat[10]. Seinen Ausführungen wohnt, trotz ihres geradezu penetranten „Realismus", ein dogmatischer Zug inne. Der scheinbar so nüchterne Rechner, der ausdrücklich „die Begrenzung auf das Mögliche" empfiehlt, hat das Gefühl für dieses Mögliche im Grunde nie besessen. Er war schlechterdings unfähig, die Alternative eines Zusammengehens mit den nationalen Kräften Rußlands aufrichtig und vorurteilsfrei ins Auge zu fassen. Er blieb der Gefangene seines Weltbildes, das sich hier erneut so deutlich als das des engsten biologischen Materialismus enthüllt. *H. Kr.*

AUSZUG AUS DER ANSPRACHE DES FÜHRERS AN DIE HEERESGRUPPENFÜHRER pp. AM 1. 7. 43 ABENDS (S. 55–61)[1]

. . . Es kommen dazu dann umgekehrt wieder die Menschen in den unterworfenen Gebieten, deren Beherrschung natürlich, ich möchte geradezu sagen, ein psychologisches Problem ist. Es ist nicht so, daß man sie nur mit der Gewalt allein beherrschen kann. Gewiß, die Gewalt ist das Entscheidende, aber ebenso wichtig ist, ich möchte sagen, dieses psychologische Etwas, das der Tierbändiger auch benötigt, um seiner Tiere Herr zu werden. Sie müssen die Überzeugung besitzen, daß wir Sieger sind; sowie nur irgend etwas ins Wanken gerät in dieser Überzeugung, werden natürlich manche dieser Menschen zunächst einmal nachlassen in der Erfüllung der ihnen obliegenden Pflichten, die ihnen aufgetragen sind, in der Arbeit, im Arbeitseinsatz, in der Abstellung von Arbeitskräften, und andere werden sofort natürlich erst munter im Sinne der Organisation von Aktionen gegen uns, von Anschlägen gegen uns usw. Man kann genau feststellen, wie jede Krise irgendwo an der Front sofort ihre Wellen zurückwirft. Auch hier ist es ausschlaggebend wichtig, daß unter allen Umständen ein Erfolg eintritt, der alle diese Momente einer Depression bei unseren Verbündeten und einer stillen Hoffnung bei den Unterworfenen beseitigt.

Es ist das aber auch notwendig, meine Herren, um im Osten selbst gewisse Erscheinungen tragbar zu machen, die sonst untragbar sein würden. Ich weiß, daß die Armeen hinter sich allmählich Hilfstruppen aufbauen und sich weiß Gott was davon versprechen. Ich möchte ganz kurz auf dieses Problem eingehen, meine Herren. Insoweit wir selber die Begrenzung des Möglichen genau vor Augen haben, ist das nicht gefährlich. Wenn wir aber diese Begrenzung jemals aus den Augen verlieren, kann

[10] Vgl. seine Äußerungen in den „Führerlagebesprechungen" vom 27. Januar (IMT, Dok. 3786-PS, Bd. XXXIII, S. 102 ff) und 25. März 1945 (F. Gilbert, Hitler directs his War, New York 1950, S. 147–150). Am 27. 1. 1945 äußerte Hitler: „Wlassow ist gar nichts. . . . Ich war ja dagegen, daß man sie in unsere Uniformen umkleidet. Aber wer war dafür? Das war unser liebes Heer, das seine eigenen Gedanken hatte."

[1] Überschrift des Originals.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

es zu einer großen Gefahr werden. Im Weltkrieg sind wir dieser tödlichen Gefahr erlegen. Es wurde später oft erklärt: es war der kapitale Fehler, daß man den polnischen Staat begründet hat, in dem Moment sind die Möglichkeiten eines Friedens mit Rußland verschwunden usw. – Meine Herren, der polnische Staat ist gegründet worden entgegen dem fortgesetzten Warnen eines Mannes, der auch Bethmann Hollweg hieß. Ich bin persönlich – das brauche ich nicht zu erwähnen – nicht der Verteidiger von Bethmann Hollweg. Er ist nicht mein Typ. Aber es ist nun einmal die geschichtliche Tatsache. Bethmann Hollweg mußte kapitulieren, weil man versprochen hatte, 500000 bis 700 000 Soldaten dadurch zum Kampf gegen Rußland zu gewinnen. Er hat vor dieser Illusion gewarnt. Ludendorff schreibt in seinen Erinnerungen noch, daß er eben auch der Meinung war; das konnte man vorher nicht ahnen, daß das in der Wirklichkeit dann nicht eintreten würde. Aus dieser Hoffnung, dadurch eine polnische Armee gegen Rußland zu bekommen, ist der polnische Staat entstanden. Und ich möchte nun nicht, daß man sich irgendeiner falschen Hoffnung hingibt, d. h. daß wir das Ausmaß dessen verkennen, was überhaupt erreicht werden kann. Wir können erreichen, daß wir Hilfsdienstwillige bekommen, auch an Hilfsdienstwilligen einzelne Bataillone bekommen. Es würde verheerend sein, wenn sich daraus aber Rückwirkungen ergeben sollten in der Beurteilung der politischen Entwicklung dieser Gebiete. Wir müssen uns darüber klar sein: das, was hier an Emigranten herumflaniert in Europa, hat nicht etwa primär die Absicht, Deutschland in diesen Gebieten zur Hegemoniemacht zu erheben, sondern nur die Absicht, den Bolschewismus zu beseitigen, um dann selber an diese Stelle treten zu können. In Wirklichkeit denken sie gar nicht daran, etwa hier deutsche Gebiete oder auch nur deutsche Hoheitsrechte zu akzeptieren und Gebietsrechte anzuerkennen.

Nun, meine Herren, ist aber eines sicher: der Soldat setzt sein Blut ein. Politiker sind nur zu häufig geneigt, sich einzubilden, sie erleichtern dem Soldaten seinen Einsatz, indem sie sagen: wir verlangen gar nichts, wir haben gar keine positiven Kriegsziele. Meine Herren, daran haben wir den Weltkrieg letzten Endes mit verloren, weil der Augenblick dann kommt, wo der Soldat sagt: wenn wir überhaupt keine positiven Kriegsziele haben, warum kämpfen wir dann? – ich muß positiv mein Leben einsetzen; wenn man mir jetzt sagt: nein, die Gebiete wollen wir nicht erobern, das wollen wir nicht, Grund brauchen wir keinen, warum kämpfen wir dann überhaupt? Warum gehen wir dann überhaupt erst an den Donez, wenn man sagt: brauchen tun wir das nicht, das geben wir hinterher alles wieder frei! – Das ist ein kapitaler Trugschluß. Ich habe das als Soldat im Weltkrieg erlebt. Glauben Sie mir: als bei uns zum ersten Mal publik und offen erklärt wurde: Kriegsziele haben wir nicht, kam eine Riesenenttäuschung. Wir dachten vorher, wir gehen von Flandern nicht mehr weg. So waren wir selber vorn. Glauben Sie mir: der gewöhnliche Soldat hat das geglaubt: da gehen wir nicht mehr weg. Wenn ich heute meinen Soldaten, aber auch dem gewöhnlichen Arbeiter, der an der Küste am Westwall baut, wenn ich denen sage: das geben wir alles wieder auf, so sagt er: dann mache ich jeden Tag drei Schaufelstiche weniger, – warum soll ich mich abschwitzen? Wenn ich heute dorthin komme – das war interessant am Cap Gris Nez –, dann sagen mir die gewöhnlichen Arbeiter: da gehen wir nicht wieder weg, das haben wir nicht umsonst gebaut. Heute sind alle der Überzeugung: Das haben wir gebaut, damit man da bleibt, und ich bin der felsenfesten gleichen Überzeugung.

Man kann es auch gar nicht anders von einem Mann erwarten. Wie soll ich erwarten, daß er stirbt, wenn ich ihm sage: hinterher machen wir ein Kompromiß. Dann sagt er: warum machen Sie das Kompromiß nicht vorher? Warum muß ich dann erst sterben? Zu welchem Zweck denn? Der kleine Mann hat noch nicht die politische Verderbtheit unserer, sagen wir, verderbten oberen Schichten, sondern hat den ge-

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sunden primitiven Naturinstinkt des animalischen Wesens, das um sein Dasein kämpft. Er will etwas dafür. Wenn heute ein Bauernjunge hinausgeht, dann sagt er nicht: Gott sei Dank, diese Erde machen wir frei für die braven Ukrainer, sondern er sagt: das ist ein Boden, da möchte ich herkommen, hier möchte ich mich niederlassen, das ist ja ein Drittel soviel Arbeit wie bei uns, was bekomme ich da heraus und so weiter. Die sehen das natürlicher an.

Es ist also so, daß wir unter keinen Umständen etwa betonen dürfen: wir haben gar keine Absichten, hier wegzugehen[2]. Das würde also nicht heißen, daß wir etwa ukrainische Nationalarmeen aufstellen, sondern damit würden wir die deutsche, ich möchte sagen, Soldatenfestigkeit und die Härte des einzelnen unterwühlen.

Unsere Gegner haben uns das ja auch im Weltkrieg aufoktroyiert. Sie haben uns immer vorgeworfen, daß wir Welteroberungspläne haben, mit dem Gedanken, uns mürbe zu machen, sodaß wir endlich sagen: das wollen wir nicht. Das haben wir im Weltkrieg gesagt, und damit ließ automatisch sofort die Kraft des Widerstandes nach. Ich halte das für einen kapitalen und katastrophalen Fehler und für eine ganz folgenschwere Entwicklung, auch nur das geringste zu tun, was bei einem Mann die Überzeugung erwecken kann: hier gehen wir wieder weg, hier bleiben wir sowieso nicht, hier werden Nationalstaaten gegründet, da müssen wir wieder heraus; das hat gar keinen Sinn, denn wir gewinnen dadurch nichts.

Es ist daher außerordentlich entscheidend, daß wir uns selbst hier keiner Täuschung hingeben, d. h. daß wir genau so weit gehen, wie wir glauben, es überhaupt vor dem Wissen unserer eigenen Soldaten und aber auch, sagen wir, vor uns selber verantworten können. Und da kann ich natürlich nur eines sagen: ich würde ja wer weiß wie weit gehen; wenn nicht die psychologische Wirkung wäre, würde ich sagen: wir machen eine vollkommen unabhängige Ukraine, – das würde ich eiskalt sagen und dann doch nicht tun. Das würde ich machen; aber das kann ein Politiker sich vornehmen, ich kann aber nicht jedem Soldaten – denn ich muß es ja öffentlich erklären – ebenso öffentlich sagen: es ist nicht wahr, was ich gesagt habe, das ist nur Taktik. Das weiß der Mann ja nicht. Es wurde mir schon in meinem politischen Kampf früher immer gesagt: hören Sie, warum machen Sie das nicht schlauer? Es gab Leute, die sagten: gut, Sie erklären das wegen Südtirol, das ist ganz schön, das kann man verstehen, das müssen wir tun; aber warum erklären Sie nicht, daß das nur Taktik ist? – Ich sage: sind Sie wahnsinnig geworden? Wie soll ich den Menschen sagen, daß das nur Taktik sei. Zunächst war das wirklich nicht Taktik, sondern war es meine wirkliche Überzeugung. Warum ein paar Berge mehr oder weniger? Lebensraum brauchen wir. Darüber muß man sich klar sein: der Kampf, meine Herren, ist ein Kampf um Lebensraum. Ohne diesen Lebensraum kann das Deutsche Reich und die deutsche Nation nicht bestehen. Sie muß die Hegemoniemacht von Europa werden. Aber auch wenn sie das wird, kann sie nicht bestehen in einem so lächerlichen Raum, wie wir ihn heute bewohnen. In einem solchen Raum kann man in Zukunft nicht eine Armee aufbauen, auch wenn wir einen Kompromißfrieden bekämen, der darin bestehen würde, daß man sagte: innerhalb dieser Grenzen, aber sonst weiter nichts. Innerhalb dieser Grenzen kann man heute keine Armee aufbauen. Was ist die Stärke dieses russischen Reiches? Es ist nicht eine reine Menschenstärke, weder zahlenmäßig noch natürlich personell im einzelnen, sondern es ist die Stärke des gigantischen Raumes. Und wir erleben das heute zum Beispiel bei unserer Industrie. Wer seine Industrie auf einen so kleinen Raum zusammengepreßt hat, läuft heute Gefahr, daß sie, ich möchte sagen, über Nacht vernichtet wird. Da helfen alle genialen Gedanken dann gar nichts, sondern am Ende lebt der Mensch von der Erde, und die Erde ist der Wanderpokal, den die Vorsehung an die

[2] Offensichtlich sollte es heißen: „zu bleiben".

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Völker gibt, die dafür kämpfen. Ich möchte nicht vier Jahre Krieg führen und in den letzten fünf Minuten diesen Wanderpokal durch irgendeine vage Hoffnung aus der Hand lassen, auch nicht so, daß die Menschen glauben, wir haben ihn abgegeben. Auch der Soldat kann das nicht glauben.

Daher ist hier eine gewisse Begrenzung, den Weg zu finden, der auf der einen Seite zu dem Ziele führt, d. h. Bataillone im Osten, und auf der anderen Seite verhindert, daß daraus Armeen werden, daß sich daraus politische Konsequenzen ergeben, die wir einmal einlösen müssen oder die der Soldat gar nicht mehr versteht. Das ist unsere Aufgabe.

. . . . . .

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Forschungsberichte

FRITZ T. EPSTEIN

ZUR QUELLENKUNDE DER NEUESTEN GESCHICHTE

Ausländische Materialien in den Archiven und Bibliotheken der Hauptstadt der Vereinigten Staaten

Vorbemerkung des Herausgebers: Der hier abgedruckte Bericht gibt zum ersten Mal systematischen Einblick in die verschiedenen sachlichen Bereiche, für deren wissenschaftliche Behandlung das in Washington, D. C., und seiner unmittelbaren Umgebung aufgehäufte Quellenmaterial von mehr oder weniger entscheidender Bedeutung ist. Der Wert dieser Aufschlüsse sollte von der politischen und rechtlichen Frage, die mit dem Komplex der „Beuteakten" verknüpft ist, streng getrennt gehalten werden. Wie immer, in welchen Etappen und unter welchen Modalitäten, das Problem der Rückgabe gelöst werden wird, – die amerikanische Hauptstadt mit ihren Sammlungen hat alle Aussicht, ein wichtiges Zentrum zu bleiben, nicht nur wegen der inzwischen erfolgten Verfilmungen, sondern auch weil die Zeit, während der die Verhandlungen vor sich gehen, und die zunehmend liberaler werdende Praxis der Freigebung nicht ungenutzt bleiben dürfen. Es wird unter jedem in Betracht kommenden Gesichtspunkt nur sehr positiv zu bewerten sein, daß auf eine erste Phase eines auf amtliche Zwecke beschränkten Gebrauchs nunmehr eine andere gefolgt ist, die der freien Forschung große Möglichkeiten bietet. Dr. Epstein insbesondere hat sich um die wissenschaftlich orientierte Erschließung dieser Möglichkeiten äußerst verdient gemacht. Es wäre dringend zu wünschen, daß auf dem Wege über Forschungsstipendien auch deutsche Historiker in den Stand gesetzt werden, sich ihrer zu bedienen.*

Obwohl es sich im folgenden um einen Vortrag, und zwar hauptsächlich über Aufgaben der Zukunft handelt, glauben wir ihn am besten in die Gruppe der „Forschungsberichte" einordnen zu sollen. H. R.

Als ein Beitrag zur Quellenkunde der Vorgeschichte und Geschichte des zweiten Weltkriegs wurde am 29. Dezember 1953 auf der Jahrestagung der American Historical Association in Chicago ein Überblick über die wichtigsten einschlägigen Bestände der Hoover Library der Stanford University, der Franklin D. Roosevelt Library, Hyde Park, New York, und von Sammlungen in Washington, D. C. gegeben. In der von G. Bernard Noble, Chief, Historical Division, Department of

* Die in den folgenden Ausführungen genannten Aufbewahrungsstellen, insbesondere die Library of Congress und die National Archives (beide in Washington 25, D.C.), sind zu näherer Auskunft über die Bestände, ihre Benutzung, Verfilmung usw. gern bereit. Für die in Alexandria, Virginia, im Departmental Records Branch zugänglichen Materialien gelten die folgenden Bestimmungen: Deutsche Staatsangehörige richten Anfragen und Anträge an HICOG, Office of Political Affairs, Bonn-Mehlem, zur Weiterleitung an die in Washington für die Bearbeitung zuständigen Stellen; andere Ausländer richten Anfragen und Anträge an ihre diplomatischen Vertretungen in Washington zur Weiterleitung an das Department of State; amerikanische Staatsbürger richten Benutzungsanträge an: Office of the Chief of Information of the Army, Attention: Public Information Division, Washington 25, D.C.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

State, geleiteten Sitzung sprachen C. Easton Rothwell über „The Resources and Research of the Hoover Institute and Library" und Herman Kahn über „Research Materials at the Franklin D. Roosevelt Library and Policies concerning their Use". Die nachfolgende Übersicht ist im wesentlichen eine durch bibliographische Anmerkungen vervollständigte Wiedergabe des vom Verfasser in der gleichen Sitzung gehaltenen Vortrags über „Washington Research Opportunities on the Period of World War II" und enthält Hinweise auf grundlegende Aktenbestände nichtamerikanischen Ursprungs, die sich im Departmental Records Branch in Alexandria, Virginia, in der Library of Congress und in den National Archives in Washington, D. C. befinden[1].

A. Der Departmental Records Branch in Alexandria, Virginia

Auf der Tagung der American Historical Association in Chicago im Dezember 1950 sprach Dr. Kent Roberts Greenfield, General Editor der vom Office of the Chief of Military History bearbeiteten amtlichen Geschichte des letzten Krieges, *United States Army in World War II*, über das Thema „The Department of the Army and the Scholar". Er interpretierte eine Verlautbarung des Department of the Army, wonach die Akten des War Department und der U.S.-Army qualifizierten Forschern für nichtoffizielle Benutzung zugänglich gemacht werden sollten[2]. Im Herbst 1953 ging die U.S.-Army einen Schritt weiter und gab auf dem Verwaltungsweg mehr als 1500 laufende Meter deutscher erbeuteter Akten im Departmental Records Branch in Alexandria, Virginia, zur Benutzung durch private Forschung frei. Die Captured Records Section (früher German Military Documents Section) dieser Stelle übertrifft durch ihre Reichhaltigkeit die bisher in Washington in der Library of Congress sowie in den National Archives zugänglichen deutschen Aktenbestände bei weitem.

Die German Military Documents Section begann ihre Tätigkeit am 14. Juli 1945 auf Grund einer Vereinbarung zwischen amerikanischen und britischen militärischen Dienststellen. Bis zum 1. Juni 1947 war sie dem U.S. War Department General Staff unterstellt. Seitdem untersteht die Abteilung dem Adjutant General's Office (AGO).

Die neuerdings freigegebenen deutschen Akten, von denen ein genaues Verzeichnis vorbereitet wird[2a], setzen sich aus folgenden Beständen zusammen: 1. Heeresakten; 2. Akten von Zivilbehörden, insbesondere verschiedener Reichsministerien; 3. NSDAP-Akten und 4. Materialien verschiedener kultureller und politischer Organisationen.

[1] In der anschließenden Diskussion nahmen Donald C. McKay (Harvard University) zu Dr. Rothwell's Vortrag und Paul Sweet (German Documents Branch, Department of State) zu den beiden nachfolgenden Mitteilungen Stellung.

[2] Vgl. The American Historical Review, Vol. 57 No. 1 (Oktober 1951), 287–289.

[2a] Siehe jetzt: The Adjutant General's Office, Administrative Services Division, Departmental Records Branch: General List of Seized Records Available for Unofficial Research. Reference Aid No. 15, Washington, D. C., February 1954 (DRB Publication No. 54—1). 7 pages.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gruppe I: Die Heeresakten

Die Heeresmaterialien stammen von Dienststellen, die entweder dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) oder dem Oberkommando des Heeres (OKH) unterstanden. Unter den OKW-Akten befinden sich Akten des Stellvertreters des Chefs des Wehrmachtführungsstabes, die deutsche Operationspläne gegen Süd-Frankreich, Luxemburg, Belgien, Holland, England, Spanien, die Balearen, die Balkanstaaten, Kreta, Norwegen und Polen betreffen. Ferner Entwürfe für die italienisch-französischen und deutsch-jugoslawischen Waffenstillstandsabkommen sowie Korrespondenzen über Deutschlands Kapitulation im Jahre 1945. Die Akten der Waffenstillstandskommission enthalten Informationen über die französische Kriegsindustrie und Frankreichs Rohmaterialien, außerdem Korrespondenzen über die deutsch-französischen und italienisch-französischen Waffenstillstandsabkommen.

Aus diesen Beständen sind für Wirtschaftshistoriker die Akten des Wehrwirtschaftsamts mit Berichten über die Wirtschaft des Auslands, Materialbeschlagnahmungen in den besetzten Gebieten und Kriegsproduktion sowie die Akten des Allgemeinen Wehrmachtamts mit Berichten über Mängel in der deutschen Kriegsrüstung von Bedeutung.

Der Gesamtkomplex militär-wirtschaftlicher Akten der erwähnten Dienststellen und ihnen entsprechender Büros des Oberkommandos des Heeres, insbesondere der Dienststelle des Generalinspekteurs der Panzertruppen, ermöglicht bei gleichzeitiger Heranziehung der Akten des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion nicht nur ein eingehendes Studium der deutschen Aufrüstung, sondern auch vergleichende Studien über das Wettrüsten am Ausgang der 30er Jahre. An Hand der Akten der verschiedenen militärischen und zivilen Behörden, die sich mit wirtschaftlichen Fragen befaßten, vor allem des Wehrwirtschaftsamts, des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion, läßt sich die deutsche Auffassung von wohl jeder Phase des Wirtschaftslebens von Europa, Afrika, Asien und Australien in den dreißiger Jahren erkennen. Auch deutsche Erwägungen über die Möglichkeit der Beschaffung strategisch wichtiger Rohstoffe aus fremden Ländern sowie über das wirtschaftliche Kriegspotential Deutschlands und anderer Gebiete sind reichlich dokumentiert.

Von deutschen Marine- und Luftwaffe-Materialien sind zur Zeit in Alexandria Akten ihrer Operations-Abteilungen, die unter dem Oberkommando der Wehrmacht arbeiteten, zugänglich. Die seit Kriegsende mitunter als „Tambach-Archive" erwähnten deutschen Marineakten (benannt nach dem Ort in der Nähe von Coburg, wo sie von den Alliierten gefunden wurden), enthalten Material über ein Jahrhundert deutscher Marinegeschichte (1848—1945). Diese sind zur Zeit noch nicht zur öffentlichen Benutzung freigegeben. Von den meisten Akten aus der Zeit nach 1919 besitzt das U.S. Office of Naval History Filme. Die Originale der deutschen Marinedokumente sind noch nicht verfügbar und befinden sich in Obhut der Britischen Admiralität[3].

[3] Kurt Assmann, Deutsche Schicksalsjahre (Wiesbaden 1950), Vorwort.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die in der Library of Congress aufbewahrten Dokumente der deutschen Luftwaffe, die sogenannte von Rohden-Sammlung, werden später erwähnt werden[4].

Gruppe II: Akten ziviler Behörden

Die Namen der Zivilbehörden, deren Akten freigegeben worden sind, kennzeichnen zugleich den Inhalt ihrer Archive. Dies trifft zu für Goebbels' Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (Record Group 1003), für Speers Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion (R. G. 1007), für das Reichswirtschaftsministerium (R. G. 1004) und für das Reichspostministerium (R. G. 1006). Die Manuscripts Division der Library of Congress besitzt außerdem persönliche Akten des Reichspostministers Ohnesorge. Die Ministerialakten bilden wertvolle Informationsquellen über die deutsche Militär- und Zivilverwaltung in den von Deutschland während des zweiten Weltkriegs besetzten Gebieten sowie über die Einbeziehung dieser Gebiete in die deutsche Kriegswirtschaft. Dies trifft in besonderem Maße zu für die Akten des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion[5].

Gruppe III: Die NSDAP-Akten

Unter den kürzlich freigegebenen Materialien befinden sich in Alexandria Akten der meisten NSDAP-Organisationen[6] mit Ausnahme der SS und aller Behörden, die Himmler als Reichsleiter der SS und Chef der deutschen Polizei unterstanden. Jedoch kann in den Akten des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums eine Sonderaufgabe der SS erforscht werden, nämlich die von ihr organi-

[4] Andere freigegebene Materialien:
Record Group (R.G.) No. 1026, Oberkommando der Wehrmacht: Chef des Wehrmachtsanitätswesens 1934–45, Wehrmachtrechtsabteilung 1939–45, Generalinspekteur für das Kriegsgefangenenwesen 1943–45, Wehrmachtersatzamt 1945, Chef des Transportwesens 1939–45. R.G. No. 1027, Oberkommando des Heeres: Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres 1936–45, Zentralabteilung 1926–45, Generalquartiermeister 1938 bis 1945, Chef des Transportwesens 1907–45, Abteilung für Kriegskarten und Vermessungswesen 1933–45, General der Eisenbahntruppen 1939–45, General der Infanterie 1939–45, General der Pioniere und Festungen 1921–45, Heeressanitätsinspekteur 1929–45, Allgemeines Heeresamt 1935–45, Heereswaffenamt 1939–43, Chef der Heeresarchive 1919–45. R. G. No. 1031, Wehrkreise.

[5] Andere freigegebene Aktengruppen: R.G. No. 1015, Organisation Todt 1937–45; R.G. No. 1045, Bayerische Staatspolizei 1920–35.

[6] R.G. No. 1035, NSDAP 1925–45; etwa 100 laufende Meter entfallen auf die folgenden Untergliederungen: Sturmabteilungen, NS Kraftfahrkorps, NS Fliegerkorps, Hitlerjugend, Deutsche Arbeitsfront, Volkswohlfahrt, Kriegsopferversorgung, Reichsarbeitsdienst, Personalamt, Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung, NS Deutscher Dozentenbund, Deutscher Studentenbund, Reichsbund der deutschen Beamten, Deutscher Ärztebund, Lehrerbund, Rechtswahrerbund, Deutsches Frauenwerk, Reichsbund Deutsche Familie. R.G. No. 1048, Miscell. records: Briefe an Hitler von Parteimitgliedern 1922–23; Goebbels' Tagebücher August 1925 – April 1926, Mai und August 1941, 21. Januar bis 9. Dezember 1943; Konzentrationslager 1937–45; Verschwörung 1944.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sierte und durchgeführte Repatriierung der Volksdeutschen aus Osteuropa und ihre Wiederansiedlung im Reich und in besetzten Gebieten des Ostens. Hinsichtlich der polizeilichen Funktionen der SS ist besonders erwähnenswert, daß alle Dokumente, die sich auf die Verschwörung gegen Hitler und auf den Anschlag am 20. Juli 1944 beziehen, insbesondere die Vernehmungsprotokolle des Sicherheitsdienstes und die Volksgerichtshofverhandlungen (R. G. 1048), nunmehr der historischen Forschung zur Verfügung stehen. Diese Materialien sind von Professor Ritter für seine sich dem Abschluß nähernde Biographie von Carl Goerdeler* eingesehen worden.

Eine der umfangreichsten NSDAP-Aktengruppen sind die Materialien des Büros von Alfred Rosenberg in seiner Eigenschaft als Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der Partei (1935—1945).

Gruppe IV: Politische und kulturelle Organisationen

In dieser Gruppe befinden sich verschiedene Sammlungen von besonderer politischer und kultureller Bedeutung. Zur Geschichte der Weimarer Republik steht nunmehr das Archiv des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1925 bis 1933 zur Verfügung (R. G. 1040). Für Wirtschaftshistoriker steht ein bedeutsames Firmenarchiv, die Registratur der Rheinmetall-Borsig Werke (R. G. 1040), bereit. Unter den Akten kultureller Institutionen sind vor allen die Materialien der Deutschen Akademie in München (1922—1945), der Akademie für Deutsches Recht (beide in R. G. 1036), des Deutschen Auslandsinstituts sowie des Volksbunds für das Deutschtum im Ausland (beide in R. G. 1035) hervorzuheben.

Fremde Akten

Obwohl während des Krieges eine Reihe miteinander konkurrierender deutscher Dienststellen systematisch nach militärischen und politischen Akten in den besetzten Gebieten fahndeten und sie beschlagnahmten, sind bei Kriegsende nur verhältnismäßig wenige nicht-deutsche Dokumente in den Besitz der Alliierten gekommen. Mit Ausnahme der Akten-Sammelstelle „Süd" in München lagen alle großen deutschen Aufbewahrungsstellen von erbeuteten Dokumenten (die Sammelstelle „Ost" in Danzig-Oliva, „Mitte" in Berlin-Wannsee und „Südost" in Wien) in Gebieten, die von den Russen erobert wurden. Die Archivkommission des Auswärtigen Amts wertete größere aus den auswärtigen Ämtern von Norwegen, Holland, Belgien, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland herrührende Aktenbestände aus; diese sind jedoch zum größten Teil den Bombenangriffen auf Berlin zum Opfer gefallen.

Das War Documentation Project

Im Departmental Records Branch arbeitet seit dem Sommer 1951 die Forschergruppe des War Documentation Project (WDP). Ursprünglich war dem Projekt

* Das Werk wird demnächst in der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, erscheinen.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Aufgabe gestellt worden, die Benutzung erbeuteter, der Öffentlichkeit nicht zugänglicher deutscher Akten für dienstliche Zwecke durch Anfertigung systematischer Verzeichnisse zu erleichtern. Diese Phase wurde im Juni 1952 abgeschlossen. Seitdem ist das Projekt, das organisatorisch mit dem Human Resources Research Institute der U.S. Air Force und mit dem Institute of Applied Social Research der Columbia University verbunden ist, mit Forschungsaufgaben betraut, für die in der ersten Phase die Voraussetzungen geschaffen worden waren. Im Zusammenhang damit entstand ein im Frühjahr 1953 veröffentlichter *Guide to Captured German Documents*[7], der diejenigen Materialien verzeichnet, die der privaten Forschung frei zugänglich sind. Der *Guide* beschränkt sich nicht auf amerikanische Institutionen (die Library of Congress, die National Archives, die Hoover Library und das Yiddish Scientific Institute in New York), sondern enthält auch Hinweise auf die Archivalien des Institut de Documentation Juive Contemporaine in Paris und des Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie in Amsterdam. Ein Anhang verzeichnet die deutscherseits während des Krieges vorgenommenen Veröffentlichungen erbeuteter Akten.

B. *Die Library of Congress*

Die durch den Krieg in die Library of Congress und in die National Archives in Washington, D. C., gelangten deutschen Materialien, von denen hier nur diejenigen von zeitgeschichtlichem Interesse berücksichtigt werden, sind in dem *Guide to Captured German Documents* verzeichnet. Gewisse Zugänge und Abgänge in den einschlägigen Beständen der Bibliothek wie des Archivs sollen hier erwähnt werden.

Aus dem *Guide* ist ersichtlich, daß umfangreiche fremde Aktenbestände, die durch den Krieg in die führende staatliche Bibliothek der Vereinigten Staaten gelangt sind, zwischen der Hauptsammlung und verschiedenen Spezialsammlungen, insbesondere der Manuscripts Division und der Aeronautics Section der Science Division, aufgeteilt sind. Dokumentation verschiedenster Art — Bücher, Dokumente, Zeitungen, Handzettel, Anschläge, Photographien, Filme, Schallplatten, Bandaufnahmen u. a. — aus Deutschland und den mit ihm verbündeten Ländern erreichte die Bibliothek schon während des Krieges und nach Kriegsende auf den verschiedensten Wegen. Für nachrichtendienstliche Zwecke wurden während des Krieges wichtige Materialien durch einen dafür eingesetzten Ausschuß (Inter-Departmental Committee for the Acquisition of Foreign Publications) aus feindlichen, neutralen und alliierten Ländern beschafft[8]. Das Internationale Arbeitsamt in Genf, dessen Hauptstelle sich während des Krieges in Montreal, Canada, befand,

[7] War Documentation Project Study No. 1: Guide to Captured German Documents. Prepared by Gerhard L. Weinberg and the WDP Staff under the direction of Fritz T. Epstein (Air University, Human Resources Research Institute, Research Memorandum Vol. 1 No. 2), 1952. 90 S.

[8] The Library of Congress Quarterly Journal of Current Acquisitions (QJCA) III, 4 (August 1946), 55.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schleuste große Mengen von Materialien seines Arbeits- und Sammelgebiets auf dem Weg von Genf nach Montreal durch Washington, D. C., wo die weitere Benutzung durch umfangreiche Filmung sichergestellt wurde[9].

Nach Kriegsende wurden erhebliche Mengen erbeuteter oder beschlagnahmter Materialien vom War Department und dem State Department an die Library of Congress abgegeben. Die Library of Congress Mission in Deutschland war in ihrer nicht nur auf gedruckte Materialien beschränkten Sammeltätigkeit äußerst erfolgreich, obgleich sich mitunter der Verbleib der ihr in Deutschland angebotenen oder von ihr übernommenen Bestände nicht hat feststellen lassen[10].

Von gedruckten Quellen verdienen vor allem die Bestände der Untergrundpresse Frankreichs, Belgiens, Hollands, Norwegens und Dänemarks hervorgehoben zu werden[11]. Fernerhin Tausende von deutschen Anschlägen und Flugblättern aus den von Deutschland besetzten Gebieten; viele von ihnen sind in fremden Sprachen abgefaßt und zum Studium der Methoden deutscher psychologischer Kriegführung wichtig.

Manuscripts Division

In der Manuscripts Division nehmen die sogenannten Himmler-Akten eine Sonderstellung ein. Sie bestehen aus Photostats von Akten aus den Jahren 1938–1944 und stellen einen Teil der Registratur des Amtes „Reichsführer SS. Persönlicher Stab" dar, d. h. eines der zahlreichen Büros unter Himmlers Jurisdiktion[12]. Photostats eines anderen Teils dieser Registratur befinden sich in der Hoover Library[13]. Bei der Ämter-Akkumulation der Führer des Nationalsozialismus bedürfen allgemeine Bezeichnungen wie Himmler-, Rosenberg- oder Goebbels-Akten stets einer näheren Definition. Die Himmler-Akten sind nicht nur aufschlußreich für die Organisation und die Tätigkeit der SS, sondern durch sie fallen auch Schlaglichter auf Himmlers persönliche pseudowissenschaftliche Interessen in Fragen etwa der „Welteislehre" und der deutschen Vorgeschichte. Sie enthalten ferner wichtiges Material über zwangsweise durchgeführte Bevölkerungsbewegungen — jenes von Hitler ergriffene, so zweischneidige Mittel, die Vergangenheit zu „korrigieren", das sich nach dem Kriege gegen das Deutschtum im Osten auswirken und die ethnographische Karte Ost-Mitteleuropas grundlegend verändern sollte. Die gleichen Akten sind eine wichtige Quelle für die Bekämpfung der Widerstandsbewegungen im Osten wie im Westen durch die SS, für die Bemühungen, antisowjetische nationale Bewegungen in den besetzten russischen Gebieten im deutschen Interesse einzuspannen, für die

[9] QJCA I, 3 (Jan.–März 1944), 72.

[10] Douwe Stuurman, „The Nazi Collection, a preliminary note", in QJCA VI, 1 (November 1948), 21–22.

[11] Staff of OWI (Office of War Information), „The Underground Press of France, Belgium, Norway, Denmark and the Netherlands", in QJCA II, 3–4 (Januar–Juni 1945), 3–29; B. H. Wabeke, „Dutch Underground Publications", ibid. IV, 2 (Februar 1947), 3–7.

[12] Guide to Captured German Documents 50–53.

[13] Guide 25–27.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wiederansiedlung von Volksdeutschen aus Ost- und Südosteuropa im Reich und für die Rekrutierung von fremden Legionen für die Waffen-SS.

Nächst den Himmler-Akten sind für die Geschichte des Nationalsozialismus aufschlußreich Korrespondenzen und Aufzeichnungen von Fritz Wiedemann[14]. Er war im ersten Weltkrieg Hitlers Vorgesetzter und in den ersten Jahren nach Hitlers Machtergreifung in einer Umkehrung der Rollen sein persönlicher Adjutant. Von 1938—1941 war Wiedemann deutscher Generalkonsul in San Francisco. In den Papieren befinden sich Entwürfe für Berichte über seine in ziemliches Dunkel gehüllte Londoner Mission im Juli 1938. Sie werden in den *Documents on German Foreign Policy, 1919—1945*, veröffentlicht werden. Ähnlich wie die Himmler-Akten der Library of Congress werden die Wiedemann-Dokumente durch Akten aus der „Adjutantur des Führers" in der Hoover Library ergänzt[15].

Die gleiche Abteilung enthält ehemalige Bestände des Deutschen Auslands-Instituts[16] sowie der Rehse-Sammlung, einer vom Hauptarchiv der NSDAP übernommenen Privatsammlung[17]. Über beide „record groups" finden sich Einzelheiten im *Guide to Captured German Documents*.

Aeronautics Section der Science Division

Die Geschichte der Deutschen Luftfahrt wird sich in Zukunft wohl nirgends besser erforschen lassen als in der Aeronautics Section der Science Division der Library of Congress[18]. Während des Krieges wurden Materialien über die Deutsche Luftfahrt im Air Documents Research Center der U.S. Air Force in Europa gesammelt. Für Katalogisierungszwecke und zur Auswertung wurden sie zum Teil später nach Dayton, Ohio, überführt, von wo dann erhebliche Mengen an die Library of Congress abgegeben wurden.

Auf der Grundlage von in England verwahrten Dokumenten der deutschen Luftwaffe verfaßten für die U.S. Air Force mehrere ehemalige Offiziere der Luftwaffe unter der Leitung des Generalmajors Herhudt von Rohden, des ehemaligen Leiters der 8. (Wehrwissenschaftlichen) Abteilung des Generalstabs der Luftwaffe, eine Geschichte der Deutschen Luftwaffe im zweiten Weltkrieg. Die U.S. Air Force hat der Library of Congress 52 Rollen Mikrofilm überlassen, die das genannte historische Werk, Entwürfe des „Projekts von Rohden" und einen Teil der für die Darstellung herangezogenen Dokumentation enthalten[19].

Die deutschen Luftfahrt-Dokumente werden in wertvollster Weise ergänzt durch

[14] Guide 43.

[15] Guide 27.

[16] Guide 44—50; Max Lederer, „The Deutsches Auslands-Institut", in QJCA III, 4 (August 1946), 7—9.

[17] Guide 53—55; über Fr. J. M. Rehse vgl. Karl d'Ester in: Der deutsche Verleger (Augsburg) 1950 No. 4.

[18] Richard Eells (Annual reports on acquisitions): QJCA III, 4 (August 1946), 41—43; IV, 4 (August 1947), 25—31; V, 4 (August 1948), 21—27.

[19] Richard Eells and Staff of the Aeronautics Division, „The von Rohden Collection", in: QJCA VI, 4 (August 1949), 44—48.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die in der Manuscripts Division deponierten amerikanischen Luftfahrtmaterialien, wie etwa die Papiere der Generäle Billy Mitchell, Henry H. Arnold, Carl Spaatz und Ira C. Eaker[20]. Weiterhin enthält die Abteilung erhebliche Bestände aus ehemaligen deutschen Luftfahrtbibliotheken, z. B. des Luftfahrtministeriums und der Deutschen Akademie für Luftfahrtforschung sowie der technischen Handbibliotheken führender Werke des Flugzeugbaus.

Nur auf wenige sonstige ungewöhnliche Bestände in Spezialsammlungen der Library of Congress sei noch aufmerksam gemacht. Im Rare Book Room befindet sich Hitlers Privatbibliothek[21]. Die Prints and Photographs Division verwaltet 6000 bis 7000 Photographien des sogenannten „Führerprojekts", das seit 1943 durch den Luftkrieg bedrohte künstlerisch wertvolle und historisch bedeutsame Gebäude und Monumente vielfach in Farbenphotographien aufnahm. Dieses Projekt war nicht auf das Reich beschränkt; es berücksichtigte auch Kunstwerke in Elsaß-Lothringen, Österreich, Estland, Lettland, in der Tschechoslowakei und in Polen[22]. Die Hermann-Göring-Photographenalben[23] in Verbindung mit zwei Photoarchiven in Alexandria, einer Hitlersammlung von 1920 bis 1944 des Heinrich-Hoffmann-Illustrationsdienstes und mehreren Ribbentrop-Alben, können als die vollständigsten Bildbiographien unserer Zeit gelten.

Die Law Library der Library of Congress sucht die Quellen und Literatur über Kriegsverbrecherprozesse so vollständig wie möglich zusammenzubringen. Außer umfangreichen Tokyo- und Nürnberg-Prozeßmaterialien, die später behandelt werden, besitzt diese Abteilung eine englische Übersetzung der Verhandlungen des Finnischen Kriegsschuldprozesses in Helsinki (November 1945 bis Februar 1946)[24].

C. *Die National Archives in Washington, D. C.*

Von den in den National Archives verwahrten Kriegsmaterialien verzeichnet der *Guide to Captured German Documents* zwei wichtige Gruppen von Akten des ehemaligen deutschen Auswärtigen Amts und des Potsdamer Heeresarchivs. Seit 1951 hat das Department of State den National Archives eine größere Anzahl von Filmen des German War Documents Project überwiesen[25]. Sie enthalten Aufnahmen von

[20] Richard Eells and Staff of the Aeronautics Division, „The General William Mitchell Papers", in: QJCA VI, 4 (August 1949), 39–45; Marvin W. McFarland, „The General Spaatz Collection", in: QJCA VI, 5 (Mai 1949), 123–155; ders., „The H. H. Arnold Collection", in QJCA IX, 4 (August 1952), 171–181; ders., „The Papers of Ira C. Eaker", in QJCA XI, 2 (Februar 1954), 63—68.

[21] Arnold J. Jacobius, „The private library of Adolf Hitler", in: Library of Congress Information Bulletin Vol. 12 No. 17 (April 27, 1953), 14–15.

[22] Alice Lee Parker and Staff of the Prints and Photographs Division: QJCA XI, 1 (November 1951), 45–46.

[23] Paul Vanderbilt and Alice Lee Parker (Prints and Photographs Division), Report on Acquisitions: QJCA VI, 1 (November 1948), 38–39.

[24] QJCA IV, 4 (August 1947), 42.

[25] Richard A. Humphrey, „War-born Microfilm Holdings of the Department of State", in: Journal of Modern History 20 (1948), 133–136; Guide 63.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Akten des Auswärtigen Amts aus der Zeit des ersten Weltkriegs, des Waffenstillstands und der Friedenskonferenz bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrags. Diese Filme werfen neues Licht insbesondere auf Friedenserörterungen und Versuche einer Friedensvermittlung während des Krieges. Da so gut wie keine deutschen diplomatischen Akten des ersten Weltkriegs veröffentlicht sind, liegt die Bedeutung dieser Materialien, die gleichzeitig dazu beitragen, die Lücke zwischen der *Großen Politik* und den *Documents on German Foreign Policy 1919–1945*, zu schließen, auf der Hand.

Während mehrerer Jahre waren nach dem Krieg ehemals im Heeresarchiv in Potsdam deponierte offizielle und persönliche Papiere einiger der bekanntesten deutschen Heerführer das 19. und 20. Jahrhunderts (Scharnhorst, Gneisenau, Roon, Moltke, Schlieffen u. a.) in den National Archives zugänglich. Von den Groener- und von Seeckt-Papieren wurden Filme angefertigt[26]. Diese Papiere sowie die erwähnten Filme wurden 1953 nach dem Departmental Records Branch in Alexandria überführt und sind nicht länger verfügbar, da mit ihrer Benutzung zusammenhängende rechtliche Fragen weiterer Klärung bedürfen[27].

Zu den wichtigsten deutschen Beständen der National Archives gehört der vom German War Documents Project verfilmte und vom Department of State freigegebene Stresemann-Nachlaß. Bisher legten die meisten Stresemann-Biographien den Nachdruck auf Stresemanns außenpolitische Konzeptionen und auf seine Leistungen als der erfolgreichste Außenminister der Weimarer Republik. Mit der Auswertung seines Nachlasses wird die innere Geschichte Deutschlands in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg in ein neues Licht gestellt werden; auch Stresemanns Tätigkeit als Parteiführer ist bisher noch wenig erforscht[28].

Nach den bisher beschriebenen Quellen, die entweder im Departmental Records

[26] List of File Microcopies of the National Archives (National Archives Publication No. 51–5), 57–60: World War II Collection of seized enemy records (R.G. No. 242).

[27] Auf den Groener- und Seeckt-Papieren beruhende Untersuchungen und Dokumenten-Veröffentlichungen: Julius Epstein, „Der Seeckt-Plan", in Der Monat 1948 No. 1 S. 43 bis 50; Alma Luckau, „Kapp Putsch – Success or Failure?" in: Journal of Central European Affairs 7 (1948), 394–405; George F. W. Hallgarten, „General Hans von Seeckt and Russia, 1920–1922", in: Journal of Modern History 21 (1949), 28–34; Gordon A. Craig, „Briefe Schleichers an Groener", in: Die Welt als Geschichte 11 (1951), 122–153; dazu die auf den Groener- und Seeckt-Filmen beruhende Artikelreihe von Reginald H. Phelps in der Deutschen Rundschau Bd. 76–78 (1950–52). – Groener-Dokumente zur deutschen Ukrainepolitik 1918 sind verwertet in: Basil Dmytryshyn, German Intervention in the Ukraine 1918: A Study of German Policy toward the Ukrainian Government and the Skoropadsky regime, February–July 1918. M.A. Thesis, University of Arkansas, Fayetteville, 1951. (Maschinenschrift).

[28] Hans W. Gatzke, „The Stresemann Papers", in: Journal of Modern History, Vol. 26 No. 1 (March 1954), 49–59. Eine weitere auf den Stresemann-Nachlaß gestützte Veröffentlichung ist demnächst von Felix E. Hirsch (Bard College) zu erwarten. Einige Hinweise auf bisher unveröffentlichte Stresemann-Dokumente finden sich in dem Artikel von Felix E. Hirsch, „Stresemann in Historical Perspective", in: The Review of Politics Vol. 15 No. 3 (Juli 1953), 366–377 und in dem Buch von Henry L. Bretton, Stresemann and the Revision of Versailles (Stanford University Press 1953).

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Branch in Alexandria, in der Library of Congress oder in den National Archives verwahrt sind, bleiben noch zwei größere Gruppen zu erwähnen, die auf die drei genannten Institutionen verteilt sind, nämlich japanische Akten sowie die sogenannten Nürnberg-Akten.

Die japanischen Dokumente setzen sich aus folgenden Beständen zusammen:
1. Aus den in der Library of Congress befindlichen Filmen von Akten des Japanischen Außenministeriums für die Periode von 1867–1945[29].
2. Aus den in den National Archives aufbewahrten originalen Akten der Japanischen Ministerien für Heer und Marine, ebenfalls aus den Jahren 1867–1945[30].
3. Aus Akten des Fernöstlichen Internationalen Militärtribunals (International Military Tribunal for the Far East) in Tokio, die sich teils in der Law Library der Library of Congress und teils im Departmental Records Branch in Alexandria befinden. Die Bedeutung dieser Dokumente für die diplomatische Geschichte der Vorkriegszeit und des zweiten Weltkriegs wird vielfach noch unterschätzt.[31]

Zwischen 1949 und 1951 führte die Library of Congress in enger Zusammenarbeit mit dem Department of State und dem Office of the Supreme Commander of the Allied Powers in Japan eine umfangreiche Verfilmung von Akten des Japanischen Außenministeriums durch. Von insgesamt 2 116 negativen Filmrollen, die vom Photoduplicating Service der Library of Congress aufbewahrt werden, sind bisher 50 positive Filme hergestellt und der Japanese Section der Orientalia Division übergeben worden. Eine von der Japanese Section bearbeitete „Checklist" der aufgenommenen Akten wird ein unentbehrliches Hilfsmittel für künftige Forschung auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen Japans in der Neuzeit darstellen[32].

In die Manuscripts Division der Library of Congress sind einige Akten über deutsch-japanische technische Zusammenarbeit während des zweiten Weltkriegs gelangt[33]; im Departmental Records Branch befindet sich das Archiv der Deutsch-Japanischen Gesellschaft (R. G. 1036).

[29] Lester K. Born, „Microreproduction", in QJCA X, 1 (November 1952), 26–27; Edwin G. Beal, „Microfilmed Archives of the Japanese Ministry of Foreign Affairs", ibid. XI, 1 (November 1953), 7–11.

[30] James W. Morley, „Check List of Seized Japanese Records in the National Archives", in: The Far Eastern Quarterly IX, 3 (Mai 1950), 306–333.

[31] James T. C. Liu, „The Tokyo Trial: Source Materials", in: Far Eastern Survey Vol. 17 No. 14 (July 28, 1948), 168–170; Delmer M. Brown, „Recent Japanese Political and Historical Materials", in: The American Political Science Review Vol. 43 No. 5 (Oktober 1949), 1010–1017.

Herbert Feis, The Road to Pearl Harbor (Princeton University Press 1950) und William L. Langer and S. Everett Gleason, The Undeclared War, 1940–1941 (New York: Harper & Brothers, 1953) lassen den Wert der IMTFE- (International Military Tribunal for the Far East) Materialien erkennen; auf ihnen beruht auch der im vorigen Heft dieser Zeitschrift veröffentlichte Beitrag von Gerhard L. Weinberg, „Die geheimen Abkommen zum Antikominternpakt".

[32] Checklist of Archives in the Japanese Ministry of Foreign Affairs 1867–1945. Microfilmed for the Library of Congress 1949–1951 (Washington: The Library of Congress, 1954).

[33] Guide 50.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die sogenannte Nürnberg-Dokumentation umfaßt die Akten des International Military Tribunal (IMT) und der 12 anschließenden Prozesse. Die Gerichtsakten schließen Zehntausende von deutschen Dokumenten ein, die von der Anklagebehörde und von der Verteidigung gesammelt wurden. Alliierte Untersuchungsbeamte ließen zwischen 1945 und 1948 61 000 Dokumente im zentralen Dokumentenraum registrieren[34]. Viele Nürnberg-Dokumente sind niemals gedruckt worden und daher nur in Photostats oder in mimeographierter oder maschinenschriftlicher Form verfügbar. Vielfach sind die Originale nicht mehr auffindbar. Die Indizierung der Dokumentenmassen[35] sowie der schlechte Erhaltungszustand eines großen Teils der photographierten Dokumente macht Archivaren und Bibliothekaren ernsthafte Sorge. Ein von der deutschen chemischen Industrie entwickeltes Verfahren, Photostats zu regenerieren und wieder lesbar zu machen, ist mit Erfolg auf die im Staatsarchiv Nürnberg verwahrten Nürnberger Prozeßakten angewandt worden.

Dr. Lester K. Born, durch seine Tätigkeit für OMGUS in Berlin vorzüglich mit deutschen Archiv- und Bibliotheksfragen vertraut[36], gegenwärtig Coordinator of Microproduction Projects der Library of Congress, hat die Frage einer Verfilmung der Nürnberg-Akten eingehend geprüft. Er gelangte zu dem Ergebnis, daß nach Abzug aller bereits in verwendbarer Form reproduzierten Materialien immer noch ein Minimum von zweieinhalb Millionen Seiten zu photographieren wäre[37].

Seit dem Abschluß der Nürnberger Prozesse ist die Kritik an der Art, wie die Nürnberg-Dokumente gesammelt und analysiert wurden, im Wachsen. Dr. Robert Kempner, U.S. Deputy Chief of Counsel for War Crimes in Nürnberg, ist noch 1950 so weit gegangen, die Anklagebehörde als „the world's greatest Institute in European foreign relations and history, and of German government, military and business administration" zu bezeichnen[38]. Heute bricht sich mehr und mehr die Überzeugung Bahn, daß das Prestige der historischen Forschung durch die Nürnberg-Prozesse nicht gewonnen hat. Sowohl Ankläger wie Verteidiger führten während der Verhandlungen erbitterte Kämpfe über Beweise durch historische Do-

[34] Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10. Vol. 14: „The Ministries Case", p. 2.

[35] Vgl. Fred G. Halley (Compiler), Preliminary Inventory of the Records of the United States Counsel for the Prosecution of Axis Criminality. National Archives Preliminary Inventory No. 21, Washington 1949. 182 S.; Indices zu den zwölf Nürnberger US.-Militärgerichtsprozessen, II: Sachindex zum Verfahren gegen Ernst v. Weizsäcker u. a. (Fall XI, sogenannter „Wilhelmstraßen-Prozeß"). Bearbeitet von Hans-Günther Seraphim, Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen, Forschungsstelle, 1952. 278 S.

[36] Lester K. Born, „The Archives and Libraries of Postwar Germany", in: The American Historical Review Vol. 56 No. 1 (Oktober 1950), 54–57 and „Archives and War" in: The Indian Archives IV (Juli–Dezember 1950), 150–159.

[37] Lester K. Born, „Microreproduction", in: QJCA X, 1 (November 1952), 25–26.

[38] Robert M. W. Kempner, „The Nuremberg Trials as Sources of Recent German Political and Historical Materials", in: The American Political Science Review Vol. 44 No. 2 (Juni 1950), 447–459.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kumente[39]. Beide Seiten waren ständig bemüht, neues belastendes oder entlastendes Material beizubringen. Mit Recht konnte der Ankläger sagen: „This growing source book of history has been the backbone of the Nürnberg story"[40].

„The Nürnberg story" — das Geschichtsbild von Nürnberg, dessen Parteilichkeit von Anklägern und Verteidigern heute gleichermaßen zugegeben wird — ist im Verblassen, je mehr methodisch geschulte Historiker bei Heranziehung der Nürnberg-Dokumente den Grundsatz des sine ira et studio zur Anwendung bringen und ihn wieder in seine alten und vollen Rechte einsetzen[41]. Durch die in ihrer Masse geradezu überwältigenden amerikanischen, europäischen und fernöstlichen Quellen zur Geschichte der neuesten Zeit, die Washington aufzuweisen hat, sieht sich die individuelle Forschung sowohl wie die organisierte Gruppen-Forschung vor unzählige neue Aufgaben gestellt. Die in Washington der Forschung bereits zugänglichen Materialien spiegeln den weltumspannenden Charakter des zweiten Weltkriegs wider und schaffen ideale Voraussetzungen, die Hauptstadt der Vereinigten Staaten zu einem Mittelpunkt fruchtbarer internationaler Zusammenarbeit von Historikern des Westens und des Ostens zu machen.

[39] Vgl. den Zusammenstoß zwischen Dr. Alfred Seidl, dem Verteidiger von Lammers, und Judge Maguire, 16. November 1948: Trials of War Criminals . . . (s. o. Anm. 34), 195 bis 195; Carl Haensel, Das Gericht vertagt sich. Aus dem Tagebuch eines Nürnberger Verteidigers (Hamburg: Claassen Verlag 1950), 86, 169, 213; Viktor Freiherr von der Lippe, Nürnberger Tagebuchnotizen November 1945 bis Oktober 1946 (Frankfurt am Main: Verlag Fritz Knapp 1951), passim; August von Knieriem, Nürnberg. Rechtliche und menschliche Probleme. (Stuttgart: Ernst Klett Verlag 1953), 149 bis 151, 178–182, 193–194, 198.

[40] Robert M. W. Kempner am 9. November 1948: Trials of War Criminals . . . S. 2.

[41] Siehe jetzt auch: Hans-Günther Seraphim, „Nachkriegsprozesse und zeitgeschichtliche Forschung", in: Mensch und Staat in Recht und Geschichte (Festschrift für Herbert Kraus). Kitzingen/Main: Holzner-Verlag, 1954.

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

DAS YIDDISH SCIENTIFIC INSTITUTE YIVO IN NEW YORK

Das im Jahre 1925 in Wilna begründete und infolge der Kriegsereignisse 1940 nach New York verlegte Yiddish Scientific Institute Yivo besitzt eine Bücherei von zur Zeit mehr als 150 000 Bänden sowie eine Sammlung von etwa 2 Millionen Archivalien aller Art, wie Urkunden, Briefe, Manuskripte, Zeitungsausschnitte, Plakate u. dgl.

Nach der Besetzung Wilnas durch die deutschen Truppen (24. Juni 1941) wurden die bislang unter sowjetischer Verwaltung stehenden Restbestände des Instituts beschlagnahmt und durch andere Sammlungen jüdischer Kulturdenkmäler vermehrt. Sie gelangten später zum Teil nach Deutschland und wurden den von der NSDAP eingerichteten Spezialinstituten einverleibt. Soweit sie nach dem Kriege dort aufgefunden wurden, konnten sie dem Yivo zurückgegeben werden.

Das Institut, das einen gut eingerichteten großen Lesesaal besitzt, stellt seine Bestände zwar in erster Linie für die jüdische Forschung zur Verfügung, vermag mit ihnen aber weitgehend auch allgemeinen zeitgeschichtlichen Forschungen zu dienen. Eine besondere Sammlung bilden Bücher und Zeitschriften, die in den Jahren 1933–1945 in Deutschland erschienen sind (4500 Bände) und durch zwei Kataloge nutzbar gemacht werden: der eine verzeichnet Literatur zu den allgemeinen politischen Vorgängen und Erscheinungen, der andere diejenigen Druckschriften, die sich besonders mit Juden und Judentum befassen. Er bietet damit die wesentliche antisemitische Literatur jener Zeit dar. Über die Bestände im Yivo-Institut hinaus reichen

a) ein Sachkatalog, eingeteilt in 53 Fachgebiete, betreffend alle Bücher und Zeitschriften zu jüdischen und antisemitischen Themen, die entweder in der Yivo-Bücherei oder in anderen New Yorker Bibliotheken vorhanden sind. Zu diesem Zwecke sind besonders wichtige Zeitschriften, wie „Mitteilungen über die Judenfrage", „Weltkampf", „Weltdienst" usw., vollständig exzerpiert worden;

b) als Ergänzung zu diesem Sachkatalog eine alphabetische Titelsammlung des gleichen Charakters über diejenigen Bücher und Zeitschriften, die nicht in New York nachweisbar sind, und zwar auf Grund von bibliographischen Notizen, Bücheranzeigen und Textzitaten. Eine Mikrophotographie dieser Titelsammlung in Karteiform wird zur Zeit für die Library of Congress in Washington hergestellt. Beide Kataloge zusammen bilden die reichhaltigste Bibliographie über die Literatur zum Judentum der Jahre 1933–1945.

Von den im Institut befindlichen Materialien mögen besonders erwähnt werden:

parteiamtliche Veröffentlichungen der NSDAP, z. B. Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP, Anschriftenverzeichnis der NSDAP, Führerlexikon, Organisationsbuch der NSDAP, Nationalsozialistische Bibliographie,

amtliche Schriften der SS, z. B. Rangliste der SS,

Verordnungsblätter der verschiedenen besetzten Gebiete,

Zeitungen wie: Völkischer Beobachter 1933–1945, Frankfurter Zeitung, Krakauer Zeitung, Der Neue Tag (Prag),

Zeitschriften wie: Nationalsozialistische Monatshefte, Das Archiv, Der Norden, Jomsburg, Freude und Arbeit, Deutsche Arbeit, Der Deutsche Volkswirt, Deutsche Volkswirtschaft, Monatshefte für nationalsozialistische Sozialpolitik, Mitteilungen der Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums, Jahrbuch des arbeitswissenschaftlichen Instituts der

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschen Arbeitsfront, Preußische Jahrbücher, Weltwirtschaftliches Archiv, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Difesa della Razza,

Amtliches Material zum Massenmord von Winniza,

Richtlinien für die Pressezensur in den besetzten Ostgebieten (geheim).

Von den im Yivo vorhandenen Archivbeständen hat der Unterzeichnete einige im „Wiener Library Bulletin" (vol. V. No. 1–2, p. 9) kurz beschrieben, nämlich

1. eine Sammlung von Lichtbildern „Feuer im Reichstagsgebäude",
2. eine vom Reichssicherheits-Hauptamt herausgegebene Beschreibung des Attentats auf Heydrich in Prag in 2 Bänden mit Lichtbildern, Zeichnungen usw. nebst Schlußbericht mit 6 Ergänzungsbänden, welche die Tätigkeit der Untergrundbewegung in London und die Gegenmaßnahmen behandeln, z. B. die Vernichtung von Lidice,
3. Organisationsplan des Propagandaministeriums,
4. 82 Hefte von Zeitungsausschnitten betreffend Goebbels aus der Zeit von 1931–1943; dieselben sind von Goebbels selbst gesammelt und nach Perioden und Ereignissen geordnet,
5. Urkunden betreffend die Ausbürgerung von Personen aus Deutschland,
6. Akten des Rosenbergschen „Hauptamts Wissenschaft", welche 1350 Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler betreffen,
7. ein geheimes Aktenstück des Propagandaministeriums über den im Jahr 1944 geplanten internationalen antisemitischen Kongreß (vgl. Max Weinreich, Hitlers Professors, New York 1946, pp. 219–235),
8. ein streng geheimes Aktenstück des Propagandaministeriums betreffend die Kriminalstatistik für die Zeit bis zum Ende Juni 1943 (vgl. Bruno Blau in der „Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft", Band 64, pp. 31–81),
9. 1740 Abstammungsurkunden, gesammelt von dem Sachverständigen für Rassenforschung im Reichsministerium des Innern und namentlich die Abkömmlinge der Familien Mendelssohn und Itzig (Hitzig) betreffend.

Darüber hinaus mag noch auf eine Reihe besonders wichtiger und wertvoller Stücke des Archivs hingewiesen werden. Sie betreffen:

das Nationalkomitee „Freies Deutschland",

die besetzten Gebiete, insbesondere die Widerstandsbewegungen in denselben,

den Einsatzstab Rosenberg,

die Auslandspropaganda,

Beschwerden über den „Stürmer",

den Kampf gegen die katholische Presse mit Briefwechseln zwischen dem Reichsministerium des Innern und den Bischöfen Bertram und Graf Preysing,

eine Liste von 405 suspendierten SA-Offizieren mit Angabe der Gründe für die Bestrafungen,

Dokumente und Bilder betreffend die Konzentrationslager, Ghetti und DP-Lager in Deutschland, Polen, Riga und Italien,

etwa 2000 Protokolle über die Vernehmung von Überlebenden der Konzentrationslager,

den Großmufti von Jerusalem,

das Institut zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das kirchliche Leben.

Ein großer Teil der Originalakten ist in den Ruinen des Propagandaministeriums und des Ministeriums Rosenberg gefunden und für die Forschung sichergestellt worden.

Leider wird das vorhandene reiche Material nur zu wenig benutzt, da in New York anscheinend nicht genügend Interesse für die deutsche Zeitgeschichte besteht. Die 1946 erschienene Arbeit von Max Weinreich, dem früheren wissenschaftlichen Direktor des Instituts, über „Hitlers Professors" beruht fast ausschließlich auf Beständen des Instituts an Literatur, Urkunden und Akten. Der Katalog des die nationalsozialistische Zeit betreffenden Archivmaterials ist seitens des „War Documentation Project" mikrophotographiert worden.

Bruno Blau

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE

In der Sitzung des Kuratoriums vom 30. März ds. Js. übergab Staatssekretär Strauß, der bisher die Geschäfte geführt hatte, den Vorsitz des Kuratoriums Herrn Professor Dr. P. E. Hübinger. Professor Hübinger ist Mitte März zum Leiter der Abt. III (Kulturelle Angelegenheiten) im Bundesministerium des Innern ernannt worden.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Bruno Blau, Publizist, Freiburg/Br.

Dr. Fritz T. Epstein, Slavic Division, The Library of Congress, Washington 25, D. C. Zur Zeit Gastprofessor an der Universität Bonn

Dr. Andreas Hillgruber, Mitarbeiter des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Mainz, Alte Universitätsstraße 17

Dr. Hans Kohn, Professor der Geschichte am City College New York, 7 Canterbury Road, Harrison N. Y.

Dr. Helmut Krausnick, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München, München, Reitmorstraße 29

Dr. Hans Meier-Welcker, Bonn, Argelanderstraße 105

Dr. Hans Rothfels, Professor der Geschichte an den Universitäten Chikago und Tübingen, Tübingen, Wildermuthstraße 10

Dr. Hans-Günther Seraphim, Referent für Zeitgeschichte am Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen, Göttingen, Prinzenstraße 21

Jahrgang 2 (1954), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1954_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte